

Impressum

Koordinierende Redakteure / Coordinating Editors

Peter Birke (*Pbirke@stiftung-sozialgeschichte.de*)

Max Henninger (*MHenninger@stiftung-sozialgeschichte.de*)

Themenredakteure / Thematic Editors

Peter Birke

Globales 1968 / 1968 from a global perspective / 1968 dans le monde

Marc Buggeln

Geschichte Europas / European history / histoire de l'Europe

Dirk Hoerder

Globale Migrationsgeschichte / history of migration from a global perspective / histoire mondiale de l'immigration

Reinhart Kößler

Geschichte des Kolonialismus und Post-Kolonialismus / history of colonialism and postcolonialism / histoire du colonialisme et du post-colonialisme

Lothar Peter

Soziologiegeschichte und Methodenfragen der Sozialwissenschaften / history of sociology and methodological issues in the social sciences / histoire de la sociologie et méthodologie des sciences sociales

Peter Schöttler

Historiographieggeschichte und Methodenfragen der Geschichtswissenschaft / history of historiography and methodological issues in historiography / histoire de l'historiographie et méthodologie de la science historique

Yves Sintomer

Geschichte der Sozialbewegungen / history of social movements / histoire des mouvements sociaux

Lucien van der Walt

Globale Arbeitsgeschichte / global labor history / histoire mondiale du travail

Kristina Schulz

Geschlechtergeschichte / gender history / histoire des genres

Anschrift der Redaktion / Contact the Editors

redaktion@stiftung-sozialgeschichte.de

Sozial.Geschichte Online / Social History Online

Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts

Fritz-Gansberg-Str. 14

28213 Bremen, Germany

www.stiftung-sozialgeschichte.de

Erscheinungsort / Place of Publication

DuEPublico, Duisburg-Essen Publications Online

Universität Duisburg-Essen

<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de>

Satz / Typesetter

Hannes Meder-Wernicke, Leipzig

Sozial.Geschichte Online

Social History Online /
Histoire sociale en ligne

2 (2010)

Inhalt / Contents

Editorial	6
Forschung / Research	
<i>Detlef Siegfried</i> „1968“ – eine Kulturrevolution?	12
<i>Stephan Moebius</i> Intellektuellensoziologie – Skizze zu einer Methodologie	37
<i>Laurent Mucchielli</i> Städtische Aufstände im heutigen Frankreich	64
Zeitgeschehen / Current Events	
<i>Robert Foltin</i> Die Proteste der Studierenden in Österreich	116
<i>Karl Heinz Roth</i> Die globale Krise: Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten von unten	124
Diskussion / Discussion	
<i>Peter Birke / Max Henninger</i> Kontinuum der Kämpfe – Kontinuum der Niederlagen? Sechs Fragen zur Methodik der Studie <i>Die vielköpfige Hydra</i> von Peter Linebaugh und Marcus Rediker	164
<i>Peter Birke / Max Henninger</i> Continuum of Struggle – Continuum of Defeat? Six Questions Concerning the Methodology of Peter Linebaugh’s and Marcus Rediker’s Study <i>The Many-Headed Hydra</i>	173

Tagungsbericht / Conference Proceedings

- Peter Birke* 45. Linzer Konferenz, 10.–13. September 2009:
Grenzüberschreitende Arbeitergeschichte: Konzepte und
Erkundungen / Labour History beyond Borders:
Concepts and Explorations 181

Rezensionen / Book Reviews

- Jan Lucassen* Wages and Currency. Global Comparisons
from Antiquity to the Twentieth Century (Marc Buggeln) 186

- Ferruccio Gambino / Devi Sacchetto* Un arcipelago
produttivo. Migranti e imprenditori tra Italia e Romania
(Max Henninger) 187

- Devi Sacchetto* Fabbriche galleggianti. Solitudine e
sfruttamento dei nuovi marinai (Max Henninger) 193

- Steve Early* Embedded with Organized Labor:
Journalistic Reflections on the Class War at Home
Ruth Milkman L.A. Story. Immigrant Workers and the
Future of the US Labor Movement (Peter Birke) 199

- Robert Sommer* Das KZ-Bordell. Sexuelle Zwangsarbeit in
nationalsozialistischen Konzentrationslagern
(Raiko Hannemann) 204

- Morten Reitmayer* Elite. Sozialgeschichte einer politisch-
gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik
(Marc Buggeln) 208

- Anita Fabig / Kathrin Otte* Umwelt, Macht und Medizin –
Zur Würdigung des Lebenswerkes von Karl-Rainer Fabig
(Wolfgang Hien) 211

- Eingegangene Bücher / Received Books** 217

- Abstracts** 220

- Autorinnen und Autoren / Contributors** 223

Editorial

Der Zusammenstellung dieser zweiten Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* ist die Übergabe der koordinierenden Redaktion von Jana Sonntag und Karl Heinz Roth an Peter Birke und Max Henninger vorausgegangen. Der ‚Generationenwechsel‘, dessen Scheitern Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden vor drei Jahren im Editorial der letzten Print-Ausgabe der Zeitschrift *Sozial.Geschichte* noch konstatierten, ist mittlerweile gelungen.

Das nimmt den weiteren Beobachtungen, die Ebbinghaus, Roth und van der Linden 2007 anlässlich der Einstellung der Print-Ausgabe angestellt haben, nichts von ihrer Gültigkeit: Der Verlust disponibler Zeit gerade auch unter den AktivistInnen der sozialen Bewegungen, die bei der Gründung dieser Zeitschrift Mitte der 1980er Jahre als zentrale Adressaten und Diskussionspartner bestimmt worden waren, die im alltäglichen Umgang mit den digitalen Medien angelegte Tendenz zur flüchtigen Lektüre sowie die nachlassende Attraktivität eines Projekts wie *Sozial.Geschichte* für jüngere ForscherInnen, die ihre Existenz zwischen einem zunehmend unter Leistungs- und Verwertungszwang geratenen Wissenschaftsbetrieb und den Zumutungen prekärer Beschäftigung zu bestreiten haben – all das lässt tatsächlich bezweifeln, ob jene „Verbindung zwischen wissenschaftlich ausgewiesener Stringenz und gesellschaftskritischem Engagement“, für die diese Zeitschrift immer zu stehen versucht hat, heute überhaupt noch realisierbar ist. Wenn das Projekt *Sozial.Geschichte* nunmehr als *Sozial.Geschichte Online* und von einer neu zusammengesetzten Redaktion weitergeführt wird, dann ist das zweifellos ein Experiment mit unsicherem Ausgang.

Die Änderungen in der personellen Zusammensetzung der Redaktion bringen auch Bemühungen um eine teilweise Neuausrichtung der Zeitschrift mit sich. Die bisherigen Forschungsschwerpunkte – vor al-

lem die globale Arbeitsgeschichte – sollen beibehalten werden, gleichzeitig sollen aber in Zukunft die sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart noch stärker thematisiert werden. Diskussionen innerhalb der in diese Auseinandersetzungen involvierten sozialen Bewegungen sollen nicht lediglich abgebildet oder in den akademischen Betrieb hinein verlängert werden. Wir wünschen uns vielmehr für die nahe oder ferne Zukunft, dass die Zeitschrift selbst zu einem Forum, aber auch zu einem Impulsgeber dieser Diskussionen wird.

Gerade weil das Scharnier zwischen der historisch-sozialwissenschaftlichen Debatte und den sozialen Bewegungen in den letzten Jahren immer öfter einen etwas rostigen Eindruck gemacht hat, wird es in *Sozial.Geschichte Online* ab dieser Ausgabe eher darum gehen, Fragen zu stellen als fertige Antworten zu geben; Diskussionen werden eher anzustoßen als abzuschließen sein. Wir schlagen daher den Ausbau der Rubrik „Diskussion“ vor, die weniger der Präsentation methodologischer und empirischer Forschungsarbeiten dient als vielmehr der Debatte um die Richtungen, Positionen und Überschneidungen, die sich im Feld zwischen solchen Arbeiten ergeben können.

Die vorliegende Ausgabe enthält eine erste Einladung zu einer solchen Debatte. Es geht um die Auseinandersetzung mit Peter Linebaughs und Marcus Redikers Geschichte der vor- und frühindustriellen revolutionären Bewegungen im nordatlantischen Raum, *Die vielköpfige Hydra* – ein aus unserer Sicht sehr wichtiges Werk. Wir hoffen, dass die Diskussion um die *Hydra* einen Anlass bietet zum Austausch kritischer Reflexionen über die Begriffe des Proletariats und der ArbeiterInnenklasse, aber auch zur Prüfung gängiger Vorstellungen über die Ursprünge und Wirkungsweisen des Rassismus und das politische Gewicht klassenspezifischer Gewalterfahrungen. Die Ergebnisse solcher Reflexionen werden wir in der kommenden dritten Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* dokumentieren.

Um den Austausch der Resultate kritischer Forschungen zu intensivieren, schlagen wir darüber hinaus vor, in Zukunft Schwerpunktheft zu bestimmten Themenfeldern zusammenzustellen, wobei in der vierten Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* (Herbst 2010)

Fragen nach der Geschichte der Stadt sowie der urbanen sozialen Kämpfe in den Mittelpunkt gestellt werden sollen. Der Beitrag von Laurent Mucchelli in der vorliegenden Ausgabe berührt bereits einige der wichtigen Gegenstände einer möglichen Debatte. In dem geplanten Schwerpunktheft sollen zudem Untersuchungen zu den – sehr unterschiedlichen – Transformationen veröffentlicht werden, die die Städte des globalen Nordens und jene des globalen Südens aktuell durchlaufen.

Die vorliegende Ausgabe versammelt Texte aus mehreren Forschungsbereichen, mit denen diese Zeitschrift seit Jahren eng verbunden ist. Detlef Siegfried versucht eine Bestimmung des sozialen Aufbruchs von ‚1968‘, von der wir hoffen, dass sie zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem trotz einer Flut von Veröffentlichungen noch lange nicht annähernd vollständig untersuchten Thema einlädt. Stephan Moebius schlägt in Anlehnung an die Arbeiten von Lothar Peter eine methodologische Erneuerung der Intellektuellensoziologie vor. Der bereits erwähnte Laurent Mucchelli setzt sich mit der jüngeren französischen Forschung zur anhaltenden Sozialrevolte in den französischen Vorstadtsiedlungen auseinander und arbeitet den sozio-ökonomischen Hintergrund der Aufstände in den *banlieues* heraus.

In der Rubrik „Zeitgeschehen“ berichtet Robert Foltin über die Erfahrungen der jüngsten Studierendenbewegung in Österreich und gibt damit Einblick in Proteste, aus denen viel zu lernen ist über das gerade auch in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise heftig umkämpfte Terrain der öffentlichen Bildungseinrichtungen. Karl Heinz Roth macht auf der Grundlage seiner jüngsten Untersuchungen über die Ursachen und die noch junge Geschichte der derzeitigen Krise Vorschläge zu einer dringend notwendigen Diskussion über inhaltliche und organisatorische Alternativen von unten. Wir hoffen, dass diese Vorschläge ebenso wie alle anderen in vorliegendem Heft versammelten Texte eine lebhafte und engagierte Debatte auslösen.

Peter Birke / Max Henninger
Hamburg / Berlin, im Januar 2010

Editorial

The compilation of this second issue of *Sozial.Geschichte Online / Social History Online* was preceded by changes to the journal's editorial staff: Jana Sonntag and Karl Heinz Roth yielded their responsibilities as coordinating editors to Peter Birke and Max Henninger. The “generational transfer” whose failure Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth and Marcel van der Linden spoke of in the editorial of *Sozial.Geschichte*'s final print issue has now been achieved after all.

This does not diminish the validity of other observations drawn by Ebbinghaus, Roth and van der Linden on the occasion of the print edition being put to rest. The loss of disposable time among social movement activists (who were identified as essential interlocutors when this journal was founded in the mid-1980s), the tendency towards slipshod reading inherent in our everyday reliance on digital media and the increasingly unattractive character of a project such as *Sozial.Geschichte* for young scholars forced to eke out a living between precarious employment and an academic world increasingly shaped by the pressures of economic valorization – all this raises questions as to whether the “joining of sound scholarship with socio-critical commitment” that this journal has always attempted to stand for can still be considered a feasible goal today. In this sense, the re-invention of *Sozial.Geschichte* as *Sozial.Geschichte Online / Social History Online* is an experiment whose outcome remains uncertain.

With the above-mentioned changes to the editorial staff come efforts to partly redirect the journal's focus. While *Sozial.Geschichte Online / Social History Online* will continue to engage with the research fields it has traditionally been associated with (global labor history in particular), it will also attempt to devote greater attention to ongoing social conflicts and the social movements involved in them. We do not wish to merely extend discussions conducted within those movements into the world of academia. Rather, we hope the journal will eventually become a genuine forum for socio-critical debate as it

occurs within social movements. We also hope the journal will act as a stimulus for the ongoing renewal of such debate.

If the hinge between social movements and the social sciences has seemed somewhat rusty in recent years, *Sozial.Geschichte Online / Social History Online* will need to devote itself more to raising questions than to providing definitive answers; in this and in future issues of the journal, we will be more concerned with prompting discussions than with concluding them. That is why we suggest expanding the rubric “Discussion”, intended less for the presentation of methodological and empirical research findings than for debate on the intersections that may arise in the space between separate research projects.

This issue includes a first invitation to engage in such debate. We propose engaging with Peter Linebaugh’s and Marcus Rediker’s history of pre-industrial and early industrial revolutionary movements in the North Atlantic region, *The Many-Headed Hydra* – a most important work, in our view. We hope the debate on the *Hydra* will provide an occasion for the exchange of critical reflections on concepts such as those of ‘the proletariat’ and ‘the working class’. We also hope our readers will feel prompted to re-examine both commonplace notions about the origins and the nature of racism and the political impact of class-specific experiences of violence. We hope to document the results of such reflections in the upcoming third issue of *Sozial.Geschichte Online / Social History Online*.

In order to promote a more intense exchange between those engaged in critical research, we also propose giving each future issue of the journal a thematic focus. The fourth issue of *Sozial.Geschichte Online / Social History Online* (fall 2010) will be devoted to questions related to the history of the city and urban social struggles. Laurent Mucchielli’s contribution to this issue already addresses some aspects of those questions. The planned thematic issue will also feature investigations into the – highly diverse – transformations that cities in the global North and those in the global South are currently undergoing.

This issue of *Sozial.Geschichte Online / Social History Online* brings together contributions on a number of themes that the journal has long been associated with. Detlef Siegfried proposes a conceptual framework by which to grasp the social upheaval that was ‘1968’; we hope his article will invite further engagement with a subject that is far from having been exhaustively researched, notwithstanding the glut of publications devoted to it. Stephan Moebius makes reference to the work of Lothar Peter in order to propose methodological innovations within the field of the sociology of intellectuals. The above-mentioned Laurent Mucchielli engages with recent French publications on the ongoing social revolt in the French suburbs and investigates the socio-economic background of the *banlieue* riots.

The rubric “Current Affairs” features a report on the contemporary Austrian student movement by Robert Foltin. There is much to learn, we feel, from the protests described by Foltin, as public education has become contested terrain in the context of the current economic crisis. Karl Heinz Roth presents the results of his most recent investigations into the origins and ongoing development of the crisis, formulating suggestions for an urgently needed debate on political and organizational alternatives from below. We hope these suggestions and all other texts published in this issue will give rise to a lively and politically minded debate.

Peter Birke / Max Henninger
Hamburg / Berlin, January 2010

Detlef Siegfried

„1968“ – eine Kulturrevolution?¹

Verglichen mit dem letztmaligen runden Jahrestag vor zehn Jahren sind wir nun, vierzig Jahre nach „1968“, deutlich besser in der Lage, das Ereignisbündel, das dieses „kalendarische Etikett“ (Wolfgang Kraushaar) bezeichnet, historisch einzuordnen. Sieht man einmal ab von der öffentlichen Debatte, die sich damals wie heute vor allem für die spektakulären Aspekte interessiert und damit das komplexe Phänomen auf seine politisch problematischen Seiten verengt, hat die Forschung große Fortschritte gemacht und bewegt sich auf einem hohen Niveau.² In den vergangenen zehn Jahren wurde „1968“ ernsthaft „vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft“ – also nicht mehr nur von Medien und Zeitzeugen

¹ Dieser Text basiert auf einem Vortrag, der am 16. Januar 2008 auf Einladung des Historischen Seminars der Universität Münster und des Instituts für westfälische Regionalgeschichte in Münster gehalten wurde. Er wurde zuerst veröffentlicht in: Detlef Siegfried, *Sound der Revolte. Studien zur Kulturrevolution um 1968*, Weinheim 2008. (Anmerkung der Redaktion: Wie im Editorial erläutert, haben wir uns ausnahmsweise für den nahezu unveränderten Nachdruck dieses Textes entschieden, weil er sich direkt auf eine Debatte bezieht, die unter anderem in *Sozial.Geschichte* unmittelbar vor der Einstellung der Papierausgabe angestoßen wurde.)

² Dazu kontrastiert in bemerkenswerter Weise die Debatte im gegenwärtigen Jubiläumsjahr. Sie arbeitet sich vor allem an den Thesen von Götz Aly ab, der aus autobiographischer Perspektive die Verengungsschraube weiter angezogen hat: Götz Aly, *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt am Main 2008. Forschungsbasiert und abgewogen hingegen: Norbert Frei, *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008. Vgl. meine Sammelbesprechung: Detlef Siegfried, *Furor und Wissenschaft. Vierzig Jahre nach „1968“*, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 5 (2008), 1, [<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Siegfried-1-2008>] (Download 1. Dezember 2009).

diskutiert, sondern systematisch erforscht.³ In dieser Zeit hat sich unser Blick auf „1968“ vor allem in drei Richtungen erweitert:

Erstens ist die internationale Dimension dieses Ereignisses herausgearbeitet worden: „The world transformed“ – so pointiert ein amerikanischer Sammelband die Bedeutung von „1968“ –, und der Soziologe Immanuel Wallerstein spricht gar von einer „Revolution im Weltsystem“.⁴

Zweitens wurden die Ereignisse von „1968“, die im Kern politische und kulturelle Aktivitäten zwischen 1967 und 1969 umfassen, in den Kontext einer längeren Transformationsperiode eingebettet, die sich ungefähr von 1958 bis 1973 erstreckte und damit jene Prosperitätsphase der europäischen Nachkriegsgesellschaften umfasst, deren Ausnahmecharakter immer deutlicher wird.⁵ Dadurch wurde einerseits die prominente Position von „1968“ als Ursprungsereignis einer gesellschaftsgeschichtlichen Zäsur relativiert zugunsten früher einsetzender Wandlungsprozesse und ihrer Akteure, andererseits aber auch die mit den eruptiven Ausbrüchen der späten 60er Jahre verbundenen Aktivitäten Jugendlicher neu ins Recht gesetzt: als gesellschaftlich und kulturell vorbereitete Dynamisierung von Reformen und kulturellen Umbrüchen, die nicht reduziert werden kann auf – um zwei gegenwärtig gängige Interpretamente

³ Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968 – vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1998; unveränderte Taschenbuchausgabe: Vom Ereignis zum Mythos. Frankfurt am Main 2008.

⁴ Carole Fink / Philipp Gassert / Detlef Junker (Hg.), 1968 – the World Transformed, Cambridge 1998; Immanuel Wallerstein, Eine Revolution im Weltsystem, in: Etienne François u. a. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997, S. 19–33. Vgl. jetzt für Europa den aktuellen Forschungsstand in dem Handbuch: Martin Klimke / Joachim Scharloth (Hg.), 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–1977, New York 2008.

⁵ Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003; Matthias Frese / Julia Paulus / Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003.

zu nennen – ökonomische Funktionalität oder gewaltselige „Selbstermächtigung“.

Drittens haben Historiker verschiedene Zugänge erschlossen, um das Phänomen analytisch in den Griff zu bekommen. Sie deuten es als Teil eines Liberalisierungsschubs, der in den „langen 60er Jahren“ die Bundesrepublik erfasst habe (Ulrich Herbert), rücken die „soziale Bewegung“ junger Intellektueller in den Mittelpunkt (Ingrid Gilcher-Holtey) oder sehen „1968“ umfassender als Teil einer „Kulturrevolution“, die zumindest die westlichen Gesellschaften verändert habe (Arthur Marwick).⁶

Wenn es hier um die Frage gehen soll, inwieweit „1968“ als Kulturrevolution zu betrachten ist, dann lässt sie sich nur beantworten, wenn deutlicher herausgearbeitet wird, was sich durch „1968“ wie verändert hat. Mittlerweile besteht weitgehend Übereinstimmung darin, dass sich die Dynamik der 60er Jahre nicht auf den eruptiven Ausbruch von Ereignissen um 1968 reduzieren lässt. Die wichtigsten Kennzeichen dieses längeren Wandels werden im ersten Teil des Textes skizziert. Zweitens wird der Stellenwert von „1968“ innerhalb dieses Transformationskontinuums genauer bestimmt. Handelte es sich nur um eine Aufgipfelung von Reformprozessen oder gar um einen besonders geräuschvollen Ausdruck ohnehin ablaufender Modernisierungsprozesse? Worin besteht der spezifische Beitrag von „1968“ zu den kulturrevolutionären Prozessen der „langen 60er Jahre“? Drittens wird die Bedeutung der Radikalisierung und Diffusion diskutiert, die die Studentenbewegung und die Gegenkultur um 1970 erfasste. In welchem Zusammenhang stehen die mittlerweile zumeist als „totalitär“ betrachteten Radikalisierungstendenzen zu den kulturrevolutionären Prozessen der Vorjahre, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Gesamtbewertung des Phänomens „1968“?

⁶ Ulrich Herbert, *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2003; Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*. München 2001; Arthur Marwick, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958–c. 1974*, Oxford 1998.

1. Die kulturelle Revolution der „langen 60er Jahre“

Wenn im Folgenden von einer „kulturellen Revolution“ die Rede ist, dann weniger in einem emphatischen Sinne, sondern eher, um *erstens* die Tiefe des Bruchs anzudeuten, den die 60er Jahre als „Wendezeit“⁷ für die westlichen Gesellschaften bedeuteten, und um *zweitens* den Charakter dieses Bruchs genauer zu bestimmen. „1968“ ist ein vielschichtiges Phänomen, das nicht durch ein Etikett bündig abgebildet werden kann. Unter den vielen Zugriffen, die hier denkbar und berechtigt wären, hat der Begriff der „Kulturrevolution“ den Vorteil, *erstens* eine Verengung auf das rein Politische zu vermeiden und den begrenzten nationalen Fokus aufzubrechen, *zweitens* den Eindruck eines gleichsam automatisch ablaufenden Modernisierungsprozesses nicht aufkommen zu lassen; *drittens* das für einen Großteil der Akteure wesentliche kulturelle Feld und ihr Verlangen nach grundlegender Veränderung aufzugreifen und *viertens* analytisch die in einer längeren Perspektive entscheidende Ebene der Veränderung zu exponieren. Grundlegende Umwälzungen von Gesellschaftsstrukturen wurden zwar häufig angestrebt, aber nicht annähernd erreicht. Weder war der Fortbestand der politischen Systeme ernsthaft gefährdet noch wurde die Wirtschaftsweise grundsätzlich verändert. Wohl aber schälte sich aus dem Abstand noch einmal stärker der Umbruch in den Lebensweisen, im Alltag und in der politischen Kultur heraus – verknüpft mit tiefgreifenden Veränderungen in der Populärkultur und den Medien, aber auch in der Hochkultur. Diesen Komplex fasst der Begriff der „Kulturrevolution“ treffend. Eines seiner wesentlichen Merkmale ist, dass dieser Umbruch in den Lebensweisen, der auch eine Verschiebung der sozialen Relationen mit sich brachte – etwa im Verhältnis der Geschlechter und der Generationen, aber auch hinsichtlich sozialer Aufstiegschancen – nur zu einem relativ geringen Teil von oben gestiftet wurde. Vielmehr nutzten nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Bürger die Spielräume, die Prosperität, Informalisierung der

⁷ Frese / Paulus / Teppe, Demokratisierung (wie Anm. 4).

gesellschaftlichen Beziehungen und politische Entspannung ihnen boten. Dieser Umbruch war nicht gesteuert, sondern eines seiner wesentlichen Kennzeichen besteht eben darin, dass er von unten kam und den zunehmend selbstbewussten Anspruch der Bürger auf vermehrte Teilhabe an den gesellschaftlichen Belangen widerspiegelte. Das war etwas ganz anderes als die chinesische „Kulturrevolution“, bei der es sich um den Versuch handelte, die Gesellschaftsstruktur radikal, mit Gewalt und von oben nach einem egalitären Ideal umzuformen. Auch in den westlichen Gesellschaften spielte das Ideal der Gleichberechtigung eine wichtige Rolle, doch war die Verbesserung der Lebenschancen für einen Großteil der Bürger oder, um mit Georg Simmel zu sprechen, „der Boden des gleichen Rechts für Alle“, die Voraussetzung für die Entfaltung individueller Unterschiede.⁸ Vermehrte Chancengleichheit führte nicht zu Gleichmacherei, sondern zu Individualisierung.

Welches waren nun die revolutionären Prozesse der „langen 60er Jahre“? Wenn Jean Fourastié von den „*trente glorieuses*“ spricht oder Eric Hobsbawm vom „*golden age*“, dann ist damit zunächst einmal ganz grundlegend der materielle Wohlstand gemeint, der das Leben der Bürger erheblich verbesserte.⁹

Erstens: Selbst wenn man Erfolgsgeschichten skeptisch gegenübersteht, kann man nicht den Fortschritt ignorieren, der sich etwa in den folgenden kargen Zahlen widerspiegelt und die Sozialverhältnisse in der Bundesrepublik erheblich beeinflusste: 1955 waren Waschmaschinen in zehn Prozent der privaten Haushalte vorhanden, 1973 in 75 Prozent, bei der Ausstattung mit Kühlschränken stieg in diesem Zeitraum der Anteil von elf auf 93 Prozent.¹⁰ Und während 1962/63 erst jede vierte Familie ein Automobil besaß, war

⁸ Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, München / Leipzig 1922, S. 491.

⁹ Jean Fourastié, *Les trente glorieuses. Ou la révolution invisible de 1946 à 1975*, Paris 1979; Eric Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914–1991*, London 1994.

¹⁰ Arne Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt am Main 1997, S. 108.

es zehn Jahre später jede zweite.¹¹ Auch auf anderen Gebieten – Eigenheimbesitz, Reisen, Medialisierung – nahmen der materielle Wohlstand und damit die Lebenschancen der Bürger beträchtlich zu. Insbesondere Frauen und Arbeiter profitierten von diesem Besserstellungsschub. Dabei war es nicht die bessere materielle Lage allein, die den kulturrevolutionären Charakter dieses Vorgangs begründete. Ebenso wichtig waren die Wahrnehmungen und Bedeutungen, die mit den Innovationen des Massenkonsums verbunden wurden. Weniger als andere Europäer trauten die Deutschen dem neuen Wohlstand, was die Kluft zu ihrem experimentierfreudigen Nachwuchs noch vertiefte.¹²

Zweitens: Einen säkularen Strukturbruch bedeutete die Ausweitung der frei disponiblen Zeit, die in den 60er Jahren mit dem Schlagwort der „Freizeitgesellschaft“ euphorisch überpointiert wurde.¹³ Zwar blieb sie nach wie vor eng verkoppelt mit der Arbeit, doch erweiterte die Zunahme der Freizeit insbesondere durch die Einführung des freien Samstags in den frühen 60er Jahren und durch die signifikante Verlängerung des Jahresurlaubs in den mittleren 60er Jahren erheblich die Möglichkeiten der Bundesbürger, nach individuellem Gusto kulturelle Vorlieben auszubilden und ihren Horizont zu erweitern. Der Individualisierungsschub hat hier eine seiner wichtigsten Ausgangsvoraussetzungen.

Drittens: Am extensivsten kam die Ausdehnung der relativ frei disponiblen Zeit Jugendlichen zugute, die durch die Bildungsreform in den Genuss verlängerter Ausbildungszeiten kamen. Während 1960 etwa 431.000 Schüler die Realschule besuchten, waren es 1974 1,1 Millionen, im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Gymnasiasten von 853.000 auf 1,8 Millionen, von denen die meisten anschließend ein Studium aufnahmen.¹⁴ Während noch in den frühen 60er Jahren Jugendliche in der Regel im Alter von 15 Jahren die

¹¹ Ebd., S. 166.

¹² George Katona / Burkhard Strumpel / Ernest Zahn, *Aspirations and Affluence: Comparative Studies in the United States and Western Europe*, New York u. a. 1971.

¹³ Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995.

Schulzeit beendeten und als Lehrlinge oder Arbeiter in den von einem strikten Zeitregime bestimmten Arbeitsprozess einrückten, verbrachten ihre jüngeren Geschwister in den nachfolgenden Jahren sehr viel mehr Lebenszeit an Schulen. Durch den anschließenden Zugang zum Studium entstand für viele Heranwachsende ein Lebensabschnitt, der als „Postadoleszenz“ bezeichnet wurde: ein biografischer Freiraum, der bis Ende Zwanzig andauern konnte und Experimente mit Lebensoptionen in vielfältiger Form ermöglichte.

Ein *vierter* signifikanter Umbruch der 60er Jahre bestand darin, dass neben und zum Teil als Effekt der erheblich erweiterten Möglichkeiten der sozialen Partizipation vermehrt auch die Beteiligung an politischen Entscheidungen eingefordert wurde. Merkmale waren das wachsende Interesse an Politik, das die SPD mit dem Ideal des „mündigen Bürgers“ strategisch aufgriff. Während bis 1960 nur knapp 30 Prozent der Bundesbürger von sich behaupteten, politisch interessiert zu sein, stieg der Anteil bis 1973 auf fast 50 Prozent.¹⁵ Dass sich die politische Kultur der Deutschen von einer obrigkeitstaatlich geprägten Skepsis gegenüber der Demokratie und schwach entwickelter Konfliktfähigkeit hin zur Akzeptanz der repräsentativen Demokratie und zu mehr Offenheit gegenüber auch außerparlamentarischen Aktivitäten öffnete, ist sehr wesentlich den Lerneffekten der 60er Jahre zu verdanken, wo insbesondere die Schüler- und Studentenbewegung zahlreiche Instrumente der partizipativen Demokratie erprobte – von der Demonstration bis zur Besetzung von Straßenbahngleisen. Dass das politische Beteiligungsbegehren Jugendlicher keineswegs wirkungslos verpuffte, zeigt die von einer parteiübergreifenden Mehrheit des Bundestages beschlossene Herabsetzung zunächst des Wahlalters (1972), dann der Volljährigkeit (1974) von 21 auf 18 Jahre.

¹⁴ Roland Ermrich, Basisdaten zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn / Bad Godesberg 1974, S. 196.

¹⁵ Elisabeth Noelle / Erich Peter Neumann (Hg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, Allensbach / Bonn 1974, S. 213.

Als *fünfter* bedeutender Umbruch der 60er Jahre lässt sich die Internationalisierung der deutschen Kultur ausmachen. Arbeitsmigration, zunehmende Fremdsprachenkenntnisse, gezielte staatliche Initiativen wie der Jugendaustausch und die erwähnten Urlaubsreisen ins Ausland spielten dabei eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt transportierten die Medien dichter und zielgruppenspezifischer als je zuvor die Belange der Weltgesellschaft in die Wohnstuben der Bürger. Visuelle Eindrücke von Rassenunruhen in den USA, Vietnamkrieg und Mondlandung brannten sich in den Köpfen vieler Deutscher fest, weil die Ausstattung mit einem Fernsehgerät zwischen 1960 und 1974 von 17,6 auf 80 Prozent der Haushalte emporschnellte.¹⁶

Soweit also einige der wichtigsten Umbrüche, die insgesamt den kulturrevolutionären Charakter der 60er Jahre begründeten. Damit sollte schon eines seiner wichtigsten Merkmale hervortreten: Nicht mehr nur kleine Gruppen – bürgerliche Außenseiter, Boheme, politische und künstlerische Avantgarden – konnten einen Lebensstil pflegen, der sich von dem einer als homogen angenommenen „Masse“ absetzte, sondern sehr viel eher als zuvor kam potenziell jede und jeder in den Genuss vermehrter individueller Freiheit. Am stärksten genutzt wurden die neuen Spielräume zuerst vor allem von Jugendlichen. Dass Freiheitsanspruch und Nutzung von Freiheitsspielräumen nicht mehr nur auf kleine Gruppen beschränkt blieben, sondern große Massen von Akteuren einbezog, gehört zu den markantesten und folgenreichsten Merkmalen dieses Umbruchs. Daran ändert wenig die Tatsache, dass gerade wegen der Massenresonanz von Beat- und Rockmusik, sexueller Liberalisierung und Drogenkonsum Subkulturen, die sich selbst als Avantgarden verstanden, immer neue Distinktionsmechanismen erfanden und damit gegen ihren Willen die kulturelle Innovationsspirale immer weiter vorantrieben.

¹⁶ Ermrich, Basisdaten (wie Anm. 13), S. 576.

2. Was ist der Stellenwert von „1968“ in den „langen 60er Jahren“?

In Arthur Marwicks Monumentalwerk *The Sixties* von 1998, das besonders stark das Paradigma der „kulturellen Revolution“ für die 60er Jahre lanciert hat, spielen die Ereignisse von 1968 keine besonders prominente Rolle.¹⁷ Sie ordnen sich ein in die Hochphase der langen *Sixties*, die Marwick auf die Jahre 1964 bis 1969 datiert. Aus britischer Sicht, wo die kontinentalen politischen Bewegungen nur schwachen Widerhall fanden, mag die von Marwick gestellte Frage „1968: A Date to Remember?“ berechtigt sein. Aus französischer, italienischer, schwedischer oder westdeutscher Perspektive muss die Antwort Ja lauten, selbst wenn man die Ereignisse einbettet in die Kontinuität der gesamten Transformationsperiode. Im Unterschied zu Großbritannien, wo die Medialisierung früher eingesetzt hatte, die Generationsverhältnisse entspannter waren und sich die Gesellschaft weniger stark politisierte, verbanden sich in der Bundesrepublik kulturelle Umbrüche und politische Problemlagen zu einem explosiven Gemisch, das 1967/68 hochging, den Eindruck einer eruptiven Rebellion erzeugte und dadurch gerade die Tatsache vernebelte, dass Reformbestrebungen und materielle sowie kulturelle Wandlungsprozesse die Gesellschaft bereits erheblich in Bewegung gebracht hatten.

Für manche Teilbereiche der Gesellschaft ist in den vergangenen Jahren überzeugend dargelegt worden, dass wesentliche Reformen bereits in den Jahren vor 1968 von Angehörigen der „45er-Generation“ initiiert wurden, die in den Jüngeren natürliche Verbündete sahen, aber von deren Radikalisierung zunehmend abgeschreckt wurden. Diese Auseinandersetzung um die Radikalität von Reformen haben etwa für die Medien Christina von Hodenberg und für die Psychiatrie Franz Werner Kersting gezeigt.¹⁸

¹⁷ Marwick, *The Sixties* (wie Anm. 5).

¹⁸ Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006; Franz Werner Kersting (Hg.),

Die kulturelle Revolution der 60er Jahre speiste sich besonders stark aus zwei Motiven: dem Ziel, sich selbst zu verändern und dem Anspruch, die Welt zu verändern. Dieses Doppelmotiv steht hinter all den Erscheinungen, die von heute aus als ungewöhnlich rasant zunehmende soziale und politische Partizipation bewertet werden. Übersetzt in die Sprache der Studentenbewegung, die die einzelnen Erscheinungen des Umbruchs zu einem revolutionären Konzept verdichtete, kulminierte es in der von Fritz Teufel, dem prominenten Mitglied der Kommune 1, ausgegebenen Losung: „Man muss die Gesellschaft ändern, um sich selbst ändern zu können. Man muss sich selbst ändern, um die Gesellschaft ändern zu können.“¹⁹ Die bis zur Ununterscheidbarkeit getriebene Verknüpfung des Privaten mit dem Politischen stellte ein Kernelement der 68er Bewegung dar, aus ihr gewann sie ihre besondere Strahlkraft.

Gleichzeitig kann man gerade in der Geschichte der Kommune 1 die Offenheit dieser Fusion für Radikalisierungen in die eine oder andere Richtung erkennen. Im Zerfallsprozess von 1968/69 schälten sich zwei alternative Wege aus der Verknüpfung von privatem Anderssein und revolutionärer Politik heraus. Während Dieter Kunzelmann und Fritz Teufel sich militanten Gruppen anschlossen und damit die Balance zugunsten der Politik verschoben, versuchte Rainer Langhans über die Idee eines Pop-Konzerns das enorme kulturindustrielle Potenzial des kommunardischen Lebensstils auszuschöpfen.²⁰ Politische Radikalisierung auf der einen, Verkauf an die Kulturindustrie auf der anderen Seite – das waren die beiden extremen Pole, zwischen denen sich die Entmischungsprozesse zu-

Psychiatriereform als Gesellschaftsreform. Die Hypothek des Nationalsozialismus und der Aufbruch der 60er Jahre, Paderborn 2003. Vgl. auch die breiter angelegte Zwischenbilanz in: Christina von Hodenberg / Detlef Siegfried (Hg.), Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

¹⁹ Fritz Teufel, Prophylaktische Notizen zur Selbstbeichtigung des Angeklagten Teufel, o. D., 7, Archiv „APO und soziale Bewegungen“, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin (ehem. ZI 6), Teufel.

²⁰ Vgl. Kap. 5 in: Detlef Siegfried, Der Sound der Revolte. Studien zur Kulturrevolution um 1968, Weinheim 2008.

mindest aus der Sicht mancher Zeitgenossen vollzogen. Was blieb, waren radikale politische Gruppen, die das private Anderssein dem Primat der Politik opferten, und unpolitische Drogen- und Musikkonsumenten, die nur an sich selbst interessiert waren. Soweit jedenfalls der erste Eindruck.

Führt man das Untersuchungsobjektiv näher an die Praktiken der Akteure heran, dann wird dieses bipolare Bild unscharf. Viele Akteure schwankten zwischen einem alternativen Lebensstil und radikaler Politik, häufig wurde beides angestrebt und praktiziert. Die Forschung müsste sich der Komplexität dieser Verhältnisse offener zuwenden. „Stalins Enkel, Maos Söhne“ – so der Titel eines Buches über die K-Gruppen²¹ – das waren bestenfalls temporäre Wahlverwandtschaften, die sich in der Lebenswirklichkeit junger Linker, die sich heute als Juso, morgen als Maoist und übermorgen als Ökobauer begreifen konnten, nur sehr begrenzt widerspiegeln. Während auch in der Forschung eine Tendenz, „1968“ und seine Folgen in erster Linie politisch zu verstehen und totalitarismustheoretisch zu analysieren, nicht zu übersehen ist, interpretieren andere das gestiegene Interesse am kulturellen Wandel als nachträgliche Entpolitisierung. Dahinter verbirgt sich der Verdacht, hier würde eine auf das Ganze abzielende Revolte unzulässig auf einen vermeintlich unbedeutenden Teilbereich der Gesellschaft reduziert. Mit dieser Kritik will ich mich etwas eingehender beschäftigen, weil sie sich zentral am Begriff der „kulturellen Revolution“ festmacht.²²

²¹ Andreas Kühn, *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt am Main 2005.

²² Die jetzt erfreulicherweise neu belebte Diskussion um das Konzept der „Kulturrevolution“ sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei um ein schon seit längerem diskutiertes Paradigma handelt. Vgl. nur Christoph Kleßmann, *1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution*, in: Manfred Hettling (Hg.), *Revolution in Deutschland? 1789–1989*, Göttingen 1991, S. 90–105; Wolfgang Weber, *Die „Kulturrevolution“ 1968*, in: Volker Dotterweich (Hg.), *Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit*. München 1998, S. 207–228; Arthur Marwick, *Die 68er Revolution*, in: Peter Wende (Hg.), *Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 312–332.

Der amerikanische Historiker Robert Stephens²³ kritisiert die Bewertung der „langen 60er Jahre“ als „revolutionär“ aus zwei Gründen: Der erste Grund besteht in dem gut nachvollziehbaren Unbehagen an der Tatsache, dass die Konzentration auf die Kultur und die Missachtung der radikalen politischen Utopien bei Warwick geschichtspolitisch instrumentalisierbar sind und implizit die triumphalistische Behauptung unterstützen, wir lebten nach dem Ende der Sowjetunion in der besten aller denkbaren Welten. Zweitens setzte eine Konsumrevolution bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein, die in den „langen 60er Jahren“ lediglich eine Beschleunigung und Intensivierung erfahren habe. Auch der Hamburger Historiker Peter Birke hat eine „idyllische Perspektive“ auf die 60er Jahre beklagt und moniert, dass in einer gesellschaftsgeschichtlichen Sicht die Wirkungsmacht der politischen Proteste nicht ausreichend gewürdigt würden, sondern in den übergeordneten Prozessen untergingen – so die Kritik an meinem Buch, das das Verhältnis von Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre behandelt.²⁴ Birke betont, dass es den Akteuren um mehr ging als eine Veränderung ihrer Lebenswelten durch eigensinnigen Konsum, nämlich um eine fundamentale „Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse“. Es sei „einseitig“, die Fusion von Kultur und Politik in der Gegenkultur zum alleinigen Motor des Wandels zu erklären und so in das Deutungsmuster einer „postindustriellen“ Gesellschaft einzupassen. Birke plädiert hingegen für eine stärkere Beachtung der sozialen Proteste etwa in Betrieben, denen er selbst eine profunde international vergleichende Untersuchung gewidmet hat.²⁵

²³ So in einem Vortrag auf der Jahreskonferenz der German Studies Association in San Diego 2007.

²⁴ Peter Birke, Die Protestbewegungen und die „kulturelle Revolution“ der 1960er Jahre in der bundesdeutschen Historiographie: Montage und Virtualität, in: *Sozial.Geschichte*, 22 (2007), 2, S. 7–30; Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

²⁵ Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und in Dänemark*, Frank-

Sicher besteht eine der gewichtigen Lücken in der Erforschung der 60er und 70er Jahre darin, das Wechselverhältnis zwischen politischen und kulturellen Wandlungstendenzen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und an den Impulsstätten der klassischen Moderne, den Betrieben, zu untersuchen und Transformationen der Arbeiterkultur sowie der politischen Aktivität von Arbeitern auf die Spur zu kommen. Denn keineswegs ist der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft mit De-Industrialisierung gleichzusetzen. Noch für lange Zeit bestimmten, regional verschieden, Industriebetriebe und Arbeiterkultur den Alltag vieler Bürger.²⁶ Dennoch verschoben sich Werte und kulturelle Präferenzen insbesondere in den nachwachsenden Altersgruppen, die der im Industriezeitalter geprägten Zeit- und Arbeitsdisziplin kritisch gegenüberstanden. Sie entwickelten einen alternativen Begriff von Leistung, der sich aus subjektiven Bestimmungen speiste und mit hedonistischen Vorstellungen kompatibel war. Ein Interesse junger Intellektueller für die Vorgänge am Puls der Industriegesellschaft und politische Konzepte, die auf das von ihr erzeugte kollektive Subjekt setzten, waren damit durchaus zu vereinbaren. Ronald Ingleharts international vergleichende Studie zum Wertewandel hat erwiesen, dass es gerade die „Postmaterialisten“ waren – sie legen weniger Wert auf ökonomische und physische Sicherheit und mehr Wert auf immaterielle Faktoren wie Gemeinschaftsgefühl, ethische Verantwortung und Lebensqualität –, die in besonders hohem Maße einen radikalen Wandel durch revolutionäre Aktionen befürworteten.²⁷ In Westeu-

furt am Main 2007. Zu diesem Feld, das seit Kurzem erfreulich intensiv ausgeleuchtet wird, vgl. auch Gerd-Rainer Horn, *The Spirit of '68. Rebellion in Western Europe and North America, 1956–1976*, Oxford 2007; Bernd Gehrke / Gerd-Rainer Horn (Hg.), 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007.

²⁶ Vgl. nur Gerold Ambrosius, *Agrarstaat oder Industriestaat – Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert*, in: Reinhard Spree (Hg.), *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 50–69.

²⁷ Ronald Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt am Main / New York 1989, S. 351 ff.

ropa wählten sie in den frühen und mittleren 70er Jahren zweieinhalb Mal häufiger kommunistische Parteien als „Materialisten“. Grob gesprochen war Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre jung = postmaterialistisch = links, wobei zunächst noch traditionell linke und linksradikale Ansätze aufgegriffen, teilweise kopiert wurden. Später setzte sich eine Tendenz zu „reineren“ postmaterialistischen Formen durch. Kommunistische Parteien wurden noch Anfang der 70er Jahre überdurchschnittlich stark von jungen Wählern gewählt, erlebten dann jedoch in diesem Alterssegment ihren stärksten Rückgang, so dass Anfang der 80er Jahre die Altersverhältnisse in ihren Wählerschaften ausgeglichen waren.

Während viele Post-68er-Linke die Arbeiterklasse als politisches Subjekt erkannten und revolutionieren wollten – also ein erheblicher Teil der Jungsozialisten, des DKP-Umfelds, Maoismus, Operaismus und Anarchosyndikalismus –, setzte ein wachsender Teil der Linken mehr und mehr auf Aktivitäten außerhalb der Produktionszentren der Industriegesellschaft. Allmählich verschoben sich im Laufe der 70er Jahre auch die Aktivitäten der arbeitgeberbezogenen Gruppen in diese Richtung. Wie gewichtig der sogenannte „Reproduktionssektor“ für das Selbstverständnis und insbesondere für das politische Protestverhalten und die Milieubildung im linken Spektrum war, deutet eine Grafik aus den frühen 70er Jahren an, die die große Vielfalt der politischen Aktivitäten außerhalb der Produktion auffächert.

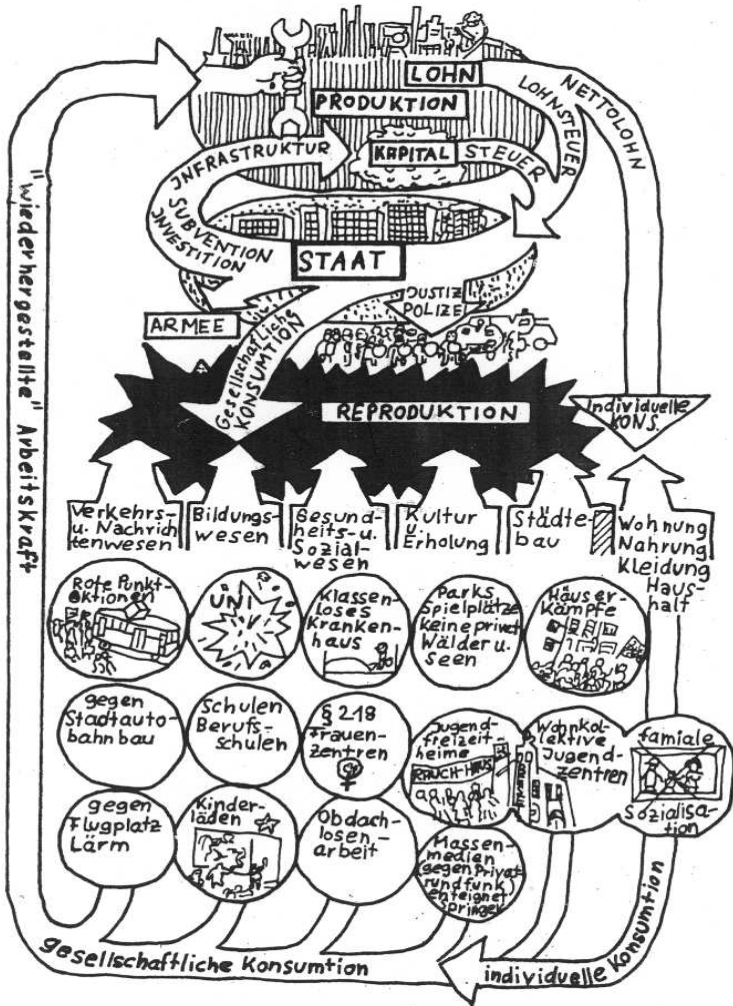


Abbildung: Die Reproduktionssphäre als Terrain des Emanzipationskampfes, ca. 1973

Es waren nicht die Betriebe, die die Gegenkultur hervorbrachten, sondern die von Birke skeptisch betrachtete, aber mit dem allmählichen Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft tatsächlich sich vollziehende „Verlagerung der gesellschaftlichen Schwerpunkte in eine ‚andere Sphäre‘“, nämlich in die weniger reglementierten Bereiche Bildung und Freizeit.²⁸ Auch Arbeiterjugendliche wurden Mitte der 60er Jahre aktiver und scherten einzeln oder kollektiv aus dem genormten Takt von Arbeit und Freizeit aus, aber Brennpunkte des Aufruhrs waren Gymnasien, Hochschulen, Clubs, Jugendzentren – allesamt Orte des relativ freien Miteinanders. Neben Bürgerkindern waren vielfach Aufsteiger aus Arbeiterfamilien dabei, die mit dem Ausbau des Bildungswesens an die weiterführenden Schulen gelangt waren. In mancher Hinsicht sind gerade in den späten 60er und den 70er Jahren politische Präferenzen und kulturelle Stile nicht nach dem Kriterium sozialer Herkunft zu unterscheiden. Dies war ein wesentlicher Effekt des kombinierten Einflusses von wirtschaftlicher Besserstellung und Massenkonsum, gewachsener Freizeit und Bildungsreform, verbunden mit dem (nicht zuletzt durch die Konkurrenzsituation des Kalten Krieges ermunterten) politischen Willen, die Aufstiegskanäle so weit wie möglich zu öffnen. Seit den mittleren 70er und den frühen 80er Jahren verengten sich diese Möglichkeiten wiederum.

Aversionen gegen die Idyllisierung einer historischen Periode sind nicht nur verständlich, sondern ein Gebot intellektueller Lauterkeit. Aber es ist auch Aufgabe der Geschichtsschreibung, historische Perioden voneinander zu unterscheiden und ihre jeweils spezifischen Leistungen und Defizite herauszuarbeiten. Dass die „langen 60er Jahre“ heute als Scharnierjahrzehnt in der Geschichte der Bundesrepublik gelten, in dem traditionelle Sozialmilieus und Mentalitäten ihre Bindekraft lockerten, der Einzelne aufgrund verbesserter materieller Bedingungen und Bildungschancen erheblich mehr Aufstiegs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten erhielt als in anderen Perioden, ist insbesondere den Aktivitäten der Bürger

²⁸ Birke, Protestbewegungen (wie Anm. 23), S. 18.

selbst zuzuschreiben. Sie nutzten die erweiterten Freiheitsspielräume, die ihnen teils durch die Alliierten vermittelt wurden, teils aus internationalen Entwicklungen resultierten, und zu einem erheblichen Teil selbst erkämpft waren. Demokratie, Rechtsstaat und Massenkonsum waren die entscheidenden Grundlagen für die gewachsenen Freiheitsspielräume in der Bundesrepublik. Um 1968 zeigte sich besonders deutlich, wie wirkungsmächtig Ideale von sozialer Gleichheit und Emanzipation sein können – selbst wenn sie nicht in dem Akt der einen Revolution gipfelten.

Die utopische Perspektive der großen Umwälzung war eines der entscheidenden Merkmale der 68er-Bewegung, sie überstieg die Bemühungen um Reformen und elektrisierte gerade deshalb ihre Anhänger. Die Vorstellung, nicht nur einzelne Elemente des politisch-ökonomischen oder des kulturellen Systems, sondern das Ganze könne überwunden werden, macht den eigentlichen Sinn der Losung „Die Phantasie an die Macht“ aus.²⁹ Dass sie den Erwartungshorizont weit spannte, rief Revolutionierungsbemühungen auf allen Feldern der Gesellschaft hervor. Sie beschleunigte und initiierte selbst im Scheitern auf ökonomischem und politischem Gebiet Modernisierungen, die auch den Akteuren der Bewegung selbst zugute kamen. Am weitestgehenden war ihr Einfluss in der Alltags- und Populärkultur, der politischen Kultur und der Hochkultur. Dieser Durchbruch ist umso stärker zu gewichten, als er gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen war. Schon in den 60er Jahren hatte es immer wieder Versuche gegeben, die auch durch Druck von unten erzeugte Liberalisierung aufzuhalten – der Erfolg der NPD oder kulturkonservative Bemühungen wie die „Aktion Saubere Leinwand“ von 1964 sind Beispiele –, aber ihre volle Wirkungsmacht erreichten die Bemühungen um eine konservative „Tendenzwende“ erst im Laufe der 70er Jahre, als die Reformeu-

²⁹ Ingrid Gilcher-Holtey, „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main 1995.

phorie nicht zuletzt wegen der sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erlahmte.³⁰

Sieht man einmal ab von den politischen Idealen, die in die Kulturrevolution einfließen, so bestand das eigentlich „revolutionäre“ Moment der Entwicklung in dem „eigentümlich unpolitische[n]“ Motiv, ein „individuell befriedigenderes Leben“ führen zu wollen.³¹ Lediglich politisierende Subkulturen, rebellische Studenten oder streikende Arbeiter als Triebkräfte der Entwicklung anzunehmen, läuft auf eine folkloristische Betrachtung besonders spektakulär auftretender Gruppen hinaus. Es wird weder ihnen noch der sie umgebenden Gesellschaft gerecht. Erst wenn ihre Aktivitäten ins Verhältnis gesetzt werden zu einem viel breiteren gesellschaftlichen Umbruch, wird *erstens* deutlich, wie begrenzt der Blick auf „das Politische“ dieser Gruppen ist, wie wirkungsmächtig hingegen die scheinbar unpolitischen, kleinen Revolutionen des Alltags, wie es die Berufstätigkeit von Frauen, das Tragen langer Hosen, die Reise nach London und das gemeinschaftliche Hören von Rockmusik waren – all dies hoch relevant auch für die Akteure besagter Gruppen. *Zweitens* tritt bei einem weiten Blick überhaupt erst das besondere Gewicht von Subkulturen hervor, die im Zeitalter der Medien und der Massenkultur erstmals nicht auf kleine bohemistische Zirkel begrenzt blieben, sondern mit ihren Ideen und Praktiken große Menschenmassen erreichten. Selbst wenn sich manche hochgesteckten Ziele nicht verwirklichen ließen, entfalteten Gammler, Provos und Kommunen erhebliche politische Wirkung gerade weil sie kulturrevolutionär waren. Und schließlich lässt sich *drittens* nur ermesen, wie „politisch“ die Kulturrevolution um „1968“ war, wenn endlich die Vorstellung ad acta gelegt wird, Kultur sei ein abgeleitetes Überbauphänomen. Vom frühen Marx über Max Weber, Georg Lukács, Karl Korsch, E. P. Thompson, Raymond Williams,

³⁰ Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, 44 (2004), S. 449–478.

³¹ Heide Berndt, Kommune und Familie, in: Kursbuch 17 vom Juni 1969, S. 129–146, hier 132.

das Centre for Contemporary Cultural Studies bis hin zu Michel de Certeau und Pierre Bourdieu ist immer wieder gezeigt worden, wie kollektive kulturelle Wahrnehmungen, Erfahrungen und Deutungen soziale Verhältnisse begründen und verändern können.³² Eines der empirisch reichsten und analytisch besonders ergiebigen Beispiele, an dem man dies studieren kann, ist die Geschichte von „1968“.

3. Um 1970. Nebenfolgen von „1968“

Dass das Ideal einer sozialen Revolution überhaupt eine so starke Anhängerschaft hatte wie zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte der Bundesrepublik, gehört zu den moralischen Triebkräften des Wandels. Dass es sich zum Teil in hermetischer, mitunter militanter Form äußern konnte, wird häufig zu den negativen Seiten von „1968“ gerechnet – manche versuchen auch den gesamten Wandel durch den Verweis auf diese Phänomene überschießender Radikalisierung zu diffamieren. Nähert man sich dem Zerfalls- und Neugruppierungsprozess der Gegenkultur um 1970, dann treten destruktive und produktive Potentiale deutlich hervor, ohne dass sie freilich in chemischer Reinheit voneinander zu trennen wären.

Nach dem Ende der Studentenbewegung nahmen die Bestrebungen zur „Aufhebung des reinen Freizeitsozialismus“, die die Kommune 1 bereits 1967 exemplarisch versucht hatte, markant zu.³³ Die existentialistische Volte, die sich in dem Bemühen um ein anderes Leben zeigte und im Jahre 1970 zu einem Massenphänomen wurde, nahm unterschiedliche Formen an, die der Theoretiker der Gegenkultur, Rolf Schwendter, mit den Begriffen „rationalistisch“ und

³² Am überzeugendsten hat dies für die Bundesrepublik derjenige Soziologe gezeigt, der am bündigsten die genannte Traditionslinie repräsentiert und seit den 60er Jahren zu ihrer Verankerung in der sozialwissenschaftlichen Theorie maßgeblich beigetragen hat: Michael Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Vollständig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 2001.

³³ SDS-Korrespondenz Nr. 6 (Mai 1967), S. VI.

„emotional“ grob zu kategorisieren versuchte.³⁴ In dieser etwas schablonenartigen Anlage treten doch die unterschiedlichen Ansätze in wünschenswerter Deutlichkeit hervor: Rationalistische Subkulturen waren diejenigen Gruppen, die die Gesellschaft mit den Mitteln des politischen Kampfes verändern wollten, von der KPD/AO bis zur RAF, beide Gründungen des Jahres 1970. Emotionale Subkulturen fanden sich in Drogenszenen und neureligiösen Gruppen sowie unter Anhängern der Popkultur, die dem politischen Kampf die „Selbstemanzipation“ vorzogen. 1970 war das Jahr des ersten großen Festivalsommers in Deutschlands, der ca. 500.000 Jugendliche anzog, „Kinder Gottes“ und „Jesus People“ traten seit 1971 in Erscheinung. Noch 1970 angestellte Versuche, die auseinander treibenden Strömungen der Gegenkultur im Konzept einer „hedonistischen Linken“ zusammenzuhalten oder wieder zusammenzuführen, blieben vorerst erfolglos.³⁵

In diesen radikalen Ausformungen bestimmter Tendenzen der Kulturrevolution sind problematische Aspekte unschwer auszumachen: autoritäre politische Konzepte und Sympathien für kommunistische Diktaturen, religiöser Fanatismus, gezielter Kontrollverlust bis hin zur körperlichen Abhängigkeit und extremen Gesundheitsgefährdung. Allerdings treten bei einem genaueren Blick auf diese Erscheinungen am Beispiel Drogenkonsum und Linksradikalismus ambivalente und zeitlich changierende Wirkungen hervor. Während in den frühen 1960er Jahren lediglich klassische Drogen wie Amphetamine auch unter Jugendlichen verbreitet waren, schnellte seit 1967 die Zahl der Haschisch- und Marihuana-Konsumenten hoch.³⁶

³⁴ Rolf Schwendter, *Theorie der Subkultur*, Köln 1973.

³⁵ Diethart Kerbs (Hg.), *Die hedonistische Linke. Beiträge zur Subkultur-Debatte*, Neuwied / Berlin 1971. Vgl. Kap. 9 in Siegfried, *Sound der Revolte* (wie Anm. 19).

³⁶ Detlef Briesen, *Die Drogenwelle in der Bundesrepublik Deutschland in den frühen 70er Jahren. Beispiele, Verallgemeinerungen und ein Blick auf die Post-68er-Generation*, in: ders. / Klaus Weinbauer (Hg.), *Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2007, S. 43–69. Vgl. Robert P. Stephens, *Germans on Drugs. The Complications of Modernization in Hamburg*, Ann Arbor 2007.

Der Boom hielt an bis etwa 1971, als die Skepsis gegenüber Drogen auch unter jungen Leuten wieder zunahm. Zeitgenössischen Erhebungen zufolge soll der Anteil drogenkonsumierender Oberschüler in westdeutschen Großstädten zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten variiert haben.³⁷ Daher handelte es sich allerdings weniger um Dauerkonsumenten, sehr viel häufiger wurde nur gelegentlich und über einen begrenzten Zeitraum hinweg „gehascht“.

1970 war auch ein entscheidendes Jahr in der Entwicklung des Linksradikalismus. Die Akteure dieser Subkulturen artikulierten zugespitzt Bedürfnisse, die im beginnenden Wertewandel der gesamten Gesellschaft Bedeutung erlangten, aber sie standen zu ihnen teilweise auch im Widerspruch. Während das zunehmende Interesse an der Reproduktionssphäre, die Loslösung von der kleinfamilialen Lebensweise und das Streben nach individueller Autonomie mit sozialem Struktur- und Wertewandel konform gingen – und ihn ihrerseits vorantrieben –, scheiterten die Versuche, individuelle Entfaltung zugunsten kollektiver Prinzipien zu reglementieren. Sie konnten nicht erfolgreich sein, weil sie entscheidenden Effekten der Kulturrevolution diametral entgegenstanden: dem Hedonismus und der Selbstbestimmung, die gerade in den jungintellektuellen Trägergruppen des Linksradikalismus hoch im Kurs standen. Aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive ist insofern das Scheitern der K-Gruppen und des Terrorismus sowie die hohe Fluktuation innerhalb dieser Gruppen bedeutsamer als ihre Existenz an sich. Mindestens ebenso symptomatisch wie die Tatsache, dass ein nicht unerheblicher Teil der prospektiven Elite sich linksradikalen Gruppen anschloss, ist die Tatsache, dass die meisten sie nach ein paar Jahren wieder verließen.

³⁷ Wilfried Rudloff, Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949–1973, in: Thomas Schlemmer / Hans Woller (Hg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949–1973, München 2002, S. 452.

Fazit

War nun „1968“ eine Kulturrevolution? Ja – auch und ganz besonders im Sinne einer Verdichtung und Zuspitzung der kulturrevolutionären Umbrüche, die die ganzen „langen 60er Jahre“ kennzeichneten. Dafür gibt es viele Anhaltspunkte, wenn man unter „Kultur“ die individuellen und kollektiven symbolischen (Selbst-)Verständigungs- und Orientierungsweisen versteht, die in den Verkehrsformen, im gemeinschaftlichen Habitus oder in Institutionen wie beispielsweise den Medien, der Kirche, den Parteien usw. manifest werden. In den 60er Jahren verdichtete sich der üblicherweise im Generationenwechsel sich vollziehende kulturelle Wandel zu einem grundlegenden Umbruch, der neue gesellschaftliche Realitäten mit entsprechenden Verständigungs- und Orientierungsformen schaffte. Ihre spezifische Form besonders stark beeinflusst hat die Tatsache, dass diese Kulturrevolution nicht durch eine Krise ausgelöst wurde, sondern durch die Spannung zwischen den enorm gewachsenen gesellschaftlichen Möglichkeiten auf der einen und dem von vielen als unzureichend empfundenen Stand ihrer Verwirklichung auf der anderen Seite. In einer Kritik am zurückgebliebenen Bewusstseinsstand der Bevölkerung beschrieb der Frankfurter SDS-Vordenker Hans-Jürgen Krahl 1969 recht genau, was später als „cultural lag“ bezeichnet wurde: den Moment der Verzögerung in der mentalen Anpassung an den Wandel der Sozialkultur. Immer noch waren die Bürger „ängstlich an die materielle Sicherheit und Bedürfnisbefriedigung gebunden, obwohl wir einen Stand materieller Sicherheit haben, der längst eine Entfaltung der Menschen ermöglichte, die weit darüber hinausgehen könnte. Das ist die eigentliche Knechtschaft im Kapitalismus. Das ist das Moment sozialer Unterdrückung, das wir als diejenigen, die privilegiert sind zu studieren, auch einsehen konnten. Und dieses Privileg wollen wir durchbrechen.“³⁸ Gerade in der Fixierung auf die materielle Seite

³⁸ Hans-Jürgen Krahl, Angaben zur Person, in: Rote Presse-Korrespondenz Nr. 53 (20. Februar 1970).

des Fortschritts, in der Blockierung der Phantasie zeige sich der „Verfall des bürgerlichen Individuums“ – und dies sei die eigentliche Ursache für die Entstehung der antiautoritären Bewegung gewesen. Dass der Wertewandel am Ende der 60er Jahre bereits in vollem Gange war, war damals für Krahl ebenso wenig zu überblicken wie für die meisten anderen Beobachter. Erst in der Rückschau tritt deutlicher hervor, dass der „cultural lag“ der 60er Jahre ein Übergangsphänomen war, dem schon Mitte der 70er Jahre ein in weiten Teilen liberalisiertes Wertesystem gegenüberstand, in dem „postmaterialistische“ Einstellungen eine immer wichtigere Rolle spielten. Krahl und Genossen sahen im „cultural lag“ hingegen ein Strukturmerkmal des „Spätkapitalismus“, ausgelöst durch immannente Manipulation und nur zu überwinden durch den revolutionären Sprung.

„1968“ den Status einer Kulturrevolution zuzuerkennen, bedeutet nicht, dass sich danach alles zum Besseren gewandelt hätte, wie überhaupt das Konzept der „Liberalisierung“ bei aller Berechtigung nicht unilinear, widerspruchsfrei und irreversibel gedacht werden sollte.³⁹ Einige negative Folgewirkungen wurden schon genannt. Sie entsprangen dem Eklektizismus, der Widersprüchlichkeit, den Mehrdeutigkeiten, die die komplexe Aufbruchbewegung um 1968 kennzeichnet – etwa das Spannungsverhältnis zwischen der Forderung nach vermehrter politischer Teilhabe Aller auf der einen und erziehungsdiktatorischen Vorstellungen gegenüber den postfaschistischen Bürgern auf der anderen Seite. Andere negative Seiten sind nicht auf „1968“ zurückzuführen, sondern stellen Neben- oder Langzeitfolgen von Liberalisierungstendenzen dar. So befreite die Individualisierung als eine Folge der Erosion der Sozialmilieus, der Konsumgesellschaft und der Bildungsreform einerseits aus den Fesseln der Tradition, aber mit der Freisetzung des Einzelnen ging auch eine Entsolidarisierung einher, wurde soziale Ungleichheit

³⁹ Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.), Wandlungsprozesse (wie Anm. 5), S. 7–49.

verstärkt oder neu erzeugt durch die Forderung nach permanenter Selbstmobilisierung des Einzelnen, die mehr oder weniger gut gelingt: das „unternehmerische Selbst“, von dem der Soziologe Ulrich Bröckling spricht, als anthropologischer Idealtypus einer Gesellschaft, in der, wie er pointiert formuliert, „jeder könnte, aber nicht alle können“.⁴⁰

Die beiden extremen, aber weit verbreiteten Interpretationsmuster zum Siegeszug der Konsumindustrie gehen an der Wirklichkeit vorbei. Weder trifft die affirmative Vorstellung zu, dass der Konsumkapitalismus dem Individuum volle Freiheit verschafft noch die pessimistische Deutung, dass er demokratische Bestrebungen *per se* unterminiert und neutralisiert. Produktiver, allerdings auch ergebnisoffener und riskanter ist es, sich zwischen diesen beiden oftmals ideologisch begründeten und instrumentalisierten Deutungsmustern zu bewegen und die Beziehung zwischen der Konsumindustrie und dem Individuum, die sich in einem ständigen Wandel befindet, historiographisch konkret auszuloten. Die 60er Jahre waren – und das ist eines der wichtigsten Merkmale, die diese Dekade für viele so anziehend und inspirierend macht – der einzige Abschnitt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in dem ein tiefgreifender gesellschaftlicher und kultureller Wandel begleitet und geformt wurde von wirtschaftlicher Prosperität und einer schnell wachsenden Politisierung gleichzeitig. Diese Kombination beeinflusste den Alltag vieler Menschen und ihr Verhältnis zu Gesellschaft und Politik weit unterhalb der Ebene einer politischen Revolution. Es handelte sich in der Tat um eine kulturelle Revolution mit Langzeiteffekten. Allerdings bedeutet das nicht, dass der Konsumkapitalismus immer positive Effekte für die Konsumenten hat oder gar, dass wirtschaftlicher Wohlstand und Politisierung Hand in Hand gehen müssen. In den 60er Jahren wurde die Verknüpfung dieser beiden Elemente in eine antinationalistische und demokratisch-sozialistische Richtung getrieben aufgrund der Delegitimierung des Nationalismus und

⁴⁰ Ulrich Bröckling, Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst, in: *Mittelweg* 36, 4 (2002), S. 6–26.

Detlef Siegfried

dem weltweiten Aufstieg sozialistischer Ideen und Praktiken – nicht zuletzt als ein Ergebnis der Dekolonialisierung. Eine Revolutionierung der Wirtschaftsweise schien ebenso möglich wie der politische Umsturz und eine grundlegend veränderte Lebensweise. Selbst wenn nur eine dieser drei Revolutionen annähernd Wirklichkeit wurde: Das war sehr viel mehr als in jeder anderen Dekade in der Geschichte der alten Bundesrepublik auch nur denkbar schien.

Stephan Moebius

Intellektuellensoziologie – Skizze zu einer Methodologie

Die Figur des kritischen Intellektuellen ist in der Krise. Dafür gibt es viele Gründe. Einer dieser Gründe ist ein Strukturwandel der Öffentlichkeit. Aber auch die Transformation und intensivierete Nutzung der Kommunikationsmedien begünstigen die Krise. Denn mit ihnen ändert sich auch die Gestalt des Intellektuellen. Versteht man Intellektuelle mit Stefan Collini als „public intellectuals“, so sind sie wesentlich auf das Medium der Öffentlichkeit sowie auf entsprechende Kommunikationsmittel und Institutionen angewiesen.¹ Waren dies in der Geschichte zunächst die Universitäten, so folgten dann die Verlagshäuser und schließlich seit den sechziger Jahren die Massenmedien. Jürgen Habermas hat jüngst auf diese Transformation hingewiesen: Die anhand des Fernsehens und Internets forcierte Ausweitung der Medienöffentlichkeit sowie die Verdichtung der Kommunikationsnetze führt in seinen Augen nicht nur zum Zerfall einer kritischen Öffentlichkeit, sie bekommt zudem auch den Intellektuellen selbst schlecht. Die Sozialfigur des kritischen Intellektuellen, für den Émile Zola den Prototyp abgab, sei vom Verschwinden bedroht: „Vermisse wir nicht die großen Auftritte und Manifeste der Gruppe 47, die Interventionen von Alexander Mitscherlich oder Helmut Gollwitzer, die politischen Stellungnahmen von Michel Foucault, Jacques Derrida und Pierre Bourdieu, die eingreifenden Texte von Erich Fried oder Günter Grass?“²

¹ Vgl. Stefan Collini, *Absent Minds. Intellectuals in Britain*, Oxford 2006.

² Jürgen Habermas, Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Was den Intellektuellen auszeichnet, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 51 (2006), 5, S. 551–557, hier S. 553.

Die schwächer werdende Präsenz kritischer und engagierter Intellektueller in der Öffentlichkeit wird seit den siebziger Jahren begleitet vom Aufstieg und der Ausbreitung der schillernden Figur des Medienintellektuellen.³ Im „Geburtsland“ der Intellektuellen, in Frankreich, zählen zu diesem neuartigen Sozialtyp insbesondere die so genannten „Neuen Philosophen“ (*nouveaux philosophes*) wie Alain Finkielkraut, Philippe Némo, Maurice Clavel, Guy Lardreau, Jean-Marie Benoist, Bernard-Henri Lévy und André Glucksmann.⁴ Ehemals Verfechter extrem linker, meist maoistischer Positionen (so genannte „Bistro-Maoisten“), tritt diese Intellektuellenkohorte seit ihrer „Läuterung“ durch die Lektüre des *Archipel Gulag* (1973) von Alexander Solschenizyn nun in die Öffentlichkeit, um mit ähnlichem Missionierungsdrang wie ehemals vehement für eine antimarxistische Totalitarismuskritik oder – wie erst kürzlich André Glucksmann bei den französischen Präsidentschaftswahlen – für die Wahl von Nicolas Sarkozy einzutreten.⁵ Auch in Deutschland ist der Typ des Medienintellektuellen keine unbekannte Größe mehr. Aktuelle Hauptprotagonisten des Medienintellektuellen sind neben Norbert Bolz hierzulande beispielsweise die beiden „philosophischen Schwergewichte“ (laut *3Sat online*) Peter Sloterdijk und Rüdiger Safranski, bekannt durch das „Philosophische Quartett“, eine von ihnen moderierte Philosophie-Talkshow in den noblen Dresdener „Glashaus“-Hallen des Automobilkonzerns VW.

Die wesentlichen Merkmale der ehemaligen, sich durch Engagement, Kritik und Parteilichkeit auszeichnenden Intellektuellentypen treffen auf den Medienintellektuellen nicht mehr zu. War für jenen die wissenschaftliche oder künstlerische Reputation das Mit-

³ Zum Sozialtyp des Medienintellektuellen siehe eingehender Stephan Moebius, *Der Medienintellektuelle*, in: Stephan Moebius / Markus Schroer (Hg.), *Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart*, Frankfurt am Main 2010 (i. E.).

⁴ Vgl. Pascal Ory / Jean-François Sirinelli, *Les intellectuels en France. De l'affaire Dreyfus à nos jours*, Paris 2004, S. 363.

⁵ Vgl. Lothar Peter, *Von der ‚Proletarischen Linken‘ zu Sarkozy? Intellektuelle, Medien und Präsidentschaftswahlen in Frankreich*. Karlo (Karl Heinz Roth) zum 65. Geburtstag, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 70 (2007), S. 22–35.

tel und der Maßstab für ein glaubwürdiges, kompetentes und engagiertes Auftreten in der Öffentlichkeit, so ist es für den Medienintellektuellen in erster Linie die qua Medienpräsenz erworbene Prominenz, die seinen (guten oder schlechten) öffentlichen Ruf bestimmt und seinen Worten Gewicht verleiht. Als Rädchen im Getriebe des Medienapparats ist er völlig von der „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ absorbiert. Sein Ansehen steigt und fällt mit dem Erfolg seiner medialen Performance. Es liegt dabei auf der Hand, dass das wissenschaftliche oder künstlerische Werk – sofern es überhaupt eines gibt – für den Typus des Medienintellektuellen unter diesen Umständen nicht – wie ehemals für den kritischen Intellektuellen – konstitutiv, ja nicht einmal mehr von Bedeutung ist. Es avanciert zum bloßen Beiwerk und Ornament. Das hindert ihn jedoch nicht daran, sich wie die alten Intellektuellen zu gebärden, sie nachzuahmen und sich in ihre Tradition einzuschreiben. Wenn er sich dabei etwa mit Sartre, Camus oder Malraux vergleicht, identifiziert sich der Medienintellektuelle jedoch für gewöhnlich nur mit deren (medialer) Größe, nicht mit ihrem politischen oder gesellschaftlichen Engagement. Dieses wird entweder ausgeblendet oder als Fehltritt und Irrtum ausgelegt.

Die Transformationen der Sozialfigur des Intellektuellen von Zola bis zum Medienintellektuellen sind Ausdruck allgemeiner gesellschaftlicher, politischer und kultureller Veränderungen. Will man die Sozialfigur des Intellektuellen und deren Transformationsprozesse wissenschaftlich untersuchen, so bedarf es der methodologisch systematisierten Erforschung von Intellektuellen(gruppen) sowie der Produktion und Verbreitung ihrer Ideen und politischen Aktivitäten. Erst auf dieser Grundlage lassen sich die sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen für die Entstehung der unterschiedlichen Figuren des Intellektuellen, ihrer Veränderungen und Wirkungen tiefergehend analysieren. Im Folgenden sollen die Systematik und der Aufbau einer solchen Methodologie der Intellektuellenforschung skizziert werden. Unter „Methodologie“ sei dabei die Gesamtheit der Regeln verstanden, nach denen die Pro-

blemformulierung, die Umsetzung einer Fragestellung in ein Forschungsdesign und die Interpretation der Quellen erfolgt.⁶

Wie betreibt man Intellektuellensoziologie?

Spätestens seit Anfang der Achtziger lässt sich eine zunehmende, vor allem aus der „älteren politischen Ideengeschichte“⁷ hervorgegangene wissenschaftliche Beschäftigung mit der Sozialfigur des Intellektuellen beobachten.⁸ Zwar gab es immer schon ein reges Interesse an der Intellektuellenfigur, jedoch zeichnet sich erst seit dem letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts ein wissenschaftliches Bedürfnis nach einer systematischen Methodologie der Intellektuellenforschung ab. Wie die französische Intellektuellenforscherin Marie-Christine Granjon betont, besteht das Ziel der neueren Forschungen vorwiegend darin, die Intelligentsia wie einen sozialen

⁶ Vgl. Max Haller, *Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich*, Wiesbaden 2003, S. 597.

⁷ Hans M. Bock, *Der Intellektuelle und der Mandarin? Zur Rolle des Intellektuellen in Frankreich und Deutschland*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Opladen 1998, S. 38.

⁸ Der vorliegende Text orientiert sich vor allem an der soziologiegeschichtlichen Methodologie von Lothar Peter: *Warum und wie betreibt man Soziologiegeschichte?*, in: Klingemann u. a., *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1997/1998*, Opladen 2001, S. 9–64. Sie ist in erweiterter und aktualisierter Fassung gewonnen aus meiner Studie über das Collège de Sociologie, wo sie größtenteils auch praktisch umgesetzt wurde: Stephan Moebius, *Die Zauberlehrlinge. Soziologiegeschichte des Collège de Sociologie (1937–1939)*, Konstanz 2006. Zu unterschiedlichen Konzeptionalisierungsansätzen der neueren Intellektuellenforschung in Frankreich und Deutschland siehe vor allem Bock, *Der Intellektuelle* (wie Anm. 7), S. 38 ff. und Hans M. Bock, *Histoire et historiographie des intellectuels en Allemagne*, in: Marie-Christine Granjon / Michel Trebitsch (Hg.), *Pour une histoire comparée des intellectuels*, Bruxelles 1998. Zur Frage, warum die französischen Intellektuellen im Gegensatz zu den deutschen vornehmlich politisch intervenieren, siehe Lothar Peter, *Warum sind die französischen Intellektuellen politisch, die deutschen aber nicht?*, in: Hans-Jürgen Bieling u. a., *Flexibler Kapitalismus. Analyse, Politik und politische Praxis*. Frank Deppe zum 60. Geburtstag, Hamburg 2001. Zur vergleichenden Intellektuellenforschung siehe die Beiträge in dem eben erwähnten Sammelband von Marie-Christine Granjon und Michel Trebitsch.

Tatbestand (*fait social*) zu erforschen, das heißt mit jener methodischen Distanz und Unparteilichkeit, wie sie den Sozialwissenschaftler eigen sein sollte.⁹ Aus dieser Perspektive wird der Intellektuelle als ein Produkt spezifischer historischer, politischer, kultureller und sozialer Konstellationen betrachtet.

Trotz unterschiedlicher Forschungsansätze, seien sie eher sozialhistorischer¹⁰ oder politikhistorischer¹¹ Provenienz, ist man sich in der neueren Intellektuellenforschung über den Entstehungszeitraum des spezifischen Sozialtyps des Intellektuellen weitgehend einig: Es war der während der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts entbrannte Konflikt um den unschuldig verhafteten jüdischen Artilleriehauptmann Alfred Dreyfus, die so genannte „Dreyfus-Affäre“, die zahlreiche Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler dazu veranlasste, gegen die unrechtmäßige Verurteilung des Offiziers und darüber hinaus allgemein gegen die Verletzung der Menschenrechte einzutreten.¹² Berühmt geworden ist in dieser Affäre das Manifest des Schriftstellers Emile Zola:¹³ Unter dem Titel „J'accuse“ setzte er sich für den des Hochverrats beschuldigten Dreyfus ein. Er löste damit einen ungeheuren Skandal aus, denn sein öffentlicher Brief beschuldigte den gesamten Generalstab, den Kriegsminister und das

⁹ Marie-Christine Granjon, Une enquête comparée sur l'histoire des intellectuels: synthèse et perspectives, in: Granjon / Trebitsch, Pour une histoire (wie Anm. 8), S. 24 f.

¹⁰ Vgl. Christophe Charle, Naissance des ‚intellectuels‘: 1890–1900, Paris 1990.

¹¹ Vgl. Ory / Sirinelli, Les intellectuels (wie Anm. 4).

¹² Eine hervorragende Untersuchung der Geschichte des Intellektuellen-Begriffs liefert die Ende der siebziger Jahre verfasste Studie von Dietz Bering, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Berlin / Wien / Frankfurt am Main 1978, in der der Autor die Geschichte des Intellektuellen mit der Dreyfus-Affäre beginnen lässt, um von da aus das gesamte Feld der negativen Konnotationen dieses Begriffs in der Weimarer Republik, im Faschismus, bei „den Marxisten“ und den „bürgerlich-demokratischen Humanisten“ auszuloten. Ebenfalls mit der Dreyfus-Affäre beginnt: Michel Winock, Das Jahrhundert der Intellektuellen, Konstanz 2003. Zur Geschichte der Dreyfus-Affäre selbst vgl. die zusammengestellten Aufzeichnungen und Prozessberichte bei: Siegfried Thalheimer, Die Affäre Dreyfus, München 1963.

¹³ Vgl. auch Madeleine Réberieux, La République radicale? 1898–1914, Paris 1975, S. 11 ff.

Kriegsgericht, also alle, die an der Verurteilung des Hauptmanns beteiligt waren, selbst des Verrats.¹⁴ Die Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler, die Dreyfus verteidigten – unter ihnen übrigens auch Durkheim und seine Schüler –, wurden von der Rechten polemisch als „Intellektuelle“ bezeichnet. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie sich „ein Monopol geistiger und moralischer Überlegenheit anmaßten, in Wirklichkeit aber die traditionellen Werte des Vaterlandes, der Religion und der Familie in den Schmutz zögen.“¹⁵ Die „Geburt des Intellektuellen“ ist eng mit dem Kampf um universalistische Werte der Menschenrechte verbunden. Aus dem (schließlich erfolgreichen) Einsatz der Intellektuellen für Dreyfus erklärt sich auch die folgende Definition, die nach langjährigen Kontroversen innerhalb der Intellektuellenforschung eine gewisse Plausibilität beanspruchen kann: Als „Intellektuelle“ sind Menschen zu bezeichnen, die wissenschaftlich, künstlerisch, religiös, literarisch oder journalistisch tätig sind, dort Kompetenzen erworben haben und qualitativ ausgewiesen sind und die in die öffentlichen Auseinandersetzungen und Diskurse kritisch oder affirmativ intervenieren und Position beziehen; sie sind dabei nicht notwendig an einen bestimmten politischen, ideologischen oder moralischen Standort gebunden; folglich kann es sie in unterschiedlichen politischen Lagern oder Strömungen sowie innerhalb und außerhalb institutioneller Bindungen geben.¹⁶

Insbesondere Jean-François Sirinelli und die von ihm mitbegründete „Groupe de Recherche sur l'Histoire des Intellectuels“ (GRHI) haben dazu beigetragen, die modernen Entstehungsbedingungen und die spezifischen Aktionsformen der Intellektuellen auf einer breiten Basis zu erforschen und diese Forschungen zu konzeptionalisieren.¹⁷ Als Leitkategorien der neueren Intellektuellenforschung haben sich dabei sowohl das Konzept der Einzel- oder Gruppen-

¹⁴ Vgl. Winock, Jahrhundert (wie Anm. 12), S. 35.

¹⁵ Peter, Soziologieggeschichte (wie Anm. 8).

¹⁶ Peter, Warum sind... (wie Anm. 8), S. 240.

¹⁷ Die GRHI wurde 1985 im Rahmen des Institut d'histoire du temps présent (IHTP) gegründet, maßgebliche Forscher am GRHI sind u. a. Nicole Racine und Michel Trebitsch.

biographie („*itinéraires*“), das Konzept der Generationszugehörigkeit („*générations*“, „*effets d'âge*“) als auch das Konzept des intellektuellen Umfeldes bzw. der Form der intellektuellen Gruppenbildung („*réseau de sociabilité*“, „*sociabilité intellectuelle*“ – gemeint ist ein intermediärer, zwischen Familie und Partei- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft angesiedelter, strategisch oder nicht-strategisch gewählter Gruppenzusammenhang) für die Erforschung von Intellektuellen als brauchbar herausgestellt.¹⁸ Diese drei Konzeptionen werden ergänzt durch die sozialhistorische Kontextualisierung der zu analysierenden Intellektuellen(gruppen), so dass deren politische oder wissenschaftliche Ideen und Paradigmen sowie deren Ideologien oder moralische Vorstellungen im Rahmen sozialer, kultureller, politischer und wissenschaftlicher Bedingungen historisch situiert und aufeinander bezogen werden können.¹⁹ Von den methodologischen Konzepten der „Groupe de Recherche sur l'Histoire des Intellectuels“ unterscheiden sich gegenwärtig die mehr an die Kultursoziologie Pierre Bourdieus angelehnten Konzeptionalisierungsversuche, die besonders nach den gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der Figur des Intellektuellen fragen: So etwa die von Christoph Charle²⁰ durchgeführten Untersuchungen zu den Veränderungen des soziokulturellen Feldes, das zur „Geburt der Intellektuellen“ in Frankreich führte. An dem feldtheoretischen Ansatz Bourdieus kritisiert

¹⁸ Vgl. zu den Konzepten der „*itinéraires*“ und der „*effets d'âge*“ Jean-François Sirinelli, *Effets d'âge et phénomènes de génération dans le milieu intellectuel française*, in: *Cahiers de l'IHTP*, 6 (1987), S. 5–18, und ders., *Génération intellectuelle. Khâgneux et Normaliens dans l'entre-deux-guerres*, Paris 1988 sowie das Vorwort von Michel Trebitsch, in: Granjon / Trebitsch, *Pour une histoire* (wie Anm. 8), S. 14. Zur „*sociabilité*“ siehe den Band von Nicole Racine / Michel Trebitsch, *Sociabilités intellectuelles. Lieux, milieux, réseaux*, Paris 1992 sowie einen instruktiven Aufsatz von François Beilecke: *Die Form der sociabilité intellectuelle am Beispiel der Union pour la Verité 1918–1939*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1998* (wie Anm. 7), S. 105–120. Zu den Konzeptionalisierungs-Ansätzen der Intellektuellenforschung siehe auch Bock, *Der Intellektuelle* (wie Anm. 7), S. 38 ff.

¹⁹ Zu den unterschiedlichen Konzepten siehe auch Granjon, *Une enquête* (wie Anm. 9), S. 25.

²⁰ Charle, *Naissance* (wie Anm. 10).

die Gruppe um Sirinelli die Reduktion des Intellektuellenmilieus auf den Mechanismus von Machtstrategien bei gleichzeitiger Ausblendung des Zufalls, der Kontingenz oder der aus spezifischen geteilten Erfahrungen resultierenden gruppenbildenden Affinitäten zwischen den Intellektuellen. Die Entstehung von Intellektuellen-gruppierungen wie dem Surrealismus oder der Frankfurter Schule lassen sich nur schwer auf machtstrategische Praktiken reduzieren, sondern können vielmehr als spezifische Deutungsversuche und intellektuelle Verarbeitungen der kollektiv geteilten Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, einer Krise der Moderne sowie aus dem Anspruch der Antibürgerlichkeit begriffen werden.

Ich möchte im Folgenden vorschlagen, die bestehenden Konzeptionen, die sich in der französischen Intellektuellenforschung als fruchtbar erweisen, in eine umfassendere Methodologie einer Intellektuellensoziologie zu integrieren, deren Grundgerüst an die von Lothar Peter²¹ 2001 vorgelegte soziologiegeschichtliche Methodologie angelehnt ist.²² Ausgehend von Wolf Lepenies' Einleitung zur vierbändigen „Geschichte der Soziologie“²³ und Dirk Kaeslers Untersuchung der frühen deutschen Soziologie²⁴ entwirft Peter ein eigenständiges methodologisches Forschungsdesign für soziologiegeschichtliche Analysen. Den zentralen Bestandteil seiner methodologischen Konzeption bildet die analytische Unterscheidung von vier Hauptdimensionen soziologiegeschichtlicher Forschung:²⁵ die *kognitive*, die *soziale*, die *wirkungsgeschichtliche* und die *diskursgeschichtliche* Dimension. Im Folgenden soll gezeigt werden, inwiefern sich Peters soziologiegeschichtliche Methodologie und deren

²¹ Peter, Warum sind... (wie Anm. 8).

²² Siehe auch Stephan Moebius, Praxis der Soziologiegeschichte: Methodologien, Konzeptionalisierungen und Beispiele, Hamburg 2004.

²³ Wolf Lepenies, Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin, Band 1, Frankfurt am Main 1981, S. I-XXXV.

²⁴ Dirk Kaesler, Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung, Opladen 1984.

²⁵ Peter, Warum sind... (wie Anm. 8), S. 18.

systematische Differenzierung zwischen diesen vier Dimensionen für eine Erweiterung bisheriger methodologischer Überlegungen zur Intellektuellensoziologie eignet. Die vorgestellte methodologische Konzeptionalisierung zur Analyse spezifischer Intellektueller bzw. Intellektuellengruppen vermag im Vergleich zu Ansätzen, die allein die Biographie, das Milieu oder den historischen Kontext berücksichtigen, ein komplexeres und differenzierteres Bild der Entstehung, der Interaktionen, der gruppenstabilisierenden Prozesse sowie der Produktion neuer Ideen von Intellektuellen zu liefern.

Die kognitive Dimension

Der systematische methodologische Aufbau einer intellektuellensoziologischen Untersuchung sieht auf dieser Grundlage folgendermaßen aus: Nach einer generellen real- und sozialhistorischen Kontextualisierung der zu analysierenden Intellektuellen oder Intellektuellengruppe werden ihre kognitiven Dimensionen untersucht. Das erste Untersuchungselement der kognitiven Dimension setzt sich zusammen aus einer Darstellung der ideen-, ideologie-, mentalitäts-, politik-, kultur-, wissenschafts- oder (bei Gruppierungen spezifischer Fachdisziplinen wie beispielsweise dem *Collège de Sociologie* oder der Frankfurter Schule) disziplingeschichtlichen Kontexte, in die das Handeln von Intellektuellen eingebettet ist und vor deren Hintergrund sich ihr Selbstverständnis und ihre Selbst- oder Gruppenidentität konstituieren.²⁶ Hierbei muss je nach Untersu-

²⁶ Zur Unterscheidung zwischen Ideologie und Mentalität schreibt Stefan Breuer in seiner sowohl soziologischen als auch mentalitätsgeschichtlich orientierten Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993, S. 33: „Mentalitäten sind auf einem niedrigeren Bewußtseinsniveau angesiedelt als Ideologien. Sie sind formlos und fließend, entbehren der begrifflichen Systematik und logischen Durchgliederung, sind aber deshalb keineswegs willkürlich oder zufällig. Das Spannungsfeld, in dem sie sich konstituieren, ist durch Faktoren der *longue durée* wie Klassen- und Schichtzugehörigkeit, Geschlechtscharaktere und ähnliches bestimmt, daneben aber auch durch historische Erfahrungen, die besonders auf die jüngeren Jahrgänge eine erhebliche Prägung entfalten.“ Dabei kann sich ein Mentalitätstypus in verschiedene Doktrinärideologien auslegen, wie Breuer, ebd., S. 48, in Anlehnung an

chungsgegenstand entschieden werden, welche dieser kognitiven Rahmungen für die Untersuchung sinnvoll erscheint. Die produktive Rolle einer wissenschafts-, ideen- und / oder kulturgeschichtlichen Kontextualisierung der zu untersuchenden Intellektuellen(gruppen) lässt sich am Beispiel des *Collège de Sociologie* (1937–1939) verdeutlichen: Die von den am Collège vertretenen Intellektuellen aus Literatur, Soziologie, Ethnologie oder Kunst, beispielsweise Georges Bataille, Michel Leiris, Roger Caillois, propagierte „Sakralsoziologie“ lässt sich nicht aus sich heraus verstehen. Für das Verständnis der Ausrichtung der Intellektuellen am Collège muss eine ganze Reihe von Kontexten berücksichtigt werden: so die ethnologischen Forschungen der Durkheim-Schule über das Sakrale und die integrative Kraft von Ritualen, die in der Zwischenkriegszeit in Frankreich an Bedeutung gewinnenden so genannten „drei H“ (Hegel, Husserl, Heidegger), die Hegelvorlesungen von Alexandré Kojève in den dreißiger Jahren, die einsetzende Nietzsche-Rezeption, die personalistischen oder „Dritte-Weg-Bewegungen“,²⁷ die surrealistischen Versuche (viele Collègiens waren ehemalige Surrealisten), Kunst in Lebenspraxis aufzuheben, sowie der durch Einstein ausgelöste Paradigmenwechsel in der Physik. Alle diese diskursiven Entwicklungen und Verschiebungen erklären den Wunsch der Intellektuellen des Collège, der durch fortschreitende Individualisierung in „Atomisierung“ wahrgenommenen Gesellschaft wieder einen sakralen „Kern“ geben zu wollen. Ebenso steht es mit der „Geburt der Intellektuellen“ (Charle) selbst, um ein weiteres Beispiel anzuführen: Die Entstehung des Sozialtyps des Intellektuellen in Frankreich ist – wie man an Émile Durkheim oder Marcel Mauss besonders deutlich sehen kann – unmittelbar mit der Tradition aufklärerischen Denkens, universalistischer Werte und republikanischer Tugenden verknüpft.²⁸ Ohne eine Kontextualisierung von Durkheim oder Mauss

Theodor Geiger schreibt.

²⁷ Vgl. Thomas Keller, *Deutsch-französische Dritte-Weg-Diskurse. Personalistische Intellektuellendebatten in der Zwischenkriegszeit*, München 2001.

²⁸ Vgl. Stephan Moebius, *Marcel Mauss, Klassiker der Wissenssoziologie*, Band II, Konstanz 2006.

in diese ideen- und politikgeschichtlichen Prozesse wird weder ihr Engagement für Dreyfus noch – wie besonders im Falle von Mauss – ihr reformsozialistisches Engagement begreiflich, das sich bis in die theoretischen Konzepte niederschlägt.

Innerhalb der Untersuchung der kognitiven Dimension wird in einem weiteren Schritt dargestellt, wie die Intellektuellen die politischen, sozialen oder kulturellen Probleme verarbeiten bzw. verarbeitet haben, das heißt, wie sie in die öffentlichen Auseinandersetzungen und Diskurse kritisch oder affirmativ intervenierten und Position bezogen.²⁹ Es gilt, die spezifische Intervention der Intellektuellen inhaltlich zu beschreiben und zu interpretieren. Ebenso wichtig ist aber auch, in welcher Form die Inhalte transportiert werden – ob als Manifest, Flugblatt, durch die spezifische Nutzung von Massenmedien (Radio, Zeitung, Fernsehen, Kino etc.) oder mit Hilfe öffentlicher Erklärungen. Auf dieser Grundlage lassen sich Rückschlüsse darüber ziehen, an wen (und eventuell auch: an wie viele) die Intervention adressiert ist.

Nach Michel Winock³⁰ lassen sich drei idealtypische Sozialfiguren der intellektuellen Intervention unterscheiden: der „kritische“ Intellektuelle, der „organische“ Intellektuelle und der „parteiliche“ Intellektuelle. Während der kritische Intellektuelle, beispielsweise Voltaire oder Zola, die rechtliche, politische oder religiöse Autorität in Frage stellt, verteidigt der „organische Intellektuelle“ (Gramsci) nach Winock ein etabliertes Regime, sei es gegen die Anhänger eines alten oder gegen die Befürworter eines neuen Regimes; ein Beispiel dieses Typs ist der französische Soziologe Raymond Aron, der in seinem Buch *Opium der Intellektuellen* (1957) das Engagement der „parteilichen“ Intellektuellen anprangert und vor dem Einfluss des Marxismus warnt. Der parteiliche Intellektuelle schließlich „gibt

²⁹ Mario Rainer Lepsius bezeichnet dabei die spezifische Intervention von Intellektuellen als „inkompetente, aber legitime Kritik“: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16, (1964), S. 75–91, hier S. 88.

³⁰ Michel Winock, Die Intellektuellen in der Geschichte Frankreichs, in: Frankreich-Jahrbuch 1998 (wie Anm. 7), S. 53–63, hier S. 54.

sich nicht damit zufrieden, ein kritischer Intellektueller zu sein, was er per definitionem auch ist. Er verteidigt ein Anliegen – später eine Partei – in der Absicht, ein Regime durch ein anderes zu ersetzen.³¹ Es sind die parteilichen Intellektuellen, denen Julien Benda 1927 in *Verrat der Intellektuellen* vorwirft,³² ihre partikularen Leidenschaften über die von den „clerics“ zu verteidigenden universalen Werte zu stellen. Zu Winocks Intellektuellentypen kommt noch der Typus des „speziellen Intellektuellen“ hinzu. Dieser Typus, der von Michel Foucault repräsentiert wurde, greift vor dem Hintergrund seiner spezifischen Sachkenntnisse, als Experte eines Wissensgebiets, gezielt in konkrete gesellschaftliche Herausforderungen ein. Weniger die universelle Wahrheit steht im Mittelpunkt seines Engagements (diese ist ihm zufolge ohnehin ein Produkt spezifischer Machtverhältnisse), auch nicht die Orientierung an einer bestimmten Klasse oder Partei als vielmehr die aus einem lokalen Wissen gespeiste Kritik und die politische Aktion gegen machtbesetzte institutionelle Apparate (Gefängnisse, Psychatrien, Kliniken, Universitäten etc.) zugunsten konkreter Verbesserung der Lebens- oder Arbeitsbedingungen der betroffenen Gruppen. Einen Zwischentypus bildet der „korporativistisch-universale Intellektuelle“ (Bourdieu). Korporativismus bedeutet hier, dass der Intellektuelle auf seinem spezifischen Feld aufgrund seiner Kompetenz ein gewisses Maß an Autonomie und Autorität erlangt hat, das er für universale Werte einsetzt.³³ Die Unterteilungen sind, wie Winock bemerkt, eine „Konstruktion von Idealtypen“, von denen es in der Wirklichkeit zahlreiche „Mischtypen“ gibt: „So kann jemand ein kritischer Intellektueller der Gesellschaft und ein organischer Intellektueller einer politischen Gruppierung sein.“³⁴ Nimmt man beispielsweise die Surrealisten und ihre ab 1930 mit *Le surrealisme au service de la*

³¹ Winock, Die Intellektuellen (wie Anm. 30). Anzumerken ist allerdings, dass der Typ des organischen Intellektuellen bei Gramsci natürlich auch bzw. insbesondere als oppositionelle Figur gedacht wird.

³² Julien Benda, *Der Verrat der Intellektuellen*, Frankfurt am Main u. a. 1983.

³³ Foucaults Begriff des Intellektuellen ist dagegen sehr nah an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlich-technischer Intelligenz und Intellektuellen.

révolution betitelte Zeitschrift, so lassen diese sich als Mischung aus kritischen und parteilichen Intellektuellen interpretieren: Ihre Interventionen, besonders in Gestalt von Manifesten und (surrealistischen) politischen Aktivitäten,³⁵ stellten die politischen und religiösen Autoritäten in Frage. Gleichzeitig wollten sie die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft stürzen und durch eine neue Gesellschaft ersetzen.³⁶

Die Untersuchung der kognitiven Dimensionen und Rahmungen beinhaltet ferner eine Darstellung der prägenden Bezugspunkte, Einflüsse, der Rückgriffe auf vorhandene Reflexionen, Theorien oder Sinnkonstruktionen sowie ihrer selbstständigen Weiterverarbeitung durch die Intellektuellen. Dies können beispielsweise bei einer disziplin- und wissenschaftsgeschichtlichen Betrachtung der Intellektuellengruppen spezifische Theorien oder Paradigmen sein, auf die die Intellektuellen(gruppen) zurückgreifen, wie etwa das *Collège de*

³⁴ Winock, Die Intellektuellen (wie Anm. 30). Eine andere Typisierung der per definitionem intervenierenden Intellektuellen ist die Einteilung in „universelle Intellektuelle“ (wie Sartre), „spezifische Intellektuelle“ (wie Foucault) und in die Position des „kollektiven Intellektuellen“ bzw. des „Korporativismus des Universellen“ (wie Bourdieu); siehe zu diesen drei Positionen: Lothar Peter, Korporativismus des Universellen? Das Thema der Intellektuellen in der soziologischen Theorie von Pierre Bourdieu, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 41 (2000), S. 107–122. Nach Bourdieu bilden die Intellektuellen eine beherrschte Fraktion der herrschenden Klasse. Vgl. Pierre Bourdieu, Das intellektuelle Feld: Eine Welt für sich, in: ders.: Rede und Antwort, Frankfurt am Main 1992, S. 160. Zur Erstellung einer Typologie könnte man auch mit Eßbach eine Typisierung je nach der Beziehung der Intellektuellen zur Gesellschaft aufstellen: „sei es der Typ des sich in den Massenbewegungen auflösenden wollenden Intellektuellen, der Typ des randständigen, in subtilen Gruppen sich bewegendem Intellektuellen oder der einsame Typ, der folgendem Satz Paul Valérys zustimmen würde: ‚L’esprit abhorre les groupements.‘“ Siehe Wolfgang Eßbach, Die Junghegelianer: Soziologie einer Intellektuellengruppe, München 1988, S. 18.

³⁵ Stephan Moebius, Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida, Frankfurt am Main / New York 2003.

³⁶ Moebius, Der Medienintellektuelle (wie Anm. 3).

Sociologie auf die Arbeiten von Émile Durkheim, Marcel Mauss, Robert Hertz und Georges Dumézil.³⁷

Im Hinblick auf ideengeschichtliche Analysen kann es eine von unterschiedlichen Intellektuellengruppen auf je besondere Art aufgegriffene politische oder philosophische Idee sein, man denke etwa an die von der Philosophie Hegels beeinflussten, in so genannte „schwäbische“, „preußische“ oder „schweizerische“ ausdifferenzierten Junghegelianer.³⁸

Ein weiterer Punkt, der bislang in intellektuellensoziologischen Überlegungen kaum erwähnt wurde, ist, die Entstehung intellektueller Aktivitäten, Ideen oder Engagements handlungstheoretisch rückzubinden und zu reflektieren. Als Grundlage einer solchen Arbeit bietet sich die Theorie der Kreativität des Handelns von Hans Joas an.³⁹ Aus dieser neopragmatistischen Perspektive wäre die Entstehung intellektueller Aktivitäten auf das engste mit der Situationsdefinition der Handelnden verknüpft. Um ein Beispiel aus der Soziologie zu geben: Die Soziologie Durkheims, besonders seine erziehungssoziologischen Aktivitäten, sowie sein Engagement in der Dreyfus-Affäre lassen sich aus der handlungstheoretischen Sicht von Joas als eine spezifische Reflexion und Interpretation der zeitgenössischen Situation sowie als Beantwortung und (im Joas'schen Sinne) „kreativer“ Problemlösungsversuch erklären, der das Ziel hatte, die gesellschaftlichen und politischen Widersprüche und Konflikte der Dritten Republik zu überwinden.

Soziale Dimension

An die Untersuchungen der kognitiven Dimensionen schließt die Behandlung der sozialen Dimensionen an. In die Untersuchung der sozialen Dimensionen kann die von Sirinelli und seinen Mitarbeitern vorgeschlagene Konzeption der Intellektuellenforschung („*iti-*

³⁷ Vgl. Moebius, Zauberlehrlinge (wie Anm. 8).

³⁸ Vgl. Eßbach, Die Junghegelianer (wie Anm. 34), S. 24.

³⁹ Hans Joas, Die Kreativität des Handelns, Frankfurt am Main 1992.

néraires“, „*effets d'âge*“ und „*sociabilité*“) integriert werden. Gemäß dieser Konzeption beinhaltet die Analyse der sozialen Dimensionen eine Erforschung der Akteure hinsichtlich ihrer Biographie („*itinéraires*“), ihrer Milieus, Netzwerke und Orte („*lieux*“) sowie eine Untersuchung der Gruppen- bzw. Institutionalierungsprozesse („*sociabilité*“). Gefragt wird, warum und wie es zur Bildung von Intellektuellengruppen kommt. Wie sehen der Prozess der Gruppierung sowie die gruppeninternen und -externen sozialen Interaktionen und Vernetzungsprozesse aus? Die Analyse des Institutionalierungsprozesses ist das erste Element im Rahmen der Analyse der sozialen Dimensionen. Die Untersuchung der Verfestigung symbolischer und normativer Muster in der sozialen Interaktion⁴⁰ richtet ihren Blick auf Folgendes: Einerseits sollen die produktiven Auswirkungen der Institutionalierungs- und Gruppenprozesse erörtert werden und andererseits auch die „Reibungsverluste, kontraproduktive[n] Regulierungen, administrative[n] Gängelungen und Herrschaftsbestrebungen einzelner Gruppen [...]“. Diesen nachteiligen Folgen muß die Aufmerksamkeit ebenso gelten wie den produktivitätsfördernden Auswirkungen von Institutionalisierung [...].“⁴¹ Die einer Intellektuellengruppierung vorangegangenen sozialen Interaktionen zwischen den Akteuren sollen dabei nicht nur dahingehend analysiert werden, was zur Institutionalisierung dieser Gruppe (etwa zu einer Schule, zu einem dauerhaften „Kreis“ etc.) führte oder wie die sozialen Interaktionsmuster sich verfestigten. Es sind vielmehr auch diejenigen Interaktionsrahmen und mikrosozialen „Verflechtungen“ (Wolfgang Reinhard) zu betrachten, die der Institutionalisierung voran gingen und viele der Mitglieder erst miteinander bekannt machten, auch wenn die Gruppen vielleicht wieder zerbrachen und sich auflösten. Es soll zudem danach gefragt werden, wie sich die Institutionalierungsprozesse auf das inhaltliche Selbstverständnis, die Forschungsausrichtung und die thematischen Schwerpunktsetzungen der Intellektuellengruppierung auswirkten.

⁴⁰ Peter, Soziologiegeschichte (wie Anm. 8), S. 40.

⁴¹ Ebd.

Nach Ansicht von Jean-François Sirinelli organisieren sich Intellektuelle sowohl aufgrund „gemeinsamer ideologischer und kultureller Gesinnung als auch aus diffuseren Affinitäten, die einen gemeinsamen Willen und eine gewählte Art des Zusammenlebens begründen.“⁴² Wie die historisch-soziologische Rekonstruktion eines Gruppenprozesses durchgeführt werden könnte, hat Jürgen Frese in einem Beitrag über „Intellektuellen-Assoziationen“ systematisch vorgeführt.⁴³ Zu Beginn jeder Gruppengeschichte steht ihm zufolge ein so genanntes zu rekonstruierendes „Pfungsterlebnis“: „Es gibt so etwas wie die von allen Teilnehmern einer Versammlung geteilten ‚positiven Erfahrungen‘ spürbaren Zuwachsens von Möglichkeiten des Sehens, Redens und Handelns, die sich ergeben, wenn Menschen situativ und spontan ihre Handlungsorientierungen aufeinander einstellen [...]“⁴⁴ Mit Blick auf Intellektuellengruppen und in Anlehnung an Durkheims Religionssoziologie wären demnach nicht nur die geistige, sondern auch die sinnlich-emotionale Dimension zu berücksichtigen, das heißt die für die Gruppendynamik und den Gruppenzusammenhalt relevanten rituellen Momente sinnlicher Erfahrung, der Selbsttranszendenz oder des kollektiven Ergriffen-Seins.⁴⁵ Wichtig ist demnach, nicht nur das „Pfungsterlebnis“ an sich zu analysieren, sondern auch die Bestrebungen, das Erlebte regelmäßig zu wiederholen und auf Dauer zu stellen (die Entstehung von Ritualen, Manifesten, Programmen, Interaktionsregeln etc.), die kollektiven Deutungsprozesse der Erfahrungen, sowie die identitätsstiftenden Praktiken (zum Beispiel den Prozess der Namensgebung) und Abgrenzungsversuche gegenüber anderen intellektuellen Strömungen und Gruppierungen.

⁴² Jean-François Sirinelli, *Les intellectuels*, in: René Rémond, *Pour une histoire politique*, Paris 1988, S. 199–231, hier S. 218.

⁴³ Vgl. Jürgen Frese, *Intellektuellen-Assoziationen*, in: Richard Faber / Christine Holste, *Kreise – Gruppen – Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziation*, Würzburg 2000, S. 441–462.

⁴⁴ Frese, *Intellektuellen-Assoziationen*, (wie Anm. 43), S. 442.

⁴⁵ Vgl. auch Hans Joas, *Die Entstehung der Werte*, Frankfurt am Main 1997.

Da sich die Gruppe irgendwie darstellen müsse – sei es für sich selbst oder nach außen –, greife sie auf ein „Arsenal des kollektiven Gedächtnisses“ zurück.⁴⁶ Dieses Arsenal kann beispielsweise mythische Gesellungs- und Vereinigungs-Szenarien vergegenwärtigen, aus denen unterschiedlich ausgewählt werde. Es umfasst Gruppenmythen und unterschiedliche Gestalten. Ebenso finden sich im Arsenal des kollektiven Gedächtnisses unterschiedliche, für eine Mythisierung sich anbietende Gesellungsformen wie spätmittelalterliche Verschwörungsgemeinschaften, Kloster-Gemeinschaften oder Gelehrten-Fakultäten bis hin zu ritterlichen Tafelrunden und sokratischen Symposien. Die Angebote mythischer Gestalten und Gesellungsformen des kollektiven Gedächtnisses werden durchgespielt, vielleicht modifiziert oder „zur Adaption eigens präpariert“ bis es irgendwann beim Durchspielen der Angebote „einhake“, so dass einem als Beobachter das Neue, der „geistige Aufbruch“, als „Wiederaufführung eines Uraltens“ erscheine.⁴⁷ Später sei der anfängliche Gruppen- und Transformationsprozess es der Gruppe wert, „als wesentliches Geschehen selbst mythologisch weitererzählt zu werden.“⁴⁸

Es kann ferner zwischen mehreren Ideal-Typen von Gruppen unterschieden werden. Alfred von Martin beispielsweise zählt folgende auf: „Eine Gruppe, gar eine innerlich verbundene Gemeinschaft, können Intellektuelle im Normalfall nur bilden, soweit sie von gleichem Denken und Wollen bewegt werden. So kann ein ‚Orden‘ vorkommen wie der der russischen revolutionären ‚Intelligentsia‘, welche den Sonderfall einer politischen Verschwörung darstellte, die als solche natürlich auf engen Zusammenhalt angewiesen war; so kann es den ‚Bund‘ etwa einer philosophischen Schule geben wie der pythagoräischen; so auch den exklusiven ‚Kreis‘ literarischer Schöngeister, die gleichfalls um einen ‚Meister‘ sich scharen, nicht frei von esoterischer Manieriertheit (wie der *George-Kreis*)

⁴⁶ Vgl. Frese, Intellektuellen-Assoziationen, (wie Anm. 43), S. 444.

⁴⁷ Ebd., S. 445.

⁴⁸ Ebd., S. 446.

und bewußt der eigenen Ausstrahlung aristokratische Grenzen setzend.“⁴⁹

Die zweite Ebene der sozialen Dimensionen ist die Analyse der sozialen Akteure und ihrer Einzelbiographien, den „*itinéraires*“. Die Akteure sollen einerseits als zwischen Denk- und Handlungsalternativen rational wählende Individuen betrachtet werden und andererseits als „Persönlichkeiten, die sowohl von nicht-rationalen, emotionalen Affekten bewegt als auch von ebenfalls nicht notwendig bewußten Wertvorstellungen, Traditionen und moralischen Präferenzen sowie schließlich von außerhalb ihrer Handlungssouveränität liegenden biographischen Bedingungen wie Emigration oder Exil beeinflusst oder bestimmt wurden.“⁵⁰ Daran schließt sich die Untersuchung über die kreativen und schöpferischen intellektuellen Leistungen einzelner Akteure an, bei der erörtert werden kann, inwiefern die Akteure etwas qualitativ Neues erzeugten. Ebenso muss dargelegt werden, wie sich biographische Voraussetzungen der Akteure auf die intellektuellen Inhalte auswirkten, ohne jedoch deterministisch von der Biographie auf den Inhalt zu schließen. Es gilt demnach methodisch zwischen der biographischen Ebene der zu erforschenden Akteure und ihren Werken zu differenzieren, denn analytisch sind die biographischen Momente der Akteure nicht um ih-

⁴⁹ Alfred von Martin, *Mensch und Gesellschaft heute*, Frankfurt am Main 1965, S. 203. Freilich ist dies keine vollständige Liste, man könnte beispielsweise noch die „nicht-askriptive Korporation“ (Giesen), den Zirkel oder die journalistische Bohème nennen; vgl. auch Eßbach, *Die Junghegelianer* (wie Anm. 34), sowie Roger Caillois, *Confréries, ordres, sociétés secrètes, églises*, in: Denis Hollier, *Le Collège de Sociologie, 1937–1939*, Paris 1995, S. 217–244.

⁵⁰ Peter, *Soziologiegeschichte* (wie Anm. 8), S. 33. Dass Intellektuellengruppen nicht nur rein kognitive sind, sondern ihnen zumeist ebenfalls sinnliche, psychologisch-affektive oder emotionale Momente anhaften, wird nicht nur dadurch deutlich, dass Alfred von Martin zufolge bei Intellektuellen Denken und Leidenschaft (und sei es nur die Leidenschaft, zu denken) eng zusammenfallen: vgl. von Martin, *Mensch und Gesellschaft*, (wie Anm. 49), S. 185. Dies wird darüber hinaus auch an realen Beispielen von Intellektuellengruppen wahrnehmbar: Das gilt etwa für die Bedeutung der Homoerotik für den George-Kreis oder die mystisch-religiösen Erfahrungen in der Geheimgesellschaft des Collège de Sociologie, der Gruppe Acéphale; vgl. Moebius, *Zauberlehrlinge* (wie Anm. 8).

rer selbst willen von Interesse, sondern hinsichtlich der Frage nach der „Produktionsförderung“ intellektueller Erkenntnisse. Diese „produktionsfördernden“ biographischen Elemente sind eingebettet in konkrete soziale Netzwerke sowie Lebens- und Erfahrungszusammenhänge, die unter dem Begriff des „Milieus“ untersucht werden können. In einem Milieu oder in einer „Lebenswelt“ (Alfred Schütz) beziehen sich Individuen auf andere Individuen und symbolische Institutionen, innerhalb derer sie ihre Umwelt mit ihrem Milieu typisierend zu vereinbaren lernen. In Anlehnung an Dirk Kaeslers methodologische Unterscheidung zwischen Herkunftsmilieu und akademischem Milieu⁵¹ kann untersucht werden, inwiefern die sozialen Strukturen mit der Wahrnehmung von Gesellschaft durch die Akteure übereinstimmen, ob sich zwischen Herkunftsmilieu und akademischem Milieu eine Distanz ergab und welche Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Milieu und kognitivem Gehalt soziologischer Forschung bestehen.⁵² Hinsichtlich der Identitätsbildung der Akteure im intellektuellen Milieu sind neben der Untersuchung informeller Kreise und Rituale auch die verschiedenen Kommunikationsformen, wie zum Beispiel Briefwechsel der Akteure untereinander, von Bedeutung.

Die Analyse der „*itinéraires*“, der Milieus und der Netzwerke erfährt darüber hinaus mit der Darstellung der Generationszugehörigkeit, den „*effets d'âge*“, eine Vertiefung.⁵³ Bei der Untersuchung der „*effets d'âge*“ ist in Anlehnung an Karl Mannheim zwischen „Generationslagerung“, „Generationszusammenhang“ und „Generations-einheit“ zu unterscheiden: Die *Generationslagerung* ist charakterisiert durch „die parallele Reihenfolge des Erlebens biographischer Ereignisse, die – quasi als soziale Kraft wirkend – Angehörige einander naher Geburtsjahrgänge zu einer ähnlichen Perspektive auf

⁵¹ Vgl. Kaesler, Frühe deutsche Soziologie (wie Anm. 24).

⁵² Vgl. auch Peter, Soziologiegeschichte (wie Anm. 8), S. 37.

⁵³ Vgl. dazu auch Kaesler, Frühe deutsche Soziologie (wie Anm. 24). Vgl. zu den Generationszusammenhängen auch Keller, Dritte-Weg-Diskurse (wie Anm. 27), S. 94 und Bock, Der Intellektuelle (wie Anm. 7).

historische Begebenheiten veranlassen.“⁵⁴ Der *Generationszusammenhang* wird gestiftet durch kollektiv geteilte Schicksale wie historische Großereignisse und durch die Kristallisation einer „kollektiv verfügbaren historisch-aktuellen Problembestimmung im Sinne eines geteilten und reflexiv gewordenen Problemhorizontes.“⁵⁵ Konkrete, sich durchaus auch bekämpfende Gruppen innerhalb eines Generationszusammenhangs sind dann als *Generationseinheiten* bezeichnet, das heißt als „kollektive Strömungen unter den ungefähr zur gleichen Zeit Geborenen, die sich als durchaus individuell besonderes und voneinander abgrenzendes aktives Eingreifen in Bezug auf den reflexiv gewordenen Problemhorizont interpretieren lassen“⁵⁶ und die bei gemeinsamer Teilhabe an sozialen, politischen und kulturellen Strömungen oder Ereignissen nicht gleichförmig sein müssen. Am Beispiel der Jugend um 1800 illustriert Mannheim die Beziehung zwischen Generationseinheit und Generationszusammenhang: „Die-selbe Jugend, die an derselben historisch-aktuellen Problematik orientiert ist, lebt in einem ‚Generationszusammenhang‘, diejenigen Gruppen, die innerhalb desselben Generationszusammenhangs in jeweils verschiedener Weise diese Erlebnisse verarbeiten, bilden jeweils verschiedene ‚Generationseinheiten‘ im Rahmen desselben Generationszusammenhangs.“⁵⁷

Der Generationszusammenhang von Intellektuellen ergibt sich nicht nur aufgrund der Zugehörigkeit zu einer in etwa gleichen Altersklasse, sondern auch vor dem Hintergrund bestimmter historischer Schlüsselerlebnisse und ihrer spezifischen Wahrnehmungen, intergenerationeller Interaktionen und Distinktionspraktiken (etwa von der Elterngeneration) sowie der jeweiligen Epoche der Generationslagerung angemessenen Aneignung eines so genannten, von

⁵⁴ Michael Corsten, *Biographie, Lebensverlauf und das Problem der Generationen*, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 14 (2001), 2, S. 32–59, hier S. 35.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Karl Mannheim, *Wissenssoziologie*. Auswahl aus dem Werk eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff, Neuwied / Berlin 1964.

der Familie nur bedingt abhängigen, Bildungskapitals: „Man wechselt die intellektuelle Welteinstellung nicht wie ein Hemd oder eine Ware. Diese relative Stabilität von intellektuellen Welteinstellungen ergibt sich zunächst einmal aus dem Umstand, daß die Bereitschaft, eine Interpretation der Welt zu übernehmen, im Laufe des individuellen Lebens deutlich abnimmt. Nur während einer bestimmten ‚Bildungsphase‘, in der Regel nach der Pubertät und nach dem Verlassen der Familie, ergibt sich damit eine Chance, radikal neue, nicht von der Elterngeneration tradierte Welteinstellungen und Traditionen zu übernehmen, die dann nur noch in seltenen Fällen später durch grundlegend andere Muster ersetzt werden. Dies gibt der Formierung von Intellektuellengenerationen, die Gleichaltrige zur gleichen Zeit für eine neue Weltinterpretation öffnen, ein besonderes Gewicht.“⁵⁸ Zu beachten ist jedoch, dass spezifische Ereignisse wie zum Beispiel der Erste Weltkrieg von den Intellektuellen je nach sozialem Ursprung, Ausbildung etc. unterschiedlich wahrgenommen und gedeutet werden.

Betrachtet man beispielsweise die Epoche der Dritten Republik in Frankreich, so lassen sich nach Winock⁵⁹ und Beilecke⁶⁰ mehrere Generationszusammenhänge oder „Schicksalsgemeinschaften“ (Mannheim) von Intellektuellen unterscheiden: Die „*génération de l’Affaire Dreyfus*“, innerhalb derer der Kampf für Menschenrechte und für die Republik prägend war, die „*génération d’Agathon*“, geprägt von den „Nachhutgefechten“ der Dreyfus-Affäre,⁶¹ den Angriffen sowohl auf die Republik als auch auf die „*parti intellectuel*“ sowie

⁵⁸ Bernhard Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*, Frankfurt am Main 1993, S. 76 f.

⁵⁹ Michel Winock, *Les générations intellectuelles*, in: *Vingtième siècle*, 22 (1989), S. 17–38.

⁶⁰ François Beilecke, *Französische Intellektuelle und die Dritte Republik. Das Beispiel einer Intellektuellenassoziation 1892–1939*, Frankfurt am Main / New York 2003.

⁶¹ Vgl. Wolf Lepenies, *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*, Frankfurt am Main 2002, S. 50.

auf die Neue Sorbonne und die Soziologie,⁶² die „*génération du feu*“, zu der die Generationseinheit der Dadaisten, der Surrealisten und auch manche Mitglieder des *Collège de Sociologie* gezählt werden können und für die der Erste Weltkrieg ein prägendes Moment war. Schließlich kann noch eine „*génération de la crise*“ ausgemacht werden, eine Generation von Intellektuellen wie etwa Emmanuel Mounier, „die den Krieg nicht mehr selbst erlebt haben und im Rahmen der ‚*crise des années trente*‘ an Debatten beteiligt waren, die in kritischer Weise die Effizienz und Legitimation der parlamentarisch-demokratischen Republik in Frage stellten.“⁶³

Auch Mischungsverhältnisse zwischen diesen Generationszusammenhängen sind möglich. So setzen sich beispielsweise die Mitglieder des von mir untersuchten *Collège de Sociologie* als spezifische Generationseinheit aus den beiden letztgenannten Generationszusammenhängen zusammen, die man gemeinhin als nonkonformistische Intellektuelle oder als nonkonformistische Generation bezeichnet.⁶⁴ Kennzeichnend für diesen Zusammenhang der nonkonformistischen Generation, die sich unter anderem aus Personalisten, Surrealisten und den Collègiens sowie ihren Vernetzungen untereinander zusammensetzt, ist, dass er kaum in eine Links-rechts-Schematisierung eingeordnet werden kann: „Im Gegensatz zu dem

⁶² Der Name Agathon ist ein Pseudonym, hinter dem Henri Massis und Alfred de Tarde stecken und unter dem sie eine Vielzahl von Artikeln veröffentlichten. Vgl. zu Agathon die Angaben bei Lepenies, *Die drei Kulturen* (wie Anm. 61), S. 48–59.

⁶³ Beilecke, *Französische Intellektuelle* (wie Anm. 60), S. 50. In seiner Systematisierung der Intellektuellengenerationen spricht Beilecke noch von einer weiteren, von Winock nicht erwähnten Generation, der „*génération de 1890*“, die die Niederlage Frankreichs von 1870/71 als „Krise der französischen Gesellschaft deutete und den nationalen Erneuerungsgedanken in den Vordergrund ihres Engagements stellte.“ Ebd., S. 49.

⁶⁴ Vgl. Jean-Louis Loubet del Bayle, *Les Non-conformistes des années trente. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1987. Hier finden sich auch Ausführungen zu den Gruppen „*La Jeune Droite*“, den Personalisten von „*L'Ordre Nouveau*“ und „*Esprit*“ sowie zu ihren Beziehungen untereinander. Zu den unterschiedlichen, zuweilen auch sich bekämpfenden Gruppen innerhalb der non-konformistischen Generation siehe die instruktive Studie von Thomas Keller: *Dritte-Weg-Diskurse* (wie Anm. 27).

Porträt einer nonkonformistischen Generation, die eine klar unterscheidbare Linke und Rechte umfaßt [...], erweisen sich die Orte der Soziabilität als Bühne für eine verwirrende ideologische Gemengelage. Der heterogenen Zusammensetzung der Bewegung entspricht ein Nonkonformismus, deren Weder-links-noch-rechts-Diskurs und grenzüberschreitende Dimension nicht in einer links-pazifistischen oder einer rechten Denkform vereindeutigt werden können.⁶⁵ Die gemeinsame Erfahrung der nonkonformistischen Generation ist die Erfahrung der gesellschaftlichen und politischen Krise, die als eine Krise der gesamten Zivilisation gedeutet wird: „*Notre expérience a été une expérience contre l'époque*“, wie einer der nonkonformistischen Intellektuellen später schrieb.⁶⁶ Die gesamtgesellschaftliche Krise löst nach Thomas Keller „ein revolutionäres Bewußtsein in den unterschiedlichsten Lagern und kulturellen Milieus aus. Das grenzüberschreitende Ereignis, das ein verbindendes Generationsgefühl für diejenigen schafft, die zwischen 15 und 25 Jahre alt sind, besteht nicht lediglich aus dem Schock des Krieges von 1914–18. Die um 1905 geborene Alterskohorte ist von der Frontgeneration verschieden. Sie genießt nicht das Prestige des Frontkämpfers und ist nicht mehr in der bürgerlichen Welt der Vorkriegszeit mental verankert. Ihr Schlüsselerlebnis ist auch die Abfolge der Revolutionen, Revolten, von Aufruhr und Reform in Europa: die Oktoberrevolution von 1917, die gescheiterte / nicht stattgefundene Revolution von 1918/19 in Deutschland (Spartakusaufstand), die Unruhen in Deutschland zwischen 1930 und 1933, die ‚deutsche Revolution‘ der Nationalsozialisten 1933.“⁶⁷

⁶⁵ Keller, Dritte-Weg-Diskurse (wie Anm. 27), S. 176 f. Zu den Intellektuellen der dreißiger Jahre siehe allgemein auch Dominique Borne / Henri Dubief, *La crise des années trente, 1929–1938. Nouvelle Histoire de la France contemporaine*, Bd. 13, Paris 1989, S. 273–285.

⁶⁶ Maxcence, zit. n. Loubet del Bayle, *Les Non-conformistes* (wie Anm. 64), S. 199 f.

⁶⁷ Keller, Dritte-Weg-Diskurse (wie Anm. 27), S. 164.

Wirkungsgeschichtliche Dimension

Eine weitere Dimension der hier verfolgten Methodologie einer Intellektuellensoziologie bildet die Wirkungsgeschichte. Wolfgang Eßbach hält die intellektuellensoziologische Bedeutung einer wirkungsgeschichtlichen Dimension in seiner Studie zu den Junghegelianern für so groß, dass er sie zu einem zentralen Kriterium für die Untersuchung einer spezifischen Intellektuellengruppe macht: „Ein Auswahlkriterium ist, ob eine Intellektuellengruppe zu einem über ihre Zeit hinauswirkenden Bezugspunkt der Selbstreflexion der Intelligenz geworden ist oder sinnvollerweise gemacht werden kann.“⁶⁸ Die intellektuellensoziologische Wirkungsgeschichte untersucht, ob und wie die Intellektuellen bzw. die Intellektuellengruppe, ihre Werke, ihre Ideen oder ihre bestimmten Lebensformen eine spezifische Wirkung auf die weiteren wissenschaftlichen, ideen-, politik-, sozial- oder kulturgeschichtlichen Verläufe haben.

Die wirkungsgeschichtliche Analyse kann sowohl „synchron“ als auch „diachron“ verlaufen: Die synchrone Wirkungsforschung untersucht die Wirkungen in einer historischen Periode, also beispielsweise die kulturgeschichtliche Wirkung der Surrealisten auf das damalige künstlerische Feld der Zwischenkriegszeit. Die diachrone Wirkungsforschung begrenzt die Analyse nicht auf die Zeit der Entstehung und Existenz einer Intellektuellengruppe, sondern untersucht die Wirkungen über einen längeren Zeitraum hinweg, so zum Beispiel die wissenschafts- und ideengeschichtlichen Wirkungen des *Collège de Sociologie* auf aktuelle Sozialtheorien (Baudrillard, Maffesoli, Foucault) oder Philosophien (Nancy, Lévinas, Derrida).

Im Anschluss an die Darstellung und Untersuchung der synchronen und diachronen Wirkungen wird nach dem Beziehungsgeflecht zwischen den Intellektuellen und der Gesellschaft gefragt: Was bewegten die Intellektuellen in der Gesellschaft? Man denke etwa an die Rolle der Frankfurter Schule für die „intellektuelle Neu-

⁶⁸ Eßbach, Die Junghegelianer (wie Anm. 34), S. 18.

gründung“ der Bundesrepublik.⁶⁹ Weitere Fragen in diesem Zusammenhang lauten: Welche gesellschaftlichen Akteure nutzten die Ideen der Intellektuellen? Blieben ihre Interventionen ohne Gehör oder trugen sie zu einer Veränderung und Modifizierung gesellschaftlicher Wertvorstellungen und sozialer Lebensbedingungen bei? Unerslässlich ist in diesem Zusammenhang die Beschäftigung mit medialen Quellen wie Zeitschriften, Zeitungen oder (soweit möglich) die Befragung von Zeitzeugen.

Diskursgeschichtliche Dimension

Die letzte größere Untersuchungsdimension der hier vorgestellten intellektuellensoziologischen Methodologie ist die Diskursgeschichte.⁷⁰ Die Dimension wurde zuerst in der Diskursanalyse von Michel Foucault entwickelt. Diskurse sind nach Foucault eine regelmäßige Verstreuung von Aussagen, deren Auftreten eng mit Machtprozessen verbunden ist. Die zentrale Frage, die sich eine Diskursanalyse stellt, lautet daher: Wie werden die Ideen der Intellektuellen institutionalisiert und welche Rolle spielen dabei Machttechniken?

Wie François Beilecke in seiner diskursanalytischen Untersuchung zur Intellektuellenassoziation der „Union pour la Verité“ herausgearbeitet hat, müssen Intellektuelle wesentlich auch als „Diskursproduzenten“ betrachtet werden.⁷¹ Mit den unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten und -interessen korreliert eine Vielzahl

⁶⁹ Clemens Albrecht u. a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main / New York 2000.

⁷⁰ Zu den unterschiedlichen Ansätzen und Methoden der Diskursforschung siehe Reiner Keller u. a. (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden, Opladen 2001; ders., Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen 2004; ders. u. a., Hermeneutische Wissenssoziologie als Diskursforschung? Potenziale der Wissenssoziologischen Diskursforschung, Konstanz 2005. Vgl. zudem meinen dort (S. 127–148) enthaltenen, an der postmarxistischen Diskurstheorie von Laclau / Mouffe orientierten Beitrag: Stephan Moebius, Diskurs – Ereignis – Subjekt. Zur Verschränkung von Diskurs- und Handlungstheorie im Ausgang einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft.

⁷¹ Beilecke, Französische Intellektuelle (wie Anm. 60), S. 41.

an unterschiedlichen diskursanalytischen Konzepten.⁷² Der für eine intellektuellensoziologische Methodologie verfolgte diskursgeschichtliche Ansatz kann auf die Arbeiten von Michel Foucault zurückgreifen und davon ausgehend die „artikulatorischen Praktiken“ untersuchen, also die diskursiven Ausschlussmechanismen, die diskursiven und nicht-diskursiven Entstehungs- und Verwerfungspraktiken sowie die für die intellektuellen Diskursproduktionen und -verwerfungen relevanten Machtverhältnisse. So kann der Schwerpunkt der diskursgeschichtlichen Untersuchung auf den Ausschlüssen (der Werke) der Intellektuellen aus dem wissenschaftlichen Diskurs liegen oder es können die einzelnen kommunikativen Handlungen der Intellektuellengruppen unter diesem Aspekt genauer erforscht werden.⁷³ Das allgemeine Ziel einer solchen Diskursanalyse ist demnach eine Darstellung sozio-historisch spezifischer Dispositive, also der Verdichtung von Machtbeziehungen, Diskursen und nicht-diskursiven Praktiken und Wissensverhältnissen. Schaut die Wirkungsgeschichte vor allem auf die Wirkungen auf die Gesellschaft, so richtet die Diskursanalyse ihre Aufmerksamkeit vor allem auf Inklusions- und Exklusionsmechanismen, auf die Frage, wie es dazu kommt, dass bestimmte Ideen von Intellektuellen sich durchsetzen oder rezipiert werden und andere nicht. Die Diskursanalyse versucht also aufzuzeigen, wie intellektuelle Wissensproduktion und Wissensrezeption immer auch eine Geschichte von Verwerfungen, Ausschlüssen und Neu-Produktionen von intellektuellen Feldern ist. Sie fragt nicht nur nach den Beziehungen zwischen Machtverhältnissen und intellektueller Produktion. Daneben gilt ihr Interesse ebenfalls den nicht realisierten oder verdrängten Entwicklungsmöglichkeiten intellektueller Ideen.

Die hier verfolgte, an die von Lothar Peter ausgearbeitete sozio-logiegeschichtliche Methodologie⁷⁴ angelehnte intellektuellensoziologische Methodologie steht mit ihren mehrdimensionalen Aspekten

⁷² Keller, Diskursforschung (wie Anm. 70).

⁷³ Vgl. dazu Beilecke, Französische Intellektuelle (wie Anm. 60), S. 41ff.

⁷⁴ Peter, Warum sind... (wie Anm. 8).

in einem gewissen Gegensatz zu wissenssoziologischen und ideologiekritischen Ansätzen, die die unterschiedlichen intellektuellen Vereinigungen, Interaktionsprozesse, Diskurse und Kommunikationen sowie ihre Ideen allein auf ihre sozialstrukturelle oder allgemeine „Seinsverbundenheit“ (Mannheim) zurückführen. Zwar müssen auch sozialstrukturelle Dimensionen oder soziale Interessen zur Sprache kommen, aber es gilt vor allem – im Sinne von Wolfgang Eßbachs Überlegungen zu einer Soziologie der Intellektuellen –, die Gruppen erst einmal selbst als eigenständige soziale Tatsachen und als Akteure eigenständiger Experimentierfelder und intellektueller Selbstentwürfe zu erfassen; das bedeutet auch, dass Intellektuellengruppen keine „kompakte Menge“ darstellen, sondern als bewegliche Einheiten zugleich miteinander konvergierender oder divergierender Personen und Teil-Gruppen soziologisch zu erfassen sind.⁷⁵ Die intellektuellen Gruppen „bilden die gesellschaftlichen Interessen nicht einfach ab, wie dies die Ideologiekritik und Wissenssoziologie im Kern nahelegen, sondern sie bilden eine soziale Situation, in der die gesellschaftlichen Widersprüche, die divergierenden sozialen Interessen in einer anderen Weise erscheinen und erscheinen müssen, weil die Versammlung von Intelligenz selbst eine soziale Tatsache ist.“⁷⁶

⁷⁵ Eßbach, Die Junghegelianer (wie Anm. 34), S. 15.

⁷⁶ Eßbach, Die Junghegelianer (wie Anm. 34), S. 17.

Laurent Mucchielli

Urbane Aufstände im heutigen Frankreich

Das Phänomen der urbanen Aufstände (*émeutes urbaines*) wird in Frankreich seit 1990 als solches identifiziert. Im Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende blieb es weitgehend ununtersucht; ein einziges sozialwissenschaftliches Werk bot einen synthetischen Überblick und eine historische Einordnung.¹ Seit den dreiwöchigen Aufständen im Oktober und November 2005 ist dagegen eine Vielzahl von Kommentaren und Analysen erschienen; dazu gehören auch zahlreiche wissenschaftliche, vor allem soziologische und politikwissenschaftliche Untersuchungen. Einige dieser Untersuchungen haben sich auf die Akteure konzentriert (die Aufständischen, die Einwohner der betroffenen Viertel, die Polizisten, die Politiker, die Medien) oder aber auf einen besonderen Aspekt des Phänomens (die sozio-ökonomische Situation der betroffenen Viertel, die Beziehungen zwischen den Jugendlichen und der Polizei, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewählten Methoden, die politische Bedeutung der Aufstände usw.). Andere haben versucht, dem Phänomen in seiner Gesamtheit gerecht zu werden. Schließlich gab es auch Meta-Analysen, die sich einzig vornahmen, frühere Publikationen anhand von Schlüsselproblemen zu ordnen und miteinander zu vergleichen.²

Der vorliegende Aufsatz stellt nicht den Versuch einer weiteren solchen Meta-Analyse dar. Er versucht vielmehr eine Synthese jener Untersuchungen zu erarbeiten, deren Verfasser die ökonomischen, sozialen und politischen Aspekte der urbanen Unruhen in

¹ Christian Bachmann / Nicole Leguennec, *Violences urbaines. Ascension et chute des classes moyennes à travers cinquante ans de politique de la ville*, Paris 1996.

² Gérard Mauger, *L'émeute de novembre 2005. Une révolte proto-politique*, Boissieux 2006.

ihrem Zusammenhang zu verstehen bemüht waren. Zunächst soll die Geschichte der urbanen Aufstände im Zeitraum 1970–2005 skizziert werden (1). Anschließend wird nach den Gründen für die Wut der Aufständischen zu fragen sein, aber auch nach den Verhaltensweisen jener Bewohner der betroffenen Stadtviertel, die sich nicht an den Aufständen beteiligt haben (2). In einem dritten Abschnitt sollen die bis dahin erbrachten Befunde kontextualisiert werden: durch einen Blick auf die Sozialgeographie der Aufstände und durch eine Analyse der Lebensverhältnisse und Integrationsprobleme von Jugendlichen in jenen Stadtvierteln, die die Regierung seit dem Gesetz vom 14. November 1996 als ‚sensible Stadtgebiete‘ (*zones urbaines sensibles*) bezeichnet (3). Schließlich wird auch nach der politischen Bedeutung der Aufstände zu fragen sein (4).

1. Von den Anfängen zur Ausbreitung

Beginnen wir mit einer Charakteristik des Untersuchungsgegenstands. Die Aufstände finden in *quartiers populaires*, also proletarischen Stadtvierteln, statt. Deren Architektur ist geprägt vom sozialen Wohnungsbau; darüber hinaus sind diese Viertel von der Deindustrialisierung sowie von der durch diese hervorgerufenen Erwerbslosigkeit betroffen. Bewohnt werden die Viertel weitestgehend von Arbeiter- und Angestelltenfamilien; deren Anwesenheit geht in vielen Fällen auf die großen Migrationsströme des vergangenen halben Jahrhunderts zurück. Es handelt sich im Wesentlichen um Portugiesen, Maghrebiner und Schwarzafrikaner. Sie haben sich nach der Auflösung der als *bidonvilles* bekannten Barackensiedlungen sowie im Zuge der auf Familienzusammenführung zielenden Politik, die in Frankreich Mitte der 1970er Jahre betrieben wurde, nach und nach in den *quartiers populaires* niedergelassen. Die Aufstände folgen in der Regel auf den Tod oder die schwere Verletzung eines oder mehrerer Jugendlicher aus dem Viertel, wobei dieser Tod oder diese Verletzung meist auf die eine oder andere Weise mit einem Polizeieinsatz zusammenhängt. Die Aufstände sind das Werk männli-

cher Jugendlichen, das heißt älterer Minderjähriger oder junger Erwachsener, von denen die meisten erwerbslos oder noch nicht ins Berufsleben eingetreten sind. Manchmal handelt es sich auch um prekär beschäftigte Arbeiter oder Lehrlinge. Zuweilen besuchen diese Jugendlichen noch die Schule und werden dort für die am niedrigsten entlohnten Berufe ausgebildet. Der Großteil der Jugendlichen weist einen Migrationshintergrund auf.

Diese jungen Männer sind in keinerlei politischer Organisation zusammengeschlossen und sie stellen scheinbar keinerlei Forderungen auf. Sie bringen vor allem ihre Wut gegen die Polizei zum Ausdruck. Ihr „Repertoire kollektiven Handelns“ (Charles Tilly), also die Mittel, die sie anwenden, um „auf der Grundlage gemeinsamer Interessen geschlossen zu handeln“,³ besteht in erster Linie im Anzünden von Fahrzeugen und in der Konfrontation mit den Ordnungskräften. In einigen Fällen werden auch Gebäude angezündet, sowohl öffentliche als auch private; auch kann es zur Plünderung von Geschäften oder Lagerhäusern kommen. Bis zum November 2005 hatten die Aufstände lokalen Charakter, das heißt sie blieben entweder auf das Viertel, in dem das auslösende Ereignis stattgefunden hatte, beschränkt, oder sie dehnten sich auf nur ein oder zwei angrenzende, zum gleichen Ballungsgebiet gehörige und ein vergleichbares Profil aufweisende Viertel aus. Die Aufstände dauerten in der Regel zwei bis drei Nächte.

1.1 Die Anfänge: Der Wendepunkt der späten 1970er und frühen 1980er Jahre

Seit wann ist diese Form kollektiven Handelns in Frankreich (wieder) zu verzeichnen? Das Wort ‚Aufstand‘ (*émeute*) wird mit Bezug auf unseren Untersuchungsgegenstand erst in den Jahren 1990–91 gebräuchlich, und zwar in Folge der damaligen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten in Vaulx-en-Velin (einer Vorstadt von Lyon) und Mantes-la-Jolie (einer Siedlung in der Pari-

³ Charles Tilly, *La France conteste, de 1600 à nos jours*, Paris 1986, S. 541.

ser Region). Doch reicht die Geschichte des Phänomens weiter zurück. Die aus den Medien und der Politik bekannte Chronologie setzt meistens die ‚*rodéos des Minguettes*‘ (benannt nach der Hochhaussiedlung Les Minguettes in Vénissieux, einer Vorstadt von Lyon) im Juli 1981 an den Anfang: Jugendliche, die dem obigen Profil entsprachen, hatten in Vénissieux begonnen, Autos zu stehlen und sie eine Zeit lang innerhalb und außerhalb des Viertels herumzufahren, um sie dann schließlich anzuzünden. Gelegentlich kam es auch zu Verfolgungsjagden mit der Polizei. Tatsächlich war es bereits Ende der 1970er Jahre zu solchen *rodéos* gekommen,⁴ und zwar insbesondere in den deindustrialisierten Vierteln dreier Stadtgebiete des Lyoner Ballungsraums (Vénissieux, Villeurbanne und Vaulx-en-Velin). Die Aufmerksamkeit, die die Medien den Ereignissen in Minguettes schenkten – sie ging mit Vergleichen zwischen diesen Ereignissen und dem im April 1981 in Brixton (England) ausgebrochenen Aufstand einher – führte zu Nachahmungseffekten in anderen Regionen (Paris und Marseille), so dass im Sommer 1981 landesweit 250 angezündete Autos gezählt wurden. Das für die gegenwärtigen Aufstände charakteristische Repertoire kollektiven Handelns geht also mindestens bis auf die späten 1970er und frühen 1980er Jahre zurück.

Wie sind diese Aufstände zu interpretieren? Was sagen die Akteure? Christian Bachmann und Nicole Leguennec haben die Bedeutung der rapiden und massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere die hohe Erwerbslosigkeit der unqualifizierten beziehungsweise gering qualifizierten Jugendlichen hervorgehoben. Sie haben aber auch an die wachsenden Spannungen zwischen autochtonen und migrantischen Arbeitern und Einwohnern, die chronische Polizeigewalt und das zunehmend feindselige Verhalten der (linken wie rechten) Stadtverwaltungen erinnert. Bachmann und Leguennec gelangten Mitte der 1990er Jahre zu folgendem Resümee:

⁴ Bachmann / Leguennec, *Violences urbaines* (wie Anm. 1), S. 350 ff.

Gegen wen kämpfen die Aufständischen? Gegen einen Gegner ohne Antlitz. Gegen jene, von denen sie täglich verleugnet und zur sozialen Nicht-Existenz verdammt werden und die für sie eine Zukunft bereithalten, die nichts als eine Sackgasse ist. [...] Keine Verbündeten, kein Ausweg. Im symbolischen Universum der Vorstädte gibt sich eine Dichotomie zu erkennen: Die trübseligen und gedemütigten Armen gegen die mächtigen und beneideten Reichen. [...] Wenn es eine Forderung gibt, die laut und deutlich formuliert wird, dann ist es die nach einem Minimum an Achtung, nach einer gewissen Anerkennung, nach Respekt. Diese zwei starken Eindrücke – der, in einer Sackgasse zu stecken, und der, verachtet zu werden – bilden stets den Hintergrund der Vorstadtkrawalle. [...] Zum Konflikt kommt es dann, wenn der Argwohn zwischen den Jugendlichen und den Garanten der gesellschaftlichen Ordnung wächst. Außer der Polizei, die die Jugendlichen verdächtigt und belästigt, gibt es noch den Bürgermeister, der sie entweder in seine Projekte einspannt oder belehrt, die Nachbarn, diese gehässigen und rassistischen Kleinbürger, die sie attackieren, außerdem die Lehrer, Sozialarbeiter und Angestellten des Arbeitsamts, von denen sie gedemütigt und verachtet werden. Es gibt keinen Forderungskatalog; es geht nur darum, weniger unterdrückt, mehr respektiert und schließlich auch anerkannt zu werden. Ein rein aufständisches Empfinden, das sich gegen die allgegenwärtige Ungerechtigkeit richtet.⁵

Die Schilderung Bachmanns und Leguennecs ist aktuell geblieben, all dies wird noch im November 2005 zu verzeichnen sein. Dem liegt aber keine lineare Entwicklung zugrunde. Politische Eingriffe haben den Zyklus der Aufstände immer wieder unterbrechen können. In den 1980er Jahren, bevor es zu der von Bachmann und Leguennec geschilderten Situation kam, waren die Aufstände fast völlig abgeklungen.

Das hatte seinen Grund im Zusammenspiel verschiedener Entwicklungen. Zunächst einmal ist die starke ‚konstruktive‘ Reaktion der damaligen sozialistischen Regierung zu nennen. Mit den Präventivmaßnahmen der im Sommer 1982 erfolgreich lancierten *anti-étés chaud*-Programme (der Programme ‚gegen einen heißen Som-

⁵ Bachmann / Leguennec, *Violences urbaines* (wie Anm. 1), S. 355–366.

mer⁶) wurden mehr als 100.000 Jugendliche aus den ‚sensibelsten‘ Stadtteilen in die Ferien geschickt, oder sie wurden vor Ort beschäftigt und streng beaufsichtigt.⁶ Auch wurden Maßnahmen zur Eingliederung der Jugendlichen ins Berufsleben ergriffen, so insbesondere nach der Veröffentlichung des sogenannten Schwartz-Berichtes (neue Praktika zur Eingliederung ins Berufsleben, Gründung lokaler Beschäftigungsagenturen). Es gab auch Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Bildungssystems (Bestimmung der sogenannten vorrangigen Bildungszonen, der *zones d'éducation prioritaires*, ZEP), zur lokalen Kriminalitätsprävention (hier war der Bürgermeister von Épinay-sur-Seine, Gilbert Bonnemaïson, federführend) sowie zur Sanierung der Sozialwohnungssiedlungen (das Programm *Banlieues 89*). Die linke Regierung liberalisierte später das Rundfunkrecht und gestand den Migranten die vollständige Vereinigungsfreiheit zu.

Vor allem aber verschaffte ein politisches Ereignis den Jugendlichen mit Migrationshintergrund unverhofft Aussicht auf symbolische Anerkennung, und das zu eben dem Zeitpunkt, da der Rassismus, als dessen Opfer sie sich begriffen, durch die Wahlerfolge des *Front National* bei den Kommunalwahlen 1983 und den Europawahlen 1984 hoffähig wurde. Auch dieses Ereignis nahm im Stadtviertel Minguettes in Vénissieux seinen Ausgang. Angesichts anhaltender Spannungen zwischen den Jugendlichen des Viertels und der Polizei wurde ein Hungerstreik organisiert; die Parole lautete: „Gewalt? Das bedeutet, 20 Jahre alt und arbeitslos zu sein, mit der Polizei im Nacken“ („*La violence? C'est d'avoir vingt ans, pas de boulot et la police sur le dos*“). Nach einem Polizeiübergriff, der einen weiteren kollektiven Zornesausbruch auszulösen drohte, beschlossen einige von Pater Delorme, dem ‚Pfarrer von Minguettes‘ beratene Jugendliche, zu einer neuen Form kollektiven Handelns zu greifen: Sie organisierten einen großen, gewaltfreien Protestmarsch durch Frankreich.⁷ Was als ‚Marsch der Araber‘ (*marche des beurs*) bekannt werden

⁶ François Dubet / Adil Jazouli / Didier Lapeyronnie, *L'État et les jeunes*, Paris 1985.

⁷ Adil Jazouli, *L'action collective des jeunes maghrébins de France*, Paris 1986.

sollte, stieß 1983 in der Politik und den Medien auf beträchtliche Resonanz. Außerdem ging aus der Mobilisierung eine intensive Vereinstätigkeit hervor. Letztere wurde durch die politischen Parteien unterstützt, denn diese legten immer größeren Wert auf die Wählerstimmen der Migranten. Das gilt insbesondere für die Sozialistische Partei, die sich an der Gründung des landesweiten Vereins *SOS Racisme* beteiligte.⁸

Auf den Enthusiasmus der ersten Hälfte der 1980er Jahre folgte allerdings in der zweiten Hälfte der Dekade Ernüchterung. Die politischen Maßnahmen zur Eingliederung der Jugendlichen ins Berufsleben erwiesen sich gegenüber einem verheerenden Anstieg der Erwerbslosigkeit als wirkungslos: Die Zahl der Erwerbslosen erhöhte sich von fast 500.000 (1974) auf eine Million (1977) und dann auf knapp anderthalb Millionen (1980), um anschließend weiter anzusteigen auf zwei Millionen (1983) und schließlich auf 2,5 Millionen (1985). Zwar stabilisierte sich die Erwerbslosigkeit 1985–90, in den *quartiers populaires* tat sie dies allerdings auf einem ausgesprochen hohen Niveau. Während ein Teil der arbeitenden Väter die Aussicht auf eine Rückkehr ins Erwerbsleben endgültig verlor („Langzeitarbeitslosigkeit“), stieg der Prozentsatz der erwerbslosen gering qualifizierten und unqualifizierten Jugendlichen bis zum Ende des Jahrzehnts auf durchschnittlich 30 Prozent. Für die betroffenen Familien bedeutete diese Entwicklung eine beträchtliche materielle und moralische Belastung; sie erschwerte auch den Sozialarbeitern ihre Tätigkeit und beschleunigte darüber hinaus die Ausbreitung der Delinquenz und insbesondere des Drogenkonsums. Letzterer wirkte sich verheerend auf die *quartiers populaires* aus; später sollte der Drogenzwischenhandel dort zur ökonomischen Überlebensstrategie werden.⁹

⁸ Saïd Bouamama, *Dix ans de marche des Beurs*, Paris 1994; Catherine Wihtol de Wenden / Rémy Leveau, *La bourgeoisie. Les trois âges de la vie associative issue de l'immigration*, Paris 2001.

⁹ Dominique Duprez / Michel Kokoreff, *Le monde des drogues. Usages et trafics dans les milieux populaires*, Paris 2000.

Auf der politischen Ebene musste schließlich das Scheitern des Versuchs zur Kenntnis genommen werden, eine ‚*beur*-Bewegung‘ aufzubauen, und das zu eben der Zeit, als sich die extreme Rechte und ihr xenophober Diskurs im politischen Leben festsetzten.¹⁰ Das unbefriedigte Anerkennungs- und Partizipationsbedürfnis der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verwandelte sich in eine identitäre und nunmehr jenseits des politischen Feldes verortete Affirmation der eigenen Differenz.¹¹ Einerseits erfreute sich die Kultur des Hip Hop bei den Jugendlichen in den Vierteln zunehmender Beliebtheit. Andererseits fanden auch manche Jugendliche zu einer Religiosität, die in einem Land, das politisch von einer unbeugsam laizistischen Kultur des Republikanismus geprägt ist, rasch zum Gegenstand massiver Missbilligung werden musste. 1989 kam es zur ‚Kopftuchaffäre‘, in der eine neue ‚Furcht vor dem Islam‘ in verdichteter Form zum Ausdruck kam. Die Nachkommen der maghrebinischen Migranten wurden noch weiter in die politische Isolation getrieben. Rasch wurden ihnen – von rechts, aber häufig auch von links – mangelhafte Integration und die Bildung identitärer Enklaven (‚Kommunitarismus‘) vorgeworfen.¹² Das Zwischenspiel der 1980er Jahre war vorbei. Bald sollte das Phänomen der gewaltvollen Aufstände zurückkehren, um dann zu einem dauerhaften Bestandteil der französischen Gesellschaft zu werden.

1.2 Die Verstetigung der Aufstände in den 1990er Jahren

Innerhalb eines Zeitraums von acht Monaten (zwischen Oktober 1990 und Mai 1991) kam es in Vaulx-en-Velin, Argenteuil, Sartrouville und

¹⁰ Jean-Marie Le Pen erhielt in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von 1988 fast 4,4 Millionen Stimmen, also 14,5 Prozent der Gesamtstimmen; allerdings lag sein Stimmenanteil in den großen industriellen Ballungsgebieten, wo auch die Bevölkerung mit maghrebinischem oder schwarzafrikanischem Migrationshintergrund konzentriert ist, bedeutend höher. Vgl. Henri Rey, *La peur des banlieues*, Paris 1996.

¹¹ Didier Lapeyronnie, *L'individu et les minorités. La France et la Grande-Bretagne face à leurs immigrés*, Paris 1993, S. 261 ff.

¹² Jocelyne Cesari, *Faut-il avoir peur de l'Islam?*, Paris 1997.

Mantes-la-Jolie zu einer Reihe von Aufständen, die in der öffentlichen Diskussion einen beträchtlichen Nachhall hervorriefen. Ausgangspunkt war stets der mit einem Polizeieinsatz zusammenhängende Tod eines Jugendlichen aus dem Viertel (mit Ausnahme von Sartrouville, wo es der Angestellte eines privaten Sicherheitsunternehmens war, der einen Jugendlichen in der Kantine eines Supermarkts tötete). Im Vergleich zu den ‚Zwischenfällen‘ vom Sommer 1981 hatte sich die Gewaltbereitschaft sowohl der Jugendlichen als auch der Polizei gesteigert, und die Aufstände gingen nun mit Plünderungen und Vandalismus einher. Allen war klar, dass eine neue Qualität erreicht worden war. Das Wort ‚Aufstand‘ (*émeute*) setzte sich nun in der öffentlichen Diskussion durch; auch der Vergleich mit England und den USA wurde häufiger gezogen als zuvor.¹³ Die Polizeigewerkschaften übten beträchtlichen Druck auf die Politiker aus. Sie führten den Ausdruck ‚urbane Gewalt‘ (*violence urbaine*) ein – Aufstände seien lediglich das letzte Stadium solcher Gewalt – und propagierten die Vorstellung, bei bestimmten Stadtteilen handle es sich um ‚rechtsfreie Zonen‘, die von Drogenhändlern kontrolliert würden und nur durch Gewalt ‚wieder einzunehmen‘ seien.¹⁴

Die Sozialisten, erneut an der Regierung, reagierten, indem sie ein Stadtministerium gründeten und ein Gesetz zu dem entwarfen, was nun als ‚Stadtpolitik‘ (*politique de la ville*) bezeichnet wurde. Dieses sogenannte ‚stadtpolitische Orientierungsgesetz‘ wurde am 13. Juli 1991 verabschiedet. Es umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf 400 als besonders kritisch identifizierte Stadtviertel zugeschnitten sind. Auch die polizeiliche Kontrolle dieser Viertel wurde ausgebaut. Innerhalb der Generaldirektion des polizeilichen Nachrichtendienstes wurde eine neue Abteilung eingerichtet, die die Viertel beobachten sollte; außerdem kam es zur Gründung einer neuen polizeilichen Sondereinheit, der Antikriminalitätsbrigaden

¹³ Rey, *La peur des banlieues* (wie Anm. 10).

¹⁴ Laurent Mucchielli, *Violences et insécurité. Fantômes et réalités dans le débat français*, Paris 2002.

(*brigades anti-criminalité*, BAC).¹⁵ Ungeachtet der jeweils unterschiedlichen Auffassungen und Budget-Prioritäten der verschiedenen Regierungen prägen diese zwei Ansätze, die Stadtpolitik und die Sicherheitspolitik, das staatliche Vorgehen bis heute. Und man kann mittlerweile konstatieren, dass sich beide politischen Ansätze als ungeeignet erwiesen haben, das Blatt zu wenden. Seit den Jahren 1990–91 und bis in die heutige Zeit hat sich der Aufstand als Form kollektiven Handelns bei den Jugendlichen aus den *quartiers populaires* durchgesetzt. Aufstände der Jugendlichen sind seit Anfang der 1990er Jahre dutzendweise zu verzeichnen gewesen, insbesondere in den Lyoner und Pariser Ballungsgebieten (in der Pariser Region ist nun nicht mehr nur das *département* Yvelines betroffen, sondern alle sechs *départements* des Pariser Umlands).¹⁶ Und diese Entwicklung hält an. Zwar brüstete sich die Regierung Villepin zwischen 2003 und 2005 mit einem ‚Rückgang der urbanen Gewalt‘, doch die lokalen Aufstände setzten sich tatsächlich fort.¹⁷ Und das, was sich im November 2005 ereignete, war das gerade Gegenteil des von der Regierung bis dahin behaupteten Rückgangs.

1.3 November 2005: Die Phase der Ausbreitung und Verallgemeinerung

Drei Wochen lang, vom 27. Oktober bis zum 17. November 2005, kam es in Frankreich zu einer bis dahin noch nicht gesehenen Entwicklung: Zum ersten Mal verlor ein Aufstand seinen lokalen Charakter und breitete sich auf das gesamte Staatsgebiet aus. Im Laufe der drei Wochen kam es in beinahe 300 Kommunen zu mehr oder

¹⁵ Die Polizeieinheiten der BAC rekrutieren sich im Wesentlichen aus jungen Polizisten, die vor allem nachts und in Zivilkleidung in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ eingesetzt werden, um Delinquenten auf frischer Tat zu greifen.

¹⁶ Genannt seien die Aufstände in Mulhouse (1994), Straßburg (1995 und 2002), Châteauroux (1996), Charleville-Mézières (1996), Dammarie-les-Lys (1997), Toulouse (1998), Amiens (1999 und 2000), Lille (2000), Metz (2001), Nîmes (2003) und Avignon (2003).

¹⁷ Für das Jahr 2005 sei an die Aufstände in Aubervilliers (April 2005) und in Vaulx-en-Velin (Oktober 2005) erinnert.

weniger schwerwiegenden Ausschreitungen; zu den etwa 10.000 angezündeten Autos kamen noch einige hundert sonstige Brandstiftungen und Sachbeschädigungen hinzu, die öffentlichen Gebäuden, vor allem Schulgebäuden galten. Laut der im Dezember 2005 von Innenministerium erstellten Bilanz haben die Ordnungskräfte etwa 5.200 Festnahmen vorgenommen. Das Justizministerium hat etwa 600 Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt; unter den Verurteilten befanden sich auch Minderjährige. In zahlreichen Fällen stand das Urteil Ende 2005 noch aus. Nie zuvor hatte der Staat in einem solchen Umfang seine Repressionskräfte mobilisiert: Auf dem Höhepunkt der Aufstände waren täglich bis zu 11.500 Polizisten und Gendarmen im Einsatz, unterstützt durch sieben mit Leuchtscheinwerfern und Kameras ausgestattete Helikopter, die nächtelang bestimmte Viertel überflogen. Die ausländische Presse stellte Frankreich als ein Land im Bürgerkrieg dar, und die Regierungsspitze reagierte panisch. Am 8. November verhängte der Premierminister über das gesamte Territorium Kontinentalfrankreichs den Ausnahmezustand, wobei er auf ein am 3. April 1955 im Kontext des Algerienkrieges verabschiedetes und seitdem nur noch einmal (1985 in Neukaledonien) zur Anwendung gekommenes Gesetz zurückgriff. Das Gesetz erlaubt es den Polizeipräsidenten, zu bestimmten Stunden und in bestimmten Gebieten die Mobilität von Personen und Fahrzeugen einzuschränken, die provisorische Schließung von Kinos, Theatersälen, Cafés, Bars und anderen Versammlungsorten anzuordnen, Personen unter Hausarrest zu stellen, nächtliche Durchsuchungen durchzuführen und Fluchtverdächtige auch dann zu verfolgen, wenn sie sich auf Privateigentum befinden. Die Polizeipräsidenten von 25 *départements* wurden befugt, das Gesetz in ihrer Stadt oder in einem Teil derselben anzuwenden (allerdings machten nur sieben von ihnen auch tatsächlich von dem Gesetz Gebrauch).

Wir gehen hier nicht auf den Verlauf der auslösenden Ereignisse in der Pariser Vorstadt Clichy-sous-bois ein, da er anderswo aus-

führllich dargestellt worden ist.¹⁸ Wir wollen vielmehr versuchen, das Spezifische der Aufstände von 2005 herauszuarbeiten. In gewisser Hinsicht wiesen diese Aufstände keinerlei überraschende Eigenschaften auf: Sämtliche ‚schwerwiegende Zwischenfälle‘ (etwa eine größere Zahl Brandstiftungen und Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften) fanden in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ statt, deren Kartographie bereits Mitte der 1990er Jahre erstellt wurde.¹⁹ Auch die Akteure waren dieselben, nämlich Heranwachsende und junge Erwachsene aus kinderreichen Familien, die unter prekären Verhältnissen leben und einen Migrationshintergrund aufweisen. Die meisten dieser Heranwachsenden und jungen Erwachsenen waren erwerbslos oder gingen noch zur Schule und drohten dort aus der Gruppe der einigermäßen erfolgreichen Schüler herauszufallen.²⁰ Auch der Beginn des ersten Aufstands hatte typischen Charakter: Zwei Jugendliche starben in Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz. Schließlich waren auch die Formen des kollektiven Handelns die üblichen. Neu waren nur die zahlreichen Angriffe auf Schulgebäude – auf sie wird zurückzukommen sein – und die Tatsache, dass die Aufständi-

¹⁸ Hugues Lagrange / Marco Oberti (Hg.), *Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française*, Paris 2006, S. 37–58, 105–130; Laurent Mucchielli / Véronique Le Goaziou (Hg.), *Quand les banlieues brûlent. Retour sur les émeutes de novembre 2005*, Paris 2007; Mauger, *L'émeute de novembre 2005* (wie Anm. 2); Michel Kokoreff, *Sociologie des émeutes*, Paris 2008.

¹⁹ Es kam aber nicht in allen ‚sensiblen Stadtgebieten‘ zu Aufständen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

²⁰ Hugues Lagrange hat insbesondere die Rolle von Jugendlichen aus kinderreichen Familien ‚schwarzafrikanischer Herkunft‘ betont und sich dabei auf die Kommunalstatistiken des französischen Statistikinstituts INSEE sowie auf seine eigenen Untersuchungen berufen: Hugues Lagrange, *Autopsie d'une vague d'émeutes*, in: Lagrange / Oberti, *Émeutes urbaines et protestations* (wie Anm. 18), S. 37–58, hier S. 42–43; ders., *La structure et l'accident*, in: ebd., S. 105–130, hier S. 108–109. Eine andere Untersuchung hat ergeben, dass es sich bei 23 Prozent der minderjährigen Aufständischen aus Seine-Saint-Denis, die am Gerichtshof von Bobigny verurteilt wurden, um junge Franzosen ‚schwarzafrikanischer Herkunft‘ handelte; verglichen mit den 55 Prozent Franzosen ‚maghrebinischer Herkunft‘ ist dies ein recht geringer Prozentsatz: Aurore Delon / Laurent Mucchielli, *Les mineurs émeutiers jugés au tribunal de Bobigny*, in: Claris. *La revue*, 1 (2006), S. 5–16.

schen in hochmobilen Kleingruppen agierten, anstatt sich auf frontale Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften einzulassen (was wohl auch die geringe Zahl Schwerverletzter erklärt).

Die wesentliche Besonderheit der Aufstände im November 2005 besteht also zweifellos in ihrer Ausbreitung. Erstmals in der jüngeren Geschichte Frankreichs hat ein lokaler Aufstand auch hunderte von Kilometern jenseits der betroffenen Stadt eine größere Wirkung entfaltet. Zum ersten Mal ist über das gesamte Land hinweg ein *kollektiver Identifikationsprozess* in Gang gekommen. Seine Hintergründe gilt es im Folgenden zu erkunden.

2. Die Hintergründe der Wut

Um ein objektives Bild vom Hintergrund der Aufstände von 2005 zu erhalten, sollten wir uns zunächst einmal den Akteuren, das heißt den Aufständischen zuwenden. Diese haben in der Tat ‚gute Gründe‘ für ihr Vorgehen; sie ‚drücken etwas aus‘. Das bedeutet aber nicht, dass sie sich auch sämtlicher Faktoren, die ihre Lebenserfahrungen bestimmen, bewusst sind. Daher werden auch die Dynamiken zu reflektieren sein, die diese Lebenserfahrungen (auf vielfach vermittelte Weise) strukturieren.

2.1 Das Verhältnis der Aufständischen zu den Institutionen

Im Zuge einer soziologischen Untersuchung haben Abderrahim Aït-Omar und ich Aufständische aus einer Kommune der Pariser Region interviewt, die außerhalb von Seine-Saint-Denis liegt und also nicht an Clichy-sous-bois angrenzt.²¹ Was sagen die von uns befragten Personen? Sie bringen Gefühle der Wut und der Demütigung zum Ausdruck und beschreiben sich als Opfer von Ungerechtigkeit, wobei deutlich wird, dass diese Gefühle und dieser Eindruck mit ihren Alltagserfahrungen zusammenhängen. Insgesamt benennen

²¹ Laurent Mucchielli / Abderrahim Aït-Omar, Les émeutes de novembre 2005. Les raisons de la colère, in: Mucchielli / Le Goaziou, Quand les banlieues brûlent (wie Anm. 18), S. 11–35.

sie eine Vielzahl von Faktoren, von denen aber nicht alle die gleiche Bedeutung haben. Zwar beziehen sich einige auf das auslösende Drama von Clichy-sous-bois. Sie tun dies aber vor allem, um darauf hinzuweisen, dass die Polizei in die Ereignisse verwickelt war und der Innenminister versucht hat, dies zu vertuschen. Tatsächlich zeigen die Jugendlichen, wenn sie sich auf das auslösende Drama beziehen, keine besondere Gemütsregung (mit Ausnahme eines Jugendlichen, der mit Einwohnern von Clichy befreundet ist). Manche der Jugendlichen erwähnen zwar die Tränengasgranate, die von der Polizei in Richtung des Eingangs der Moschee von Clichy geworfen wurde (zur Gebetsstunde und während des Ramadan). Doch es ist nicht so sehr der Granatenwurf selbst, der die Beteiligung dieser Jugendlichen am Aufstand ausgelöst hat, als vielmehr das Ausbleiben jeglicher Entschuldigung seitens der Polizei. Einige sprechen auch über die Dynamik der sozialen Beziehungen vor Ort: Sie erzählen, wie die Jugendlichen aneinander angrenzender Viertel und teilweise auch die eines einzigen Viertels während der Aufstände miteinander konkurriert und sich gegenseitig zu überbieten versucht hätten; einige der ‚Kleinen‘ hätten ihren Mut unter Beweis zu stellen versucht, um so in der lokalen Anerkennungshierarchie aufzusteigen.²² All das spielt eine Rolle, ist aber nicht ausschlaggebend. Es sind andere Fragen, die im Mittelpunkt stehen und aus denen sich ‚die Wut‘ erklärt, von der die Jugendlichen sprechen, ihr ‚Hass‘ und ihr Wunsch, ‚alles kurz und klein zu hauen‘. Die Wut der Jugendlichen ist vor allem als Auflehnung gegen eine Situation der *Demütigung* zu verstehen. Einige erzählen, wie sie bei der Arbeitssuche diskriminiert worden seien und sprechen vom Mangel an Arbeitsplätzen. Die meisten aber führen ihre Demütigung auf die *Schule* zurück. Schließlich bezeichnen alle, ohne eine einzige Ausnahme, ihr Verhältnis zur *Polizei* als alltägliche Quelle ihres Gefühls

²² Vgl. David Lepoutre, *Cœur de banlieue. Codes, rites et langages*, Paris 1997; Thomas Sauvadet, *Le capital guerrier. Solidarité et concurrence entre jeunes de cité*, Paris 2006; Marwan Mohammed / Laurent Mucchielli, *La police dans les « quartiers sensibles » : un profond malaise*, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 104–125.

der Demütigung und ihres Eindrucks, ungerecht behandelt zu werden. Die Wut der Aufständischen hat sich denn auch vor allem gegen zwei Institutionen gerichtet: in erster Linie gegen die Polizei, ansonsten vor allem gegen die Schule.

Ein vorwiegend ‚anti-polizeilicher Charakter des Aufstands‘ wird bereits seit einiger Zeit konstatiert, und das nicht nur in Frankreich, sondern auch in England und den USA.²³ So kann das Bedürfnis, sich an den Polizisten zu rächen, als das Hauptmotiv der Aufständischen angesehen werden. Dabei hat sich die Polizei nicht einfach der Gewalt der Jugendlichen gestellt, sondern sie hat diese auch provoziert, etwa durch massiertes Auftreten und verstärkte Personenkontrollen in Vierteln, in denen es bis dahin noch nicht zum Aufstand gekommen war.²⁴ Ein solches Verhalten mag überraschen, wird es doch im medialen und politischen Diskurs übergangen. Die Kräfteverhältnisse, Provokationen, Übergriffe und Racheakte, die die Alltagsbeziehungen zwischen Jugendlichen und Polizisten strukturieren, *und die eine wesentliche Lebenserfahrung der Jugendlichen darstellen und sich zuweilen auch in das kollektive Gedächtnis der Einwohner einschreiben*,²⁵ werden in den Medien und in den Reden der Politiker nicht erwähnt.

Wer diese Realität verkennt, ist aber nicht befähigt, den Ausbruch und den Verlauf der Aufstände angemessen zu analysieren und wird auch nicht verstehen können, weshalb die kalkuliert provokanten Äußerungen des damaligen Innenministers Nicolas Sarkozy so stark auf die Jugendlichen aus den Vierteln gewirkt haben.²⁶ Das Gefühl

²³ Didier Lapeyronnie, *Les émeutes urbaines en France, en Grande Bretagne et aux Etats-Unis*, in: *Regards sur l'actualité*, 319 (2006), S. 5–14; ders., « Révolte primitive » dans les banlieues françaises, in: *Déviance et société*, 30 (2006), 4, S. 431–448; David Waddington / Fabien Jobard / Mike King (Hg.), *Rioting in the UK and France. A Comparative Analysis*, London 2009.

²⁴ Kokorreff, *Sociologie des émeutes* (wie Anm. 18).

²⁵ Michel Kokorreff, *La force des quartiers. De la délinquance à l'engagement politique*, Paris 2004; Mohammed / Mucchielli, *La police dans les « quartiers sensibles »* (wie Anm. 22).

²⁶ Nasser Demiaty, Nicolas Sarkozy, ministre de l'Intérieur et pompier-pyromane, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 58–76.

der Demütigung, mit dem die Jugendlichen leben, ist durch diese Äußerungen gleichsam potenziert worden. Abgesehen davon, dass sie auf ihr Bedürfnis, Rache an der Polizei zu üben, zu sprechen kamen, äußerten sich mehr als die Hälfte der befragten Aufständischen auch aggressiv und verbittert über eine andere staatliche Institution, nämlich die Schule. Dies war insbesondere bei denjenigen der Fall, die ihre Schullaufbahn abgeschlossen hatten und sich nunmehr als Erwerbslose sowie als Beteiligte an einer kleinkriminellen, etwa auf dem Zwischenhandel mit Cannabis gründenden Überlebensökonomie wiederfanden. Die Verbitterung über die Schule mag eine bereits erwähnte Besonderheit der Aufstände vom November 2005 erklären, nämlich die ungewohnt hohe Zahl der Angriffe auf Schulgebäude. Die Aufständischen haben in diesem Zusammenhang eine Wut zum Ausdruck gebracht, die ebenso ausgeprägt ist wie die auf die Polizei, nämlich jene auf eine Institution, die ihnen ‚die Zukunft ruiniert‘, also die Eingliederung in die Gesellschaft versperrt habe. Auch von der Schule fühlten sich die Befragten zutiefst gedemütigt. Überdies warfen sie den Lehrern Scheinheiligkeit vor: Die Reden über Aufstieg und Erfolg, die die Lehrer ihren Schülern halten würden, würden einhergehen mit einem ausgrenzenden Verhalten gegenüber Jugendlichen migrantischen Hintergrunds. Sowohl im Unterricht als auch bei der Schülerbetreuung außerhalb des Unterrichts würden solche Jugendliche von den Lehrern vernachlässigt werden. Dabei seien gerade Jugendliche mit migrantischem Hintergrund auf die Unterstützung der Lehrer angewiesen, denn sie könnten sich bei der Erledigung ihrer Schulaufgaben meist nicht auf elterliche Hilfe verlassen.²⁷

Bei der Auswertung der Interviews werden also die Hauptgründe für die Wut der Aufständischen erkennbar. Es handelt sich um verschiedene Formen von Demütigung, die diese jungen Männer in ihrem Alltag erfahren und die auch ihre Familien häufig, wenn auch

²⁷ Stéphane Beaud, 80 % au bac... et après ? Les enfants de la démocratisation scolaire, Paris 2003; Martine Chomentowski, L'échec scolaire des enfants de migrants. L'illusion de l'égalité, Paris 2009.

nicht immer im gleichen Ausmaß, betreffen. Außer diesem Kernmotiv müssen aber auch die Schnittstellen zu anderen Problemen untersucht werden. Um das tun zu können, sollten wir uns zunächst von einer zutiefst irreführenden Vorstellung freimachen, nämlich von der These, dass die von den Aufständischen zum Ausdruck gebrachte Wut von niemandem sonst empfunden werde, dass die Aufständischen also eine Minderheit seien verglichen mit der Masse der übrigen Einwohner der *quartiers populaires* (die oft als ‚Opfer‘ oder ‚Geiseln‘ der Aufständischen dargestellt werden). Diese These hält empirischer Prüfung nicht stand.

2.2 Aufständische und Nicht-Aufständische in den Vorstadtvierteln

In der von den Politikern und in den Medien geführten Debatte sind die Aufstände meistens auf eine Konfrontation zwischen den Aufständischen und der Polizei reduziert worden, bei der die übrigen Einwohner des Viertels missbilligend zusehen und um ihr Auto fürchten – ein Bild, das keine sehr genaue Beobachtungsgabe verrät und den verschiedenen Graden der Beteiligung sowie der Pluralität der Einwohner nicht gerecht wird.²⁸ Tatsächlich lassen sich verschiedene Grade der Beteiligung am Aufstand unterscheiden. Es gibt die kleinen und hochaktiven Gruppen an den Brennpunkten des Konflikts. Es gibt aber auch noch weitere, weniger tollkühne Beteiligte, und es gibt jene, die die unmittelbar in die Auseinandersetzungen Involvierten aus dem Hintergrund des Geschehens heraus, das heißt von den Gehsteigen, den Fenstern oder den Dächern aus anfeuern und Informationen an sie weitergeben. Die gänzlich

²⁸ Éric Marlière, *Jeunes en cité. Diversité des trajectoires ou destin commun ?*, Paris 2005; ders., *Les habitants des quartiers : adversaires ou solidaires des émeutiers ?*, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 77–92; Marwan Mohammed, *Les voies de la colère: ‘violences urbaines’ ou révolte d’ordre politique ? L’exemple des Hautes-Noues à Villiers-sur-Marne*, in: *Socio-logos*, 2 (2007), [<http://socio-logos.revues.org/document352.html>] (Download 1. Dezember 2009).

Unbeteiligten bilden ebenfalls eine heterogene Gruppe: Einige zeigen Verständnis oder ermutigen die Aufständischen auf ihre Weise, andere stehen dem Geschehen relativ gleichgültig gegenüber und wieder andere missbilligen es mehr oder weniger ausdrücklich. Es gibt zweifellos Einwohner, die die Aufstände gänzlich missbilligen; es handelt sich aber um eine Minderheit, deren Solidaritätsverweigerung gegenüber den übrigen Einwohnern meist mit langfristigen ‚ethnisierten‘ Konflikten zusammenhängt.²⁹ Der Soziologe Éric Marlière hat Einwohner mit Migrationshintergrund befragt – sowohl Mütter und Väter als auch junge Männer, die sich nicht am Aufstand beteiligt haben – und dabei einen wesentlichen Sachverhalt herausgearbeitet:³⁰ Diese Einwohner missbilligen zwar den Aufstand als Handlungsweise und beklagen, dass das Auto des Nachbarn oder die Schule des kleinen Bruders angezündet wurden, bringen den Aufständischen aber zugleich Verständnis, ja sogar regelrechte Empathie entgegen.³¹ Die von den Aufständischen durch gewaltsame Handlungen zum Ausdruck gebrachte Wut wird also von vielen ihrer Familienangehörigen und Nachbarn als legitim angesehen; diese leben im Großen und Ganzen unter denselben Verhältnissen wie die Aufständischen und empören sich über dieselben Vorkommnis-

²⁹ So ist die Einstellung bestimmter Arbeiterfamilien ‚französischen Hintergrunds‘ gegenüber den Einwohnern mit ‚Migrationshintergrund‘ seit längerer Zeit von Resentiment und Fremdenfeindlichkeit geprägt, obwohl beide Gruppen unter denselben Verhältnissen leben. Die Familien ‚französischen Hintergrunds‘ werfen denen mit ‚Migrationshintergrund‘ vor, den Stadtteil vereinnahmt und seiner Identität beraubt zu haben. Vgl. Véronique Le Goaziou / Charles Rojzman, *Comment ne pas devenir électeur du Front national*, Paris 1998; Florence Haegel / Henri Rey / Yves Sintomer (Hg.), *La xénophobie en banlieue. Effets et expressions*, Paris 2000.

³⁰ Éric Marlière, *La France nous a lâchés ! Le sentiment d’injustice chez les jeunes des cités*, Paris 2008.

³¹ In der Sozialwissenschaft und insbesondere in der Analyse des Aufstandsphänomens ist das keine ganz neue Entdeckung. Bereits im US-amerikanischen Kerner-Report (1968) und im britischen Scarman-Report (1981) wurde die stillschweigende Unterstützung der Aufständischen durch einen Großteil der Einwohner konstatiert. Vgl. Michael Keith, *Race, Riots and Policing. Lore and Disorder in a Multi-Racial Society*, London 1993; Peter Joyce, *The Politics of Protest. Extra-Parliamentary Politics in Britain since 1970*, London 2002.

se. Ihre Aussagen erweitern unser Verständnis des Aufstands und seiner Bedeutung.

Die Aussagen der Eltern erlauben es uns auch, besser zu verstehen, weshalb die Schulfrage in den *quartiers populaires* eine solche Bedeutung angenommen hat. Die eingewanderten Eltern und insbesondere die Mütter, die sich am häufigsten um die Kinder und deren Schulausbildung kümmern, und von denen man vielleicht erwarten würde, dass sie sich einiges von dieser Schulausbildung versprechen, zeigen sich schwer enttäuscht nicht nur angesichts der oft schwachen schulischen Leistungen ihrer Kinder, sondern auch angesichts der Lehrkräfte, mit denen sie teilweise demütigende Erfahrungen verbinden. Die Enttäuschung der Eltern gilt auch dem, was sie als das ungerechte Verhalten der Lehrer gegenüber Schülern unterschiedlichen Hintergrunds wahrnehmen; dieses Verhalten zeige sich insbesondere bei den am Ende der Hauptschule anstehenden Entscheidungen hinsichtlich der weiteren schulischen oder beruflichen Laufbahn. Die Eltern sind der Ansicht, bei diesen Entscheidungen gehe es um das spätere Ausmaß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe. So erklärt sich die zunehmend angespannte Situation an den Hauptschulen der *quartiers populaires*.

Die Aufständischen sprechen nicht von der Erwerbslosigkeit (die einige von ihnen auch noch gar nicht selbst erfahren haben), doch diese ist in ihrem Umfeld allgegenwärtig. Sie ist auch das Thema, von dem die befragten Familienväter am häufigsten sprechen, und zwar voller Wut und Verzweiflung. Den von der Erwerbslosigkeit betroffenen Familien ist bewusst, dass auf der Schule über die künftige soziale Stellung der jüngeren Familienangehörigen entschieden wird. Deren Schulversagen oder Marginalisierung innerhalb des Schulwesens führen in der gesamten Familie zu einem Eindruck des Scheiterns, der Ausgrenzung und der verhinderten räumlichen und sozialen Mobilität.

In den Aussagen der jungen Erwachsenen migrantischen Hintergrunds, die sich nicht am Aufstand beteiligt haben (es handelt sich meistens um die älteren Kinder der Familie, manchmal auch um die

älteren Brüder von Aufständischen) gibt sich noch ein weiterer Aspekt des Problems zu erkennen. Diese jungen Erwachsenen berichten ebenfalls von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ausgrenzung. Sie erleben diese Ausgrenzung aber trotz ihrer erfolgreich abgeschlossenen Schullaufbahn und teilweise sogar trotz ihrer Erlangung höherer Universitätsabschlüsse. Dieser Sachverhalt schlägt sich auch immer deutlicher in den Statistiken nieder (dazu im Folgenden mehr). Vor allem fügt sie den beschriebenen Eindrücken des Scheiterns, der Ausgrenzung und der verhinderten Mobilität noch den hinzu, ungerecht behandelt zu werden, was wiederum Wut und Empörung nach sich zieht. So wandelt sich die Resignation in Ressentiment und in einen an die gesamte ‚französische Gesellschaft‘ adressierten *Rassismusbewertung*, der in der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Bestätigung findet. Bei vielen jungen Erwachsenen führt die Anhäufung entsprechender Erfahrungen zur Herausbildung eines geschlossenen Weltbildes, in dem letztlich alles aus dem Rassismus erklärt wird.³²

Die Befragung der Familien erlaubt es also, das Spektrum der Analyse zu erweitern und über die von den Protagonisten benannten Gründe für den Aufstand hinauszugehen, das heißt vorzudringen zu jenem *tief empfundenen Gefühl der Ungerechtigkeit* und jenen *Erfahrungen der Demütigung*, aus denen sich nicht nur die Gewalt der Aufständischen erklärt, sondern auch die Tatsache, dass ein Großteil der Einwohner den Aufstand nicht verurteilt hat. Nach dieser Auseinandersetzung mit den Aussagen der Akteure gilt es nun, den Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren zu vertiefen, die die Situation in den *quartiers populaires* prägen, um so zu einer objektiven und historisch fundierten Einschätzung dieser Situation zu gelangen.

³² Marlière, La France nous a lâchés ! (wie Anm. 30).

3. Der sozio-räumliche Kontext der Aufstände

Untersucht man die Sozialgeographie der Aufstände, dann stößt man sofort auf die Bedeutung jener Stadtteile, die das französische Statistikamt INSEE seit 1996 als ‚sensible Stadtgebiete‘ (*zones urbaines sensibles*, ZUS) bezeichnet. Nach mehr als 20 Jahren Studien zu den *quartiers populaires* und nach den verschiedenen Forschungsprojekten, die die Entwicklung der französischen Stadtpolitik begleitet haben,³³ erübrigt es sich, noch einmal zu beweisen, dass Prekarität und soziale Ausgrenzung in den 751 ‚sensiblen Stadtgebieten‘, die 1999 4,7 Millionen Menschen, also acht Prozent der französischen Bevölkerung beherbergten, eine extreme räumliche Verdichtung erfahren.³⁴ Und zwar in einem solchen Ausmaß, dass wir es für berechtigt halten, von einem *Ghettoisierungsprozess* zu sprechen. Zwar kann es nicht darum gehen, einen unmittelbaren Vergleich anzustellen zwischen den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ Frankreichs und den Ghet-

³³ Siehe dazu die folgenden klassischen Arbeiten: François Dubet / Didier Lapeyronnie, *Les quartiers d'exil*, Paris 1992; Hervé Veillard-Baron, *Les banlieues*, Paris 1994; Bachmann / Leguennec, *Violences urbaines* (wie Anm. 1). Siehe auch folgende jüngere Arbeiten: Jean-Marc Stébé, *La crise des banlieues*, Paris 2002; Jean-Paul Fitoussi / Laurent Éloi / Joël Maurice, *Ségrégation urbaine et intégration sociale*, Paris 2003. Vgl. schließlich auch das Handbuch von Cyprien Avenel: *Sociologie des « quartiers sensibles »*, Paris 2004, sowie das jüngste Buch von Didier Lapeyronnie: *Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté en France aujourd'hui*, Paris 2008. Aktuelle Angaben sind den seit 2004 jährlich erscheinenden Berichten des Observatoire national des zones urbaines sensibles (ONZUS) zu entnehmen, das durch das Gesetz vom 1. August 2003 gegründet wurde; vgl. *Observatoire national des zones urbaines sensibles, Rapport annuel*, Paris 2004 ff. (im Internet abrufbar unter: [<http://www.ville.gouv.fr>]). Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieses Observatorium seinen Bericht für das Jahr 2005 drei Tage vor dem Ausbruch des Aufstands in Clichy-sous-bois veröffentlichte; vgl. Renaud Epstein / Thomas Kirszbaum, *Après les émeutes, comment débattre de la politique de la ville ?*, in: *Regards sur l'actualité*, 319 (2006), S. 39–48.

³⁴ Die Aufmerksamkeit, die den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ zuteil wird, sollte nicht überschätzt werden. Es ist bezeichnend, dass auf den offiziellen Internetseiten von INSEE und ONZUS 2009 keine Angaben zur Einwohnerzahl der ‚sensiblen Stadtgebiete‘ zu finden waren, die aktueller als die der Volkszählung von 1999 sind, obgleich seit 2006 die Ergebnisse einer neuen Volkszählung vorliegen.

tos bestimmter US-amerikanischer oder südamerikanischer Großstädte.³⁵ Man sollte aber auch nicht ‚das Kind mit dem Bade ausschütten‘, indem man sich der Analyse eines prozessierenden „sozialen Separatismus“ versagt,³⁶ der die Kluft zwischen den Lebensbedingungen und Lebensgeschichten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen immer weiter werden lässt. Didier Laypeyronnie hat sich kürzlich dahingehend geäußert, dass es angesichts der Aufstände von 2005 an der Zeit sei, vom Ghetto-Begriff Gebrauch zu machen: Der Begriff entspreche zwar „eher dem politischen und journalistischen Sprachgebrauch als dem der Sozialwissenschaften“, habe aber den Vorteil, „eine sehr spezifische soziale Realität zu bezeichnen, nämlich die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtgebieten. Es handelt sich um Bevölkerungsgruppen, die Opfer ausgeprägter Segregationsmechanismen und rassistischer Diskriminierung sind und die infolgedessen eine spezifische Lebensweise entwickelt haben.“³⁷ Die Debatte ist noch nicht abgeschlossen. Fest steht aber, dass der Prozess, um den es geht, zwei Arten von Folgen zeitigt: objektive und subjektive. Erstere betreffen die Lebensbedingungen der Einwohner und die Probleme sozio-ökonomischer Ausgrenzung, die vor allem für Jugendliche gravierend sind. Die subjektiven, aber nicht weniger bedeutenden Folgen hängen mit der Frage zusammen, wie die Einwohner sich selbst, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen sowie ihr Verhältnis zu diesen Gruppen wahrnehmen. Diese zwei Seiten des Ghettoisierungsprozesses sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

³⁵ Loïc Wacquant, *Parias urbains. Ghetto, banlieues, État*, Paris 2006, S. 145 ff.

³⁶ Éric Maurin, *Le ghetto français. Enquête sur le séparatisme social*, Paris 2004; Jacques Donzelot, *Quand la ville se défait. Quelle politique face à la crise des banlieues ?*, Paris 2006.

³⁷ Laypeyronnie, *Ghetto urbain* (wie Anm. 33), S. 12.

3.1 Die ‚sensiblen Stadtgebiete‘ und der Ghettoisierungsprozess

Die ‚sensiblen Stadtgebiete‘ zeichnen sich dadurch aus, dass sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt hinsichtlich einer ganzen Reihe demographischer, ökonomischer und sozialer Indikatoren beträchtlich vom französischen Durchschnitt abweichen. In der Tabelle 1 haben wir einige Angaben des Statistikinstituts INSEE für das Jahr 1999 zusammengestellt, aus denen die Abweichungen zwischen Kontinentalfrankreich insgesamt, der Region Île-de-France, dem *département* Seine-Saint-Denis mit seinen etwa 1,4 Millionen Einwohnern sowie schließlich zwei Kommunen dieses *départements*, die an den beiden Enden des sozio-ökonomischen Spektrums angesiedelt sind, hervorgehen. Bei den zwei Kommunen handelt es sich um Clichy-sous-bois, wo die Aufstände von 2005 ausgebrochen sind, und Le Raincy, auf dessen Bürgermeister Eric Raoult, ehemals Leiter des Stadtministeriums, einige der abschätzigsten Bemerkungen zu den Ereignissen in Clichy-sous-bois zurückgehen.³⁸

	Kontinentalfrankreich	Île-de-France	Seine-St-Denis	Clichy-sous-bois	Le Raincy
Gesamtbevölkerung	58,5 Mio	11 Mio	1,38 Mio	28.288	12.961
Anteil der unter Fünfundzwanzigjährigen (Prozent)	30,9	31,9	34,8	45,6	28,8
Anteil der Angestellten und Arbeiter an der aktiven Bevölkerung (Prozent)	51,9	46	60,9	71,1	35,2
Erwerbslosenquote	12,8	11,5	17,2	23,5	9
Erwerbslosenquote der unter Fünfundzwanzigjährigen	25,6	19,7	26,6	32	17,2

³⁸ Vgl. Véronique Le Goaziou, *La classe politique française et les émeutes : silence et déni*, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 36–57.

Urbane Aufstände im heutigen Frankreich

Anteil der Männer unter 25, die in Teilzeit arbeiten (Prozent)	17,8	24,3	24,3	31,1	21,5
Anteil der Einwohner, die in ihrem Hauptwohnsitz zur Miete wohnen (Prozent)	40,7	51,1	57	53,1	34
Anteil der Einwohner mit Hauptwohnsitz in einer Sozialwohnungssiedlung (Prozent)	16	23,4	36	30,2	4,8
Keinerlei Abschluss	20	16,5	24,4	32,4	9,5
Berufsausbildung (CEP/BEPC)	25,4	18,3	24,6	21,8	22,6
Berufsausbildung (CAP/BEP)	24,8	18,2	23,5	26,1	19,3
Abitur (<i>baccalauréat</i>)	12,2	14,6	12,4	10,9	16,2
Abitur zzgl. Ausbildung / Studium	17,6	26,9	15	9,5	32,3
Anteil der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19, die sich in Ausbildung befinden (Prozent)	90,3	91,7	90,3	89,8	94
Anteil der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 ohne Berufs- oder Schulabschluss (Prozent)	4,3	3,7	4,9	5	2,7
Anteil alleinerziehender Eltern (Prozent)	8,8	9,8	12,3	11,5	10,9
Anteil der Familien mit drei Kindern oder mehr (Prozent)	10,8	11,6	14,7	28,6	8
Anteil der im Namen von Nicht-Franzosen registrierten Haushalte (Prozent)	5,8	12,1	19,3	35,6	6,4

Tabelle 1: Demographische und sozio-ökonomische Indikatoren (Quelle: INSEE, Erhebung von 1999)

Die Tabelle zeigt einige der Bereiche auf, in denen die Verhältnisse in Seine-Saint-Denis und mehr noch die in Kommunen wie Clichy-sous-bois von denen der Region Île-de-France (der wohlhabendsten Region Frankreichs) sowie vom französischen Durchschnitt abweichen. Sie zeigt auch das Ausmaß des sozio-ökonomischen Gefälles innerhalb eines einzigen *départements*, in diesem Fall ein Gefälle zwischen zwei Kommunen, die nur wenige Kilometer voneinander entfernt liegen.

Auch innerhalb des Verwaltungsgebiets einzelner Kommunen zeichnen sich die ‚sensiblen Stadtgebiete‘, die in manchen Fällen mehr als die Hälfte der Einwohner stellen, durch ihre Abweichung von den Durchschnittswerten aus. Das geht aus der Tabelle 2 hervor, in der statistische Daten zu zwei der bedeutendsten ‚sensiblen Stadtgebiete‘ im *département* Yvelines zusammengestellt sind. Diese zwei ‚sensiblen Stadtgebiete‘, das Val Fourré und die Cinq quartiers, gehören zu den Gebieten, in denen sich das Phänomen der Aufstände im Laufe der Jahre verstetigt hat.

	Mantes la jolie	Le Val Fourré	Les Mu- reaux	Les Cinq Quar- tiers
Bevölkerung	43.672	25.400	31.722	13 500
Anteil der Bevölkerung des ‚sensiblen Stadtgebiets‘ an der Gesamtbevölkerung der Kommune		58,4 %		42,9 %
Bevölkerungsanteil der unter Zwanzigjährigen (Prozent)	33,5	41,6	33,9	41,4
Erwerbslosenquote	20,2	25,7	16,6	23,8
Erwerbslosenquote der Siebzehn- bis Vierundzwanzigjährigen	32,4	37,7	29,8	39,2
Anteil der Bevölkerung ohne Berufs- oder Schulabschluss (Prozent)	29,9	35,9	31,1	41,8

Tabelle 2: Demographische und sozio-ökonomische Indikatoren (Vergleich zwischen zwei Kommunen und ihren ‚sensiblen Stadtgebieten‘) (Quelle: INSEE, Erhebung von 1999)

Es genügt natürlich nicht, demographische, ökonomische und soziale Indikatoren miteinander zu vergleichen. Es muss zugleich nach den Wirkungen gefragt werden, die die in der Statistik abgebildeten Verhältnisse in der kollektiven Psychologie entfalten. Schließlich muss auch untersucht werden, wie sich der Ghettoisierungsprozess über einen längeren Zeitraum hinweg entwickelt, wobei es sowohl

die objektive als auch die subjektive Dimension dieses Prozesses zu berücksichtigen gilt, die eng miteinander zusammen hängen.

Charakteristisch für die ‚sensiblen Stadtgebiete‘ ist eine hohe Konzentration erstens kinderreicher, oft sehr kinderreicher Familien (was das niedrige Durchschnittsalter in diesen Stadtteilen erklärt; die unter Fünfundzwanzigjährigen stellen teilweise bis zu 50 Prozent der Einwohner), zweitens proletarischer Gesellschaftsschichten mit geringem Einkommen und hoher Erwerbslosigkeit sowie drittens nicht-französischer Einwohner oder Einwohner nicht-französischen Hintergrunds. Bei einigen Einwohnern entsteht so das Gefühl, sie seien ‚anders‘, als die übrige Gesellschaft, ein Gefühl, das mit Frustration und Verbitterung einher zu gehen pflegt.³⁹ Dieser Komplex kann sich auf folgenreiche Weise verfestigen, wo die Familien mit staatlichen Institutionen und insbesondere mit der Schule zu tun haben. Die Eltern verfügen meist nur über geringes kulturelles und schulisches Kapital; beim Erlernen der französischen Sprache tun sie sich häufig schwer. Damit sind sie schlecht ausgestattet für die Auseinandersetzung mit dem Schulwesen und der spezifischen Kultur der Institution Schule; auch können sie ihre Kinder bei deren schulischer Laufbahn kaum unterstützen.⁴⁰ Die Kinder von Arbeitsmigranten bleiben überdurchschnittlich häufig sitzen, versäumen häufiger den Schulbesuch und erlangen auch seltener einen Schulabschluss.⁴¹ Trotz ihrer eigenen Bemühungen und denen ihrer Eltern haben diese Kinder durchweg mit dem Handicap eines ‚schlechten Starts‘ zu kämpfen, denn die Schwierigkeiten beginnen bereits in der Vorschule.⁴² Besonders bei Jugendlichen maghrebinischen Hintergrunds gras-

³⁹ Agnès Villechaise-Dupont, *Amères banlieues. Les gens des grands ensembles*, Paris 2000.

⁴⁰ Agnès Van Zanten, *L'école de la périphérie. Scolarité et ségrégation en banlieue*, Paris 2001; Mathias Millet / Daniel Thin, *Ruptures scolaires. L'école à l'épreuve de la question sociale*, Paris 2005.

⁴¹ Chomentowski, *L'échec scolaire* (wie Anm. 27).

⁴² Jean-Paul Caille / Fabienne Rosenwald, *Les inégalités de réussite à l'école élémentaire : construction et évolution*, in: INSEE, France, *portrait social*, Paris 2006, S. 115–137.

siert das Problem des Schulversagens: Ende der 1990er Jahre beendeten 42 Prozent der Jungen und 27 Prozent der Mädchen ihre schulische Laufbahn ohne jeglichen Abschluss.⁴³ Die Unterschiede in den Perspektiven der Jugendlichen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen lassen sich zunehmend bereits an den schulischen Laufbahnen dieser Jugendlichen ablesen. Die benachteiligten Jugendlichen wissen ebenso wie ihre Familien um besagte Unterschiedlichkeit der Perspektiven, und dieses Wissen nährt ihren Groll und ihre Überzeugung, sie seien Opfer kollektiver Diskriminierung.⁴⁴

Schwache schulische Leistungen und Diskriminierung sind also zwei der bedeutenderen Benachteiligungen, mit denen die Einwohner aus den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ bei der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen haben. So ist die Erwerbslosenquote in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ denn auch zwei bis drei Mal höher als anderswo. Bei Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren beträgt die Erwerbslosigkeit zwischen 30 und 40 Prozent; bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ihre Ausbildung ohne Abschluss oder mit einem einfachen Berufsabschluss (dem *certificat d’aptitude professionnelle*, CAP) beendet haben, kann sie aber auch weit über 50 Prozent liegen. Auch der Anteil der prekär oder in Teilzeit Beschäftigten ist überdurchschnittlich hoch. Daraus ergeben sich prekäre und manchmal regelrecht elende wirtschaftliche Bedingungen, die bei den Betroffenen zu Gefühlen der Scham, Ungerechtigkeit, Wut und / oder Verzweiflung führen.⁴⁵ Auf der kollektiven Ebene führen diese Verhältnisse zu dem Eindruck, ungerecht behandelt, in die Vorstadtviertel verbannt und von ‚den Anderen‘, das heißt den übrigen Gesellschaftssegmenten, den Wohlhabenden

⁴³ Frédéric Lainé / Mahrez Okba, *Jeunes de parents immigrés : de l’école au métier*, in: *Travail et emploi*, 103 (2005), S. 79–93.

⁴⁴ Georges Felouzis / François Liot / Joëlle Perroton, *L’apartheid scolaire. Enquête sur la ségrégation ethnique dans les collèges*, Paris 2005; Jean-Pierre Zirotti, *De l’expérience de la discrimination à la délégitimation. Les jugements des élèves issus de l’immigration sur les décisions d’orientation scolaire et les conditions de leur scolarisation*, in: *Les cahiers de l’URMIS*, 10/11 (2006), S. 1–16.

⁴⁵ Vincent de Gaulejac, *Les sources de la honte*, Paris 1996.

und den verantwortlichen Politikern, ausgegrenzt zu werden.⁴⁶ So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Einwohner häufig ein ambivalentes Verhältnis zu den Institutionen, das heißt zu den Wohlfahrtsverbänden, den Munizipal- und Präfektoralbehörden, der Schule und der Polizei entwickeln. Es kommt darin ein negatives individuelles und kollektives Selbstbild zum Ausdruck, geprägt durch Gefühle der Abhängigkeit und der Minderwertigkeit.

Diese noch recht allgemeine Darstellung soll nun durch eine nähere Betrachtung der Jugendlichen ergänzt werden, denn deren Perspektivlosigkeit ist ein wichtiger und möglicherweise sogar der ausschlaggebende Faktor in der Entwicklung hin zu gewaltsamen Aufständen.

3.2 Die Massenerwerbslosigkeit: Soziale Ausgrenzung und veränderter Eintritt ins Erwachsenenleben

Die Not der Banlieue-Jugendlichen lässt sich nicht begreifen, wenn nicht zur Kenntnis genommen wird, dass die Erwerbslosenquote in den Vorstädten seit den 1990er Jahren beständig angestiegen ist.⁴⁷ Die Bedeutung, die den Berufs- und Schulabschlüssen bei der Arbeitssuche zukommt, hat zugenommen, zu Lasten der geringer Qualifizierten und mit dem Ergebnis einer Verschärfung der fortdauernden Diskriminierung im Schulwesen. Den Berechnungen des Statistikkamts INSEE zufolge hat sich der Prozentsatz junger Männer ohne Berufs- oder Schulabschluss, die sich ein bis vier Jahre nach der Beendigung ihrer Schullaufbahn in der Erwerbslosigkeit wiederfinden, in den 1990er Jahren verdoppelt; er ist von 27 Prozent im Jahr 1990 auf 56 Prozent im Jahr 1999 angestiegen. Die Erwerbslosigkeit junger Männer, die nur über einen einfachen Berufsabschluss – das

⁴⁶ Laurent Mucchielli, *Le rap de la jeunesse des quartiers relégués. Un univers de représentations structuré par des sentiments d'injustice et de victimation collective*, in: Manuel Boucher / Alain Vulbeau (Hg.), *Émergences culturelles et jeunesse populaire*, Paris 2003, S. 325–355; Marlière, *La France* (wie Anm. 30).

⁴⁷ Jean-Luc Le Toqueux / Jacques Moreau, *Les ZUS. Forte progression du chômage entre 1990 et 1999*, INSEE Première, 835 (2002).

certificat d'aptitude professionnelle (CAP) oder den *brevet élémentaire professionnel* (BEP) – verfügen, hat sich ebenfalls verdoppelt: Der entsprechende Prozentsatz ist im genannten Zeitraum von 16 auf 32 Prozent angestiegen. Der leichte Rückgang der Erwerbslosigkeit um das Jahr 2000 ist 2004 und 2005 durch einen neuerlichen Anstieg in der Zahl der jugendlichen Erwerbslosen wettgemacht worden.⁴⁸ Diese Angaben entstammen wohlgerne einer staatlichen Statistik, die die Diskriminierung von Erwerbssuchenden aufgrund ihres Wohnsitzes oder ‚ethnischen‘ Hintergrunds, also die Auswirkungen des schlechten Rufs bestimmter Stadtteile und des Rassismus, nicht berücksichtigt.⁴⁹ 2003 waren in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ schätzungsweise „ein Drittel der Jugendlichen aus den Jahrgängen 1973–83 [also ein Drittel der jungen Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, L. M.] erwerbslos.“⁵⁰ Das entspricht etwa 200.000 Personen; nimmt man die Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren hinzu, dann steigt die Zahl auf 230.000. Sollte dies die Reserve potentieller Aufständischer sein?

⁴⁸ Ketty Attal-Toubert / Henri Lavergne, *Premiers résultats de l'enquête sur l'emploi 2005*, INSEE Première, 1070 (2006).

⁴⁹ Aus den zitierten INSEE-Veröffentlichungen (Anm. 47 u. Anm. 48) geht hervor, dass die Erwerbslosigkeit von Nicht-Franzosen aus den maghrebinischen Ländern 1,5 Mal höher ist als der nicht-französische Durchschnitt; sie ist dreimal so hoch wie der französische Durchschnitt. In den letzten Jahren ist die Situation der Einwandererkinder unter Berücksichtigung ihres Migrationshintergrunds untersucht worden und es konnte gezeigt werden, dass die Benachteiligung hinsichtlich der Erwerbslosigkeit, der Art des Beschäftigungsverhältnisses (prekäre Beschäftigung oder Festanstellung) und des Zugangs zum öffentlichen Dienst für Franzosen maghrebinischen, schwarzafrikanischen oder türkischen Hintergrunds nahezu gleich schwerwiegend geblieben ist: Cécile Canamero / Geneviève Canceill / Nathalie Cloarec, *Chômeurs étrangers et chômeurs d'origine étrangère*, *Premières synthèses*, in: Dares, 46 (2000), 2, S. 1–4; Jean-Luc Richard, *Partir ou rester ? Destinées des jeunes issus de l'immigration*, Paris 2004; Dominique Meurs / Ariane Pailhé / Patrick Simon, *Mobilité intergénérationnelle et persistance des inégalités. L'accès à l'emploi des immigrés et de leurs descendants*, Paris 2005 (INED, Documents de travail, Nr. 130).

⁵⁰ *Observatoire national des zones urbaines sensibles, Rapport annuel*, Paris 2004, S. 184.

Es sei daran erinnert, dass die beschriebenen Verhältnisse nicht allein die gering qualifizierten Jugendlichen der ‚sensiblen Stadtgebiete‘ betreffen. Die steigende Erwerbslosigkeit und die prekären Beschäftigungsverhältnisse betreffen auch die zahlenmäßig immer bedeutendere Gruppe derer,⁵¹ die sich in der Erwerbslosigkeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, obwohl sie über einen Berufs- oder Schulabschluss verfügen. Im Gegensatz zum Diskurs eines Teils der politischen Klasse genügt es also nicht, „die eigene Situation verbessern zu wollen“, um dem sozialen Abstieg zu entkommen. In den Vorstadtvierteln begegnet eine wachsende Zahl von Jugendlichen mit nicht-französischen Eltern, insbesondere von solchen mit maghrebinischen Eltern, trotz beruflicher Qualifikation beträchtlichen Schwierigkeiten beim Versuch, in der Welt der Arbeit Fuß zu fassen. Sie sind somit auch nicht in der Lage, „mit gutem Beispiel voranzugehen“ (im Gegenteil kann ihre Lage das Gefühl der Perspektivlosigkeit unter den Schulabbrechern nur verstärken) und die anderen Jugendlichen von ihrer Beteiligung an Aufständen abzuhalten – tatsächlich äußern sie sich gegenüber den Aufständischen ausgesprochen solidarisch.⁵²

Es ist wichtig, die Bedeutung zu ermessen, die dieser ökonomischen Ausgrenzung für den Gesamtzusammenhang der sozialen Ausgrenzung und des verhinderten ‚Eintritts ins Erwachsenenleben‘ zukommt.⁵³ Keinen Arbeitsplatz und also auch kein Einkommen zu haben bedeutet, sich in einer materiellen Situation zu befinden, die es nicht erlaubt, den Wohnsitz der Eltern zu verlassen und einen eigenen zu beziehen – umso mehr, als sich das Sozialwohnungswesen in Frankreich in einer Krise befindet.⁵⁴ Auch die Perspektive der Ehe-

⁵¹ Chloé Tavan, *Les immigrés en France : une situation qui évolue*, INSEE Première, 1042 (2005); Roxane Silberman / Irène Fournier, *Les secondes générations sur le marché du travail en France : une pénalité ethnique qui persiste*, in: *Revue française de sociologie*, 2 (2006), S. 243–282.

⁵² Marlière, *Les habitants des quartiers* (wie Anm. 28).

⁵³ Olivier Galland, *Sociologie de la jeunesse. L'entrée dans la vie*, Paris 1997.

⁵⁴ Frankreich verfügt über einen Bestand von etwa vier Millionen Sozialwohnungen (*habitations à loyer modéré*, HLMs), doch die Zahl der Familien, die eine Sozi-

schließung und Familiengründung geht tendenziell verloren. Über eine Arbeit und ein Einkommen zu verfügen, eine eigene Wohnung zu beziehen und schließlich eine eigene Familie zu gründen, gilt für viele junge Volljährige als ‚normaler‘ Lebensweg; wer ihn nicht einschlägt, sieht sich dadurch im besten Fall ständiger Vorhaltungen ausgesetzt, im schlimmsten wird er als Außenseiter und von ‚der Gesellschaft‘ Ausgestoßener wahrgenommen. Die Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt läuft also nicht nur auf jenen unsicheren und bedrückenden Alltag der ökonomisch Abgehängten hinaus, den die französische Umgangssprache als *la galère* bezeichnet, sondern sie hat auch umfassende Folgen für die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und verändert auch den Blick auf die eigene Umwelt. Schließlich wirkt sie sich auch auf die Situation innerhalb der Familien, auf die Beziehungen zwischen den Generationen aus. Stéphane Beaud und Michel Pialoux haben in ihrer Analyse der Hintergründe eines in Petite Hollande, einem Vorstadtviertel von Montbéliard, im Juli 2000 ausgebrochenen Aufstands betont,⁵⁵ dass „die Mehrheit der nicht oder nur gering Qualifizierten während der Jahre wirtschaftlicher Stagnation auf Arbeit

alwohnung beantragt, aber noch nicht erhalten haben, beläuft sich auf 1,3 Millionen – doppelt so viele wie vor 20 Jahren; vgl. Philippe Subra, Heurs et malheurs d’une loi antiségrégation : les enjeux géopolitiques de la loi Solidarité et renouvellement urbain (SRU), in: Hérodote, 122 (2006), S. 138–171, hier S. 139. Auf dem Papier gehen die Sanierungs-, das heißt Abrissmaßnahmen in Frankreich mit dem Bau einer entsprechenden Anzahl von neuen Sozialwohnungen einher. Tatsächlich führt diese Politik zu einer Verringerung des Gesamtbestandes an Sozialwohnungen und geht so zu Lasten der einkommensschwächsten Familien. Um hier Abhilfe zu schaffen, brachte die Regierung der sogenannten ‚vielfältigen Linken‘ (gauche plurielle) im Dezember 2000 das ‚Solidaritäts- und Stadterneuerungsgesetz‘ (Loi solidarité et renouvellement urbain) zur Abstimmung. Das Gesetz sollte unter anderem die Kommunen verpflichten, ihren Bestand an Sozialwohnungen bis 2020 um 20 Prozent auszuweiten. Doch die wohlhabenderen Kommunen und die parlamentarische Rechte widmeten sich sofort „einem regelrechten parlamentarischen Kleinkrieg, um die bedrohlichsten Klauseln aus dem Gesetzestext heraus gekürzt zu bekommen.“ Ebd., S. 165–166.

⁵⁵ Stéphane Beaud / Michel Pialoux, *Violences urbaines, violence sociale*, Paris 2003, S. 21–22.

gewartet, sich mit Gelegenheitsjobs durchgeschlagen hat oder im Viertel herum gehangen ist. Diese Erfahrung einer wiederkehrenden oder lang anhaltenden Erwerbslosigkeit hat unter den Geschwistern und in den Freundesgruppen zu Mutlosigkeit und zu dem Eindruck geführt, in der Gesellschaft zu nichts gut zu sein; zugleich hat diese Erfahrung eine stumme Auflehnung gegen die gesellschaftliche Ordnung, gegen alles, was die öffentlichen Institution repräsentieren, genährt. Die Zukunft schien ihnen verbaut. [...] Viele Söhne aus Einwandererfamilien sahen sich gezwungen, bei ihren Eltern wohnen zu bleiben; sie mussten eine Lebensweise entwickeln, die der der Familie angepasst war (wobei der Vater, in den meisten Fällen ein Arbeiter, der in der Fabrik alt wird oder von einer Invalidenrente lebt, die anhaltende Erwerbslosigkeit seiner Söhne schwer ertrug). Erfahrungen mit der Erwerbslosigkeit wurden innerhalb der Familie immer häufiger gemacht. Alle stellten fest, dass ein höherer Abschluss kaum noch vor Erwerbslosigkeit und Prekarität bewahrt. In diesen schwierigen Jahren – die Selbstmorde in den Vierteln sind ungezählt – haben sich die Entmutigung und das Gefühl, keine Zukunft zu haben (*no future*), verbreitet, vor allem unter den Söhnen der Einwandererfamilien und unter den Jüngeren.“ Es handelt sich letztlich um „eine Phase, in der in den Vorstadtvierteln massenhaft verbitterte, widerständige, wütende junge Männer produziert worden sind; heute sind diese jungen Männer zwischen 25 und 30 Jahre alt.“ Ihre jüngeren Geschwister haben beobachtet, wie diese jungen Männer „physisch und psychisch ‚abgerutscht‘ sind“; einige wurden delinquent, andere depressiv oder drogenabhängig, und „die Katastrophe entwickelte sich vor den Augen der ganzen Familie und des ganzen Viertels.“ Für die Jüngeren – von denen sich einige im November 2005 Ausdruck verschaffen sollten – hatte das schwerwiegende Folgen. Beaud und Pialoux betonen, dass die Lehrkräfte auf den Grundschulen und Hauptschulen des Viertels etwa zur gleichen Zeit das „Ende der schulischen Bemühungen“ konstatierten: Sie berichteten, dass sie es nunmehr mit völlig unmotivierten Jugendlichen zu tun hätten.

Wir können noch einen weiteren Aspekt benennen, nämlich die Auswirkungen der beschriebenen Entwicklung auf die Beziehungen zwischen den Generationen und insbesondere auf das Verhältnis zwischen den Jugendlichen und ihren Eltern. Für die Elterngeneration verstärkt die Marginalisierung der Kinder auf grausame Weise das Gefühl, ihre ganze Laufbahn und ihr ganzer Lebensentwurf seien gescheitert; manche aus der Elterngeneration bezeichnen die Auswanderung nach Frankreich regelrecht als „Fluch“.⁵⁶ Das Rachebedürfnis und die Wut, die von den Jugendlichen während der Aufstände an den Tag gelegt worden sind, haben also eine stärker kollektive Dimension als meist angenommen wird. Das zeigt sich auch an dem Blick der Eltern und großen Brüder auf den Aufstand: Geht man hinter die Missbilligung des konkreten Verhaltens der Aufständischen zurück, so stößt man auf eine letztlich verständnisvolle Haltung. Der kollektive Charakter der von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Wut ist einer der Gründe für die passive Solidarität, die den Aufständischen zuteil wurde. Bleibt die Frage, weshalb diese Wut sich nichts anders als durch den Aufstand auszudrücken vermochte. Wir wollen jetzt, mit anderen Worten, nach der politischen Bedeutung der Aufstände fragen.

4. Aufstände als Keimform des politischen Protests

In der öffentlichen Diskussion ist die politische Dimension des Aufstands vielfach geaugnet worden zugunsten verschiedener mehr oder weniger abschätziger und angstvoller Interpretationen.⁵⁷ Gewiss, die Aufständischen haben weder Traktate noch Spruchbänder angefertigt; sie haben keine Unterschriften gesammelt, keine Internetseiten eingerichtet und keine Demonstrationen durch die Stadtzentren organisiert, um dort ihre Parolen und Forderungen zu rufen. Insofern ist der Kontrast zu anderen gewaltsamen Protestformen

⁵⁶ Abdelmalek Sayad, *La double absence. Des illusions de l'émigré aux souffrances de l'immigré*, Paris 1999.

⁵⁷ Mauger, *L'émeute de novembre 2005* (wie Anm. 2).

wie etwa den traditionellen Aufmärschen der französischen Bauern oder den Demonstrationen der sechs Monate nach den Aufständen vom November 2005 entstandenen Schüler- und Studentenbewegung gegen den sogenannten Ersteinstillungsvertrag (*contrat première embauche*, CPE) lehrreich.⁵⁸ Ist es denn nicht offenkundig, dass der ganze Unterschied in der Tatsache besteht, dass diejenigen, die gegen den Ersteinstillungsvertrag und die über ihn anvisierte Aushebelung des Kündigungsschutzes demonstrierten, mehrheitlich *organisiert* wurden, und zwar von Gewerkschaften, Kollektiven und gut betuchten Vereinen, die zusätzlich zu den erforderlichen materiellen Mitteln auch über das für die erfolgreiche Artikulierung von Forderungen nötige *know-how* verfügten? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, dass die Jugendlichen aus den *quartiers populaires* dagegen über keinerlei materielle Mittel und keinerlei gewerkschaftliche oder politische Organisation verfügen, die im Stande wäre, sie zu verteidigen und, eventuell auch durch Bündnisse verschiedener Vereine,⁵⁹ zusammenzuschließen? Dass sie, mit anderen Worten, jeglichen Zugangs zu den traditionellen Mittel des politischen Handelns entbehren?

Entgegen der in der öffentlichen Debatte vorherrschenden Meinung besteht in den soziologischen Untersuchungen Einigkeit hinsichtlich der politischen Bedeutung der Aufstände.⁶⁰ So hat etwa Robert Castel daran erinnert, „dass es Praktiken gibt, die zwar der Form nach außerhalb des politischen Handlungsspektrums angesiedelt sind, aber eindeutig eine politische Bedeutung haben, weil

⁵⁸ Vgl. zu den traditionellen Demonstrationen der Bauern: Nathalie Duclos, *Les violences paysannes sous la Vème République*, Paris 1998.

⁵⁹ Bündnisse wären insofern denkbar, als es in den *quartiers populaires* seit einiger Zeit ein lebhaftes Vereinswesen gibt; vgl. Adil Jazouli, *Une saison en banlieue. Courants et prospectives dans les quartiers populaires*, Paris 1995; de Wenden / Lèveau, *La bourgeoisie* (wie Anm. 8). Zum religiösen und sozialen Vereinswesen der jüngeren Zeit vgl. Guido De Ridder, *Turbulents et faiseurs de bien. Le génie associatif des jeunes musulmans*, in: Manuel Boucher / Alain Vulbeau (Hg.), *Émergences culturelles et jeunesse populaire*, Paris 2003, S. 27–54.

⁶⁰ Nur der Politologe Sébastien Roché bestreitet dies: *Le frisson de l'émeute*, Paris 1996.

sie ein zentrales Problem publik machen und grundlegende Ungerechtigkeiten ans Licht bringen. So gesehen können scheinbar sinnlose Aktionen wie brennende Autos öffentliche Aufmerksamkeit wecken und die Allgemeinheit aufrütteln.“⁶¹ Im Folgenden soll der Charakter der über die Aufstände zum Ausdruck gebrachten politischen Botschaft analysiert werden. Es soll auch den Gründen dafür nachgegangen werden, dass sich diese Botschaft offenbar nicht in einer anderen, leichter zu entschlüsselnden Form artikulieren lässt.

4.1 Aufstände als Form kollektiver Empörung

Das französische Wort für ‚Aufstand‘, *émeute*, das übrigens bedeutend älter ist als das Wort *révolte*, kommt vom Verb *émouvoir*. Vom Mittelalter bis zur Renaissance wurde unter einer *esmote* eine kollektive Empörung verstanden, die die Form eines spontanen Volksaufstands annimmt. „Aufrührerischer Tumult, Volkserhebung“, so lautet Mitte des 18. Jahrhunderts die Definition des *Dictionnaire de l'Académie française*. „Plötzlicher Volksaufstand,“ heißt es präziser in Jean-François Férauds *Dictionnaire critique de la langue française*, einem 1788, am Vorabend der französischen Revolution, veröffentlichten Werk.

Der Aufstand ist also eine volkstümliche und spontane Form kollektiver Empörung. Seit sie Ende der 1970er Jahre wieder Teil des politischen Geschehens in Frankreich geworden sind, haben sich Aufstände beinahe ausnahmslos infolge des dramatischen Todes oder der schweren Verletzung eines oder mehrerer Jugendlicher ereignet, wobei die Todesfälle oder Verletzungen fast immer auf die eine oder andere Weise mit einem Polizeieinsatz zusammenhängen. Wir haben die Gründe analysiert, weshalb die Polizei die ganze Wut und das ganze Ungerechtigkeitsempfinden der Einwohner auf sich zieht. Was es jetzt zu verstehen gilt, ist der Charakter der Empörung und der moralischen Entrüstung, die den Aufstand nach Auffassung seiner Akteure rechtfertigen. Didier Lapeyronnie hat diesbezüglich

⁶¹ Robert Castel, Negative Diskriminierung, Jugendrevolten in den Pariser Banlieues, Hamburg 2009, S. 56.

eine bemerkenswerte psychosoziale Analyse vorgelegt und daran erinnert, dass der Aufstand häufig mit Schweigemärschen einhergeht, die im Umfeld der trauernden Familien organisiert werden und an denen sich politische und religiöse Autoritäten beteiligen. Letztere appellieren an die Würde, Solidarität und Andacht der Betroffenen, wodurch sie ein Gemeinschaftsgefühl stärken, das einerseits auf dem Eindruck gründet, Opfer eines ungerechten Vorgehens geworden zu sein, andererseits aber auch auf dem Glauben an die eigene moralische Überlegenheit. „Die Schweigemärsche sind gewissermaßen Gegenstück und Ergänzung des Aufstands. [...] Sie versorgen die Aufständischen mit ‚emotionaler Energie‘ und garantieren ihnen eine gewisse Solidarität seitens der Gruppe. [...] Sie bestätigen den grundlegenden Moralkodex der Gesellschaft und der Gruppe, gegen den das absurde Vorgehen der Polizei verstoßen hat und in dem die Legitimität der Wut gründet. Das ‚Wir‘, das sich aufgrund negativer Erfahrungen mit der Polizei (den ‚Anderen‘) konstituiert, verschafft sich somit eine moralische Legitimität, die schließlich zu einer Ablehnung nicht nur der Repressionsorgane, sondern der Gesellschaftsordnung ‚insgesamt‘ führt. Der Aufständische handelt dann als ‚Person‘, die ihr Existenzrecht einklagt gegenüber einer todbringenden Gesellschaftsordnung, durch die diese Person verleugnet und am Leben gehindert wird. In den Zeugnissen und Erklärungen gehen der moralische Protest und die Forderung nach Respekt häufig mit dem Gefühl einher, nicht wie ein Mensch, sondern fast schon wie ein Tier behandelt zu werden.“⁶² Auf dieser moralischen Dimension, die erklärt, weshalb die Aufständischen nicht einfach mit den Erwerbslosen und Kriminellen des Viertels gleichzusetzen sind, gründet die von einem bedeutenden Teil der Einwohner an den Tag gelegte Solidarität, wie wir sie weiter oben dargestellt haben. Diese moralische Dimension und die Forderung, als Mensch behandelt zu werden, erklären auch, weshalb die Äußerungen von Nicolas Sarkozy darauf hinausliefen, Öl aufs Feuer zu gie-

⁶² Lapeyronnie, « Révolte primitive » dans les banlieues françaises (wie Anm. 23), S. 439-440.

ßen. Lapeyronnie schreibt weiter: „Der Aufstand ist zwar hochgradig expressiv und wird von einem Gefühl der Empörung getragen, doch das bedeutet nicht, dass er keinen Sinn hat. Er scheint im Gegenteil eine Art Überschuss zum Ausdruck zu bringen: Der Aufständische stellt sich gegen eine Ordnung, die er für todbringend hält, und reklamiert ein moralisches ‚Wir‘. Er hat keineswegs den Eindruck, er tue etwas unmoralisches, im Gegenteil. Das ist auch der Grund, weshalb sich zum Aufstand als solchem bekannt wird. Die Revolte ist legitim. Sie erscheint wie die Bekräftigung einer kollektiven Moral [...], die Bekräftigung eines Existenzrechts. [...] Wenn sich im Aufstand geweigert wird, die Vorgaben des sozialen und politischen Systems anzuerkennen, dann aufgrund dieser moralischen Dimension. Die im Aufstand eingesetzte Gewalt richtet sich gegen eine Ordnung, die ‚todbringend‘ und zynisch ist, da sie die Menschen am Leben hindert.“⁶³

4.2 Die Forderung nach Anerkennung und effektiver Staatsbürgerschaft

Die Gewalt ist nicht und war auch nie die einzige Sprache, derer sich die in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund bedienen. Es muss vielmehr das *politische Potential* dieser Bevölkerungsgruppe konstatiert werden, ungeachtet der Tatsache, dass sie kaum auf die Unterstützung oder Mitarbeit bereits konstituierter Bewegungen zählen kann. Tatsächlich sind die Aufstände auf der lokalen Ebene immer mit anderen Formen des kollektiven Protests einhergegangen. In eben den Vierteln der Lyoner Vorstadt, in denen es Ende der 1970er Jahre zu den ersten *rodéos* kam, waren auch die ersten politischen Mobilisierungen der migrantischen Arbeiter zu verzeichnen. Die Mobilisierungen richteten sich gegen rassistische Übergriffe, Polizeigewalt und Abschiebungen. Die rechtliche Gleichstellung am Arbeitsplatz und das lokale Stimmrecht wurden eingeklagt. Unterstützt wurden die

⁶³ Ebd.

Mobilisierungen durch Hungerstreiks kirchlicher und linker Gruppen. Hinzu kommt, dass der bekannte „Marsch der Araber“ (*marche des beurs*) von 1983 aus einem der aufständischen Viertel der Lyoner Vorstadt heraus organisiert wurde (mit Unterstützung eines Priesters).⁶⁴ Ähnliches gilt für die Siedlung Chêne Pointu in Clichy-sous-bois, wo die Aufstände vom Oktober und November 2005 ihren Ausgang nahmen. Dort entschieden sich die Angehörigen der am 27. Oktober 2005 infolge einer polizeilichen Personenkontrolle verletzten bzw. verstorbenen Jugendlichen dafür, eine juristische Untersuchung des Vorfalls zu erstreiten. Begleitet von zahlreichen Anwohnern und unterstützt durch die Kommunalverwaltung organisierten sie drei Tage nach der dramatisch ausgegangenen Personenkontrolle einen Schweigemarsch durch das Viertel. Es war sicherlich kein Zufall, dass der dortige Aufstand am gleichen Abend abflaute.

Die hier angestellten Beobachtungen bestätigen den wesentlich ‚interpellativen‘ Charakter des Aufstands, also die Tatsache, dass er von einem Bedürfnis nach Anerkennung getragen wird. Im Aufstand geht es nicht um Zerstörung um ihrer selbst willen, und die Aufständischen vom November 2005 haben tatsächlich nur in einem sehr beschränkten Ausmaß von der Gewalt Gebrauch gemacht. Und schließlich richtete sich die Gewalt in der Mehrzahl der Fälle gegen Objekte aus dem Straßenbild, also geparkte Autos, Mülltonnen, Bushaltestellen und Telefonzellen.⁶⁵ Insofern widersprechen die urbanen Aufstände keineswegs jenem historischen Trend zu zunehmend gewaltfreien Protestformen, den man aus einem weitgehenden Konsens hinsichtlich der demokratischen Grundwerte und aus dem Niedergang chiliastischer Projekte der Weltveränderung erklärt hat.⁶⁶ Die Aufständischen richten sich nicht gegen das be-

⁶⁴ Jazouli, *L'action collective* (wie Anm. 7).

⁶⁵ Überdies wissen wir (obgleich wir keine genauen Zahlen angeben können), dass eine nicht unbeträchtliche Zahl der Autos schrottreif oder gestohlen war, oder aber, dass sie zum Zweck des Versicherungsbetrugs angezündet wurden.

⁶⁶ Xavier Cretiez / Isabelle Sommier, *Les figures du rebelle*, in: dies. (Hg.), *La France rebelle*, Paris 2002, S. 11–24, hier S. 15–19.

stehende soziopolitische System als solches, sondern gegen Scheinheiligkeit und anhaltende ‚symbolische Gewalt‘.⁶⁷ Tatsächlich scheint die Wut über einen bestimmten Fall der Ausgrenzung, Diskriminierung oder Gewalt überwogen zu werden von dem Bedürfnis, die *allgemeine Anerkennung des ungerechten Charakters der erlittenen Demütigung* zu erstreiten. Axel Honneth hat in einer richtungweisenden Arbeit gezeigt,⁶⁸ dass in kollektiven Protesten nicht bloß Interessenkonflikte zum Ausdruck kommen, sondern auch moralische Ansprüche, ein verletzter kollektiver Ehrenkodex und der Eindruck, verachtet und nicht anerkannt zu werden. Die Forderung nach Anerkennung geht jedoch stets mit der nach Umverteilung einher.⁶⁹ Zwar spielen die mit Steuerfragen zusammenhängenden oder korporatistischen Forderungen, die die französischen Volksaufstände seit dem Mittelalter gekennzeichnet haben,⁷⁰ in den urbanen Aufständen des heutigen Frankreich keine Rolle. Dennoch steht der fehlende Zugang zum ‚normalen‘ gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben im Mittelpunkt der bei den Aufständischen zu konstatierenden Wahrnehmung der französischen Gesellschaft als einer ‚ungerechten‘ im Sinne Nancy Frasers. Der ökonomische Aspekt der Aufstände wird von den Aufständischen zwar nicht als solcher formuliert, doch wir haben gesehen, dass ihn zahlreiche Einwohner der Vorstadtviertel sehr wohl ansprechen und dass er wesentlich dazu beiträgt, die Wut der Aufständischen in einer Situation, die stark geprägt ist vom gesellschaftlichen Ausschluss der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zu legitimieren.

⁶⁷ Pierre Bourdieu, Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, in: ders., Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a. M. 1973, S. 7–87.

⁶⁸ Axel Honneth, Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a. M. 1992.

⁶⁹ Nancy Fraser, Qu’est-ce que la justice sociale ? Reconnaissance et distribution, Paris 2005.

⁷⁰ Yves-Marie Bercé, Croquants et nu-pieds. Les soulèvements paysans en France du 16ème au 19ème siècle, Paris 1974; Tilly, La France conteste (wie Anm. 3); Jean Nicolas, La rébellion française. Mouvements populaires et conscience sociale, 1661–1789, Paris 2002.

Schließlich ist auch zu betonen, dass die Aufstände nicht zusammenhängen mit einem vermeintlichen Vormarsch des ‚Kommunitarismus‘ oder mit einer wie auch immer gearteten Aufkündigung der in der Weltgesellschaft geltenden demokratischen Grundsätze. Auch in dieser Hinsicht befinden sich die aufständischen und nicht-aufständischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Einklang mit der politischen Kultur der Moderne: Sie fordern nicht die Möglichkeit, nach einem anderen Regelwerk als dem der französischen Nation zu leben; was sie einklagen ist vielmehr die vollständige Beteiligung am Leben und am Regelwerk dieser Nation, freilich bei gleichzeitiger Anerkennung und Respektierung ihrer Besonderheiten.⁷¹ Wahrscheinlich muss man in den Aufständen vom November 2005 das Ergebnis einer fünfzehnjährigen Entwicklung sehen, im Zuge derer diese Forderung immer wieder erfolglos formuliert wurde, so dass sich schließlich eine durch und durch blockierte politische Situation ergab.

Damit stellt sich die Frage, weshalb die Politiker die Aufstände nicht so wahrnehmen wollten oder konnten, wie wir sie hier analysiert haben. Weshalb waren sie, wie Véronique Le Goaziou gezeigt hat,⁷² von der Gewalt zugleich überrascht und gebannt, und weshalb waren sie in der Regel unfähig anzuerkennen, dass es in den *quartiers populaires* wirkliche Probleme gibt, um dann, wie es nach jedem früheren Aufstand der Fall war, Maßnahmen zu ergreifen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Chancengleichheit sowie zur Bekämpfung der Diskriminierung? Wir möchten nochmals betonen, dass die Kluft zwischen dem Ereignis und der Reaktion der Politiker – anders gesagt: das Ausbleiben eines Dialogs zwischen den Einwohnern und ihren politischen Vertretern – eine lange Geschichte hat, aus der sich das nahezu vollständige Versagen der während des vergangenen Vierteljahrhunderts erprobten Varianten der Stadtpolitik erklärt. Inzwischen scheint sich diese Spal-

⁷¹ Charles Taylor, *Multiculturalism: Examining the Politics of Recognition*, Princeton 1994.

⁷² Le Goaziou, *La classe politique française* (wie Anm. 38).

tung zwischen den Einwohnern der Vorstadtviertel und den politischen Repräsentanten extrem verstärkt zu haben. Das Ausmaß der Aufstände vom November 2005 muss in Beziehung gesetzt werden zum Ausmaß der im Laufe der Jahre entstandenen Kluft zwischen der Forderung nach Anerkennung und Partizipation einerseits und der Abwesenheit effektiver politischer Repräsentation andererseits. Letztere geht mit einem zunehmend empathielosen und abschätzigen Blick auf die Vororte einher.

4.3 Weder Partizipation noch Vermittlung: Das Scheitern der Stadtpolitik

Die Sorge der Staatsmacht um die Zustände in den Hochhaussiedlungen hat eine lange Geschichte. Seit den späten 1970er Jahren lassen sich innerhalb der von sämtlichen Regierungen mehr oder weniger intensiv betriebenen Stadtpolitik drei Hauptmomente unterscheiden: die ‚Sanierung‘ der Gebäude, die als ‚positive Diskriminierung‘ bekannten Maßnahmen und die ‚Partizipation‘ der Einwohner. Der ‚Sanierung‘ wird neuerdings wieder erhebliche Bedeutung beigemessen, wie die spektakulären Abriss- und Wiederaufbaupläne des Gesetzes vom 1. August 2003 (des sogenannten Borloo-Gesetzes) zeigen; jedoch ist die Bilanz der Stadtpolitik in diesem Bereich äußerst zwiespältig.⁷³ Die ‚positive Diskriminierung‘ hat ihr Ziel eindeutig nicht erreicht, denn die Kluft zwischen den Vierteln, in denen die entsprechenden Maßnahmen zur Anwendung kommen, und anderen Gebieten hat sich weiter vergrößert. Was schließlich das Moment der ‚Partizipation‘ angeht, so lohnt es sich, etwas ausführlicher darauf einzugehen. Dieses Moment der Stadtpolitik gründet auf der Vorstellung, dass die zugunsten der ‚Problemviertel‘ eingeleiteten Maßnahmen mit lokalen Mitteln, das heißt teils mit solchen der Kommune und teils mit solchen der vor Ort aktiven Ver-

⁷³ Gérard Baudin / Philippe Genestier, *Faut-il vraiment démolir les grands ensembles ?*, in: *Espaces et sociétés*, 124/125 (2006), S. 207–222; Agnès Deboulet, *Le résident vulnérable. Questions autour de la démolition*, in: *Mouvements*, 47/48 (2006), S. 174–181.

eine betrieben werden sollten, um auf diesem Wege die ‚Partizipation‘ der Einwohner zu fördern und so auch deren ‚staatsbürgerliches Betragen‘ (*citoyenneté*) sowie die ‚lokale Demokratie‘ voranzubringen, ohne jedoch ‚Kommunitarismen‘ irgendwelcher Art zu stärken. (Letzteres ist insofern relevant, als die Stadtpolitik sich ja, auch wenn dies nicht ausgesprochen wird, weitgehend an Migranten und ihre Kinder richtet.) Die Stadtpolitik ist insbesondere hinsichtlich dieses Ideals der ‚Partizipation‘ als politische Antwort auf die ‚Krise der Banlieues‘ interpretiert worden. Auch hier muss jedoch von offenkundigem Scheitern die Rede sein; tatsächlich wird dieses Scheitern ja bereits seit längerem konstatiert.⁷⁴

Das Problem besteht darin, dass die Politik der ‚sozialen Stadtentwicklung‘ (des *développement social urbain*, DSU), anders als etwa die US-amerikanischen *community development corporations* (CDCs), über die Einwohner hinweg geht.⁷⁵ In der Praxis werden die jeweiligen Ziele festgelegt von lokalen Staatsrepräsentanten und von Personen, die hauptberuflich im Bereich der Stadtpolitik arbeiten, nicht aber von den lokalen Vereinen, die lediglich für die Umsetzung zuständig sind. Die Vereine sind in der Regel von den politischen Machthabern eingerichtet worden und werden vom Staat finanziert und kontrolliert. Sie existieren lediglich zwecks Umsetzung von Maßnahmen, die, ausgehend von sozio-ökonomischen Indikatoren (Zahl der Erwerbslosen, der Nicht-Franzosen, der Jugendlichen usw.), auf administrativem Wege beschlossen werden und letztlich der Aufstandsprävention dienen. Es wird keine wirkliche Zusammenarbeit mit den Einwohnern angestrebt; sie werden nicht in die Lage versetzt, ihre Erwartungen zu artikulieren und eigene Projekte oder kollektive Aktionsformen zu entwickeln. Die Einwohner werden im Gegenteil – von wenigen Ausnahmen abgesehen – lediglich konsultiert, bisweilen auch nur informiert, und zwar nach-

⁷⁴ Jean-Marie Delarue, La politique de la ville, in: Regards sur l'actualité, 196 (1993), S. 3–17.

⁷⁵ Jacques Donzelot / Catherine Mével / Anne Wyvekens, Faire société. La politique de la ville aux Etats-Unis et en France, Paris 2003.

dem mit der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen begonnen worden ist. Diese Maßnahmen schaffen keine Diskussions- oder Verhandlungsmöglichkeiten.

Wird doch einmal erwartet, dass die Einwohner selbst die Initiative ergreifen, dann werden nur solche Initiativen zur Kenntnis genommen, die sich innerhalb der vorgeschriebenen Bahnen bewegen. Selbst das französische Wort für Gemeinschaft (*communauté*) wird durch die Rede vom ‚Kommunitarismus‘ (*communautarisme*) herabgesetzt, denn unter ‚Kommunitarismus‘ wird ein regressives Verhalten verstanden. Angestrebt wird die Erziehung des Einzelnen zur Staatsbürgerschaft, vermittelt über die Gewährleistung staatsbürgerlicher Rechte und die Entwicklung eines ‚persönlichen Projekts‘ oder eines kleinen Vereinsvorhabens, nicht aber die kollektive Emanzipation auf dem Wege des Konflikts und der solidarischen Zusammenarbeit. Gewünscht wird, dass die Einwohner ihre Meinung kundtun, sich für ein Projekt einsetzen und dabei ihr Unbehagen, ihre ‚Verbitterung‘ überwinden. Auf keinen Fall aber sollen sie zu unabhängig werden, zu viel fordern, sich selbst finanzieren, sich kollektiv mobilisieren und an des Präfekts oder des Bürgermeisters Stelle entscheiden. Sie haben kurz gesagt keine *Fähigkeit zur Selbstbestimmung*, sondern eine *Zustimmungspflicht*.

Wir haben es mit dem Paradox einer französischen Politik zu tun, die sich einerseits laufend beschwert, die Menschen seien passiv und ‚unterstützungsabhängig‘, andererseits aber nicht begreift, dass ihr eigenes paternalistisches Vorgehen zu keinem anderen Ergebnis führen kann.⁷⁶ Die französische Variante der Stadtpolitik kann bestenfalls das *Gefühl der Verlassenheit* lindern, nicht aber das *Gefühl der Machtlosigkeit*.⁷⁷ Indem sie den Einzelnen auf seine Beziehung zum Staat reduziert (ganz so, wie er bereits auf seine Beziehung zum

⁷⁶ Avenel: Sociologie des « quartiers sensibles » (wie Anm. 33), S. 112.

⁷⁷ Im schlimmsten Fall produziert diese Politik ‚unterstützungsabhängige‘ Verhaltensweisen und erweist sich als unfähig, „zahlreichen ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen ihre ‚Würde‘ zurückzugeben, wobei diese Bevölkerungsgruppen die Sozialhilfe als eine weitere Form der Abhängigkeit und der Demütigung wahrnehmen.“ Lapeyronnie, *L'individu et les minorités* (wie Anm. 11), S. 262–263.

Arbeitsmarkt, also zu seiner Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit reduziert worden ist), potenziert sie den Zerfall der Solidarität und beraubt sich selbst eben jener Mittel zur Lösung innerstaatlicher Probleme, ohne die es zweifellos keine Überwindung der ‚Krise der Banlieues‘ wird geben können. Schließlich blockiert diese Art der Stadtpolitik auch jegliche Anwendung selbstbestimmten politischen Handelns seitens jener jungen Hoffnungsträger des Vereinswesens, die die Strukturen der Stadtpolitik beständig hervorbringt. Gut ausgebildete und hoch motivierte Jugendliche aus den Vorortvierteln und insbesondere auch junge Menschen maghrebinischen Hintergrunds haben sich immer wieder in diese Strukturen eingebracht. Doch diese Hoffnungsträger äußern sich schnell ausgesprochen desillusioniert und fatalistisch. Sie kritisieren den Einfluss des Staates und der Lokalpolitiker auf die Stadtpolitik; dieser Einfluss stehe der Schaffung positiver, solidarischer Gemeinschaftsformen ebenso entgegen wie ihrem persönlichen Wunsch, sich im Dienste ihrer Mitbürger in eine solchen Gemeinschaftsformen entsprechende, parteiunabhängige Politik einzubringen. Zwar sind einige bereit, das Spiel der Parteien zu spielen. Doch auch sie zweifeln angesichts der Erfahrungen ihrer Vorgänger, ob sie sich auf diesem Wege mehr Gehör, mehr Einfluss und letztlich auch mehr Verständnis verschaffen werden können und befürchten, als ‚Alibi-Araber‘ oder ‚Alibi-Schwarze‘ instrumentalisiert zu werden.

4.4 Der Mangel an politischer Repräsentation und der zunehmend feindselige Blick auf die *quartiers populaires*

Ende der 1980er Jahre – die ‚*beur*-Bewegung‘ war gescheitert und der Aktivismus aus den *quartiers populaires* abgeflaut – entwickelten die Jugendlichen ‚mit Migrationshintergrund‘ neue Formen der Identitätsversicherung und begannen, ihr Bedürfnis nach politischer Anerkennung anders zu artikulieren. Einerseits wurde in den Vorstädten die nordamerikanische Hip-Hop-Kultur rezipiert, andererseits begannen insbesondere die Maghrebiner sich vermehrt auf ihre religiöse Tradition zu beziehen. Dieser zweite Faktor, der Islam, führte

in weiten Teilen der französischen Gesellschaft zu einer spürbaren Verschärfung der bereits bestehenden furchtsam-ablehnenden Haltung gegenüber den ‚migrantisch geprägten‘ Bevölkerungsgruppen in den ‚Banlieues‘.⁷⁸ Das kam insbesondere in der öffentlichen Debatte um den ‚Schleier‘ zum Ausdruck, wie sie erstmals 1989 geführt wurde, um dann bis zum 2004 verabschiedeten Gesetz über religiöse Symbole im Schulunterricht in regelmäßigen Abständen wieder aufzuleben. Die Anschläge in den USA am 11. September 2001 sollten die Furcht vor dem Islam dann nochmals potenzieren. Nachdem sich jene Bevölkerungsgruppe, die jetzt immer häufiger als die der ‚arabischen Muslime‘ identifiziert wurde, dem pauschalen Vorwurf ausgesetzt sah, für die Beeinträchtigung der ‚Sicherheit‘ verantwortlich zu sein, wurde sie in der Folge mit sexueller Gewalt assoziiert (so in einer 2001–02 geführten Debatte um Gruppenvergewaltigungen – sogenannte *tourmantes* – in den Vorstädten), um dann schließlich auch noch die ‚Rückkehr des Antisemitismus‘ angelastet zu bekommen.⁷⁹ Eine drastisch vereinfachende Gleichung ist nach und nach zum Gemeingut geworden: Islam der Maghrebiner = gescheiterte Integration + Gewalt + Antisemitismus + Unterdrückung der Frau + Nährboden des Terrorismus. Sämtliche Werte, die zu Recht oder zu Unrecht als Grundlage der europäischen und der westlichen Zivilisation angesehen werden, würden von dieser Bevölkerungsgruppe verleugnet. So ist eine regelrechte ‚Islamophobie‘ entstanden. Sie ist um die Jahrtausendwende in den Äußerungen zahlreicher französischer und nicht-französischer Intellektueller, Journalisten und Schriftsteller zum Ausdruck gekommen und wird von den Menschen, gegen die sie sich richtet, sehr lebhaft wahrgenommen.⁸⁰ Die jüngst zu beobachtende Entstehung von Vereinen, die auf das unaufgearbeitete und nach wie vor wirksame

⁷⁸ Rey, *La peur des banlieues* (wie Anm. 10); Cesari, *Faut-il avoir peur de l’Islam ?* (wie Anm. 12).

⁷⁹ Laurent Mucchielli, « La violence des jeunes » : peur collective et paniques morales au tournant du XXème et du XXIème siècles, in: René Lévy / Laurent Mucchielli / Renée Zauberman (Hg.), *Crime et insécurité : un demi-siècle de bouleversements*. Mélanges pour et avec Philippe Robert, Paris 2006, S. 195–223.

koloniale Erbe des französischen Staates verweisen und auf dieser Grundlage neue landesweite Bewegungen aufzubauen versuchen, ist zweifellos als Reaktion auf die Schuldzuweisungen zu verstehen, die die öffentliche Debatte zunehmend prägen. Angesichts dieser Situation sind die Fragen der politischen Vermittlung und der politischen Repräsentation noch dringlicher geworden. Nun besteht aber eine der Eigenschaften des politischen Systems in Frankreich gerade in der groben Vernachlässigung dieser zwei bedeutenden Momente gesellschaftlicher Integration.

Betrachten wir zunächst die Defizite im Bereich der politischen Vermittlung, die hier als das Ensemble jener Maßnahmen verstanden werden soll, über die ein – notgedrungen konfliktreicher – Dialog zwischen den Einwohnern der ‚sensiblen Stadtgebiete‘ und den Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung zu bewerkstelligen wäre, und zwar mithilfe von Personen oder Organisationen, die von beiden Seiten als legitime Ansprechpartner anerkannt werden. In den vergangenen 30 Jahren ist der historische Niedergang jener Organisations- und Politisierungsformen zu verzeichnen gewesen, die an die politischen Parteien und die Gewerkschaften, aber auch an die Jugendbewegungen und die teils laizistischen, teils religiösen Bewegungen für eine ‚Bildung von unten‘ (*éducation populaire*) gekoppelt waren. Wohl gibt es in den ‚sensiblen Stadtvierteln‘ ein teilweise reges Vereinswesen. Doch wir haben bereits gesehen, dass diese Vereine und die lokalen intermediären Eliten, die aus ihnen hervorgehen könnten, in den meisten Fällen an den Rand des politischen Geschehens gedrängt oder von den klientelistisch arbeitenden Kommunalverwaltungen instrumentalisiert werden. Allgemein gilt, dass sich „das Vereinswesen [innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, L. M.] nicht in Form einer Zivilgesellschaft strukturiert hat, die befähigt wäre, einen Dialog mit den lokalen Autoritäten zu führen. Das Verhältnis zwischen den Vereinen und

⁸⁰ Vincent Geisser, *La nouvelle islamophobie*, Paris 2003; Thomas Deltonbe, *L'Islam imaginaire. La construction médiatique de l'islamophobie en France*, Paris 2005.

dem Staat bleibt ein von einseitiger Abhängigkeit geprägtes. Dieses Herrschaftsverhältnis und die ihm entsprechende Machtlosigkeit der Vereine sind zweifellos ein Grund, weshalb man sich in Frankreich so stark dem kulturell-religiösen Bereich widmet. Das Florieren des migrantisch geprägten Vereinswesens ist also kein Selbstzweck. Damit das Vereinswesen tatsächlich aufblühen kann, müssen zunächst einmal die Karten neu gemischt werden, und gerade das lässt auf sich warten.⁸¹

Schließlich stellt sich auch die Frage nach der politischen Repräsentation mehrerer Millionen auf dem französischen Territorium lebender Menschen mit besonderer Dringlichkeit. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund leidet letztlich an den Auswirkungen eines doppelten politischen Defizits. Einerseits ist festzustellen, dass Migranten ohne französischen Pass sich bis heute nicht an Lokalwahlen beteiligen können, obwohl ein solches Stimmrecht lange Zeit zu den Wahlversprechen der parlamentarischen Linken gehörte. Dies, das Scheitern der *beur*-Bewegung der 1980er Jahre und die weit verbreitete Stigmatisierung der ‚arabischen Muslime‘ haben die französischen Wähler mit Migrationshintergrund nicht nur zur Linken, ihrem bis dahin wichtigsten parlamentarischen Sympathieträger, dauerhaft auf Distanz gehen lassen, sondern auch zu Wahlen im Allgemeinen.⁸² Andererseits muss konstatiert werden, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Ortsverbänden der klassischen politischen Parteien und in den Lokalverwaltungen teils überhaupt nicht und teils nur sehr schwach vertreten ist. Das gilt insbesondere für die Sozialistische Partei, die seit 25 Jahren die parlamentarische Linke dominiert, deren Mitglieder und Wähler sich allerdings zunehmend von den proletarischen Gesellschaftsschichten, den *classes populaires*, entfernt haben.⁸³ In den früheren ‚roten Banlieues‘, den Arbeitervierteln, die jahrzehntelang von der Kom-

⁸¹ De Wenden / Leveau, *La bourgeoisie* (wie Anm. 8), S. 12–13.

⁸² Marie-Hélène Bacqué / Yves Sintomer, *Affiliations et désaffiliations en banlieues*, in: *Revue française de sociologie*, 2 (2001), S. 217–249; Sylvain Brouard / Vincent Tiberj, *Français comme les autres ? Enquête sur les citoyens d'origine maghrébine, africaine et turque*, Paris 2005.

munistischen Partei politisch kontrolliert wurden,⁸⁴ ist die Situation nicht viel anders, und Ähnliches lässt sich auch für die radikale Linke sagen.⁸⁵ So finden die französischen Wähler mit Migrationshintergrund nirgends im politischen Spektrum die Möglichkeit, ihre Forderungen zu artikulieren; sie haben – anders als jene autochtonen französischen Arbeiter, die für die extreme Rechte stimmen – noch nicht einmal die Option einer ‚Protestwahl‘. Von diesem politischen Vakuum sollte jede Interpretation der Aufstände vom November 2005 ausgehen, ganz gleich, ob es in ihr um das Verständnis der Aufstände im Allgemeinen oder um das ihrer jeweiligen lokalen Besonderheiten geht.

Versuch eines Fazits

Ein oder zwei Jugendliche fahren ohne Helme Moped und sterben einen plötzlichen Tod, nachdem sie ein Polizeiauto rammen, nachdem dieses sie rammt, oder auch nachdem sie im Zuge einer Verfolgung durch die Polizei gegen eine Wand fahren. Diese Ereignisfolge löste im Oktober 1990 in Valux-en-Velin in der Vorstadt von Lyon den ersten Aufstand aus, der als solcher bezeichnet wurde. Noch 20 Jahre später ist das auslösende Ereignis dasselbe, so etwa im November 2007 in Villiers-le-Bel im *département* Val d’Oise, oder auch im August 2009 in Bagnolet, vor den Toren von Paris. Das Szenario hat sich nicht wesentlich geändert, und auch die Akteure nicht. Sicherlich hat sich die Gewalttätigkeit der Akteure – auf beiden Seiten – gesteigert. Zugleich entwickeln sich auch die Techniken zur Aufrechterhaltung der Ordnung weiter. Die Polizei versucht, neue Brandherde gar nicht erst entstehen zu lassen, da die Staatsmacht befürchtet, diese könnten sich ausbreiten wie im November 2005. Ansonsten erstaunt das Phänomen der Aufstände aber vor allem

⁸³ Henri Rey, *La gauche et les classes populaires. Histoire et actualité d’une mécontente*, Paris 2004.

⁸⁴ Olivier Masclet, *La gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003.

⁸⁵ Le Goaziou, *La classe politique française* (wie Anm. 38).

durch seine Kontinuität, und nichts berechtigt zu der Annahme, dass es in den kommenden Jahren verschwinden oder auch nur abflauen wird. Letztlich handelt es sich bei den Aufständen um die Konsequenz jener Ghettoisierungsprozesse, die seit dem Ende der als *trente glorieuses* bekannten Phase wirtschaftlicher Prosperität (1945–1974) in Frankreich am Werk sind, und die dort intensiver verlaufen als in irgendeinem anderen europäischen Land mit Ausnahme Englands. Um diese Besonderheit Frankreichs (und Englands) zu erklären, müssen verschiedene Erklärungsansätze kombiniert werden. Wir wollen zumindest auf vier von ihnen eingehen.

Französische Kommentatoren geben oft einer bestimmten französischen Architektur die Schuld an den Aufständen, nämlich jener der sogenannten *grands ensembles* (umgangssprachlich *barres* oder *tours*), also der Hochhausbauten, aus denen die Vorstadtsiedlungen (*cités*) bestehen. Auch wenn in die Konzeption einiger dieser Anlagen Überlegungen über das in ihnen stattfindende Gesellschaftsleben eingegangen sind, so hatten doch Rentabilitätskriterien beim Bau der meisten *grands ensembles* Vorrang. Es ging vor allem darum, Zehntausende von Menschen in der Nähe der Fabriken unterzubringen, in denen diese Menschen als Arbeiter beschäftigt wurden. So kam es, dass die Siedlungen oft weit vom Stadtzentrum entfernt gebaut und nur mit einer sehr rudimentären Infrastruktur ausgestattet wurden. Ist die Fabrik einmal stillgelegt worden, kann diese Architektur bei den prekarierten Einwohnern nur den Eindruck erwecken, man habe sie verbannt (das französische Wort *banlieue* bedeutet soviel wie ‚Ort der Verbannung‘). Dieser Aspekt ist aber an sich noch nicht entscheidend. Worauf es ankommt, ist, dass die ‚Verbannung‘ einen ganz anderen, an eine Art Hausarrest grenzenden Charakter annehmen kann, wenn unangemessene Polizeikontrollen, Diskriminierungserfahrungen und politische Fehler beim Umgang mit der ökonomischen und sozialen Marginalisierung hinzukommen. Aber es gibt noch drei weitere Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt.

Mit dem Kollaps jener Welt der Arbeiter, die um die Fabrik herum organisiert war, ist auch eine bestimmte Form der sozialen Kontrolle verloren gegangen. Sie beruhte vor allem auf der Tradierung der Lebensweise des Arbeiters von einer männlichen Generation zur nächsten, und sie zeigte sich in der Regulierung jugendlicher Unruhen durch männliche Erwachsene, die zuweilen in Gewerkschaftsabteilungen oder in politischen Gruppen organisiert waren. Die jugendlichen Unruhen sind geblieben, doch ihre Kontrolle durch die Gemeinschaft der Arbeiter ist abhanden gekommen. Die wenigen Einwohner aus der Mittelschicht oder aus den oberen Segmenten der Arbeiterklasse zogen nach und nach fort, und die sehr bedeutende Unterstützung, die den Familien von den laizistischen und religiösen Bewegungen der *éducation populaire* zuteil wurde, ließ nach. Die prekarierten Familien waren bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Probleme weitgehend auf sich gestellt. Die Polizei wurde auf den Plan gerufen, um die entstandene Lücke zu füllen, und sie begab sich auf die Jagd nach Jugendlichen, die, auf sich selbst zurückgeworfen, noch ruheloser geworden waren als vorher. Die städtische Polizei ist dabei auf eine Art und Weise organisiert, die mehr oder weniger das Gegenteil von lokaler Verankerung und Einwohnernähe darstellt, also weit entfernt ist von jenem Prinzip der Bürgernähe, das der Gendarmerie, wie sie in den *départements* organisiert ist, historisch zugrunde liegt. Die Polizisten, meist sehr jung und unerfahren, agieren in Gebieten, die ihnen fremd bleiben. Sie haben es mit Bevölkerungsgruppen zu tun, denen gegenüber sie bestenfalls gleichgültig sind, wenn sie diese Bevölkerungsgruppen nicht geradewegs verachten. Darüber hinaus wird ihnen von den staatlichen Autoritäten von morgens bis abends erklärt, sie seien die „letzte Bastion der Republik“ und hätten den Respekt vor deren Gesetzen und vor deren Ordnung durch entschiedenes Auftreten und eventuell auch mit Gewalt herzustellen, damit es nicht zu einem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt komme. Das Er-

gebnis ist jene bekanntermaßen vollends fehlgeschlagene Polizeiarbeit, an die jeder Aufstand aufs Neue erinnert.⁸⁶

Der Rassismus wird in der französischen Republik einerseits moralisch verurteilt, andererseits handelt es sich bei ihm aber auch um einen ideologischen Diskurs, den die extreme Rechte das ganze 20. Jahrhundert hindurch entwickelt und verkörpert hat. So ist wohl auch das Ausmaß der alltäglichen, oft wenig Aufsehen erregenden Diskriminierung, mit der Menschen maghrebinischen und schwarzafrikanischen Hintergrunds zu leben haben, lange Zeit unterschätzt worden. Heute wird diese Diskriminierung von der Forschung zunehmend aufgedeckt und beziffert, so etwa hinsichtlich des Zugangs zur Erwerbsarbeit,⁸⁷ aber auch hinsichtlich der polizeilichen Praxis der Straßenkontrollen.⁸⁸ Die zeitgeschichtliche Forschung betont, wie lange Algerier bereits in Frankreich gelebt haben, und sie erinnert an die besondere Bedeutung des Algerienkriegs. Auf dieser Grundlage ist jüngst die These von einer ‚kolonialen Genealogie‘ der Aufstände in den französischen Vorstädten aufgestellt worden; diese Genealogie lasse sich vor allem an den Formen ablesen, die die polizeiliche Kontrolle migrantisch geprägter Stadtviertel angenommen habe und annehme.⁸⁹ Diese These kann sich auf zahlreiche Argumente stützen und sie erlaubt auch den Hinweis auf Gemeinsamkeiten zwischen den zwei großen Kolonialmächten Frankreich

⁸⁶ Mohammed / Laurent Mucchielli, *La police dans les « quartiers sensibles »* (wie Anm. 22); Dominique Monjardet, *Ce que fait la police. Sociologie de la force publique*, Paris 1996; Christian Mouhanna, *Police : de la proximité au maintien de l'ordre généralisé*, in: Laurent Mucchielli (Hg.), *La frénésie sécuritaire*, Paris 2008, S. 77–87.

⁸⁷ Alain Frickey (Hg.), *Jeunes diplômés issus de l'immigration : insertion professionnelle ou discriminations ?*, Paris 2005; Éric Keslassy / Martine Véron, *Tous égaux, sauf... La discrimination, un état des lieux*, Paris 2006.

⁸⁸ Fabien Jobard / René Lévy, *Police et minorités visibles : les contrôles d'identité à Paris*, New York 2009.

⁸⁹ Vgl. die Arbeiten von Pascal Blanchard und seinen Kollegen und Kolleginnen: Pascal Blanchard / Sandrine Lemaire / Nicolas Bancel (Hg.), *Culture coloniale en France. De la Révolution française à nos jours*, Paris 2008; Pascal Blanchard / Sandrine Lemaire / Françoise Vergès (Hg.), *La République coloniale*, Paris 2003; Pascal Blanchard / Nicolas Bancel / Sandrine Lemaire (Hg.), *La Fracture coloniale. La Société française au prisme de l'héritage colonial*, Paris 2005.

und England. Dennoch weist der postkoloniale Ansatz zuweilen denselben Charakter eines Meta-Diskurses auf wie die Neigung eines Teils der diskriminierten Bevölkerungsgruppen, sämtliche Probleme aus dem ‚französischen Rassismus‘ zu erklären, das heißt er bewegt sich auf einer Ebene oberhalb der Akteure und vernachlässigt es, deren Selbstdarstellungen und Praktiken zu analysieren. In gewisser Hinsicht ist der postkoloniale Ansatz Ausdruck jenes ‚ethnisierenden‘ Blicks auf soziale Phänomene, der in der französischen Gesellschaft immer häufiger anzutreffen ist und der allzu schnell vergessen macht, dass das Alltagsleben und die gesellschaftlichen Beziehungen nach wie vor in erster Linie durch das Wirtschaftssystem und durch mehr oder weniger wirksame Versuche staatlicher und politischer Regulation strukturiert sind.

Nach meiner Auffassung sind es die politischen Fehler beim Umgang mit der ökonomischen und sozialen Marginalisierung, auf die es ankommt. Ihren Charakter brauchen wir hier nicht noch einmal auszuführen, denn eben darum sind wir in den Hauptteilen dieses Aufsatzes bemüht gewesen. Wir sehen in den Aufständen das Produkt erstens eines sozio-ökonomischen und räumlichen Ghettoisierungsprozesses, zweitens einer staatlichen Regulation, die insbesondere hinsichtlich des Bildungswesens, der Sozialarbeit und des Polizeiwesens gescheitert ist, und drittens schließlich fehlender Möglichkeiten der Vorstadteinwohner, ihren Protest anders (auf organisierte und damit auch weniger gewaltsame Weise) zu artikulieren.

Aus dem Französischen von Max Henninger

Robert Foltin

Die Proteste der Studierenden in Österreich

Am 22. Oktober 2009 fand in Wien eine Demonstration der Studierenden statt. Sie endete im Audimax der Universität und es stand die Frage im Raum, ob der Hörsaal besetzt werden sollte. Ein Teil der DemonstrantInnen war skeptisch, da gerade das Audimax seit 1987 schon oft besetzt worden war und dann, je nach Stärke der Bewegung, von Anfang an oder nach einiger Zeit nur noch ein Zentrum fruchtloser Streiterei gewesen ist. Dieses Mal war allerdings zwei Tage zuvor die Akademie der Bildenden Künste besetzt worden, und die TeilnehmerInnen dieser Aktion hatten ein unbedingtes Interesse, sie auszuweiten. Niemand konnte sich zu diesem Zeitpunkt vorstellen, was dadurch ausgelöst werden sollte. Es scheint sich wieder zu bestätigen, dass linke Kampagnenpolitik in Wien und Österreich kaum Erfolge zeitigt, dafür aber dann, wenn niemand damit rechnet, spontane und durchaus wirkungsmächtige Bewegungen ausbrechen, wie zuletzt die Bewegung gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000.¹ Die Proteste der Studierenden im Herbst 2009 sind eine solche Bewegung.

Die Vorgeschichte

In den letzten Jahren hat sich in Österreich eine Kultur der Besetzungen entwickelt. Dabei haben sich Aktivitäten gegen die Bedrohung Sozialer Zentren wie dem seit 1990 bestehenden Ernst-Kirchwegger-Haus oder dem Studierendentreffpunkt TÜWI bei der Universität für Bodenkultur mit Initiativen aktivistischer Gruppen verbunden,

¹ Zur Bewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung 2000, aber auch zu den großen Studierendenstreiks 1987 und 1996, vgl. Robert Foltin, *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich*, Wien 2004, S. 164 ff., 231 ff., 250 ff.

die neue Projekte verwirklichen wollten. Die Initiative Pankahytt hat über zwei Jahre lang in unregelmäßigen Abständen Häuser besetzt, um dann im Herbst 2007 von der Gemeinde Wien ein Haus im 15. Bezirk zur Verfügung gestellt zu bekommen. Auch andere Gruppen haben sich wiederholt Häuser angeeignet, überwiegend in Wien und in Graz. Die Häuser sind zwar ausnahmslos geräumt worden (bei einer „queer-feministischen Hausbesetzung“ im April 2008 kam es sogar zu einem Hubschraubereinsatz), doch erregten diese Räumungen stets einiges Aufsehen und lösten breite Diskussionen aus. Zuletzt wurde Anfang Oktober 2009 ein Gebäude in der Triesterstraße in Wien für eine Woche als Soziales Zentrum genutzt. Die Studierendenbewegung 2009 unterscheidet sich von früheren Uniaktivitäten unter anderem dadurch, dass sie eine Besetzungsbewegung ist.

Die institutionelle Vertretung der Studierenden, die Österreichische HochschulInnenschaft (ÖH), war in den letzten Jahren zwar grün und sozialdemokratisch dominiert, scheint sich aber in den von den vorherigen konservativen Vertretungen hinterlassenen korrupten Strukturen festgefahren zu haben. Durch das Universitätsgesetz von 2002 wurden ihre ohnehin geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten noch einmal eingeschränkt. Ausgehend von der Besetzungsbewegung (in Wien wurden mehrmals leer stehende Gebäude auf dem neuen Uni-Campus besetzt) und parallel zu den bestehenden ÖH-Strukturen gründeten sich aktivistische Gruppen. Diese führten Workshops und Arbeitskreise durch, die nicht unbedingt in den Uni-Betrieb passten; ein Beispiel war die Initiative „keineUni“. In den letzten Jahren entstanden immer mehr solche Initiativen, die auch Protestaktionen, etwa gegen das neue Universitätsgesetz (UG), vorbereiteten: das „Widerstandscafé“, „edu-meltdown“, IRDEI (Initiative for the Re-Democratization of Educational Institutions), das „Netzwerk Emanzipatorische Bildung“.² AktivistInnen organi-

² Informationen zu diesen Initiativen finden sich im Internet:

[<http://www.keineuni.net/index.php/KeineUni>]; [<http://freiebildung.at/wordpress>];
[<http://unsereuni.at/edu-meltdown>]; [<http://edumeltdown.blogspot.de>];
[<http://irdei.akbild.ac.at>]; [<http://emanzipatorischebildung.blogspot.de>] (Download 9. Dezember 2009).

sierten im Juni 2009 eine Spontandemonstration gegen die UG-Novelle vor dem Haus der EU. Im Juli 2009 wurde eine Kundgebung einiger hundert Studierender von der Polizei eingekesselt, da diese drohten, die Bannmeile um das Parlament zu durchbrechen.

Zudem trug und trägt die Politik der Regierenden schon seit einiger Zeit dazu bei, dass der Bildungs- und Ausbildungsbereich von Unruhe ergriffen ist. 2007, nach der Bildung einer großen Koalition von SPÖ und ÖVP unter Kanzler Alfred Gusenbauer, empörten sich Teile der SPÖ, weil die von der schwarz-blauen Regierung eingeführten Studiengebühren nicht abgeschafft wurden. 2008 wurde dann unter der Regierung des Kanzlers Werner Faymann ein Kompromiss gefunden, der die Studiengebühren für einen Teil der Studierenden aufhob. Die Studienbedingungen verschärfen sich aber weiter durch Verschulung, Änderungen der Studienpläne und überfüllte Hörsäle.

95 Prozent der österreichischen LehrerInnen zeigten sich streikbereit, als Unterrichtsministerin Claudia Schmied im März 2009 deren Lehrverpflichtungen ausweiten wollte.³ Die zuständige Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) drohte erstmals seit längerem mit Kampfmaßnahmen. Der gesamte April 2009 wurde von öffentlichen Diskussionen über die Forderungen der LehrerInnen bestimmt. Nachdem Schmied nachgab, dafür aber eine Kürzung der schulfreien Tage ankündigte, streikten und demonstrierten am 24. April mehrere zehntausend SchülerInnen in Wien und in den Bundesländern.

Schließlich wurde auch das „Kollektiv Kindergartenaufstand“ aktiv. Diese unabhängig von Parteien und Gewerkschaften agierende Gruppe von KindergartenpädagogInnen und BetreuerInnen organisierte im Frühjahr 2009 Aktionen mit einigen hundert Beteiligten. Am 17. Oktober 2009 demonstrierten 3.000 Menschen für bessere Arbeitsbedingungen in den Kindergärten. „Kindergartenaufstand“ war eine der ersten Gruppen, die sich aktiv mit den Besetzungen der Studierenden solidarisierten.

³ Vgl. GÖD Sondernummer 3a (2009).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass es im Vorfeld der spektakulären Studierendenproteste vom Herbst 2009 zu einer vielseitigen Unruhe kam, die besonders von den Beschäftigten der Bildungseinrichtungen ausging, aber auch von den Hausbesetzungen in den österreichischen Großstädten.

Die Kämpfe der österreichischen Studierenden sind darüber hinaus aber auch im Zusammenhang mit internationalen Protesten zu sehen, die schon seit längerem andauern. Bildungsproteste überzogen im Herbst 2008 Frankreich und Spanien. In Italien zwang zur gleichen Zeit die *onda anomala*, eine Bewegung von Studierenden und SchülerInnen, die Bildungsministerin zur Rücknahme von Reformen, die eine stärkere Kapitalisierung der Bildung bedeutet hätten. In Griechenland gingen Bildungsproteste im Dezember 2008 direkt in die Unruhen über, die auf die Erschießung eines Jugendlichen durch die Polizei folgten. Im Frühjahr 2009 wurden, ausgehend von der Uni Zagreb, 20 kroatische Universitäten besetzt. Und in Deutschland fanden im Sommersemester 2009 in vielen Städten Protestaktionen von Studierenden mit hunderttausenden Beteiligten statt. Die Besetzungsbewegung in Wien knüpfte von Anfang an Kontakte nach Deutschland und in die USA (wo ebenfalls Studierendenproteste stattfanden), aber auch AktivistInnen aus Kroatien wurden eingeladen.

Von der Akademie ins Audimax

Am Dienstag, dem 20. Oktober 2009 wurde nach einer mittäglichen Pressekonferenz die Aula der Akademie der Bildenden Künste besetzt. Die Akademie sollte als eine der letzten Universitäten Österreichs das Bachelor-System einführen, das von vielen Studierenden und Lehrenden abgelehnt wird. Am Abend wurde eine Party veranstaltet und ein Programm für die nächsten Tage vorgestellt.

Für Donnerstag, den 22. Oktober 2009 kündigten die BesetzerInnen der Akademie mit anderen unabhängigen Gruppen eine Demonstration im Sigmund-Freud-Park in der Nähe der Universität

an. Die Polizei vertrieb die DemonstrantInnen, die daraufhin in das Alte Universitätsgebäude zogen. Mit Unterstützung der dort anwesenden Biologie-Studierenden wurde das Audimax, der größte Hörsaal der Universität Wien, besetzt. Die Nachricht von der Besetzung verbreitete sich und mehrere tausend weitere Studierende strömten ins Audimax. Dem privaten Sicherheitsdienst gelang es nicht, sie aufzuhalten. Die Polizei wurde gerufen und riegelte das Audimax (unzulänglich) ab. Um eine Eskalation zu vermeiden, zog die Polizei am späten Nachmittag wieder ab. Am gleichen Tag begann die Selbstorganisation. In der Nacht legten DJs auf und am nächsten Tag sprang der Funke auf Graz über, wo Hörsäle in der Vorklinik besetzt wurden.

Am Freitag, dem 23. Oktober formierten sich einige kleinere Demonstrationzüge. Die Zeitungen berichteten über die Besetzungen, Wissenschaftsminister Johannes Hahn machte sich über die „Sponti-Aktion“ lustig. Die Medien taten sich schwer mit der basisdemokratischen Selbstorganisation, die keine PressesprecherInnen zulässt, aber auch damit, dass der Forderungskatalog einer andauernden Diskussion unterzogen wurde. Erst im Laufe der folgenden Woche verstanden auch die JournalistInnen, dass die Ansprechpersonen rotierten und ausschließlich über die Beschlüsse in den besetzten Räumlichkeiten berichteten, während sie ansonsten lediglich für sich selbst sprachen. Die BesetzerInnen beschlossen, das Audimax und die Aula der Akademie über das lange Wochenende (bis Dienstag, den 27. Oktober; der Montag war österreichischer Staatsfeiertag) besetzt zu halten. Hunderte beteiligten sich, Musikveranstaltungen fanden statt und Prominente traten auf. Nicht nur das Audimax wurde besetzt, sondern auch umliegende Räume und Hörsäle; dabei galt es, eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen. Diese auf längeres Besetzen ausgerichtete Infrastruktur mit Volküche, Schlaf-, Ruhe- und Veranstaltungsräumen unterschied die Besetzungsaktion von früheren Besetzungen des Audimax. Die Studierenden anderer Universitäten übernahmen diese Aktionsform. Die Aktionen verstanden sich als Aneignung eines Raumes für das gan-

ze Leben, sie waren auch in den weiter laufenden Universitätsbetrieb eingebettet. Das war charakteristisch für die Studierendenproteste von 2009, auch wenn sich nur ein kleiner Teil der AktivistInnen mit der Parole der US-amerikanischen Studierenden anfreunden konnte: „Fordert nichts, besetzt alles.“

Schon von Beginn an wurden Sexismus und Antisexismus thematisiert, da es bei den Partys zu sexuellen Übergriffen gekommen war. Auch wurde kritisiert, dass es sich bei der aufgetretenen Prominenz überwiegend um Männer handelte. Das Redeverhalten von Männern wurde kritisiert. In der Öffentlichkeit traten fast nur Frauen auf. Letztlich setzte sich in den Plena ein antisexistischer Konsens durch. Dennoch musste jeden Tag aufs Neue mit SexistInnen diskutiert werden, auch mit solchen, die ihre männlichen Privilegien bedroht sahen. Um einen Schutz vor sexuellen Übergriffen in der Nacht zu gewährleisten, wurde ein weiterer Hörsaal besetzt und als Raum für Frauen, Lesben, Intersexuelle und Transgender eingerichtet („Frauen_Lesben_Inter_Trans_Raum, F_L_I_T_Flat“).

„Fordert nichts, besetzt alles“

Ab dem 27. Oktober 2009 (nach dem oben erwähnten langen Wochenende) breitete sich die Besetzungsbewegung weiter aus. In Linz wurde der Hörsaal 1 besetzt, in Graz ein weiterer Hörsaal. Auch in Wien wurden weitere Räumlichkeiten angeeignet, das Freihaus der TU und das „BOKUMAX“, das Haus der Studierenden bei der Universität für Bodenkultur. Der zweitgrößte Hörsaal der Uni Wien (C1) wurde zwar besetzt, aber nach einem Auftritt der Vizerektorin wieder geräumt.

Am 28. Oktober 2009 demonstrierten Zehntausende in der Wiener Innenstadt, einige Hundert in Salzburg, am nächsten Tag einige Tausend in Graz. Nach der Demo wurde der Hörsaal C1 erneut besetzt; in Salzburg wurde der Hörsaal an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und am 29. Oktober die Aula der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Innsbruck besetzt. Am

7. November 2009 wurde der Hörsaal HS 1 in Linz zwar freiwillig geräumt, allerdings wurde am 10. November 2009 ein anderer Raum (HS 3) besetzt. An den meisten anderen Universitäten (so etwa in Klagenfurt oder am Juridicum in Wien) entstanden Aktionsgruppen.

Der als EU-Kommissar nominierte Wissenschaftsminister Johannes Hahn traf sich am 29. Oktober zu einem Gespräch mit VertreterInnen der ÖH; das Gespräch verlief ergebnislos, zumal die VertreterInnen erklärten, kein Verhandlungsmandat zu haben. Die Besetzungsbewegung hatte sich an der ÖH, der offiziellen Organisation der Studierenden, vorbei organisiert. Am Folgetag erklärte sich Hahn bereit, den österreichischen Universitäten zusätzliche Mittel in Höhe von 34 Millionen Euro zukommen zu lassen. Sowohl die ÖH als auch die BesetzerInnen sprachen von einem Tropfen auf dem heißen Stein. Die ersten kleinen Erfolge (die Bildungsdiskussion stand nun im Mittelpunkt der Öffentlichkeit und Bildungsminister Hahn erklärte sich bereit, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn auch geringe) sind möglich geworden, eben weil es nicht zu Verhandlungen um „realistische“ Kompromisse kam.

Internationale Resonanz

In der ersten Novemberwoche kam es landesweit zu Demonstrationen. Mehrere tausend Menschen protestierten am 1. November 2009 in Innsbruck, am 5. November 2009 wurden über 10.000 DemonstrantInnen in Wien und zwischen 1.000 und 2.000 in Graz und Linz gezählt. (In Wien hatten allerdings in der Woche zuvor noch doppelt so viele Menschen demonstriert.) Während die Bewegung auf hohem Niveau stagnierte (der Uni-Alltag holte viele ein) und sich (noch) nicht auf andere Bereiche der Gesellschaft ausbreitete, pasierte etwas Unerwartetes: die Besetzungen in Wien und Österreich strahlten international aus. Anfang November kam es zu Universitätsbesetzungen in Deutschland, aber auch in Basel, Belgrad, Lublin und anderswo. Zum Bildungsaktionstag am 17. November demonstrierten 300.000 Menschen in Deutschland, Frankreich, Italien

und anderen europäischen Ländern. Am 20. November waren bereits an über 70 Universitäten Räumlichkeiten besetzt. Inzwischen wurden auch in Kalifornien Universitäten besetzt (und teilweise von der Polizei brutal geräumt); auch in Kroatien war eine neue Besetzungsbewegung im Entstehen.

Die Bewegung ist durch kleine aktivistische Gruppen angestoßen worden und hat sich durch persönliche Kontakte ausgebreitet, vor allem aber durch ihre Vorbildwirkung. In den verschiedensten Ländern wurden Hörsäle besetzt und Forderungen ausgearbeitet, die die konkreten Verhältnisse an den jeweiligen Universitäten betrafen. Bedeutender als die direkte Kommunikation zwischen den Studierenden an den verschiedenen Universitäten war die Resonanz, auf die jede neue Besetzung in anderen Städten stieß. Die neuen Medien (Twitter, Facebook) waren dabei nicht entscheidend, hatten aber eine beschleunigende Wirkung.

Die Vielfalt an pragmatischen (und doch auch „unrealistischen“) Forderungen verwischt den Unterschied zwischen „Reform“ und „Revolution“. Jede Forderung kann reformistisch sein, wenn sie erfolgreich ist, so wie auch jede Forderung revolutionär werden kann, wenn sie auf Blockaden in den Institutionen stößt. So scheint es jetzt schon, neben den kleineren Erfolgen an einzelnen Instituten, eine immer größere Zahl von AktivistInnen zu geben, die den Kapitalismus in seiner Gesamtheit als Problem begreifen. Natürlich kommt es bei den BesetzerInnen auch zu Ermüdungserscheinungen. Die bisherige Intensität lässt sich nicht endlos aufrechterhalten. Ganz gleich, wie die Bewegung der Studierenden endet, es sind Fragen aufgeworfen worden, die für die zukünftige Entwicklung im und gegen den Kapitalismus von Bedeutung sind: Die Aneignung von Freiräumen wird praktiziert, mit Selbstorganisation und Selbstverwaltung wird experimentiert, die patriarchale Geschlechterordnung wird angegriffen, und nicht zuletzt hat die Bewegung auch einen internationalen Charakter. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Kämpfe an den Universitäten sind dabei völlig offen.

Karl Heinz Roth

Die globale Krise: Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten von unten¹

Einleitung

Vor gut zwei Jahren – im August 2007 – erreichte die aktuelle Weltwirtschaftskrise mit dem Kollaps der internationalen Geldmärkte ihren ersten Höhepunkt. Aber erst als in der ersten Hälfte des September 2008 in den USA die beiden größten Hypothekenförderbanken, der weltgrößte Versicherungskonzern und zwei hochrangige Investmentbanken zusammenbrachen, wurde vielen Menschen bewusst, dass die Entwicklung unmittelbare Folgen für ihre berufliche und soziale Situation haben konnte. In diesen Wochen geriet das gesamte kapitalistische Weltsystem ins Wanken. Heute beherrscht und verängstigt diese Krise die Weltgesellschaft. Es wird wieder sichtbar, dass die Zyklen und Krisen der Kapitalakkumulation das gesellschaftliche Leben bestimmen. Auch wird immer heftiger um die Frage gerungen, wer für die sozialen Kosten und die immensen Ausgaben für die Rettungspakete und Stimulierungsprogramme der öffentlichen Haushalte aufkommen soll, die in der ersten Phase der Krise gestartet wurden.

In dieser Situation legte ich im Spätsommer des vergangenen Jahrs meine laufenden Projekte beiseite. Ich begann mit einer Do-

¹ Schriftliche Version eines Vortrags, der in der Zeit zwischen Mitte September und Ende November 2009 in mehreren Städten des deutschen Sprachraums gehalten wurde. Dabei variierten je nach der sozialen Zusammensetzung des Auditoriums die Schwerpunktsetzungen. Die schriftliche Version stellt in gewisser Weise einen Querschnitt dieser Varianten dar. Von einigen Ausnahmen abgesehen wurde auf Fußnotenbelege verzichtet.

kumentation des aktuellen Krisenverlaufs, untersuchte seine tieferen Ursachen und verglich ihn mit den bisherigen Weltwirtschaftskrisen des industrialisierten Kapitalismus. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werde ich im ersten Schwerpunkt meines Beitrags präsentieren, um ihren analytischen Rahmen zu umreißen.² Ich werde aber dabei nicht stehen bleiben. Im zweiten Abschnitt werde ich die Entwicklung der letzten Monate bilanzieren und der Frage nachgehen, die uns allen auf den Nägeln brennt: Wie wird es mit dieser Krise weitergehen – ist eine Erholung oder gar ein rascher Wiederaufschwung in Sicht, oder müssen wir uns auf eine längere Depression einstellen? Danach werde ich drittens einige Schlaglichter auf die Krisenerfahrungen aus der Perspektive von unten werfen. Im vierten und letzten Abschnitt werde ich schließlich einige Hypothesen über alternative Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion stellen.

Die erste Phase der aktuellen Weltwirtschaftskrise

Die erste Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts begann um die Jahreswende 2006/2007 als Struktur- und Überkapazitätskrise der Kraftfahrzeugindustrie und als Hypotheken- und Immobilienkrise in der Transatlantikregion mit Schwerpunkten in den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Dabei kamen vier Faktoren zum Tragen, die sich gegenseitig verstärkten. Im Gefolge der Hypothekenkrise brach erstens in den USA der Massenkonsum zusammen. Er löste in den Vereinigten Staaten eine lang anhaltende Rezession aus und führte zu einer Schrumpfung der globalen Exportmärkte. Zweitens weitete sich die Hypotheken- und Immobilienkrise auf die internationalen Finanz- und Kreditmärkte aus. Es kam drittens zu einem massiven und lang anhaltenden Abzug der Kapitalvermögen und Investmentfonds aus den Schwellen- und Entwicklungsländern. Viertens wurden ausgehend von der Kraftfahrzeugindustrie und dem

² Zu den Details vgl. Karl Heinz Roth, *Die globale Krise*, Hamburg 2009. Der Band ist der erste eines länger angelegten Projekts über die globale Krise.

Transportsektor in allen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft Überkapazitäten offen gelegt, die zum akuten Verfall der Gewinne führten und von den Unternehmensleitungen mit Investitionseinschränkungen und Massenentlassungen beantwortet wurden. Diese vier ineinander greifenden Phänomene führten seit dem Frühjahr 2008 zu einem globalen Schmelbrand, der durch fünf Schockwellen akzentuiert wurde und bis heute anhält. Die Talsohle der Krise wurde im April–Mai 2009 erreicht. Bis jetzt wurden Kapitalvermögen und Einkommen im Volumen von mindestens 30 Billionen US-Dollar vernichtet. In einer ersten Zwischenbilanz können wir festhalten, dass es sich um eine typische Krisenkonstellation des industrialisierten Kapitalismus handelte: Der akut zutage getretenen Überakkumulation des Kapitals steht eine massive Unterkonsumtion gegenüber, die in dem Augenblick manifest wurde, als es den privaten Haushalten der globalen Unterklassen nicht mehr gelang, ihre seit Jahren gesunkenen Realeinkommen durch Kreditaufnahme und Verschuldung auszugleichen.

Hinter dieser Entwicklung standen indessen tiefere strukturelle Ursachen, die aus dem vorausgegangenen großen Zyklus der Jahre 1966/67 bis 2006/2007 herrührten. Erstens waren die neuen Massenbedürfnisse und Lebensstile der nachwachsenden Generationen den prekären Arbeitsverhältnissen des Post-Fordismus unterworfen worden. Dies wurde zweitens durch die Tatsache erleichtert, dass im Bereich der Informatik neue Basisinnovationen entwickelt worden waren, die von den Unternehmensleitungen weltweit zur Durchsetzung einer Strategie der Unterbeschäftigung genutzt werden konnten. Drittens hatten sich neue Netzwerkunternehmen herausgebildet, die dazu übergingen, die Wertschöpfungsketten weltweit zu reorganisieren und nach den Standorten mit den niedrigsten Arbeitskosten auszurichten. Parallel dazu hatten viertens die Kapitalvermögensbesitzer die Globalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben und das bisherige Regime der moderat und mittelfristig ausgelegten Gewinnerschöpfung durch ein Konzept der beschleunigten Profitmaximierung ersetzt. Fünftens hatte sich der informelle Kolonialis-

mus zu einem offenen Kolonialismus der Protektorate und der Bildung von Reservaten zur Kontrolle der Massenarmut des Südens gewandelt. Von erheblicher Bedeutung war sechstens das Aufkommen einer neuen Weltwirtschaftsachse zwischen Peking und Washington, bei der sich die klassischen Schuldner-Gläubiger-Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie umkehrten: China exportierte die Billigprodukte seiner neuen Niedriglohnsektoren in die Vereinigten Staaten und refinanzierte ihren dortigen Massenkonsum, indem es in steigendem Umfang US-Dollar und US-Staatsanleihen in die Portefeuilles seiner Zentralbank aufnahm. Von besonderer Bedeutung war schließlich die Herausbildung einer spezifischen Beziehung zwischen Umweltzerstörung und Öko-Kapitalismus. In den vergangenen Jahrzehnten waren die natürlichen Ressourcen – Boden, Wasser und Luft – in einem noch nie da gewesenen Ausmaß inwertgesetzt worden. Dabei gingen die Unternehmen und Regierungen dazu über, die zerstörerischen Folgen in Gestalt so genannter Verschmutzungsrechte in ihre Bilanzen einzuschreiben. Die öko-kapitalistische Durchdringung dieses neuen Sektors hatte Vorrang vor den Umweltbelangen, und dies führte zu einer Vertiefung der Umweltkatastrophe.

An dieser Stelle möchte ich einige Bemerkungen über den methodischen Ansatz meiner Analyse einflechten, denn er hat als Kompass bei der Auseinandersetzung mit den tieferen Krisenursachen eine besondere Rolle gespielt. Ich gehe von einer empirischen Weiterentwicklung des Marxschen Zykluskonzepts aus, die seit den 1920er Jahren von einigen Sozialökonomern und Wirtschaftshistorikern vorangetrieben wurde. Wegweisend war für mich dabei das Konzept des etwa fünfzig- bis sechzigjährigen „großen Zyklus“ des sowjetischen Ökonomen Nikolai Kondratiev. Es wurde durch das von Joseph A. Schumpeter entwickelte Modell der „endogenen Basisinnovation“ wesentlich vertieft, durch die preisgeschichtlichen Untersuchungen des französischen Sozialökonomens François Simiand

ergänzt³ und durch die Erkenntnisse Emil Lederers über den Zusammenhang zwischen technischen Innovationen und Massenarbeitslosigkeit vervollständigt. Aber auch den Wirtschaftshistorikern verdanke ich viel. Fernand Braudel wies nach, dass die großen Zyklen immer durch einen doppelten Generationswechsel geprägt sind, und dies macht es uns möglich, die Subjekte als Akteure in das Auf und Ab der „langen Wellen“ einzubringen. Hinzu kamen historische Untersuchungen über die bisherigen Weltwirtschaftskrisen des industrialisierten Kapitalismus, die in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Niveau erreicht haben und die Voraussetzungen für systematisierende Vergleiche schufen. *Last but not least* möchte ich auf eine dritte Untersuchungsebene hinweisen, die meine Krisenanalyse begleitete: Die Konfrontation der historischen und aktuellen Arbeitsverhältnisse mit der Marxschen Werttheorie.⁴ Dabei stellte sich heraus, dass die Fokussierung des Arbeitsbegriffs auf die so genannte doppelt freie Lohnarbeit keineswegs ausreicht, um der ungeheuren Vielfalt der globalen Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden. Diese Erkenntnis war für die Auseinandersetzung mit der Krisenwahrnehmung aus der Perspektive von unten sowie für die Erarbeitung von Hypothesen zur alternativen Krisenüberwindung besonders wichtig.

Doch damit zurück zu den Tatbeständen der aktuellen Krise. Für die politischen Klassen der Nationalökonomien und der internationalen Institutionen war der globale Kriseneinbruch eine gigantische wie unerwartete Herausforderung. Sie reagierten entsprechend massiv. Seit dem Sommer 2007 schnürten sie in der Transatlantikregion

³ Simiand zerlegte den großen Zyklus in eine Phase des Aufschwungs (Phase A) und eine Phase des Abschwungs (Phase B). Dabei wies er empirisch nach, dass die Phase A immer mit Preissteigerungen (Inflation) und die Phase B mit Preissenkungen (Deflation) korreliert ist. Dem Nachweis, dass Preisdeflationen gewöhnlich länger anhaltende Depressionsphasen auslösen, kam dabei besondere Bedeutung zu.

⁴ Der achtzehn Beiträge der „Marx-Heterodoxie“ umfassende Sammelband ist inzwischen erschienen: Marcel van der Linden / Karl Heinz Roth (Hg.), unter Mitarbeit von Max Henninger, *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, Berlin / Hamburg 2009.

eine Reihe von Rettungspaketen zur Stützung einzelner Finanzkonzerne, die als „systemwichtig“ galten. Darauf folgten ab September 2008 gewaltige national- und supranationalstaatliche Stabilisierungsprogramme, wobei ein US-amerikanisches *Troubled Assets Relief Program (TARP)* im Umfang von 700 Milliarden US-Dollar als Vorbild fungierte. Es wurde schon bis Ende Oktober auf 2,4 Billionen Dollar aufgestockt und erreichte bis Ende März 2009 den gewaltigen Umfang von fünf Billionen Dollar, so dass am Ende alle „Einbruchstellen“ des Finanzsektors abgedichtet waren, um das strukturelle Nervenzentrum des kapitalistischen Weltsystems zu retten: gigantische Kreditgarantiefonds, Zuschüsse zur Wiederauffüllung des Eigenkapitals mit Staatsbeteiligungen als Gegenleistung, die Auslagerung und Stilllegung notleidend gewordener Wertschriften und die öffentliche Refinanzierung von Hypotheken- und Konsumentenkrediten. Im letzten Quartal des Jahres 2008 zogen die meisten Nationalökonomien der Triade-Region nach, und bis Ende März 2009 erreichten die öffentlichen Mittelzuschüsse zur Rettung des Finanzsektors ein Volumen von neun Billionen US-Dollar.

Von genauso großer Bedeutung waren die Aktivitäten der großen Zentralbanken. Seit dem Sommer 2007 mobilisierten ihre Vorstände mehrere hundert Milliarden US-Dollar zur Stabilisierung der internationalen Geld- und Interbankenmärkte. Darauf folgten koordinierte Aktionen zur Senkung der Zinssätze, die schließlich gegen Null tendierten. Anschließend gingen viele Notenbanken zu so genannten quantitativen Lockerungen über, das heißt sie kauften Wertpapiere und Staatsanleihen auf, um die Geld- und Kapitalmärkte mit zusätzlicher Liquidität zu überschwemmen und die Kreditsperre der Banken auszugleichen.

Auch der Internationale Währungsfonds (IMF) wurde in das Krisenmanagement eingeschaltet und enorm aufgewertet. Er wurde ermächtigt, eine Reihe von Staatsbankrotten – etwa in Island, der Ukraine, in Ungarn, den Baltischen Staaten und Pakistan – durch die Vergabe von Überbrückungskrediten zu moderieren und die damit verbundenen Sanierungsaufgaben ein Stück weit zu lockern.

Seit dem November 2008 liefen in den großen Nationalökonomien der Triade (USA, Japan und Europa) sowie der führenden Schwellenländer China und Russland fiskalpolitische Konjunkturprogramme an, wobei vor allem die Stimulierungspakete Chinas (umgerechnet 600 Milliarden US-Dollar) und der neuen Obama-Administration vom Februar 2009 (789 Milliarden Dollar) besondere Bedeutung erlangten. Sie summierten sich bis Ende März 2009 auf ein Gesamtvolumen von 2,9 Billionen Dollar und hatten die Aufgabe, die private Kapitalbildung durch Investitionen in die Infrastruktur (Straßen- und Eisenbahnbau, Bausektor, Umwelttechnologie usw.) anzukurbeln.

Um die Jahreswende 2008/2009 zogen auch die übrigen großen Schwellenländer nach, So mobilisierten Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Hongkong und Kasachstan über zehn Prozent ihres Brutto-Inlandsprodukts (BIP), um ihre Währungen und Zahlungsbilanzen zu stabilisieren sowie die Binnenwirtschaft zu aktivieren.

Besonderes Aufsehen erregten schließlich die Aktivitäten mehrerer Regierungen zur Stützung des zusammengebrochenen Automobilsektors, wobei Frankreich und Spanien als Vorreiter agierten. Es wurden umfangreiche Subventionen und Überbrückungskredite gewährt, Abwrackprämien vergeben und Zuschüsse zur Stabilisierung der Eigenkapitalbasis mobilisiert. In einigen Fällen konnte dadurch die Einleitung von Insolvenzverfahren jedoch nicht verhindert werden. Besonders spektakulär verlief die Sanierung der US-Unternehmen General Motors und Chrysler unter dem Gläubigerschutz von Insolvenzverfahren. Sie ermöglichten harte Restrukturierungsmaßnahmen, die durch Staatsbeteiligungen am Aktienkapital und die Umwandlung des Lohnverzichts der – drastisch abgeschmolzenen – Belegschaften in gewerkschaftliche Aktienfonds abgesichert wurden. In diesem Zusammenhang kam es auch zur versuchten Germanisierung von General Motors Europe unter einem korporatistischen Bündnis des Opel-Managements, des deutschen Gesamtbetriebsrats, der IG Metall, der deutschen Regierungsstäbe (Bundesregierung und

involvierte Landesregierungen) und einer österreichisch-russischen Investorengruppe. Es war jedoch von vornherein absehbar, dass dieses protektionistische Abkopplungsvorhaben scheitern würde.

Aber das war eher eine Episode am Rand des Geschehens. Aus der Gesamtperspektive bleibt festzuhalten, dass die Akteure der Regulationssysteme in der ersten Phase der aktuellen Weltwirtschaftskrise ein gewaltiges Anti-Krisenprogramm auflegten, das auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzte und alle historischen Vorläufer deutlich in den Schatten stellte.

Ein weiteres markantes Phänomen der ersten Krisenphase bestand darin, dass die Rettungs- und Stimulierungsprogramme zeitweilig mit weit reichenden Absichtserklärungen zu sozialpolitischen Reformen verbunden waren. So verabschiedete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2008 ein umfassendes Projekt zur Agrarreform, das an den Reformen zu Beginn des chinesischen Transformationsprozesses in den Jahren 1978/79 ansetzte und darauf abzielte, die im „dualen Agrarsystem“ fixierten Eigentumsrechte der Parzellenbauernfamilien zu stärken.⁵ Dadurch sollten diese in die Lage versetzt werden, Kredite aufzunehmen oder ihr Land weiter zu verpachten, um den extrem zersplitterten Landbesitz einer effizienteren Nutzung zugänglich zu machen. Zunächst blieb offen, ob die über 200 Millionen chinesischen Bauernfamilien – insgesamt etwa 700 Millionen Menschen – einen genossenschaftlichen Weg der landwirtschaftlichen Restrukturierung einschlagen oder aber durch eine agrarkapitalistische Entwicklung polarisiert und beschleunigt vom Land vertrieben würden.

Nicht weniger ambitioniert war der Versuch der am 20. Januar 2009 angetretenen Obama-Administration, in den Vereinigten Staaten eine umfassende Gesundheitsreform einzuführen. Als Kernstück war dabei die Implementierung einer öffentlichen Krankenversiche-

⁵ Seit der ersten Reformphase von 1978/79 fungieren die Dorfverwaltungen zusammen mit der Zentralregierung als Kollektiveigentümer von Grund und Boden, den sie in periodischen Abständen – zumeist von 30 Jahren – an die Bauernfamilien verteilen.

nung für alle US-Bürgerinnen und -Bürger vorgesehen, deren operatives Kapital im Umfang von knapp 900 Milliarden Dollar innerhalb von zehn Jahren durch eine Zusatzbesteuerung der Spitzeneinkommen sowie Rationalisierungs- und Kostensenkungsprogramme in der Versicherungs- und Pharmabranche aufgebracht werden sollte. An diesem Vorhaben waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts schon mehrere von der Demokratischen Partei geführte Regierungen gescheitert.

Hinzu kamen weit reichende Reformversprechen auf internationaler Ebene. Im April 2009 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs der G 20-Gruppe auf umfassende Maßnahmen zur Regulierung des globalen Finanzsektors. In diesem Kontext stärkten sie die Position des IMF, der als koordinierende Exekutivinstanz aktiv werden sollte. Sein Eigenkapital wurde um 500 Milliarden US-Dollar auf 750 Milliarden Dollar aufgestockt. Zusätzlich erhielt er 250 Milliarden Dollar zur Weiterleitung an die Entwicklungsbanken zugesprochen, und man vereinbarte, die Sonderziehungsrechte des IMF – eine Art internationales Buchgeld neben der Dollar-Leitwährung – auf 250 Milliarden Dollar anzuheben. Die G 20-Gruppe stand zu dieser Zeit ersichtlich unter dem Konkurrenzdruck seitens einer Expertenkommission der Vereinten Nationen, die unter Leitung des Ökonomen Joseph E. Stiglitz mit sehr viel weiter reichenden Reformvorschlägen, so etwa der Ablösung des US-Dollar durch ein neues Weltgeld, der Etablierung einer globalen Behörde zur Kontrolle der Finanzmärkte und der Einführung eines globalen Kreditfonds, aufwartete.

Die Analyse der ersten Phase der aktuellen Weltwirtschaftskrise und der bislang implementierten Anti-Krisenprogramme wird indes erst dann wirklich tragfähig, wenn wir sie mit den bisherigen globalen Krisen des industrialisierten Kapitalismus – den Krisen der Jahre 1857 bis 1859, 1873 bis 1876 und der anschließenden langen Depression bis 1895 sowie der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und der anschließenden Großen Depression bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs – vergleichen. Dabei treten hinsichtlich der

auslösenden geographischen und strukturellen Faktoren erstaunliche Analogien zutage: Alle bisherigen vier Weltwirtschaftskrisen begannen in den Vereinigten Staaten von Amerika, und sie wurden immer durch Hypotheken- und/oder Aktienspekulationen ausgelöst. Aber auch bei den Bekämpfungsmaßnahmen können wir frappierende Übereinstimmungen feststellen. Beispielsweise wurden schon 1857/58 Kreditgarantiefonds gegründet, faule Wechselepapire ausgelagert und strategisch wichtige „Eckhäuser“ vor dem Kollaps gerettet. Allein dieser kleine Seitenblick zeigt, wie unsinnig es ist, die heutigen Rettungs- und Stimulierungspakete pauschal als „keynesianisch“ zu bezeichnen. Es ging den herrschenden Klassen damals wie heute einfach darum, die „Finanzarchitektur“ zu erhalten, die Wirtschaftskreisläufe von den vernichteten Kapitalien freizuschaukeln und den Schlüsselbereich des kapitalistischen Akkumulationsprozesses vor einer „Kernschmelze“ zu bewahren. Für die dabei anfallenden „toten Kosten“ musste damals wie heute die „Allgemeinheit“ aufkommen, und das waren in erster Linie die Unterklassen.

Von großer Bedeutung waren auch die mittelfristigen Folgen der bisherigen globalen Krisen des industrialisierten Kapitalismus. Mit Ausnahme der Krise von 1857 bis 1859 führten sie alle zu einer protektionistischen „De-Globalisierung“ des Weltsystems, die wiederum unterschiedlich weit reichende währungs-, handels- und wirtschaftspolitische Blockbildungen mit allen ihren politisch-militärischen Weiterungen auslösten.

Im Brennpunkt unseres Interesse steht indessen verständlicherweise der engere Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts. In diesem Kontext ist es aufschlussreich zu wissen, dass nicht wenige Akteure der heutigen Krisenbekämpfungsstäbe ihre wissenschaftlichen Karrieren mit der Aufarbeitung der Großen Depression der 1930er Jahre absolviert haben, so etwa der US-Notenbankchef Ben Bernanke und die in Berkeley lehrende Wirtschaftshistorikerin Christina Romer, die inzwischen in Obamas Wirtschaftsberaterstab aktiv ist. Ihren Papieren können wir aufschlussreiche Informationen entnehmen, die die Massivität der aktuellen Krisenintervention erklä-

ren. In ihnen wird die aktuelle Überschwemmung der Geld- und Kapitalmärkte mit Liquidität als Lehre aus dem Versagen der großen Zentralnotenbanken zu Beginn der 1930er Jahre gerechtfertigt. Die riesigen fiskalpolitischen Stimulierungsprogramme gelten als nachträgliche Antwort auf die angeblich zu halbherzigen Konjunkturvorhaben der Roosevelt-Ära, und mit besonderer Verve wird allen jenen Wirtschaftspolitikern ins Gewissen geredet, die sich auf Kosten der anderen Nationalökonomien durch protektionistische Abschottungsmaßnahmen sanieren möchten. Die Einsicht in diese Argumentationsmuster erleichtert es uns, die gewaltigen Anstrengungen zu verstehen, die die herrschenden Eliten in den vergangenen zweieinhalb Jahren an den Tag gelegt haben, um die globale Krise unter Kontrolle zu bringen. Ihre Panik war groß, und an die Folgephänomene, die die Anti-Krisenprogramme auslösen würden, dachte zunächst niemand.

Die aktuelle Situation und die voraussichtliche weitere Entwicklung

Seit dem Abschluss meines Buchmanuskripts⁶ sind inzwischen fünf Monate vergangen. In dieser Zeitspanne ist außerordentlich viel geschehen, insbesondere hat die Krise ihre Talsohle durchschritten. Die Rettungs- und Stützungsprogramme der Regulationssysteme haben zu greifen begonnen, und schon werden die Karten in Erwartung einer raschen Erholung und eines baldigen Wiederaufschwungs neu gemischt. Wie wird es voraussichtlich weitergehen? Haben wir tatsächlich mit einer neuen Wachstumsperiode zu rechnen, oder wird das Weltsystem in eine lang anhaltende Depression übergehen? Diese Frage ist für die Entwicklung von Gegenwehr und Gegenperspektiven von strategischer Bedeutung. Deshalb erscheint es geboten, die aktuellen ökonomischen Entwicklungstendenzen sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

⁶ Wie Anm. 2.

Zweifellos gibt es inzwischen markante Erholungszeichen. Viele Nationalökonomien der Triaderegion haben die Rezession überwunden und stabilisieren sich auf niedrigem Niveau; dazu gehören vor allem Frankreich, Deutschland, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Parallel dazu scheinen einige große Schwellenländer – vor allem China und Brasilien – wieder zu den hohen Wachstumsraten der Vorkrisenjahre zurückzukehren, und vor allem in China könnten sich die öffentlichen Konjunkturprogramme zur Stimulierung des Straßen- und Autobahnbaus mit dem Aufschwung der Kraftfahrzeugindustrie zu einer ausgesprochenen Motorisierungskonjunktur zusammenfügen.

Entsprechend wittern die Kapitalvermögensbesitzer Morgenluft. Aus den finanzpolitischen Rettungspaketen sind hunderte Milliarden US-Dollar auf die Geld- und Kapitalmärkte geflossen. Die weltweiten Aktienkurse haben sich deutlich erhöht und inzwischen wieder die Hälfte des Vorkrisenstands erreicht. Ähnliche Tendenzen sind auch auf den Rohwaren- und Devisenmärkten zu beobachten. Vor allem die Preise der Industriemetalle haben wieder angezogen, und auf den Devisenmärkten sind die Renditejäger wieder unterwegs. Während sie in der Vorkrisenperiode vor allem Kredite in Schweizerfranken und Yen aufnahmen und dann in den Hochzinsregionen der *emerging markets* anlegten, basieren ihre als *carry trade* bezeichneten Währungsspekulationen jetzt auf dem zinslos gewordenen US-Dollar. Sobald sich die ersten realwirtschaftlichen Erholungszeichen konsolidieren, werden sie wieder durch riskante Operationen auf den Geld- und Kapitalmärkten überlagert.

Diesen Erholungszeichen stehen jedoch gewichtige aktuelle und strukturelle Gegentendenzen gegenüber. Aktuell befindet sich die Weltwirtschaft in einer anhaltenden Preisdeflation. Der Preisverfall hat sein Epizentrum in Japan und wird vor allem durch die sinkenden Masseneinkommen und die Stagnation des Welthandels aufrecht erhalten. Des Weiteren befinden sich strategische Wirtschaftssektoren in einer anhaltend tiefen Krise. Hier ist vor allem auf den Transport- und Transportmittelsektor hinzuweisen. Der weltweite Container-

umschlag hat sich halbiert. Alle großen Reedereien schreiben rote Zahlen. Weltweit entwickelt sich eine tiefe Hafen- und Schiffbaukrise. Auch die Fluggesellschaften und die Flugzeugindustrie bekommen die Krisenfolgen zu spüren, und die Kraftfahrzeugindustrie der entwickelten Zentren hat nach dem Auslaufen der Abwrackprämien wieder mit Umsatzeinbußen zu kämpfen. Aber auch der Massenkonsum der Vereinigten Staaten ist als mittelfristiger Wachstumsmotor ausgefallen. Selbst wenn sich die wirtschaftliche Erholung weiter konsolidieren sollte, wird die weltweite Massenerwerbslosigkeit zunächst weiter zunehmen, den Niedergang der Masseneinkommen aufrecht erhalten und den Abbau der Überkapazitäten in wichtigen Industriesektoren verzögern. Selbst im Finanzsektor ist die Krise noch keineswegs ausgestanden. Die gewerblichen Immobilien- und Hypothekensmärkte sind noch keineswegs stabilisiert, wie sich jüngst am Beispiel der Zahlungsunfähigkeit der Emirat-Holding *Dubai World* zeigte. In den Vereinigten Staaten geht die Zahl der Konkurse lokaler und regionaler Finanzinstitute in die Hunderte. Erhebliche Teile der ausgelagerten faulen Wertschriften sind noch keineswegs abgeschrieben, und auf die transnational operierenden Großbanken kommen im Gefolge der anhaltenden Welt-handelskrise erhebliche neue Kreditausfälle zu. Alle diese Phänomene werden durch eine gewaltige Verschuldung der öffentlichen Haushalte überlagert, die vor allem die Nationalökonomien der entwickelten Zentren – Japan, Europa und die Vereinigten Staaten – erfasst hat. Das Volumen der jährlichen Neuverschuldung schwankt dabei zwischen sechs und vierzehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und Japan, Großbritannien und die USA führen diese Entwicklung an. Noch bedenklicher nehmen sich inzwischen die kumulierten Gesamtschulden der öffentlichen Haushalte aus, sie erreichen inzwischen in der Euro-Zone 60 bis 70 Prozent und in Japan, Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein Mehrfaches des jeweiligen realen Bruttoinlandsprodukts. Das Gesamtvolumen der weltweiten Staatsverschuldung beläuft sich inzwischen auf zwölf bis dreizehn Billionen US-Dollar. Davon entfallen allein auf die Vereinigten Staaten

nach offiziellen Angaben 4,3 Billionen Dollar. Das Ausmaß dieses Betrags wird uns erst deutlich, wenn wir ihn historisch vergleichen. Zur Finanzierung des New Deal und der Rüstungs- und Militärausgaben des Zweiten Weltkriegs mobilisierten die USA in den 1930er und 1940er Jahren – im Umrechnungskurs des Jahr 2009 – 500 Milliarden bzw. 3,5 Billionen Dollar. Allein in der ersten Phase der aktuellen Krise haben die Vereinigten Staaten somit hinsichtlich des *deficit spending* alle historischen Vergleichsmaßstäbe gesprengt. Können derart gewaltige Staatsschulden überhaupt noch auf dem üblichen Weg – durch Steuererhöhungen und Reduktion der Sozialausgaben – getilgt werden? Viele Vordenker der internationalen *think tanks* bezweifeln dies inzwischen. Sie sprechen sich immer offener für eine Strategie der kontrollierten Hochinflation aus, um die Masseneinkommen auf dem kalten Weg der beschleunigten Geldentwertung weiter zu reduzieren und die Staatsschulden geräuschlos abzubauen.

Zusätzlich müssen wir aber auch die strukturellen Gegentendenzen beachten, und auch sie fallen erheblich ins Gewicht. Die bizarre und inzwischen als *Chimerica* bezeichnete Symbiose zwischen China und den Vereinigten Staaten kann mittelfristig nicht durch ein anderes Wachstumsmodell ersetzt werden. Im Gegensatz zu den Verheißungen der Propagandisten eines *Grünen New Deal* sind nirgends Basisinnovationen in Sicht, die ausgehend von der Entwicklung ökologischer Technologien und erneuerbarer Energien einen neuen globalen Wachstumsschub auslösen könnten. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Erholungs- und Depressionsregionen werden sich weiter verstärken. Und schließlich ist völlig ungewiss, welches Weltwährungssystem auf die sich ihrem Ende zuneigende Ära der globalen Leitwährung US-Dollar folgen wird.

Beim sorgfältigen Abwägen der hier in groben Umrissen skizzierten Erholungs- und Krisentendenzen drängt sich der Schluss auf, dass wir am ehesten mit einer langen Depression zu rechnen haben. Wir werden uns auf eine mehrjährige deflationäre Periode des großen Zyklus einzurichten haben, die durch niedrige Preise, sinkende Einkommen, stagnierende Gewinne und Investitionen, forcierte Unter-

nehmenszusammenschlüsse, sprunghafte Produktivitätssteigerungen, anhaltende Massenerwerbslosigkeit und geringes globales Wirtschaftswachstum geprägt sein wird.

Ein weiteres Charakteristikum der im April–Mai 2009 begonnenen zweiten Krisenphase ist das Abbröckeln der strukturellen Reformversprechen, mit denen die gewaltigen Rettungs- und Stimulierungspakete einige Monate lang verbunden waren. Die Anläufe der G 20-Gruppe zur Bändigung der Kapitalvermögensbesitzer und zur Redimensionierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems sind auf einige kosmetische Operationen zur Stilllegung der so genannten Steueroasen reduziert worden. Die weitergehende Reformperspektive der UN-Kommission um Joseph Stiglitz ist marginalisiert. Aber auch die Regierungen der großen Nationalökonomien machen keine Anstalten zu ernsthaften Eingriffen: Eine markante Erhöhung des haftenden Eigenkapitals würde die Bankenprofite schmälern, und auch die zeitweilig diskutierte Aufspaltung der transnationalen Finanzkonzerne wurde vertagt – sie durchlaufen im Gegenteil einen rasanten Konzentrationsprozess. Diese Entwicklung begünstigt die Rückkehr zur extremen Risikobereitschaft, denn die Regierungen können die neuen Mammutinstitute aus Gründen der Systemerhaltung noch weniger als bisher bankrott gehen lassen.

Auch die von der Obama-Administration mit großem Aufwand propagierte Gesundheitsreform hat ihren Schwung verloren. Nicht nur die Republikaner, sondern auch ein immer größer werdender Flügel der *Democratic Party* sperren sich erfolgreich gegen die Einführung einer Krankenkasse, die die Gesundheitsrisiken aller US-Bürgerinnen und -Bürger aus öffentlichen Umlagen abdeckt. Damit haben sich schon jetzt alle Hoffnungen, die extreme Kälte der US-amerikanischen Arbeits- und Sozialverfassung ausgehend von einer Reform des Gesundheitswesens substanziell zu mildern, als illusorisch erwiesen. Es handelte sich wohl doch nur um eine Episode des Präsidentenwahlkampfes, die von der neuen Administration des *Washington Consensus* gleich wieder in die Schubladen verbannt wurde.

Wie aber ist es um die im Oktober 2008 proklamierte zweite chinesische Agrarreform bestellt? Alle erreichbaren Informationen deuten darauf hin, dass die Ansätze zur genossenschaftlichen Restrukturierung des dualen landwirtschaftlichen Systems an Bedeutung verlieren. Die Zentralregierung hat ihnen mit ihrem Beschluss, den antizyklischen Stimulierungsprogrammen oberste Priorität zu geben und weitere Landwirtschaftsflächen dem Infrastrukturausbau zu opfern, die Grundlage entzogen. Die dadurch ausgelöste Verknappung der landwirtschaftlichen Nutzflächen hat vielmehr neue Märkte für den Handel mit Pachtrechten hervorgebracht und den Weg zur kapitalistischen Agrarintensivierung geöffnet. Entsprechend wird sich die Landflucht der Parzellenbauernfamilien beschleunigen, und die Zahl der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter wird weiter zunehmen. Schon Ende 2008 gab es in China 254 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, sie stellen seither ein Drittel des gesamten chinesischen Arbeitskräftepotentials. Ohne Zweifel wird die kapitalistische Wendung der chinesischen Agrarreform weltgeschichtlich relevante Folgen haben. Wenn es der chinesischen Zentralbürokratie gelingt, die Aufhebung des Staatseigentums an Grund und Boden mit einer rechtzeitigen und effizienten Ausweitung der sozialkompensatorischen Sicherungssysteme auf das Land zu kombinieren, dann könnte sie zum Zentrum der Krisenüberwindung und der Restrukturierung des Weltsystems aufsteigen. Scheitert sie aber, dann haben wir mit einer neuen Ära der Sozialrevolten zu rechnen, deren Epizentrum von den Bauernarbeiterinnen und Bauernarbeitern Chinas gestaltet wird.

Nicht weniger problematisch ist schließlich die Lage auf dem Terrain des weltweit zu koordinierenden Umwelt- und Klimaschutzes. Obwohl sich im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz neben den Protagonisten Japan und Europa auch die Hauptakteure China und USA mit Absichtserklärungen zur Reduktion der Treibhausgase zu Wort meldeten, ist es in Kopenhagen nicht gelungen, auf das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ein weltweit verbindliches Abkommen folgen zu lassen, das die Treibhausgase entscheidend reduzie-

ren wird. Es blieb wie im Finanzsektor bei vollmundigen Absichtserklärungen, denen aber keine konkret greifenden globalen Aktionspläne unterlegt wurden: Die Naturzerstörungen und Klimakatastrophen werden zunehmen, während sich gleichzeitig die ökokapitalistische Durchdringung der Bio- und Geosphäre weiter beschleunigt.

Das sind nur die vier wichtigsten Beispiele. Die trügerischen und labilen Erholungszeichen der letzten Monate scheinen ausgereicht zu haben, um die strukturellen Reformkonzepte wieder von den Rettungs- und Stabilisierungspaketen abzukoppeln. Der Krisen-Keynesianismus entledigt sich zunehmend seiner mittelfristigen sozialpolitischen Integrationsfunktionen, insbesondere der Stabilisierung der Einkommensverhältnisse und der Strategie der Vollbeschäftigung.

Während die strukturellen Reformaspekte zunehmend aus den Anti-Krisenprogrammen verschwinden, benutzen die herrschenden Eliten die Krise als Hebel zu weit reichenden Eingriffen in die Felder der Wissensarbeit und der Wissensproduktion. Dabei werden jedoch nur Prozesse beschleunigt, die schon in der letzten Phase des voraufgegangenen großen Zyklus in Gang gekommen waren. Wir können sie als qualitativ neue Etappe der realen Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital begreifen. Die auslösenden Krisenfaktoren sind bekannt, so dass wir uns auf einige Schlaglichter beschränken können.

Die Stiftungsuniversitäten der Vereinigten Staaten haben in den letzten zwei Jahren ein Drittel ihres Kapitalvermögens verloren. Parallel dazu sind Hunderttausende von Studierendenkrediten notleidend geworden. Diese Destabilisierung des weltweit noch immer führenden Wissenschaftszentrums löste Schockwellen aus, die die in den nachgeordneten Bereichen der Triade und der Schwellenländer ebenfalls zu beobachtenden Krisentendenzen verstärkten. Die Wissenschaftsbükratien reagieren weltweit auf die Kürzung ihrer Budgets mit einer Verdichtung und Hierarchisierung der Ausbildungsgänge (in Europa: Aufspaltung der Studiengänge in Bachelor- und Masterstudium), während die Mehrzahl der Absolventinnen und Absolventen der Wissensfabriken in prekären Arbeitsverhältnissen

landet und alle einer gnadenlosen Konkurrenz auf den Weltmärkten für Wissensarbeit ausgesetzt sind. Parallel dazu wird die direkte Unterwerfung der Wissensproduktion unter die Innovationsstrategien des Kapitals beschleunigt, indem ihre Institutionen restrukturiert, hierarchisiert und dem direkten Unternehmerkommando unterworfen werden (Ausbau der Stiftungs- und Privatuniversitäten). Hinzu kommt drittens eine gravierende Neubestimmung der Inhalte der Wissensproduktion. Der Wissenschaftssektor geht der letzten Reste seiner konzeptuellen Autonomie verlustig und wird in aller Offenheit auf Kriegs- und Rüstungsforschung, auf neue Techniken der Roh- und Ersatzstoffexploration sowie auf die Aktionsfelder der internationalen Machtpolitik ausgerichtet.

Diese Entwicklungstendenzen stehen mit weit reichenden Redimensionierungen im Bereich der internationalen Machtpolitik im Zusammenhang. Die Welthegeemonie der Vereinigten Staaten von Amerika neigt sich seit längerem ihrem Ende zu, aber dieser Prozess hat sich seit Krisenbeginn erheblich beschleunigt. Wir sind inzwischen Zeugen einer multipolaren Blockbildung, die neue wie alte imperialistische Regionalzentren hervorbringt. China kontrolliert inzwischen nicht nur die Märkte Südostasiens, sondern bringt auch die Rohstoffsektoren Australiens, der Pazifikregion und des Subsaharischen Afrika unter seine Kontrolle. Um die neuen Rohstoffrouten und -zentren militärisch zu sichern, baut die Zentralregierung die Kriegsmarine massiv aus und reorganisiert ihre Landstreitkräfte, um sie auf Auslandseinsätze vorzubereiten. Die brasilianische Regierung hat einen strategischen Rüstungspakt mit Frankreich geschlossen, um die vor der Atlantikküste neu entdeckten Erdöl- und Erdgasvorkommen durch die Aufrüstung der Marine und Luftwaffe zu sichern: Die Logik der Geostrategie war mächtig genug, um ein Bündnis zwischen dem Umfeld des Präsidenten Lula da Silva und der Armee zu zimmern, das jahrzehntelang undenkbar erschienen war. Auch Indien rüstet massiv auf, um die Handels- und Transportrouten des Indopazifik und der ostafrikanischen Küste unter Kontrolle zu bringen. In Russland wiederum war der militärisch-in-

dustrielle Komplex seit Krisenbeginn ein Eckpfeiler der antizyklischen Staatsintervention, und seit neuestem sind wir Zeugen einer Wiederbelebung der zaristischen Eurasien-Ideologie, die einmal mehr den Zugriff auf Zentralasien legitimieren soll. Währenddessen entdeckten auch die Vereinigten Staaten ihren lateinamerikanischen „Hinterhof“ neu: Der in Kolumbien beginnende Wiederaufbau strategischer Militärbasen löste in Lateinamerika umgehend eine neue Aufrüstungswelle aus. Angesichts dieser unzweideutigen Tendenzen wollte auch die Europäische Union nicht zurückstehen. Sie initiierte in ihren Kernländern eine verschwiegene Aufrüstungswelle, die unzweideutig mit der Schwarzmeerregion als dem nächsten Expansionsziel korreliert ist. Über alle diese bedrohlichen Entwicklungstendenzen diskutiert kaum jemand. Sie werden derzeit noch durch die asymmetrische Kriegscoalition der USA mit ihrem Fokus Afghanistan überlagert. Aber es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange diese kollektiv-kolonialistische Erbschaft aus dem vorausgegangenen Zyklus noch die machtpolitischen Blockbildungen der heraufziehenden langen Depression verdecken wird.

Es gibt jedoch auch Gegentendenzen, die die sich abzeichnende Entwicklung deutlich von den Prozessen der imperialistischen Blockbildung in den 1880er/1890er und 1930er Jahren unterscheiden. Auf ihrer jüngsten Gipfelkonferenz in Pittsburgh etablierten sich die Regierungen der G 20-Gruppe als neues Koordinationszentrum des Weltsystems. Sie beließen es dabei keineswegs nur bei Absichtserklärungen, sondern werteten den Internationalen Währungsfonds (IMF) zu einem Exekutivorgan auf, das als perspektivische Welt-Zentralbank wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleichen und als *lender of last resort* zum Abbau der gigantisch angewachsenen Devisenreserven der großen Schwellenländer beitragen soll. Angesichts der schon im April 2009 erfolgten Aufstockung des Eigenkapitals und der Sonderziehungsrechte des IMF sind diese Beschlüsse durchaus ernst zu nehmen. Aber auch hier gilt es – wie beim weiteren Fortgang der chinesischen Agrarreform – erst einmal abzuwarten. Gegenwärtig kann niemand voraussagen, ob wir tatsächlich einer Ära

des kollektiv koordinierten Imperialismus entgegengehen, dessen Umriss Karl Kautsky schon vor über 90 Jahren skizziert und als „Ultra-Imperialismus“ bezeichnet hatte. Und sollte es der G 20-Gruppe tatsächlich gelingen, die immer stärker zutage tretenden Rivalitäten der multipolaren Großmächte auszugleichen, dann bliebe immer noch die Frage offen, wie lange diese Konstellation Bestand hat. Erst gegen Ende der kommenden langen Depression wird sich entscheiden, ob es sich bei dieser Konstellation nur um ein Übergangsphänomen handelte, bis sich ein neues hegemoniales Zentrum etablierte, oder ob sie von längerer Dauer sein wird.

Ob so oder so: Für das globale Multiversum der Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten birgt keine der möglichen Auswirkungen der aktuellen Weltwirtschaftskrise auf die internationale Machtpolitik positive Aspekte. Es ist mit Programmen zur Krisenbekämpfung konfrontiert, die sich ihrer strukturellen Reformkomponenten weitgehend entledigt haben. Die globalen Unterklassen müssen sich auf einen Krisen-Keynesianismus einrichten, der die archaischen, schon in der vorindustriellen Periode entwickelten Programme zur Stabilisierung der „Finanzarchitektur“ ergänzt und sich aller sozialpolitischen Konzessionen an die Stabilität der Masseneinkommen und das Beschäftigungswachstum entledigt hat.

Krisenerfahrungen aus der Perspektive von unten

Für die globalen Unterklassen der Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten brachte die seit der Jahreswende 2006/2007 über sie hereingebrochene Krise teilweise traumatische, teilweise aber auch paradoxe Erfahrungen. Gegenwärtig ist es trotz aller Anstrengungen noch nicht möglich, diese Erfahrungshorizonte auch nur annähernd zu umreißen. Es scheint lediglich festzustehen, dass sich die im vorausgegangenen Zyklus in Gang gekommene Auflösung der Dreiteilung des Weltsystems – Zentren, Semiperipherie und Peripherie – auch hinsichtlich der Arbeits-, Einkommens- und Ernährungsverhältnisse weiter beschleunigt hat. Die Massenarmut ist keines-

wegs mehr nur ein Phänomen des globalen Südens, sondern dringt zunehmend auch in die Schwellenländer und die Triaderegion vor. Umgekehrt vermochten die weiter beschäftigten Teile der Weltarbeiterklasse in allen Weltregionen ihr Einkommensniveau einigermaßen zu halten, während die erwerbslos Gewordenen aufgrund des im Vorzyklus erfolgten Abbaus der sozialen Sicherungssysteme rasch zu den langfristig Un- oder Unterbeschäftigten aufschlossen und sozial marginalisiert wurden. Parallel dazu beschleunigte die Krise die Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse in allen ihren Schattierungen. Selbst in den großen Nationalökonomien Japans, der Vereinigten Staaten und Europas haben die unbefristeten und einigermaßen gesicherten Arbeitsverhältnisse den Charakter eines dominierenden „Normalarbeitsverhältnisses“ verloren. Gemeinsam ist den globalen Unterklassen des Weiteren, dass sie auch in den Konstellationen der großen Schwellenländer und der Triaderegion mit durchschnittlichen Einkommensverlusten zwischen fünf und fünfzehn Prozent konfrontiert sind. Das erste Jahrzehnt des zweiten Millenniums sieht das globale Multiversum der Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten in dieser Hinsicht unzweifelhaft in der Position des sozialökonomischen Verlierers.

Insgesamt dominiert somit trotz einiger markanter Gegentendenzen weltweit der soziale Abstieg. Vor allem die laufenden statistischen Überblicke der UN-Organisationen dokumentieren diesen Trend. Den Schätzungen des International Labour Office (ILO) zufolge wird die Zahl der weltweit Erwerbslosen bis Ende 2009 um 40 bis 60 Millionen Menschen zunehmen – der Ausgangssockel der globalen Erwerbslosigkeit umfasste schon zu Krisenbeginn 239 Millionen Menschen. Noch dramatischer sind die aktuellen Berichte der Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organisation, FAO) der Vereinten Nationen, die von einem Anstieg der Zahl der chronisch Unterernährten und Hungernden um 160 bis 200 Millionen auf 1,02 Milliarden Menschen ausgeht. Das aber besagt, dass gegen Ende dieses Jahres eine Milliarde Menschen in rechtlosen, extrem unterbezahlten und gesundheitsschädlichen Gelegenheitsjobs

gegen ihren Hunger und ihre Obdachlosigkeit ankämpfen. Das Ausmaß einer derart rapid zunehmenden Massenverelendung überschreitet das gewöhnliche Vorstellungsvermögen. Aber auch der Historiker steht ihm fassungslos gegenüber, denn die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist das krasse Gegenstück zu den Hunger- und Subsistenzkrisen der vorindustriellen Ära, die durch Getreidemisernten ausgelöst und insofern typische Unterproduktionskrisen gewesen waren. Heute aber leidet auch die Weltlandwirtschaft an Überkapazitäten, und die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe sind drastisch gefallen. In den durch die Welthandelskrise besonders getroffenen Depressionsgebieten herrscht jedoch Hochinflation, und deshalb schlägt sich der Niedergang der Weltagrarpreise nicht in den realen Lebensmittelpreisen nieder. Seit der Preisexplosion vom Sommer 2008 verharren sie noch immer zu einem Viertel über dem Vorkrisenniveau. Diese paradoxe Hungerfalle wird zusätzlich dadurch funktionsfähig gehalten, dass die Institutionen der Welthungerhilfe seit neuestem nicht mehr Lebensmittel verteilen und dadurch die überhöhten Lebensmittelpreise senken, sondern vielmehr Geldzahlungen für den Kauf von Nahrungsmitteln gegen Arbeitsleistung anbieten – die aber bei Erwerbslosenquoten zwischen 50 und 75 Prozent nur noch ausnahmsweise zu erbringen sind.

Indessen besagen derartige Übersichtszahlen nicht viel über die soziale Wirklichkeit. Um sie konkret fassbar zu machen, sind Fallstudien unabdingbar. Im Folgenden konzentriere ich mich auf drei Konstellationen, die für die globalen Krisenerfahrungen aus der Perspektive von unten repräsentativ sein dürften und zugleich die unterschiedlichen Entwicklungsstadien der über 190 Nationalökonomien berücksichtigen. Denn wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass die klassische Dreiteilung des industrialisierten Weltsystems der Vergangenheit angehört und einer Vielfalt von Kapitalismen Platz gemacht hat, die in ihren unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungsstadien das Auf und Ab von Globalisierung und De-Globalisierung bedingen.

In den Vereinigten Staaten ist die offiziell registrierte Arbeitslosenquote seit der Jahreswende 2007/2008 auf inzwischen 10,2 Prozent der erwerbsabhängigen Bevölkerung gestiegen – das sind knapp 16 Millionen Menschen. Aber die Situation ist wesentlich schlimmer, denn in der behördlichen Arbeitslosenstatistik tauchen nur diejenigen Menschen auf, die sich in den jeweils letzten vier Wochen aktiv um einen Arbeitsplatz bemüht haben. Allein die Zahl derjenigen, die sich nach einer zwölfmonatigen Pause der Entmutigung wieder arbeitslos meldeten, wird auf 2,3 Millionen beziffert. Hinzu kommen etwa neun Millionen Kurzzeitbeschäftigte. Nach seriösen Schätzungen sozialwissenschaftlicher Institute belief sich die Quote der Erwerbslosen Anfang Dezember 2009 auf 17,0 bis 17,5 Prozent oder 26 bis 27 Millionen Menschen, und in den von der Häuserkrise oder den industriellen Zusammenbrüchen besonders betroffenen Bundesstaaten wie California, Arizona, Florida, Nevada, Michigan, Ohio und Rhode Island reicht sie inzwischen an die 20 Prozent-Marge heran. Um die soziale Lage der Betroffenen zu verstehen und sie mit der Situation der Erwerbslosen in anderen Weltregionen vergleichen zu können, müssen wir zusätzlich wissen, dass in den Vereinigten Staaten die Kündigungsfristen extrem kurz sind, dass in der Regel keine Abfindungen gezahlt werden und dass im Normalfall nicht länger als ein halbes Jahr lang Arbeitslosengeld gezahlt wird, zu dessen Bezug ohnehin nur 43 Prozent der Erwerbsabhängigen berechtigt sind. Vor allem aber verlieren die Erwerbsabhängigen mit ihrem Arbeitsplatz auch ihre Krankenversicherung, denn die extrem teuren individuellen Versicherungsprämien können sie nicht bezahlen. Der Absturz in die Armut und die Obdachlosigkeit findet entsprechend schnell statt, zumal im Gefolge der Gentrifizierung der Städte auch die billigen Sozialwohnungen genauso verschwunden sind wie die Ansätze zum Aufbau minimaler Sicherungssysteme aus den 1960er und 1970er Jahren. Die privaten Obdachlosennetzwerke haben mit ihren Notschlafstellen, Obdachlosenheimen und Suppenküchen Hochkonjunktur. Allein in ihren Kinderhorten sind zurzeit 1,5 Millionen Kinder untergebracht. Etwa

45 Millionen Menschen (13,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) waren im Jahr 2008 offiziell als arm registriert und bezogen Lebensmittelpakete; davon waren 24,7 Prozent Schwarze, 23,6 Prozent Latinos und 8,6 Prozent Weiße. Noch etwas mehr Menschen – 46,3 Millionen – sind nicht krankenversichert. Über zwei Millionen Menschen, zumeist Schwarze und Latinos aus den Unterklassen, sind in den Zuchthäusern und Gefängnissen interniert.

Als Beispiel zur Dokumentation der Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern kann Mexiko dienen. Wegen der seit Krisenbeginn zusammengebrochenen Einkommensmöglichkeiten und der gestiegenen Lebensmittelpreise hat sich die Massenverarmung erheblicher Teile der Unterklassen in den vergangenen Jahren beschleunigt. Zwischen 2006 und 2008 ist der Anteil der Unterernährten und chronisch Hungernden von 13,8 auf 18,2 Prozent gestiegen und hat im Verlauf des Jahrs 2009 die 20 Prozent-Marge überschritten. Parallel dazu ist der Anteil derjenigen, die sich zwar die Grundnahrungsmittel und eine minimale Gesundheitsversorgung leisten können, aber auf eine Mietwohnung, neue Bekleidung und die öffentlichen Transportmittel verzichten müssen, von 42,6 auf 47,4 Prozent gestiegen. Einen sofort wirksamen Ausweg aus dieser desolaten Situation bietet inzwischen nur noch die organisierte Kriminalität, da das „soziale Ventil“ der Arbeitsmigration in die Vereinigten Staaten krisenbedingt verstopft ist und die Rücküberweisungen (Rimessen) der ArbeitsmigrantInnen zur Unterstützung ihrer kleinbäuerlichen Subsistenzfamilien um ein Drittel zurückgegangen sind. Zusätzlich wurden seit dem Frühjahr 2009 die Sozialprogramme wegen der rückläufigen Einnahmen aus den Erdölexporten und des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts um acht Prozent zusammengestrichen. Alle diese Faktoren bewirken, dass sich die mexikanische Gesellschaft langsam auf den Abgrund zu bewegt. Diese Entwicklungstendenzen sind für die Mehrzahl der Entwicklungs- und Schwellenländer des globalen Südens typisch.

Wenden wir uns abschließend einer Region zu, die in arbeits- und sozialpolitischer Perspektive bislang vergleichsweise glimpflich

durch die Krise gekommen zu sein scheint – der Euro-Zone (E 15-Gruppe) der Europäischen Union. In ihr ist die durchschnittliche Erwerbslosigkeit bis Oktober 2009 auf 9,7 Prozent der erwerbsabhängigen Gesellschaftsgruppen angestiegen, es waren also 15,3 Millionen Menschen betroffen. Die Bandbreite zwischen den einzelnen Nationalökonomien ist jedoch erheblich: In den Niederlanden waren zu diesem Zeitpunkt 3,5 Prozent abhängig Beschäftigte erwerbslos, in Spanien dagegen 19,3 Prozent.

Deutschland befindet sich in einer Mittelposition. Es gab im Herbst 2009 etwa 3,2 Millionen behördlich registrierte Erwerbslose, das waren 7,7 Prozent aller Erwerbsabhängigen. Die Zahl der KurzarbeiterInnen erreichte in der gleichen Zeitspanne 1,4 Millionen, während sich das Spektrum der BezieherInnen des offiziellen Existenzminimums – „Hartz IV“ und Sozialhilfe – nur geringfügig erweiterte. Dabei gab es jedoch fließende Übergänge zu den arbeitenden Armen des Niedriglohnssektors, die inzwischen ein Fünftel der gesamten erwerbsabhängigen Bevölkerung ausmachen. Darüber hinaus verfügt auch in Deutschland nur noch knapp die Hälfte der abhängig Beschäftigten über einen unbefristeten Arbeitsvertrag und eine einigermaßen hinlängliche soziale Absicherung gegen die Wechselfälle ihres Daseins, sie ist aber inzwischen ebenfalls in die Reichweite der Altersarmut geraten. Dieser erstaunliche Wandel der Arbeits- und Sozialverhältnisse ist jedoch im Gegensatz zu vielen anderen Nationalökonomien erst jüngsten Datums. Noch vor acht Jahren hätte sich niemand eine derart rasante Sozialdemontage vorstellen können. Da ihre entscheidenden Etappen schon vor Krisenbeginn durchgesetzt worden waren, fiel es den herrschenden Eliten nicht schwer, die seit 2008 einsetzenden Krisenfolgen durch die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung abzufedern und ihre Maßnahmen zugleich so zu dimensionieren, dass die Mechanismen der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse auf die Kernbelegschaften ausgedehnt wurden. Das Kurzarbeitergeld dient nicht nur als soziales Ventil zur Begrenzung der Massenerwerbslosigkeit, sondern auch als Spaltungs- und Disziplinierungsinstrument. Der soziale Abstand der Kernbelegschaften

ten zu den Prekären (Leiharbeiter und befristet Beschäftigte) und den Erwerbslosen wird zwar aufrecht erhalten, zugleich werden aber die in die Kurzarbeit Geschickten in eine zusätzliche disponible und jederzeit abrufbare Reservearmee umgewandelt, die die uneingeschränkt weiter beschäftigten Kernbelegschaften unter Druck setzt und zur „freiwilligen“ Preisgabe ihrer bisherigen Arbeits- und Einkommensstandards veranlasst.

Der soziale Alltag der in Deutschland lebenden Erwerbsabhängigen, Erwerbslosen und Pauperisierten ist derzeit stark durch diese Sozialtechniken der Klassenfragmentierung geprägt. Ihr subalterner Status wird durch das Zusammenspiel zwischen den Unternehmensleitungen und den Arbeitsbehörden immer wieder neu festgeschrieben. Es ist seit der Jahreswende 2008/2009 üblich geworden, die Kernbelegschaften gegen die Leiharbeiter und befristet Beschäftigten auszuspielen; dass die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertretungen dabei als Co-Manager der Unternehmen agieren und die in den Kernbelegschaften vorhandenen Entsolidarisierungstendenzen verstärken, wurde im März–April 2009 anlässlich eines Hungerstreiks von Leiharbeitern des VW-Werks Hannover für ihre Wiedereinstellung auf spektakuläre Weise deutlich. Es kann aber auch vorkommen, dass die Leiharbeiter zur Disziplinierung der Kernbelegschaften benutzt werden. So wurden kürzlich die mit dem Umbau eines Seeschiffs beschäftigten festangestellten Arbeiter eines Werftunternehmens auf „Kurzarbeit Null“ geschickt, und eine Leiharbeitsfirma erledigte diese Aufgabe mit weniger als der Hälfte der Arbeitskräfte innerhalb der Vertragsfrist. Wer Kontakte mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Großindustrie hat, erlebt wöchentlich mit, wie die Belegschaften der verschiedenen Konzernstandorte gegeneinander ausgespielt werden. Und er/sie wird Zeuge eines zermürbenden, „sozialverträglich“ moderierten Abstiegs, bei dem um abgestufte Entlassungsschübe, kompensatorische Abfindungen, Frühverrentungen und die Überstellung der Ausgesonderten in gewerkschaftlich gesteuerte Transfergesellschaften gefeilscht wird.

Im Rahmen dieses Überblicks ist es leider nicht möglich, den Blick auf die sozialpartnerschaftliche Variante der subalternen Krisenerfahrungen weiter zu vertiefen. Der Unterschied zur sozialen Härte und Direktheit der Krisenerfahrungen der US-amerikanischen Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter ist überdeutlich, und zwischen diesen beiden Konstellationen und den Krisenerfahrungen des Proletariats der Schwellen- und Entwicklungsländer liegen nochmals Welten. Aber wer möchte behaupten, dass die am deutschen Beispiel skizzierte sozialpartnerschaftliche Variante der Klassenfragmentierung und Entsolidarisierung das kleinere Übel darstellt? Wenn wir die mentalitätsspezifischen Aspekte des Sich-Wegduckens, der Entsolidarisierung und des Hoffens darauf, dass es nur die Anderen treffen möge, bedenken, dann sind Zweifel durchaus angebracht. Durch diese Überlegungen sollen die Erfahrungen proletarischer Ausweglosigkeit oder die in den Vereinigten Staaten um sich greifenden Prozesse der psychosomatisch individualisierten Krisenverarbeitung jedoch nicht verharmlost werden. Der subalterne Habitus des Multiversums der Unterklassen hat viele Gesichter. In Krisenzeiten entwickelt er sich besonders kräftig und differenziert sich in immer neuen Facetten aus.

Handlungsmöglichkeiten von unten

Ist dieser Befund aber für alle Phasen der Krise zutreffend? In den „Kernphasen“ der Krise sind die Phänomene der sozialen Regression und der Klassenfragmentierung häufig übermächtig. Aber sie sind in der Regel nicht von langer Dauer. Die Leidensbereitschaft der Unterklassen ist nicht grenzenlos. Wenn sie von den herrschenden Eliten überstrapaziert wird, werden Erinnerungen an den aufrechten Gang und die menschliche Würde wach. In allen bisherigen Krisen gab es Augenblicke, in denen Furcht, Resignation und die Gefühle der Ausweglosigkeit in Wut und Rebellion umschlugen.

Die strategischen Fenster der Sozialrevolte beginnen sich immer dann zu öffnen, wenn die herrschenden Eliten glauben, „das

Schlimmste hinter sich zu haben.“ Das ist vor allem in den echten oder vermeintlichen Erholungsperioden der Fall, die auf die erste Krisenstufe folgen, bevor sie in einen zweiten Kriseneinbruch oder in eine lange Depression übergehen. In diesen Konstellationen verlieren die Unternehmensleitungen und die Regierungen das Augenmaß und verschärfen den Klassenkampf von oben. Im Bestreben, ihre Profite so rasch wie möglich wieder hochzufahren, beschleunigen die Unternehmer ihre aggressiven Kostensenkungsprogramme. Sie verzögern Neueinstellungen und beschleunigen stattdessen das Arbeitstempo. Auf diese Weise erzielen sie gerade in dieser zweiten Krisenphase erstaunliche Produktivitätssteigerungen. Geht es ihnen dagegen weiterhin schlecht, so entscheiden sie sich rascher als sonst zu Betriebsschließungen und Massenentlassungen. In der Regel sekundieren ihnen in dieser Konstellation auch die politischen Klassen der Regulationssysteme. Auch sie halten jetzt die Zeit für gekommen, um die Staatsverschuldung durch gezielte Steuererhöhungen und die Skelettierung der Sozialbudgets auf die Unterklassen abzuladen.

In dieser Situation befinden wir uns inzwischen weitgehend. Obwohl sich viele Unternehmen den mittelfristig geschrumpften Kapazitäten angepasst und konsolidiert haben, verkleinern sie die Belegschaften weiter und verschärfen das Arbeitstempo. Aus mehreren Wirtschaftssektoren der Vereinigten Staaten werden Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität zwischen acht und 15 Prozent gemeldet, und deutsche Industriearbeiter berichten, dass in manchen Sektoren das Arbeitspensum von bisher drei Schichten durch nur noch zwei Schichten bewältigt wird. Dabei kommen im Allgemeinen nicht etwa aufwendige Rationalisierungsinvestitionen, sondern lediglich organisatorische Umstellungen und die Schließung der letzten Poren des Arbeitstags zum Tragen. Dagegen zögern viele Regierungen noch, es den Unternehmensvorständen gleich zu tun, weil sie noch nicht davon überzeugt sind, dass eine wirkliche wirtschaftliche Stabilisierung eingesetzt hat. Sie spielen auf Zeitgewinn. Aber wenn es so weit ist, werden sie ihrerseits keinen Augenblick zögern, um den

Unterklassen direkt oder auf dem Weg der monetären Enteignung die Hauptlasten der Krisenüberwindung aufzubürden. Sobald sie mit den Unternehmensleitungen gleichziehen, wird der Bruchpunkt erreicht sein, an dem die herrschenden Eliten das Augenmaß des gerade noch Zumutbaren verlieren und sich die Sozialrevolten einhandeln.

Historisch ist dieses Szenario schon mehrfach abgelaufen. In der langen Depression der 1870er und 1880er Jahre entstand die neue Arbeiterbewegung des kapitalistischen Weltsystems, und zwar in ihrer gesamten Bandbreite, von den Anarchisten und revolutionären Syndikalisten über die Sozialrevolutionäre bis hin zu den verschiedenen Flügeln der Sozialdemokratie. Selbst in den düsteren 1930er Jahren gab es Lichtblicke, so etwa im Mai–Juni 1936, als eine völlig unerwartete Sozialrevolte der französischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Volksfrontregierung an die Macht brachte; weltgeschichtlich noch bedeutsamer waren einige Monate später die *sit down strikes* der US-amerikanischen Seeleute und Hafendarbeiter sowie der Automobilarbeiter im Bundesstaat Michigan, die den Industriegewerkschaften zum Durchbruch verhelfen und die *New Deal*-Politik des Präsidenten Roosevelt unter erheblichen Reformdruck setzten. Ähnliche soziale Ausbrüche gegen die Instrumentalisierung von Krisenfolgen gab es aber auch nach dem zweiten Weltkrieg, man denke nur an die erste westdeutsche Nachkriegsrezession von 1966/67, auf die dann die Septemberstreiks von 1969 gefolgt sind.

Nicht wenige Anzeichen sprechen dafür, dass wir uns auch heute am Vorabend eines neuen sozialen Aufbruchs befinden. Vor einem Jahr begann in Griechenland eine völlig unerwartete Jugendrevolte, die das Land innerhalb weniger Wochen grundlegend veränderte. Monatelang waren wir Zeugen einer Sozialrevolte französischer Betriebsbelegschaften, die ihre Fabriken blockierten und ihre Manager in den Vorstandsetagen festsetzten. Selbst hinter der Revolte gegen die Fälschungen bei der iranischen Präsidentenwahl steckten auch soziale Motive: Wie in Griechenland und Frankreich skandierten Jugendliche und Arbeiter, dass sie nicht willens seien, für eine

nicht von ihnen verschuldete Krise gerade zu stehen. Das sind nur drei herausragende Beispiele. Alle diese Revolten entwickeln sich in unterschiedlichen regionalen Kontexten und blieben bislang unkoordiniert – trotz der frappierenden Übereinstimmungen bei einigen ihrer Slogans. Aber das könnte sich bald ändern, und dann würde sich ihr Gewicht schlagartig erhöhen.

Selbst in Deutschland neigt sich die Ära der sozialpartnerschaftlichen Eindämmung der Klassenkonflikte ihrem Ende zu. Seit Jahren sind wir Zeugen wachsender Proteste und Streikaktionen gegen die Arbeitsdespotie der Einzelhandelsketten und die gesundheitsverschleißenden Arbeitsbedingungen in den Pflegeheimen und Kindertagesstätten, und sie sind im bisherigen Krisenverlauf nicht etwa eingedämmt, sondern deutlich verstärkt worden. Zum ersten Mal gab es einen erfolgreich organisierten und verlaufenen Streik im Niedriglohnsektor, der mit einer markanten Erhöhung der Mindestlohnsätze für die Gebäudereiniger endete. In den Autozulieferbetrieben der Provinz kam es zu harten Blockadestreiks, bei denen die Arbeiterbelegschaften die *just in time*-Vernetzungen ihrer Produktionsstätten geschickt ausnutzten und teilweise bemerkenswerte Konzessionen durchsetzten. Hinzu kommen seit neuestem die Besetzungsaktionen der Studierenden zahlreicher Universitäten, die – wie auch in vielen anderen Ländern – gegen die Verdichtung und kommerzialisierende Verflachung ihrer Ausbildungsgänge revoltieren und sich mit ihren Forderungen nach „Solidarität statt Elite“ dem sich entfaltenden Panorama der sozialen Kämpfe öffnen.

Wir können somit festhalten, dass sich die bisherige „molekulare“ Phase des sozialen Widerstands seit dem Übergang zur zweiten Krisenphase nicht nur konsolidiert hat, sondern sich auch auf ein breiter verankertes Netz der Gegenwehr ausdehnt. Zu Zweckoptimismus besteht indessen kein Anlass, denn die trennenden Momente zwischen den einzelnen Komponenten des sozialen Widerstandsprozesses sind groß und können durch die bis an den Rand ihrer physischen und psychischen Erschöpfung gehenden AktivistInnen der Basisinitiativen und linksgewerkschaftlichen Ansätze nicht über-

brückt werden. Ein qualitativer Sprung erscheint unabdingbar. Es erscheint vordringlich, die sich in allen Sektoren embryonal ausbreitenden Betriebskämpfe mit den sozialen Kämpfen in den Quartieren, den Ausbildungsfabriken und den Sphären der scheinsselbstständigen Arbeit zu verknüpfen. Wie könnte dieser Sprung bewerkstelligt werden? Im Folgenden werde ich einige Überlegungen vortragen, die zur Überwindung dieser Schranken beitragen könnten. Sie gehen von der Grundannahme aus, dass die Vernetzung der verschiedenen Mikrostrukturen der Gegenwehr die Entwicklung einer konkreten Utopie voraussetzt, die eine glaubwürdige und praktikable Systemüberwindung zum Ziel hat. Diese konkrete Utopie verstehe ich als Strategie zur Herbeiführung einer selbstbestimmten Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind und ihre Produktions- und Reproduktionsbedürfnisse in basisdemokratisch verfasseter Selbstorganisation in die Hand nehmen.

Eine solche strategische Option ist zweifellos überfällig, wird aber von Vielen mit dem Verweis auf die historischen Hypothesen der Arbeiterlinken als unrealistisch angesehen. Deshalb sollten wir uns zunächst über einige elementare Voraussetzungen verständigen, die für eine Verknüpfung der zu erwartenden Massenkämpfe der auf uns zu kommenden langen Depression mit einer neuen organisatorischen Initiative führen könnten.

Die erste Voraussetzung sehe ich in einer Verständigung über die Tatsache, dass alle vergangenen Versuche der Mehrheit der Arbeiterlinken, die kapitalistische Gesellschaftsformation „politisch“ durch die Eroberung der Staatsmacht zu stürzen, historisch gescheitert sind. Der etatistische Weg zum Sozialismus ist obsolet. Er hat eine tiefe Kluft zwischen den ausgebeuteten Klassen und den Arbeiterbürokratien hervorgebracht, die bis zum Untergang ihrer Parteien und der als „realsozialistisch“ bezeichneten „Volksdemokratien“ nicht überwunden werden konnte. Auch die mit dem etatistischen Weg verbundenen Wirtschaftsmodelle – Zentralverwaltungswirtschaften und zentrale Planungssysteme – sind historisch widerlegt, weil sie nicht an den genuinen Massenbedürfnissen der unmittelbaren Pro-

duzenten, sondern an den Machtinteressen der Arbeiterbürokratien orientiert waren. Dieser Befund lässt sich sehr wohl auch auf die „reformistischen“ Varianten des etatistischen Transformationsmodells übertragen, die in der Nachkriegsära zu einer Symbiose zwischen der Sozialdemokratie und den antizyklischen Vollbeschäftigungsprogrammen des Keynesianismus geführt haben. Sie milderten zwar die Konfrontation der Interessen und Lebensstile zwischen ArbeiterInnen und Kapital, aber dies geschah um den Preis einer Sozialtechnik, die den Weg zur Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen kommandierender und kommandierter Arbeit blockierte und alle Ansätze zur Entwicklung einer egalitären und selbstbestimmten Gesellschaft ausgrenzte. Alle diese Varianten der etatistischen Systemüberwindung sind nicht nur historisch überholt, sondern auch aus der Perspektive von unten gründlich diskreditiert. Sie sind zu einer schweren Hypothek geworden, die die Arbeiterlinke auch heute noch daran hindert, sich vom Albdruk ihrer voraufgegangenen Generationen zu befreien und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Sie sind so gravierend, dass wir auf die mit ihnen kompromittierten Begriffe („Sozialismus“, „Kommunismus“, „Realsozialismus“) verzichten und eine Debatte über eine alternative Begrifflichkeit eröffnen sollten, die uns aus den semantischen Fesseln einer untergegangenen Arbeiterbewegung befreien könnte.

Nun hat es immer auch minoritäre Strömungen der Arbeiterlinken gegeben, die den autoritär-hierarchischen Charakter und den deterministischen Fortschrittsglauben des etatistischen Sozialismus durchschauten und kritisierten. Vor allem in Perioden des revolutionären Aufbruchs gewannen sie immer wieder an Gewicht, so etwa der revolutionäre Syndikalismus im Gefolge der internationalen Massenstreiks von 1905, die internationale Rätebewegung gegen Ende des Ersten Weltkriegs oder die spanische Arbeiterrevolution von 1936. Aber auch an diese Traditionen können wir nicht unbesehen anknüpfen, weil sie den komplexen Strukturen des heutigen Multiversums nicht gerecht werden. Zudem müssen wir uns erst einmal selbst in Frage stellen und eine Debatte darüber eröffnen, warum

die historischen Verortungsversuche unserer eigenen Generation, die zwischen 1967 und 1970 ihren Höhepunkt erreichten, trotz einiger bemerkenswerter heterodoxer Impulse wie etwa des Operaismus seit Beginn der 1970er Jahre mehrheitlich in eine etatistische Orthodoxie umschlugen, während sich in anderen Spektren der Primat des Politischen zum Primat des bewaffneten Kampfs verselbständigte, wobei nur in Ausnahmefällen der Bezug zur Realität der sozialen Kämpfe gewahrt blieb.

Der Weg zur Aufhebung der kommandierten Arbeit und zur Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums für die Zwecke der sozialen Selbstbestimmung und die Entfaltung sozialer Subjektivität verfügt zudem aktuell über keine institutionellen Vermittlungen und über keine politischen „Reformbrücken“ mehr. Wie wir am Beispiel der chinesischen Agrarreform, der US-amerikanischen Gesundheitsreform und der finanzmarktpolitischen Regulierungsbestrebungen der G 20-Gruppe gezeigt haben, haben sie sich beim Übergang zur zweiten Krisenphase weitgehend verflüchtigt. Das Weltsozialforum, einst Hoffnungsträger der neuen Sozialbewegungen und Plattform der Nichtregierungsorganisationen, ist nur noch ein Schatten seiner selbst und wird im Wechselspiel von hoheitlichen Institutionalisierungsprozessen und der Ausgrenzung radikaler Impulse aufgegeben. Auch in Deutschland ist die Situation inzwischen dramatisch: Die Mehrheit der attac-Initiative bemüht sich mittlerweile um ihre Integration in den neuen Herrschaftsblock, um so vermeintlich „das Schlimmste“ zu verhindern. Die Gewerkschaften und Gesamtbetriebsräte sind in ihrer Mehrheit zu einem subaltern-sozialpartnerschaftlichen „Co-Management“ zwecks Erhaltung der Kontrolle über die großindustriellen Kernbelegschaften zurückgekehrt, und die Führung der Linkspartei hängt mit ihrem Bestreben, die SPD reform-keynesianisch zu erneuern, zunehmend in der Luft. Noch desolater ist die Lage freilich in einigen anderen Ländern. In Europa, Afrika, Nordamerika und Asien ist die parteipolitisch aktive Linke fast völlig verschwunden. Am dramatischsten ist die Situation vielleicht in den Vereinigten Staaten: Es gibt keine außer-institu-

tionelle Reformbewegung, die die Obama-Administration vor sich hertreiben könnte. Sie wird vielmehr zunehmend vom reaktionären Flügel des *Washington Consensus* in die Zange genommen, und es verstärkt sich der Eindruck, dass diese Entwicklung der Mehrheitsströmung der *Democratic Party* nur recht ist. Es wäre illusorisch und vergeudete Zeit, sich gegenüber diesen Entwicklungen um das Herausbrechen „reformistischer“ Minderheiten zu bemühen, um sie als Ausgangspunkt für die Reaktivierung politischer Kampagnen zu nutzen. Die radikale Linke hat nur noch die Option, in den sozialen Alltag zurückzukehren und sich im Übergang zur Depression auf die Perspektive neuer Massenkämpfe vorzubereiten. Sie wird nicht die Kraft haben, diese Massenkämpfe selbst in Gang zu bringen. Aber sie kann die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie nicht so gleich wieder „systemkompatibel“ abgefedert und integriert werden.

Wie könnte ein derartiger Vorgriff aussehen? Ich schlage ein doppelgleisiges Vorgehen vor. Auf der ersten Ebene sollten wir uns bemühen, uns in unseren jeweiligen lokalen und regionalen Zusammenhängen in die aktuellen und die bevorstehenden sozialen Kämpfe zu integrieren. Parallel dazu sollten wir uns darum bemühen, diese Initiativen weltweit zu vernetzen, denn die Perspektiven der Umgestaltung werden nur fassbar, wenn wir sie von vornherein von den Fesseln des „methodischen Nationalismus“ (Marcel van der Linden) befreien und die national- bzw. supranationalstaatlich verfassten Nationalökonomien von unten und oben zugleich aushöhlen.

Auf der jeweiligen lokalen beziehungsweise regionalen Aktions-ebene sollten wir uns das Ziel setzen, alle Widerständigen in den Betrieben und den sozialen Widerstandsfeldern miteinander in Kontakt zu bringen. Sie könnten dann in einem ersten Schritt darangehen, mit allen denjenigen in Verbindung zu treten, die durch die Krisenfolgen besonders bedroht sind und am ehesten die Tendenz zeigen, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Dies könnte am ehesten im Rahmen einer „Mit-Untersuchung“ geschehen, die die Aufzeichnung, Speicherung und Weitervermittlung der Informationen und Erfahrungen in den jeweiligen lokalen bzw. regionalen Kontexten

ermöglicht. Das Terrain einer solchen „Mit-Untersuchung“ zwischen AktivistInnen und Betroffenen könnte zugleich zur Bildung vertrauensbildender Maßnahmen genutzt werden, um die Barrieren zwischen den unterschiedlichen politischen Traditionen und den verschiedenen Sozialgruppen – etwa den Kernbelegschaften und den Hartz IV-EmpfängerInnen – abzubauen. Sobald sich dieser Prozess in ersten Strukturen der Gegenmacht – Aktionskomitees, Streikausschüsse, Delegiertenräte usw. – zu konsolidieren beginnt, könnte die Debatte über die grundsätzlichen Parameter einer glaubwürdigen Systemüberwindung vor Ort eröffnet werden. An erster Stelle sollte dabei der Kampf um die radikale Verkürzung der Arbeitszeit stehen: Sie schafft nicht nur die Voraussetzungen dafür, dass sich diejenigen, die es wollen, in die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse reintegrieren können, sondern die selbstbestimmte Zeit ist zugleich die elementare Bedingung dafür, dass die Prozesse der Selbstorganisation und der damit verbundenen Aufhebung der kommandierenden Arbeit überhaupt in Gang kommen können. Nur der Kampf um die selbstbestimmte Zeit – die *disposable time* – vermag das Tor zu einer anderen Gesellschaft aufzustoßen, die sich von Ausbeutung, Hierarchien und Unterdrückung zu befreien beginnt. Die anderen strategischen Parameter, vor allem die Durchsetzung egalitärer Einkommen, die von Besetzungstreiks ausgehende soziale Aneignung der regionalen Produktions- und Reproduktionsbedingungen, der kostenfreie Zugang zu allen Strukturen der Ausbildung und des Gesundheitswesens und die Wiederaneignung der Städte, ergeben sich dann auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Gesellschaft von selbst. Und selbstverständlich muss dabei auch auf die jeweiligen Besonderheiten der lokalen und regionalen Kontexte geachtet werden. Sie werden bei Hafenstädten und Küstenregionen völlig andere Anforderungen stellen als in den Gebieten mit dominierender Landwirtschaft oder in industriellen Agglomerationen. Erst wenn auch diese Aufgabe gelöst ist, werden sich die aus den Aneignungskämpfen hervorgehenden Strukturen der Gegenmacht konsolidieren und zu einer konsolidierten Gegen-

planung übergehen, die den Weg zur regionalen Selbstbestimmung unumkehrbar macht.

Mit diesen regionalen Initiativen sollten von Anfang an Bemühungen um eine globale Vernetzung einhergehen. Aus den jeweiligen regionalen Mit-Untersuchungen werden sich spezifische soziale Felder definieren lassen, die eine solche globale Vernetzung besonders dringend benötigen. Im ostmitteleuropäischen „Detroit“ der Kraftfahrzeugindustrie wird sich beispielsweise schnell die Erkenntnis durchsetzen, dass eine regionale Gegenplanung nur möglich ist, wenn sie auf eine global abgestimmte Gegenplanung zurückgreifen kann, zu der nur eine Weltföderation der AutomobilarbeiterInnen in der Lage sein wird. Auch die über alle Kontinente verstreuten Assoziationen der Hafen- und Küstenregionen werden sehr schnell entdecken, dass sie auf lange Sicht nur im Kontext einer weltweit agierenden Arbeiterföderation der Transportketten handlungsfähig sein werden. Von ähnlicher Bedeutung wäre eine weltweite Föderation der Kleinbauern, LandarbeiterInnen und Landlosen aller ökonomischen Entwicklungsstufen, der ReproduktionsarbeiterInnen der Pflege und des Gesundheitswesens, und selbstverständlich auch der WissensarbeiterInnen in ihren Ausbildungsphasen und beruflichen Feldern. Das sind nur einige ausgewählte Beispiele, die die Unverzichtbarkeit eines simultanen doppelgleisigen Vorgehens verdeutlichen sollen.

Wie dringlich ein solches Vorgehen ist, möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen: der Automobil- und der Wissensarbeit.

Die aktuellen Restrukturierungspläne des weltweit operierenden Automobilkapitals gehen davon aus, dass es gegen Ende der langen Depression noch etwa sechs bis sieben transnationale Konzerne geben wird, die ihre Kapazitäten und Belegschaften um etwa 30 Prozent reduzieren, ihre Schwerpunkte in die Schwellenländer verlagern, über die am weitesten entwickelten Plattform- und Modultechnologien verfügen, jährlich jeweils sieben bis acht Millionen Fahrzeuge produzieren und den individualisierten Kraftfahrzeugverkehr gegen alle Alternativansätze verteidigen, indem sie ihn mit fiktiven ökotechnologischen Innovationen – Elektroauto, Einführung von Brenn-

stoffzellen usw. – ausstatten. Nur eine globale Arbeiterföderation ist infolgedessen noch in der Lage, sich auf gleiche Augenhöhe zu begeben und eine Gegenplanung zu entwickeln, die ihrerseits die Überkapazitäten im Gleichschritt mit radikalen Arbeitszeitverkürzungen ohne Einkommensverzicht abbaut, den Aneignungsprozess der strategisch wichtigen Anlagen durch weltweit koordinierte Besetzungstreiks steuert, das Automobilkapital enteignet und alternative Transporttechnologien entwickelt, die den Individualtransport überwinden, die Umweltschäden effektiv minimieren und den Bedürfnissen der selbstbestimmten Gesellschaften entsprechen. In diesem global abgestimmten Kontext könnten die regionalen Assoziationen dann festlegen, welche Kapazitäten sie sich aneignen und umgestalten, welche sie stilllegen, und welche sie für alternative regionale Produktionsprozesse jenseits der Transportsysteme umstrukturieren. Nur in diesem Wechselspiel von regionaler und global koordinierter Konzeptualisierung und Praxis können Gegenmodelle gedacht werden, die den Standortkonkurrenzen entrinnen, die Trennung zwischen kommandierender und ausführender Arbeit aufheben, die Produktions- und Reproduktionsprozesse der gesellschaftlichen Selbstorganisation unterwerfen und zur Entwicklung neuer kollektiver Transportsysteme nutzen.

Mindestens genau so dringlich wäre eine weltweite Föderation der WissensarbeiterInnen. Die Aussichten dazu sind wesentlich günstiger als in der Automobilindustrie, in der sich gegenwärtig nur wenige Belegschaften gegen die korporatistischen Umarmungsversuche der Unternehmensleitungen, Regierungen und Gewerkschaften behaupten. Bei den WissensarbeiterInnen ist das anders. Seit dem Spätherbst 2009 erleben wir eine Serie von Protestaktionen und Besetzungstreiks in mehreren europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten (Kalifornien), und auch die chinesische Regierung fürchtet inzwischen die erwerbslosen drei bis vier Millionen AbsolventInnen ihrer Hochschulen als soziales Widerstandspotential ersten Ranges. Aber nicht nur in den Ausbildungssektor ist Bewegung geraten, auch die selbständigen WissensarbeiterInnen beginnen sich

zu assoziieren und überregionale Netzwerke aufzubauen. Diese Entwicklung ist von großer Bedeutung, denn die prekären Mehrheiten der weltweiten Wissensarbeit sind heute materiell, sozial und zunehmend auch kulturell integrale Bestandteil des Multiversums der Unterklassen und können mit diesem auf gleicher Augenhöhe in Kontakt treten. Da zudem die jeweiligen Standorte der Wissensarbeit aufgrund der weltweiten Ausdehnung ihrer Arbeits- und Ausbildungsmärkte wie in kaum einem anderen Sektor multinational zusammengesetzt sind, liegt es sehr nahe, globale Föderationen der Wissensarbeit im Ausbildungsbereich und auf den Arbeitsmärkten zu gründen. Gemeinsam könnten sie sodann zu einer globalen Gegenplanung übergehen, die sich die kollektive Aneignung der Ausbildungsfabriken und Wissenschaftszentren zum Ziel setzt, um sie den „kognitiven“ Sektoren des Weltkapitals zu entziehen und für eine selbstbestimmte Gegenplanung des Multiversums zur Verfügung zu stellen. Das Tor zu einer solchen Alternative könnte durch ein Ensemble sozialer Forderungen und inhaltlicher Gegenentwürfe aufgestoßen werden. Auf dem sozialen Terrain geht es in erster Linie um den kostenfreien Zugang zu den Bildungseinrichtungen aller Stufen, denn nur auf diese Weise lässt sich die wechselseitige Verflechtung mit den übrigen Segmenten des Multiversums durchsetzen und aufrechterhalten. Diese Perspektive ist zweitens eng mit der Abschaffung der extrem verdichteten, verkürzten und hierarchisierten Ausbildungsgänge verbunden. Hinzu kommt drittens der Kampf um die soziale Existenzsicherung der prekären WissensarbeiterInnen im Ausbildungssektor und auf den Arbeitsmärkten durch die Erkämpfung garantierter Einkommen und den Aufbau von Sozialfonds, wobei man in Deutschland an eine basisdemokratisch verfasste Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse denken könnte. Auf der inhaltlichen Ebene wäre hingegen die Abschaffung der Kriegs- und Rüstungswissenschaften sowie der den multipolaren Blockbildungen unterworfenen Disziplinen der Natur-, Rechts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften zu fordern, während parallel dazu mit dem Aufbau alternativer Forschungsprojekte begonnen werden könnte,

die die Programme der globalen Schnittstellen zwischen den regionalen Assoziationen und den weltweit agierenden Föderationen im Sinn einer integralen „Transformationswissenschaft“ unterfüttern könnten.

Gleichwohl ist die an den aktuellen Strukturen und Dynamiken des Weltsystems ansetzende Gegenplanung noch unvollständig. Sie benötigt globale Schnittstellen, die von den regionalen Assoziationen und den globalen Föderationen gemeinsam aufgebaut und getragen werden, um der langfristigen Strukturkrisen Herr zu werden. Diese Strukturkrisen überlagern seit der Herausbildung des industriellen Kapitalismus die großen, 50- bis 60-jährigen Zyklen der Kapitalakkumulation. Selbst wenn die aktuelle Weltwirtschaftskrise nach einer mehrjährigen oder möglicherweise auch jahrzehntelangen Depressionsperiode in einen neuen Wachstumszyklus einmünden sollte, werden diese Strukturprobleme nicht etwa abgeschwächt sein, sondern vielmehr fortbestehen und sich weiter verstärken. Deshalb lassen sich erst auf dieser Ebene die wirklich entscheidenden Probleme einer Transformation des kapitalistischen Weltsystems zur Diskussion stellen. Da wir mit allen unseren Überlegungen erst am Anfang stehen, werde ich mich auf eine stichpunktartige Skizzierung dieser „letzten Dinge“ beschränken.

Es wird sich erstens als unvermeidlich erweisen, die transnationalen Finanzkonzerne aufzulösen und die großen Kapitalvermögen an die sich herausbildenden globalen Schnittstellen abzugeben. Diese keineswegs fiktiven, sondern im Wesentlichen überakkumulierten Kapitalmassen können dann zweitens von den basisdemokratisch verfassten Schnittstellen mobilisiert werden, um Aktionsprogramme zur Überwindung der weltweiten Massenarmut zu starten, die genossenschaftliche Rekonsolidierung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaften des Südens in die Wege zu leiten und den Assoziationen der Slum Cities die erforderlichen Ressourcen in die Hand zu geben, damit sie diese in menschenwürdige und entwicklungsfähige Agglomerationen umbauen können. Parallel zu dieser strategischen Überwindung der globalen sozialökonomischen Ungleichgewichte

werden weitere Schnittstellen der regionalen Assoziationen und Weltföderationen damit beginnen, die menscheitsbedrohenden Deformationen zu beseitigen, die der Kapitalismus der Weltgesellschaft als Bilanz seiner nunmehr sechshundertjährigen Geschichte überschreibt: Sie werden eine weltweit greifende Entmilitarisierung und Rüstungskonversion in Gang bringen, die Umweltzerstörungen beenden und die Klimaentwicklung stabilisieren, und sie werden die Entwicklung alternativer Technologien und erneuerbarer Energien vorantreiben, die nicht mehr der Logik der Kapitalakkumulation, sondern den Massenbedürfnissen der selbstbestimmt assoziierten Gesellschaften des Globus verpflichtet sind.

Schluss

Ich konnte nur einige Schlaglichter auf die globale Krise der letzten zweieinhalb Jahre, auf die aktuellen Entwicklungstendenzen und auf die Erfahrungen und möglichen Antworten „von unten“ werfen. Alle diese Einschätzungen werden wir in den kommenden Monaten laufend zu überprüfen und zu korrigieren haben. Nur so werden wir in der Lage sein, glaubwürdige alternative Antworten zu finden, die mögliche Wege zum Aufbau einer von Unterdrückung, Ausbeutung und Hierarchien befreiten Gesellschaft weisen. Dass wir dabei zu Zweckoptimismus keinen Grund haben, dürfte klar geworden sein. Aber es ist vordringlich geworden, gegen die um sich greifende Verzagtheit ein paar Signale zu setzen und die Umrisse einer konkreten Utopie der Systemüberwindung zur Diskussion zu stellen.

Im Ergebnis der Massenkämpfe der kommenden Monate wird darüber entschieden, wer letztlich für die sozialen Kosten der globalen Krise geradestehen wird. Diese Konstellation kann uns nicht gleichgültig lassen. Wir sollten uns mit unseren Erfahrungen und unseren Vorschlägen in sie einmischen und bereit sein, in den kommenden Auseinandersetzungen eine bescheidene Rolle zu spielen.

Peter Birke / Max Henninger

Kontinuum der Kämpfe – Kontinuum der Niederlagen?

Sechs Fragen zur Methodik der Studie *Die vielköpfige Hydra* von Peter Linebaugh und Marcus Rediker

Wir schlagen vor, in der nächsten Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* über einige Aspekte des Buches *Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks* von Peter Linebaugh und Marcus Rediker zu diskutieren.¹

Die vielköpfige Hydra, eine historische Studie, die auf rund zwanzigjährigen Recherchen über die Entstehung des globalen Kapitalismus und die Geschichte der Revolten im nordatlantischen Raum beruht, ist im Jahre 2000 erschienen. Die deutschsprachige Ausgabe (2008) hat überwiegend positive Reaktionen ausgelöst. Bezogen haben sich die Rezensentinnen und Rezensenten dabei unter anderem auf Fragen der Revolutions- und Klassenbegriffe.² Marcel van der Linden hat bereits in einer Besprechung der Erstausgabe darauf hingewiesen, dass die von Linebaugh und Rediker geleistete Darstellung der Vorgeschichte dessen, was wir traditionell als Arbeiterbewegung betrachten, sowohl der alten Forderung nach einer Erweiterung des Blicks auf die Alltagsgeschichte der Arbeit entspricht als auch der relativ neuen Forderung nach einer globalen Arbeitsge-

¹ Peter Linebaugh / Marcus Rediker, *Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks*, Berlin / Hamburg 2008. In englischer Sprache: dies., *The Many-Headed Hydra. Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic*, Boston 2000.

² Zu den zahlreichen deutschsprachigen Rezensionen siehe die Zusammenstellung auf der Verlagsseite: [http://www.assoziation-a.de/rezension/Die_vielkoepfige_Hydra.htm] (Download 1. Dezember 2009).

schichte.³ Mit der von Rediker und Linebaugh vorgenommenen Umkehrung tradierter Zeit-Hierarchien stehen wir heute, wie eine Rezensentin bemerkte, in vielerlei Hinsicht wieder am Anfang einer Auseinandersetzung mit dem Klassenbegriff: „*The Many-Headed Hydra* ends where ‘normal’ labour history begins – with the birth of the ‘proper’, ‘full-grown’, ‘mature’ working-class – which is actually a product of defeat. The uprooted peasantry, the transitional class of ex-peasants and not-yet-proles is not dismissed [...] as ‘primitive rebels’ [...]. When they finally lost, the point of their defeat was taken as the beginning of a ‘proper’ working class which is [...] defined as working and also by separate national, white and male histories. [Thus] the separations between labour history, black history and woman's history are also products of defeat.“⁴

Die noch in den Kinderschuhen steckende Entwicklung einer nicht an die moderne Lohnarbeit und ihre historischen Artikulationsformen gebundenen Arbeitsgeschichte scheint uns nicht allein methodisch ‚innovativ‘, sondern auch im Sinne eines Anschlusses an aktuelle und bevorstehende soziale Konflikte von entscheidender Bedeutung zu sein. Das von Linebaugh und Rediker vertretene Verständnis des Proletariats als eines ‚multiversalen‘⁵ betont die Pluralität emanzipatorischer Kämpfe, eine Pluralität, die in den letzten Jahren immer offenkundiger geworden ist. Man denke etwa an die Entwicklungen im post-maoistischen China, wo sich die Dekonstitutions- und Konstitutionsprozesse mehrerer ArbeiterInnenklassen

³ Vgl. Marcel van der Linden, *Labour History as the History of Multitudes*, in: *Labour/Le Travail*, 52 (2003), [<http://www.historycooperative.org/journals/ltr/52/linden.html>] (Download 1. Dezember 2009), S. 1–4; dort auch Hinweise auf zahlreiche weitere englischsprachige Rezensionen.

⁴ Rezension in: Do or Die. *Voices from the Ecological Resistance*, London 2003, S. 322–329, hier S. 328.

⁵ Der Duden definiert das Multiversum als „das Weltall, sofern es als eine nicht auf eine Einheit zurückführbare Vielheit betrachtet wird“: Bd. 5, 7. Auflage, Mannheim u. a. 2009, S. 656. Vgl. auch Karl Heinz Roth, *Das Multiversum. Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven*, Band 2 des Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven“, Hamburg 2010 (angekündigt) sowie den Beitrag von Roth in dieser Ausgabe.

überlagern: einer älteren, teilweise noch in den Staatsbetrieben beschäftigten, teilweise bereits in Prekarität und Arbeitslosigkeit abgedrängten Klasse sowie einer jüngeren Klasse von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern, deren Entstehung wiederum mit der Krise der bäuerlichen Familienwirtschaften zusammenhängt. Oder man denke an die Bestrebungen um Einkommen, eine gesicherte Reproduktion und persönliche Freiheiten, aus denen sich ein guter Teil der klandestinen Migration in die EU und in den nordamerikanischen Raum erklärt. Genannt seien auch die – freilich oft noch sehr zaghaften – Kämpfe der prekär Beschäftigten in den OECD-Ländern und die Ansätze zur Erneuerung der feministischen Kritik an der Diskriminierung und Bevormundung von Frauen sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im Reproduktionsbereich.

Gerade weil wir die vielfach geäußerte Ansicht teilen, das Buch sei „provokativ“ und „anregend“, halten wir es für angebracht, Linebaughs und Redikers Denkanstöße nicht bloß zu wiederholen, sondern kritisch zu rezipieren. *Die vielköpfige Hydra* gleicht zuweilen einem Container, in den Ideen über die Veränderung wesentlicher Grundlagen des historischen und marxistischen Denkens über die Arbeitsgeschichte gepackt werden können. Diese Ideen können aber durchaus in entgegengesetzte Richtungen weisen. Deshalb laden wir zu einer Debatte um die Konsequenzen des von Linebaugh und Rediker vertretenen arbeitsgeschichtlichen Ansatzes ein. Es geht uns dabei nicht allein um die Überprüfung einzelner Begriffe oder historiographischer Feststellungen, sondern auch und sogar vor allem um methodische Fragen. Wenn beispielsweise im *Guardian* zu lesen war, Linebaugh und Rediker hätten zwar eine anregende Geschichte vorgelegt, diese entbehre aber der „credibility“,⁶ dann verweist das auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Linebaughs und Redikers Studie, bei der sich nicht so sehr auf deren ästhetisch-literarische Reize als vielmehr auf die Tragfähigkeit der

⁶ Sukhdev Sandhu, Revolution at the Docks, in: The Guardian, London, 27. Januar 2001, [<http://www.guardian.co.uk/books/2001/jan/27/historybooks>] (Download 1. Dezember 2009).

ihr zugrunde liegenden Methodologie bezogen wird. Im Folgenden benennen wir sechs Fragen, die uns besonders wichtig scheinen. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um eine vollständige und endgültige Aufzählung.

1. Die störrische Schlange

Ist der in der *Hydra* evozierte Begriff des Handelns ahistorisch? In einigen Rezensionen wird die „zyklische Kontinuität“ der Revolten und Revolutionen betont. Das zentrale Motiv der vielköpfigen Schlange, deren Häupter immer wieder nachwachsen, legt diese Vorstellung nahe. Es ist die „störrische Schlange, die aus dem Schiffswrack kriecht.“⁷ Auch an anderen Stellen wird die Vorstellung von der ‚Zyklizität‘ immer wieder mit organischen Metaphern verbunden, mit Bildern des Wachsens und Nachwachsens. Zwar ist darin auch die Vorstellung einer gewaltsamen Unterbindung proletarischer Rekonstitutionsprozesse enthalten: Unter Umständen werden der Hydra nicht nur ihre Köpfe abgeschlagen, sondern es wird – durch Ausbrennen der Halsstümpfe – auch das Nachwachsen dieser Köpfe verhindert. Dennoch bleibt die Frage, ob das Hydra-Motiv nicht Fragen der Organisation und der mit ihr einhergehenden Schwierigkeiten und Ambivalenzen zum Verschwinden bringt. Inwiefern sind Revolten und Revolutionen überhaupt als Ausdruck eines zyklischen Geschehens (zugespitzt: als Wiederholungen) zu begreifen? Linebaugh und Rediker weisen auf diskursive Kontinuitäten hin, um die Verbundenheit der von ihnen verhandelten Aufstände plausibel zu machen. Verdecken solche Kontinuitäten möglicherweise einen sich verschiebenden Bedeutungshintergrund?

⁷ Eine Rezension illustriert Linebaughs und Redikers Darstellung der Revolte von 1741 in New York mit diesen Worten des martinikanischen Dichters Aimé Césaire. Siehe den sehr schönen Text von Tobias Mulot und Vassilis Tsianos: Die störrische Schlange aus dem Schiffswrack, in: Kulturrisse, 1 (2009), [<http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1240414253/1242831931>] (Download 1. Dezember 2009).

2. Das ‚buntscheckige‘ Subjekt

Erlaubt die von Linebaugh und Rediker rekonstruierte Geschichte wirklich die Annahme eines einheitlichen, über Generationen und den gesamten nordatlantischen Raum hinweg agierenden Subjekts? Ein Rezensent hat festgehalten, *Die vielköpfige Hydra* erzähle die Geschichte eines „historischen Subjekts, dessen Existenz keineswegs gesichert vorausgesetzt“ werden könne; dass es ein „atlantisches Proletariat“ als „bestimmbare historische Größe“ überhaupt gegeben habe, sei „selbst schon eine der zentralen Thesen“ des Buches.⁸ Jenseits des empirischen Nachweises von Verbindungslinien zwischen den von Linebaugh und Rediker behandelten Revolten und Revolutionen geht es uns vor allem auch um die Auseinandersetzung damit, ob die Konzeptualisierung eines zwar ‚buntscheckigen‘ aber doch letztlich einheitlichen Subjekts (‚multiethnisches Proletariat‘) sinnvoll ist. Auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem ‚roten Faden‘ in der Geschichte der Aufstände. Mulot und Tsianos sprechen von einer „egalitäre[n] Tendenz“, die sich „wie ein roter Faden durch die Geschichte der Aufstände, der Seefahrt, der Kolonien und des *black atlantic*“ ziehe; Linebaugh und Rediker würden diese Tendenz „über zweihundert Jahren hinweg verfolgen, auch wenn ihre Evidenz erst mit dem Aufkommen von *black politics* und nicht zuletzt *black studies* im zwanzigsten Jahrhundert wieder sichtbar“ geworden sei.⁹ Egalität ist, wie Mulot und Tsianos betonen, offenbar kein *Subjekt*. Es ist auch keine *Eigenschaft* einer bestimmbareren Klassenformation, sondern eine *Forderung*, die jeweils aus einem historisch spezifischen *Verhältnis* entsteht. Andere Verhältnisse lassen andere Forderungen zu, auch Forderungen nach Grenzziehung und Ausschluss – nicht-egalitäre Forderungen, die in der Geschichte der Revolten ebenso als ‚roter Faden‘ nachgewiesen werden könnten.

⁸ Patrick Eiden, Rezension in: H-Soz-u-Kult, 10. Januar 2009, [<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-022>] (Download 1. Dezember 2009).

⁹ Mulot / Tsianos, *Schlange* (wie Anm. 7).

3. Widerstand und Gewaltverhältnisse

Die Frage nach den von Linebaugh und Rediker vorgestellten historischen Kollektiven hängt zusammen mit der in den Reaktionen auf *Die vielköpfige Hydra* zwar meist nur verhalten, dafür aber auffallend regelmäßig formulierten Kritik an der tendenziellen Leugnung von Gewaltverhältnissen innerhalb des Proletariats. Genannt seien die Gewalt von Piraten sowie die – auch familiär organisierte – Gewalt gegenüber Frauen. Wie, wenn überhaupt, haben die Träger der Revolten und Revolutionen seit dem Widerstand gegen die *enclosures* in England dieses Problem verhandelt? ‚Sozialpsychologische‘ Erklärungen der gewaltförmigen Verhältnisse innerhalb des Proletariats, die in einigen Rezensionen aufscheinen,¹⁰ wirken auf uns ebenso unbefriedigend wie die Behauptung, Gewaltverhältnisse gehörten zum *common sense* der arbeitenden Klassen, weshalb ein Ausbruch aus ihnen stets nur schrittweise und infolge langfristig angelegter Lernprozesse möglich sei.

4. Whiteness und Rassismus

In ihren Ausführungen über das Problem des Rassismus führen Linebaugh und Rediker die Entstehung eines als selbstverständlich empfundenen Bildes des rassistisch definierten ‚Anderen‘ auf einen von den Kommandohöhen der entstehenden kapitalistischen Weltökonomie aus organisierten „Terror“ zurück.¹¹ In diesem Zusammenhang verweisen sie etwa darauf, dass *whiteness* eine Kategorie sei, die im Zuge der Konterrevolution um 1800 ihre ‚moderne‘ Definition erhalten habe. Unterschätzt dieses Bild nicht die gemeinschaftsstiftenden Effekte, die etwa die Trennung von ‚Iren‘ und ‚Afrikanern‘ im britischen Herrschaftssystem auch im Proletariat selbst (und

¹⁰ Vgl. Thomas Wagner, Der Pirat – ein Demokrat, in: WOZ. Die Wochenzeitung, 11. Dezember 2008, [http://woz.ch/artikel_17285.html] (Download 1. Dezember 2009).

¹¹ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (wie Anm. 1), S. 356.

damit innerhalb der sozialen Kämpfe) entfaltet hat? Wird dem sowohl ein- als auch ausschließenden Charakter des Rassismus hinreichend Rechnung getragen, wenn wir ihn vornehmlich als Produkt der Konterrevolution begreifen? Ist Rassismus, wie die Gruppe *Wildcat* in ihrer lesenswerten Rezension schreibt, einzig ein Problem der Spaltung, eine Herrschaftsstrategie?¹²

5. Herren, Sklaven und andere Individuen

Am Ende des Buches entwickelt sich die Erzählung über die *Hydra* mehr und mehr zu einer Darstellung exemplarischer Lebensgeschichten. Es geht dort um individuelles Handeln, insofern es in die Geschichte rebellischer Kollektive eingelagert ist. Wir fragen uns, ob Linebaugh und Rediker in den entsprechenden Abschnitten nicht unversehens zu einer Erneuerung fragwürdiger Momente der traditionellen Arbeitergeschichte beitragen. Läuft die exemplarische Vorstellung von historischen Figuren wie Edward und Catherine Despard oder Robert Wedderburn,¹³ die den Kampf gegen die Sklaverei personifizieren, nicht auf eben jenes Konzept politischer Repräsentanz hinaus, dem sich die Autoren zu Anfang des Buches, etwa in ihren Ausführungen über die schlechte Quellenlage zu ‚Francis‘,¹⁴ noch erfolgreich zu entziehen scheinen? Nicht zufällig hängt sich die Frage nach der *credibility* an der ‚buntscheckigen‘ Herkunft und an den Lebensgeschichten der von Linebaugh und Rediker vorgestellten historischen Figuren auf: „As with all partisan histories, Rediker and Linebaugh’s account sometimes strains credibility. Their portrait of life aboard pirate ships in the 1720s veers towards the utopian. So eager are they to champion the radicalism of the ex-slave Olaudah Equiano that they omit to mention that he came from a slave-ow-

¹² Rezension in: *Wildcat* 70 (Sommer 2004), S. 76–78.

¹³ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (wie Anm. 1), S. 268 ff., 309 ff.

¹⁴ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (wie Anm. 1), S. 82 ff.

ning family in Africa, and that he bought and set to work a number of slaves longer after he himself had been freed.¹⁵

Damit sind wir nicht bei einer Frage der Moral, sondern bei der nach Ambivalenzen. Wir haben bereits bemerkt, dass Klassen-, Migrations- und Geschlechterverhältnisse in der Geschichte keine ‚reinen‘ Konstellationen hervorbringen; sie sind vielmehr stets in einem Feld wirklicher Vielfalt verortet, die die Entscheidungen auch Einzelner und Gruppen wertvoll und bedeutend werden lässt, aber oft keine eindeutige Scheidung von ‚emanzipatorischen‘ und ‚regressiven‘ Optionen zulässt. Lässt sich in diese Vielfalt der Subjektpositionen ein Begriff der ‚Klasse‘ einbetten? Erlaubt es die Auseinandersetzung mit Figuren wie Equiano, den Despards und Wedderburn überhaupt, zu einem tragfähigen Klassenbegriff zu gelangen? Oder ist in jedem Klassenbegriff bereits ein Grad der Abstraktion angelegt, der den Zugang zur empirisch gegebenen Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Konstellationen, innerhalb derer historische Subjekte auftreten und handeln, versperren muss? Wie – wenn überhaupt – wäre die dann zu konstatierende Kluft zwischen Empirie und Theorie zu schließen?

6. Kontinuität und Bruch

Wie ist die optimistische Note zu rechtfertigen, mit der Linebaugh und Rediker ihre Studie abschließen? Ist das von Linebaugh und Rediker dargestellte Kontinuum antikapitalistischer Kämpfe nicht auch ein Kontinuum von Niederlagen? Wäre Fatalismus nicht eine ebenso angemessene Antwort? Wir würden diese Frage gerne nicht als eine der Haltung oder des Temperaments diskutiert sehen, sondern vielmehr anhand der Problematik des Revolutionsbegriffs. Verträgt sich das in diesem Begriff enthaltene Versprechen eines historischen Endpunkts, einer endgültigen Transzendenz der bestehenden Verhältnisse überhaupt mit der von Linebaugh und Rediker gewählten Darstellungsweise? Und wenn nicht, brauchen wir dann einen neu-

¹⁵ Sandhu, *Revolution* (wie Anm. 6).

en Revolutionsbegriff oder eine gänzlich anders beschaffene Vorstellung von Transzendenz? Ist der traditionelle Begriff der politischen Revolution mit Linebaughs und Redikers Analysen der englischen und amerikanischen Revolutionen desavouiert? Suggestieren ihre Ausführungen über den amerikanischen „Thermidor“ eine Dichotomie von sozialer und politischer Revolution,¹⁶ in der die politische Revolution stets nur die Vereinnahmung und Institutionalisierung einer anhebenden, aber durch ihre Vereinnahmung und Institutionalisierung sofort auch wieder still gestellten sozialen Revolution darstellt?

¹⁶ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (wie Anm. 1), S. 258.

Peter Birke / Max Henninger

Continuum of Struggle – Continuum of Defeat?

Six Questions Concerning the Methodology of Peter Linebaugh's and Marcus Rediker's Study *The Many-Headed Hydra*

We propose using the next issue of *Social History Online* as a platform for discussing certain aspects of Peter Linebaugh's and Marcus Rediker's book *The Many-Headed Hydra: Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic*.¹

The Many-Headed Hydra, a historical study building on a quarter century of research into the origins of global capitalism and the history of insurrection in the north Atlantic region, was first published in 2000. The German edition (2008) has provoked an overwhelmingly positive response, with most reviewers focusing on issues of revolution and class.² In his review of the original English edition, Marcel van der Linden has pointed out that Linebaugh's and Rediker's reconstruction of the prehistory of what we have traditionally considered the working class responds to both the old call for a broader perspective on labor's everyday history and the more recent call for a global labor history.³ As another reviewer has written, Linebaugh's and

¹ Peter Linebaugh / Marcus Rediker, *The Many-Headed Hydra: Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic*, Boston 2000.

² An overview of the numerous German-language reviews can be found on the homepage of the German publisher, Assoziation A: [http://www.assoziation-a.de/rezension/Die_vielkoepfige_Hydra.htm] (accessed 1 December 2009).

³ Cf. Marcel van der Linden, *Labour History as the History of Multitudes*, in: *Labour/Le Travail*, 52 (2003), [<http://www.historycooperative.org/journals/llt/52/linden.html>] (accessed 1 December 2009), pp. 1–4; van der Linden makes reference to a number of other English-language reviews.

Rediker's reversal of conventional temporal schemes forces us in many ways to engage anew with the concept of class: "*The Many-Headed Hydra* ends where 'normal' labour history begins – with the birth of the 'proper', 'full-grown', 'mature' working-class – which is actually a product of defeat. The uprooted peasantry, the transitional class of ex-peasants and not-yet-proles is not dismissed [...] as 'primitive rebels' [...]. When they finally lost, the point of their defeat was taken as the beginning of a 'proper' working class which is [...] defined as working and also by separate national, white and male histories. [Thus] the separations between labour history, black history and woman's history are also products of defeat."⁴

Efforts to craft a labor history that does not privilege modern wage labor and its historical articulations are still in their fledgling stage. They seem to us to be not just methodologically "innovative" but also crucial in terms of our ability to engage with present and future social conflicts. Linebaugh's and Rediker's understanding of the proletariat as a "multiversal"⁵ historical agent emphasizes the diversity of emancipatory struggles such as it has become increasingly evident in recent years. Consider, for example, the development of post-Maoist China, where processes of class constitution and class fragmentation overlap, with an older working class partly continuing to be employed in the state sector and partly being forced into precarity and unemployment even as a younger class of migrant workers emerges from the crisis of family-based agriculture. Or consider the demands for income, successful reproduction and personal liberties that explain much of the clandestine migration into the European Union and the United States. We might also mention the still very tentative struggles over precarious employment in the OECD countries and the nascent neo-feminist critique of the discrimination and paternalism women continue to

⁴ Review in: Do or Die. Voices from the Ecological Resistance, London 2003, pp. 322–329; p. 328.

⁵ On the notion of multiversality or of a plurality that refuses to be reduced to unity, see Karl Heinz Roth, Das Multiversum. Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven, volume 2 of the project "Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven", Hamburg 2010 (forthcoming); see also Roth's article in this issue.

be exposed to both on the labor market and in the sphere of reproduction.

It is precisely because we agree with many of *The Many-Headed Hydra*'s reviewers on the book's "provocative" and "stimulating" character that we feel Linebaugh's and Rediker's hypotheses and challenges to conventional wisdom need less to be echoed than to be critically examined. *The Many-Headed Hydra* sometimes resembles a container within which reflections on Marxist and labor historiography's shifting premises can be placed. It is because these reflections can lead us in a number of different and even contrary directions that we want to encourage debate on the consequences of Linebaugh's and Rediker's approach to labor history. Our concern is not just with the verification of certain concepts or conclusions; it is primarily with methodological issues. One reviewer has lauded Linebaugh and Rediker for crafting a stimulating narrative, only to add that their account often "strains credibility".⁶ Such responses seem to us to illustrate the need for a debate that focuses less on the literary appeal of Linebaugh's and Rediker's study and more on its methodology. In what follows, we raise six questions that seem to us to be of special importance. Further questions could (and should) of course be raised; we make no claim to formulating an exhaustive or definitive catalog of the methodological issues at stake.

1. The Obstinate Serpent

Is the concept of action evoked in *The Many-Headed Hydra* ahistorical? Some reviews emphasize the "cyclical continuity" of revolts and revolutions. Such a notion is suggested by the central motif of the many-headed snake, whose heads regrow each time they are struck off – the "obstinate serpent crawling from the shipwreck".⁷ We find similar

⁶ Sukhdev Sandhu, Revolution at the Docks, in: The Guardian, London, 27 January 2001, [<http://www.guardian.co.uk/books/2001/jan/27/historybooks>] (accessed 1 December 2009).

⁷ One review links Linebaugh's and Rediker's narration of the 1741 New York insurrection to this phrase from the work of Martiniquan poet Aimé Césaire: Tobias

combinations of the notion of “cyclicity” with organic metaphors (images of growth and regeneration) in other passages of the book. To be sure, the possible violent prevention of processes of proletarian reconstitution is not denied; witness the image of the hydra’s neck stump being cauterized to prevent new heads from growing. Nevertheless, one wonders whether the hydra motif does not, ultimately, ellide the difficulties and ambivalences of organization. To what extent can revolts and revolutions plausibly be interpreted in terms of a process of perennial reprise? Linebaugh and Rediker point to ostensible discursive continuities between the various insurrectionary movements portrayed by them. But is this sufficient for postulating more than a superficial link between one insurrection and the next? Would it not be wiser to speak of an analogical relationship between the discursive elements evident in the various uprisings? Might ostensible continuities in the language used by the insurrectionaries not occlude changes in the underlying referent?

2. The ‘Motley Crew’ – A Historical Subject?

Does the history Linebaugh and Rediker reconstruct really justify the assumption of a unified subject, active across the north Atlantic region for several generations? One reviewer notes that *The Many-Headed Hydra* tells the story of a “historical subject whose existence can by no means be safely presupposed”, it being “one of the book’s central *hypotheses* that one can in fact speak of an Atlantic proletariat as an ascertainable historical subject”.⁸ Aside from the issue of whether or not interconnections between the various revolts and revolutions narrated by Linebaugh and Rediker can be empirically verified, we wonder about the expediency of postulating a “motley” but ultimately unitary subject (the “multiethnic proletariat”). Here too, questions concern-

Mulot / Vassilis Tsianos, Die störrische Schlange aus dem Schiffswrack, in: Kulturrisse, 1 (2009), [<http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1240414253/1242831931>] (accessed 1 December 2009).

⁸ Patrick Eiden, review in: H-Soz-u-Kult, 10 January 2009, [<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-022>] (accessed 1 December 2009).

ing continuity arise. Mulot and Tsianos speak of an “egalitarian tendency”, calling it the “leitmotif in the history of insurrection, seafaring, the colonies, and the black Atlantic” and adding that this tendency was rendered newly visible in the 20th century “thanks to the rise of black politics and black studies”, with Linebaugh and Rediker now tracing its development “over a period of more than two centuries”.⁹ But, as Mulot and Tsianos emphasize, equality is not a *subject*. Nor is it a *property* of a definable class formation; it is a political *demand* that always arises from within a historically specific *context*. Other contexts allow for other demands, including demands for classification and exclusion – non-egalitarian demands that could just as well be shown to constitute a “leitmotif” in the history of insurrection.

3. Complicity in Oppression

The question concerning the collectives Linebaugh and Rediker present us with is related to a criticism that recurs strikingly often in responses to *The Many-Headed Hydra*, even if it is usually formulated in a restrained manner: namely that there is a tendency in the study to underplay or even deny the reality of oppressive and violent relations within the proletariat (the violence of pirates, or violence against women, including the forms it takes within the family). How, if at all, have the subjects of revolt and revolution negotiated this problem since the age of enclosures in England? The attempt to explain violent relations within the proletariat in terms of “collective psychology”, evident in a number of reviews,¹⁰ strikes us as unsatisfactory, as does the claim that violent interaction should simply be accepted as an integral component of the working class’ common sense, as something superable only by means of a gradual, long-term learning process.

⁹ Mulot / Tsianos, *Serpent* (as in note 7).

¹⁰ Cf. Thomas Wagner, *Der Pirat – ein Demokrat*, in: WOZ. Die Wochenzeitung, 11 December 2008, [http://woz.ch/artikel_17285.html] (accessed 1 December 2009).

4. Whiteness and Racism

In their comments on the problem of racism, Linebaugh and Rediker trace the development of an intuitively accepted image of the racially defined Other back to the “terror” exerted from the commanding heights of a nascent global capitalism.¹¹ The category of whiteness, they point out, received its “modern” definition around the year 1800, in the midst of counterrevolution. Does this explanation not downplay the community-building effects that distinctions such as the one between “Irishmen” and “Africans” unfolded within the British Empire? Does defining the dynamics of racism primarily as a product of counterrevolution do justice to the simultaneously inclusionary and exclusionary nature of racism? Is racism purely a problem of division, a ruling strategy, as claimed by the editors of *Wildcat* in their instructive review?¹²

5. Masters, Slaves, and Other Individuals

As *The Many-Headed Hydra* draws to a close, its narrative increasingly transforms into a collection of exemplary life stories. The book’s final chapters are devoted to individual action and its embeddedness within the history of rebellious collectives. We wonder whether these chapters do not see Linebaugh and Rediker unintentionally contributing to a revival of some of the more questionable elements of traditional labor history. Does Linebaugh’s and Rediker’s portrayal of exemplary historical individuals such as Edward and Catherine Despard or Robert Wedderburn,¹³ all of whom personify the struggle against slavery, not ultimately subscribe to the very concept of political representation the authors successfully distance themselves from in earlier chapters (e. g. in their comments on the lack of historical sources by

¹¹ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (as in note 1), p. 332.

¹² Review in: *Wildcat* 70 (summer 2004), pp. 76–78.

¹³ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (as in note 1), pp. 248–286, 287–326.

which to learn more about “Francis”)?¹⁴ Surely it is no accident that doubts concerning the “credibility” of *The Many-Headed Hydra*’s narrative have tended to turn on the “motley” origins and biographies of the historical individuals presented by Linebaugh and Rediker: “As with all partisan histories, Rediker and Linebaugh’s account sometimes strains credibility. Their portrait of life aboard pirate ships in the 1720s veers towards the utopian. So eager are they to champion the radicalism of the ex-slave Olaudah Equiano that they omit to mention that he came from a slave-owning family in Africa, and that he bought and set to work a number of slaves longer after he himself had been freed.”¹⁵

This leads us not to a moral problem, but to the issue of ambivalence. As we have already pointed out, relations of class, national origin, and gender do not give rise to “pure” historical constellations; such relations are always situated in a space of genuine diversity that makes the decisions taken by individuals and groups valuable and meaningful, but which frequently does not allow for a clear distinction between “emancipatory” and “regressive” options. Is it possible to root a concept of “class” within this diversity of subject positions? Does engagement with historical individuals such as Equiano, the Despardes and Wedderburn allow us to arrive at a sustainable concept of class? Or must every concept of class remain at a level of abstraction that leaves us unable to engage with the empirically diverse social and political constellations within which historical subjects emerge and struggle? And if so, then how, if at all, might the resulting gap between the empirical and the theoretical be bridged?

6. Continuity and Rupture

Is the optimistic note on which Linebaugh and Rediker conclude their study justified? Is the continuum of anticapitalist struggle they present us with not also a continuum of defeat, such that fatalism would be as

¹⁴ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (as in note 1), pp. 71–103.

¹⁵ Sandhu, *Revolution* (as in note 6).

justified a response to their narrative? We would not want this question to be discussed in terms of personal temperament, but rather with reference to the concept of revolution. Does the promise contained within this concept, that of historical closure and of the definitive transcendence of a given set of social relations, not jar with Linebaugh's and Rediker's manner of narrating history? And if so, then do we need a new concept of revolution or an altogether different notion of transcendence? Does Linebaugh's and Rediker's analysis of the English and American revolutions amount to a disavowal of the concept of political revolution? And do their remarks on the "American Thermidor"¹⁶ imply a dichotomy of social and political revolution by which social revolution remains perennially abortive because it is coopted and institutionally contained as soon as it begins to develop momentum?

¹⁶ Linebaugh / Rediker, *Hydra* (as in note 1), p. 238.

Tagungsbericht: 45. Linzer Konferenz, 10.–13. September 2009

Grenzenüberschreitende Arbeitergeschichte: Konzepte und Erkundungen / Labour History beyond Borders: Concepts and Explorations

Die Linzer Konferenz über die „Geschichte der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen“ (ITH), früher eine Plattform für Debatten von HistorikerInnen aus Ost- und Westeuropa, wird heute von über hundert Instituten und Vereinigungen aus fünf Kontinenten organisiert. Schon in dieser Zahl drückt sich der – freilich nicht durchgehend eingelöste – Anspruch auf eine inhaltliche und räumliche Erweiterung des Spektrums der ArbeiterInnengeschichte aus.

Im letzten, dreijährigen Konferenzzyklus der ITH sollte es einerseits ausdrücklich um eine *Global Labor History* gehen, die den Fokus von der bezahlten zur unbezahlten und von der formalisierten zur prekarierten Arbeit verschiebt. Andererseits wurde, insbesondere im vergangenen Jahr, der Anhang „und anderer sozialer Bewegungen“ konkretisiert. Die 44. Linzer Konferenz betrachtete, im Titel angelehnt an ein Thesenpapier von Immanuel Wallerstein, die Geschichte der „globalen Revolution“ der 1968er Jahre.¹ Die diesjährige 45. Konferenz wandte sich wieder dem Kerngeschäft der „grenzüberschreitenden Arbeitergeschichte“ zu. Dabei war es eine außerordentliche Qualität dieser Veranstaltung, dass die Vortragenden Erfahrungen aus fünf Kontinenten zur Sprache brachten.

Rana P. Behal, ein zurzeit in Berlin lehrender Forscher, berichtete über die Historiographie der Arbeitsgeschichte in Indien. Es ist

¹ Der Tagungsband zu dieser Konferenz ist teils in deutscher und teils in englischer Sprache erschienen: Angelika Ebbinghaus / Max Henninger / Marcel van der Linden (Hg.), 1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive, Leipzig 2009.

dies eine Geschichte, die besonders deutlich werden lässt, wie bedeutend Sektoren jenseits der formalisierten Lohnarbeit für die außer-europäische Arbeitsgeschichte sind. Zugleich waren es auch in Indien nicht die Forschungen im engen Sinne, sondern es waren die Kämpfe um die Arbeit und die Organisierungen in der Arbeit, „[that] catapulted studies in the condition and history of labour into public attention.“ Dabei kam es in der späten Kolonialzeit zu einer Übernahme europäischer Paradigmen durch die indische Historiographie, eine Tendenz, die nicht nur die „modernist assumptions“ der Kollegen aus dem globalen Norden teilte, sondern auch zu einer gerade in Indien sehr fragwürdigen Überbetonung der Bedeutung der Industriearbeiterklasse führte. Erst seit Mitte der 1970er Jahre löste sich diese Bindung, und wie anderswo gerieten unter anderem neue kulturhistorische Fragestellungen in den Blick. Heute definiert die *Association of Indian Labour Historians* die sozialen Orte der Arbeitsgeschichte breit: „Apart from continuing the study of the modern industrial working class [...], scholarly interest [is] needed on the neglected areas of informal sector labour, lives of artisans, women and children and peasant migrants.“²

Dick Geary, Historiker an der Universität Nottingham, brach dagegen eine Lanze für eher traditionelle Zugänge (auch) zur Arbeitsgeschichte. Sein Vortrag war der Frage nach dem Gewicht gewidmet, das *comparisons* und *similarities* in der Forschung zukäme. Geary betonte die Bedeutung des kontrastierenden Vergleiches anhand einiger Beispiele aus der englischen Arbeitsgeschichte des 19. Jahrhunderts. Er warnte hingegen vor einer Überbetonung von Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten in der international vergleichenden Arbeitsgeschichte, wie sie etwa zuletzt im Konzept der „atlantischen Revolution“ (Peter Linebaugh und Marcus Rediker) auf-

² Das Konzept der „Verbreiterung“ des Fokus ähnelt insofern dem von Marcel van der Linden; vgl. ders., *Workers of the World: Essays Toward a Global Labor History*, Leiden 2008. Für das Buch wurde van der Linden auf der Konferenz der diesjährige René-Kuczynski-Preis verliehen.

scheint.³ Geary betonte in seinem Vortrag die sehr unterschiedlichen und je historisch spezifischen Ziele der europäischen und brasilianischen Handwerker im Revolutionsjahr 1848, insbesondere in Bezug auf die unterschiedliche Orientierung an einer Öffnung / Schließung lokaler Märkte.

Elise van Nederveen Meerkerk vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam stellte ein ehrgeizig angelegtes komparatives Projekt vor, das sich zum Teil mit den Annahmen Gearys verbinden lässt. Wie zuvor bereits in einem *dock workers project* erprobt, trafen sich seit 2003 Forschende aus etwa 20 Ländern, um die Geschichte der Textilarbeit und ihrer Globalisierung zwischen 1650 und dem Jahr 2000 zu erkunden. Es handelt sich um eine „kollektive Forschungsmethode“, die sowohl quantitative als auch qualitative „Querschnittsvergleiche“ möglich machen soll. In der Debatte wurden, bei aller Sympathie dem kollektiven Ansatz gegenüber, einige Zweifel ob der Operationalisierbarkeit und allgemeinen Übersetzbarkeit des von Nederveen Meerkerk vorgestellten Modells laut. Weitere Beiträge über die Textilindustrie kamen von Andrea Komlosy (Universität Wien) und Sven Beckert (Harvard University). Komlosys Referat befasste sich mit der Historisierung des „Ungleichzeitigen“, also der Kombinationen von Standorten, Arbeitsverhältnissen und Protesten zwischen 1700 und der Gegenwart; Beckert betonte die Rolle der unfreien Arbeit und ihrer Umwandlung in den USA nach ca. 1865. Sehr interessant, allerdings nur vermittelt an die sonstigen Gegenstände der Konferenz angebunden, war der Beitrag von Juliana Ströbele-Gregor (FU Berlin) über die Ausbreitung des evangelikalen Fundamentalismus in Lateinamerika seit Mitte des 20. Jahrhunderts.

Dass der Gegenstand einer *Global Labour History* sehr vielfältig aufgefächert werden kann, zeigten sodann auch die Referate von Abdoulayne Kane (Universität Florida), Dirk Hoerder (Arizona State University) und Minjie Zhang (Zhejiang Gongshang Univeri-

³ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Peter Birke und Max Henninger in der vorliegenden Ausgabe.

tät, Hangzhou, China). Die prägende Bedeutung der Migration im *Senegal River Valley* verdeutlichte Kane unter anderem anhand konkreter, ethnographisch ermittelter Beispiele wie dem Handygebrauch und dem Bau von Wohnhäusern durch migrantische Familien, während Hoerder eine Systematisierung des Zusammenhangs zwischen der Kapitalisierung der Landwirtschaft und der ländlichen Migration für den Zeitraum zwischen 1850 und 1960 vorschlug. Sehr eindrucksvoll stellen sich die Dimensionen der *aktuellen* und ebenfalls stark migrantisch geprägten Urbanisierung in China dar, wie Zhang anhand des Beispiels Yiwu, einer früheren Kleinstadt am Rande der *Shanghai Economic Zone*, zeigte. In weniger als 30 Jahren wuchs dieser Ort in kaum vorstellbarem Ausmaß, von rund 10.000 auf 700.000 EinwohnerInnen mit gesichertem und noch einmal einer Million Menschen ohne gesichertes Aufenthaltsrecht.

Die Frage nach der Bedeutung solcher Umwälzungen, nach ihren sozialen und politischen Folgen, konnte auch auf der diesjährigen ITH-Tagung nur angerissen werden. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatten die Mitgliedsinstitutionen eine kurze und relativ unschlüssige Debatte über die Bedeutung der aktuellen Weltwirtschaftskrise hinter sich gebracht. Wenn stimmt, was Rana P. Behal zu Beginn der Tagung ausführte, dann werden die sozialen Kämpfe der nächsten Zeit die Tagesordnung (nicht nur) der Arbeitsgeschichte stark verändern. Natürlich kann ein dreijähriger Konferenzzyklus wie der jetzt geplante diese Änderungen nicht antizipieren. Debatziert werden kann dagegen die Bedeutung kollektiver Organisation in diesem künftigen Feld. Kritisch angemerkt wurde, dass die Frage danach in den wenigsten Beiträgen auftauchte, was auch eine Abendveranstaltung (mit einem österreichischen Gewerkschafter, der das Loblied auf die Standortlogik so lange sang, bis buchstäblich das Licht im Saal versagte) nicht zu ändern vermochte. Immerhin war mit Michele Ford auf der Tagung eine Vortragende vertreten, die intensiv zum Zusammenhang von Migration, Legalisierung, Arbeitsverhältnissen und kollektiver Gegenwehr in Thailand und Ma-

laysia gearbeitet hat.⁴ Den mit der Kontinuität von Alltagsverhältnissen und kollektiver, politischer Organisation verbundenen Problemen, Brüchen und Kontinuitäten sollte auch aus meiner Sicht zukünftig etwas mehr Raum verschafft werden (das allerdings nicht nur auf der Linzer Konferenz).

Die Tagung schloss mit einem Beitrag von Lex Heerma van Voss (IISG / Universität Utrecht), der stark konzeptionell ausgerichtet und deshalb für eine Debatte über die zukünftigen Schwerpunkte der *Global Labour History* besonders geeignet war. Van Voss plädierte unter anderem für eine „Grundlagenforschung“, die sich von den Konjunkturen der Historiographie zu distanzieren vermag, um den Grundriss des sich entwickelnden Fachs entwickeln zu können. In der Diskussion zweifelten einige an Forderungen nach ‚Geduld‘ und ‚Distanz‘, auch angesichts dessen, dass diese Idee eine Unverbundenheit zwischen ‚Wissenschaft‘ und laufend stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungen evoziere. Strittig blieb am Ende auch, ob es sich bei dem laufenden Projekt überhaupt um die Entwicklung eines „Fachs“ im engeren Sinne handelt oder ob nicht vielmehr die immer wieder vorgetragenen Ziele der Erweiterung des Arbeitsbegriffs und der geographischen Reichweite Fluchtpunkte einer anhaltenden Suche bleiben sollten, die eng mit den sozialen Kämpfen vermittelt bleibt und sich nicht auf das Ziel eines vorab definierten inhaltlichen Kanons oder etablierter methodischer Verfahren festlegen lässt.

Peter Birke

⁴ Vgl. Michele Ford, *Workers and Intellectuals. NGOs, Trade Unions and the Indonesian Labour Movement*, Singapur 2009.

Rezensionen / Book Reviews

Jan Lucassen (Hg.), *Wages and Currency. Global Comparisons from Antiquity to the Twentieth Century*, Peter Lang Verlag: Bern 2007. 474 Seiten. 68,30 €.

Die zeitliche und geographische Reichweite des Sammelbandes ist atemberaubend und ohne Zweifel ein Wagnis. Im Zentrum steht die Frage nach der Verbindung von Währung und Lohn in den letzten 7.000 Jahren auf dem Planeten Erde. In dieser Breite wird die Frage vor allem im einleitenden Beitrag verhandelt. Der Rest der Beiträge ist auf die letzten 2.500 Jahre beschränkt und untersucht im Wesentlichen die Verhältnisse in Westeuropa und Südostasien. Trotzdem bleibt der Fokus gigantisch.

Lucassen beginnt seinen Überblicksartikel mit der treffenden Beobachtung, dass Numismatiker und Geldhistoriker bisher schwerpunktmäßig die Verbindung von Geldentstehung beziehungsweise -verbreitung und Warenhandel untersucht hatzen. Es zeige sich aber, dass darüber hinaus eine enge Verbindung von Geldausbreitung und Lohnarbeit bestehe (S. 9 f.). Die These ist: Je verbreiteter Münzen mit kleinem oder mittlerem Wert sind, umso höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass in dem betreffenden Gebiet auch freie Lohnarbeit existiert. Lucassen geht dieser These und weiteren Verbindungslinien im Schnelldurchgang durch 7.000 Jahre Menschheitsgeschichte nach und zeigt dabei eine Vielfalt von Variationen auf. Am Ende fasst er die Beobachtungen systematisch zusammen. Seiner Meinung nach ist die Welt bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts vor allem durch drei Geldtypen gekennzeichnet: Münzen mit kleinem, mittlerem und großem Wert. Die Münzen mit großem Wert werden vor allem für Handel und Geldhortung genutzt, mittlere Münzen für die Zahlung von Löhnen, Miete, Pacht und Steuern und kleine Münzen für die Bezahlung von Tagelöhnern und Lebensmitteln (S. 51). In mehreren

Ländern zeigt sich beispielsweise, dass ein Übergang von der täglichen zur wöchentlichen Bezahlung von Lohnarbeitern einen deutlichen Anstieg in der Produktion von Münzen mit mittleren Werten zur Folge hat. Lucassen ist sich dabei bewusst, dass das Verhältnis von Geld, Handel und Lohnarbeit bisher wenig untersucht ist. Aus diesem Grund können vielfach mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben werden. Doch schon das Aufwerfen dieser Fragen ist ein großer Verdienst des Bandes. Die folgenden Aufsätze können in den meisten Fällen das hohe Niveau des Eingangsbeitrages halten und liefern instruktive Variationen zur generellen Fragestellung.

Besonders spannend und weitreichend sind die Beiträge von Jan Lucassen über Lohnzahlung und Geldzirkulation in den Niederlanden und von Om Prakash über den Zusammenhang von Fernhandel, Lohn und Münzen in Indien.

Aufgrund der weit gespannten regionalen und zeitlichen Differenz zwischen den Beiträgen wird dem Leser mitunter einiges abverlangt. Es ist manchmal schwierig, den Zusammenhang herzustellen. Nichtsdestotrotz bietet der Band aber einen sehr guten Einstieg in eine wichtige Fragestellung, die weiterer Erforschung harret.

Marc Buggeln

Ferruccio Gambino / Devi Sacchetto (eds), *Un arcipelago produttivo. Migranti e imprenditori tra Italia e Romania*, Carocci: Rome 2007. 222 pages. 19,70 €

One of the principal effects of the economic, social, and political transformation undergone by the countries of Central and Eastern Europe during the 1990s has been the development of new forms of circular migration between the region and the core states of the European Union. This 2007 anthology of essays combines careful ethnographic research on circular labor migration from Romania into Italy with an examination of the post-Ceaușescu republic's discovery as a profitable business location by entrepreneurs from northern and cent-

ral Italy; Gambino, Sacchetto, and their co-authors demonstrate convincingly that Romania and Italy have come to constitute a “productive archipelago” characterized by a new mobility not only of labor, but also of capital.

In their opening essay, Gambino and Sacchetto emphasize that the restrictions placed on freedom of movement vary significantly between the countries of Central and Eastern Europe. They cite former Yugoslavia as a case in point. While citizens of Slovenia enjoy virtually complete freedom of movement thanks to the EU-membership of their country, citizens of less privileged countries such as Bosnia and Macedonia need to obtain visas to travel across the newly segmented space of the former Federal Socialist Republic. EU border policies are identified by Gambino and Sacchetto as a fine-tuned regimen that facilitates the mobility of certain groups while obstructing that of others. The authors relate this regimen to a new European division of labor, characterized both by a wave of foreign investment in Central and Eastern Europe and by the emergence of pools of cheap labor in the region, with average wages between four and eight times lower than in Italy.

Gambino and Sacchetto sketch the process of dispossession and proletarianization that has made the Romanian workforce particularly appealing to European entrepreneurs keen on keeping their wage bills low. The economic crisis that ravaged Central and Eastern Europe between 1988 and 1993 affected Romania particularly harshly, unfolding effects that went beyond even those of the Great Depression and prompting significant parts of the population to abandon their urban lifestyle and return to a rudimentary subsistence economy. This exodus to the countryside, which drove the percentage of the population employed in agriculture from 28 to 40 percent in the space of two years (p. 25), was the prelude to circular migration into the EU, first registered on a large scale in 1995 and 1996.

Pietro Cingolani’s essay emphasizes that circular migration from Romania into Italy needs to be analyzed primarily through the prism of labor relations. In effect, migrants from Romania seek to turn their

backs on the newly precarious and often informal labor relations in their home country. Yet once they arrive in Italy, they are often constrained to work in sectors also characterized by precarious employment and informality, such as the construction or the agricultural sector. Moreover, they frequently find themselves at the mercy of those who arrived before them and are in a position to act as job brokers. Evidently, circular migration also profoundly reconfigures the migrant's relationship to the community (*gospodărie*) he or she leaves behind, with the emotional and economic bonds to some community members being strengthened while those to others gradually dissolve. Some Romanians who choose not to migrate find ways to benefit economically from the mobility of their compatriots, by working as money changers (*bișnițar*), transporters of goods and people, or importers of Italian products. A small number of migrants succeeds in making the transition from sporadic informal employment in Italy to self-employment in Romania.

Focusing on the special case of female migration, Francesca Alice Vianello demonstrates that Romanian women seek work in Italy not only because their prospects on the Romanian labor market are particularly bleak, but also to escape a patriarchal logic that has gained considerable ground in Romania since the 1990s, partly as a result of the religious revival the country has been witnessing since the fall of the Ceaușescu regime. Much of the care work and domestic work in Italy is now performed by female Romanian immigrants; they and female Ukrainian immigrants have effectively replaced women from the former Italian colonies (Eritrea, Ethiopia, and Somalia) as the main purveyors of poorly remunerated reproductive labor. Alongside female Polish immigrants, female Romanian immigrants can also frequently be found working in Italian hospitals. The reconfiguration of the migrant's family relationships assumes an especially extreme form in the case of female migrants. The decision to leave Romania often meets with considerable resistance from within the family, and married Romanian women who leave to work in Italy frequently end up divorcing their husbands. A number of the women interviewed by Vianello

stress that the experience has ultimately been a liberating one for them, despite the highly strenuous nature of the work by which they are constrained to purchase their relative freedom.

Mimmo Perrotta's essay summarizes the results of the author's research on Romanian construction workers in Bologna, part of this research having taken the form of participatory observation. Bologna has not experienced Romanian immigration on as large a scale as other Italian cities such as Turin and Rome, and it has consistently attracted more male than female immigrants (whose numbers are roughly equal elsewhere). The Romanian construction workers portrayed by Perrotta are all men, and most are from the province of Oltenia in south-western Romania. They narrate the devastating effects of the economic crisis suffered by Romania during the early 1990s, describing the wave of layoffs that emptied factory after factory, the return to subsistence farming, and the subsequent decision, both by unemployed family fathers and by younger men deprived of economic prospects, to seek work in Italy. Perrotta reports on how Romanian workers in Bologna struggle unsuccessfully to find employment outside the field of low-waged manual work, as their often considerable degree of professional qualification turns out to be of no value in Italy. The best these workers can hope for is to set up their own small construction business; however, those who take this step often find themselves performing the same work as before and for the same employer / contractor, while being exposed to even greater economic risk. Perrotta's essay also includes an insightful micro-analysis of the forms of informal communication and cooperation evident not only between Romanian construction workers, but also between them and their Italian colleagues. He reports encouragingly on examples of worker solidarity such as the decision of two Italians to go on strike until their employer raises the wages of an underpaid Romanian worker.

The next essay in the volume, by Devi Sacchetto, offers an in-depth analysis of the decision by a significant number of Italian entrepreneurs to invest in Romania. Romania has attracted an unusually high number of investments by small entrepreneurs from other countries,

with Italian entrepreneurs being especially well represented. Many of these Italian entrepreneurs are from northern and central Italy, a region that has been characterized by the emergence of a vast gamut of small businesses since the late 1970s. Sacchetto emphasizes that this phenomenon was closely linked to the reorganization of Italian factory production that followed the major breakdown of labor-management relations during the late 1960s, and which was characterized not only by layoffs but also by extensive outsourcing. During the 1990s, the new entrepreneurial culture suffered a protracted crisis, and a number of those small businessmen who were no longer able to make ends meet in Italy decided to relocate their activities to Central and Eastern Europe. These so-called *gazebisti* in many ways spearheaded Italian investment in Romania, their main incentive being the poorly regulated character of the Romanian labor market and of course the abundance of cheap labor there. Producing in the former socialist republic made the early *gazebisti* and those who followed in their footsteps newly competitive, and this in turn constrained those entrepreneurs who had chosen to remain in Italy to step up their rhythms of production and tighten factory discipline.

Yet not all the Italian entrepreneurs interviewed by Sacchetto were forced by impending bankruptcy to relocate eastward; some had already achieved economic success and were ready to retire when setting up a new business in Romania presented itself to them as a way to re-experience the early stages of their career and, with them, a sense of adventure and youth. These older entrepreneurs often speak of Romania as a kind of virgin soil, an unspoiled realm reminiscent of their childhood. Their quasi-colonial attitude, inflected with a sense of cultural superiority and strong elements of masculinism, is sure-handedly exposed and lucidly analyzed by Sacchetto. The Italian entrepreneurs active in Romania are overwhelmingly male, and Sacchetto's attention to their rhetoric of youth, adventure, and virility, consistently coupled with a disparaging view of Romanians as a childish people devoid of vision and discipline, is highly revealing of the arrogant mentality with which the economic transformation of Central and Eastern Europe is

enforced. Ultimately, the charm Italian entrepreneurs discover in Romania has much to do with the economic gain to be drawn from an impoverished population in areas where labor regulations and trade unions are virtually unheard of.

Italian entrepreneurial activity in Romania is also the subject of the final essay in the volume, by Veronica Redini, which presents the results of ethnographic research on Romanian workers employed by Italian entrepreneurs in the wood processing industry of the Cluj-Napoca region of Transylvania and in a shoe factory in the city of Timișoara, the capital of Timiș province in Banat. Timiș is sometimes referred to as the eighth province of the Veneto; some 1,500 Italian businesses are active there. Redini's interview with Rosaria Provenza, an Italian entrepreneur employing a largely female workforce in Timișoara, is reminiscent of what Sacchetto reports on the condescending view Italian entrepreneurs take of Romanians. While masculinism is not an element of Provenza's attitude, she also views her employees as workshy, uncouth, and in need of constant oversight and rigidly enforced discipline. Moreover, she also speaks of Romania as a place that has allowed her to relive her memories of childhood, likening it to the Sicily of 30 years ago. The comparison allows Provenza to cultivate a view of herself as knowing all there is to know about Romania. This self-perception goes hand in hand with a sense of mission, as Provenza believes she and other Italian entrepreneurs are bringing progress and prosperity to a backward people. Redini explores the links between Provenza's perception of her employees and the perception Italian consumers have of the products Italian businesses produce in Romania. As Redini demonstrates with reference to the Italian fashion industry, Romanian labor is effectively rendered invisible, as products largely manufactured in Romania and by Romanians continue to be marketed as "made in Italy".

Max Henninger

Devi Sacchetto, Fabbriche galleggianti. Solitudine e sfruttamento dei nuovi marinai, Jaca Book: Milan 2009. 292 pages. 25,00 €

Devi Sacchetto's most recent publication is the product of several years of research into the working conditions of the world's merchant seamen – working conditions that are also living conditions, given that the ship as workplace is also the site of what rest and recreation its crew members are able to enjoy. Sacchetto's research focuses on merchant ships traveling the Mediterranean and the Black Sea, but the fact that the crews of these ships are often recruited from countries as distant as China has allowed him to gain considerable insight into how maritime transport is organized globally.

Maritime transport accounts for about 95 percent of all commercial transport in terms of tonnage and for some 66 percent in value terms. Given these figures, the labor force employed in this crucial sector of the world economy appears surprisingly small, amounting to only 1.2 million men, of whom only half are actually at sea at any given time, with the others on standby in or near the world's port cities. The maritime labor force is, as Sacchetto points out, "desolately male" (p. 19). The world in which its members work and live is an extremely closed one characterized by rigid hierarchies, monotonous routines, and considerable health risks. Cutting costs by reducing crew sizes, increasing the workload, and accelerating the workplace are common practices among shipping companies. The resulting stress is augmented by the reduction – and in some cases the elimination – of shore leave, as well as by the state of persistent exhaustion seamen suffer due to constant shiftwork and the disrupted sleep cycle it entails. When one adds to this the limited feasibility of intensive medical care on the high seas, it begins to emerge just why merchant seamen face a higher risk of grave injury or death than workers in most other professions.

Sacchetto stresses that, contrary to opinion, seamen do not see much of the world despite all the traveling they do. This is primarily due to the fact that today merchant ships tend to spend only a short

time in port. According to a study cited by Sacchetto, some 27 percent of ships arriving in a medium-sized British port departed again within twelve hours, while 45 percent stayed between twelve hours and one day and 24 percent between one and three days; only four percent remained in port for more than three days (p. 48). Technological innovation and standardization measures such as the introduction of the container entail that a ship's cargo can today be processed more rapidly than ever before. The size of today's vessels has also necessitated the construction of large automated terminals situated at some distance from the next city or town; Rotterdam's new container terminal, for example, is located some 60 kilometers from the city center. Furthermore, the stricter security measures implemented by many port authorities in the wake of the September 2001 attacks on the Pentagon and the World Trade Center have considerably restricted and in some cases entirely eliminated seamen's possibilities of setting foot on shore, with crews and even captains from countries perceived as 'high-risk' sometimes being forced to remain on ship for the duration of their stay. The measures have obviously also greatly reduced many merchant seamen's possibilities of meeting trade union representatives and activists on shore.

Merchant seamen are typically employed individually and on the basis of fixed-term contracts whose duration tends not to exceed one year. Major shipping companies recruit their crews internationally, often minimizing the wage bill by employing workers from low-wage countries (while simultaneously sidestepping cumbersome labor, tax, and security regulations by registering their vessels under flags of convenience). Another feature of the maritime labor market highlighted by Sacchetto is the growing importance of large-scale recruitment agencies that interpose themselves between employers and their labor force. "Maritime workers arriving in Italian ports have typically been hired by shipping companies and private agencies that operate both within Italy and abroad, with recruitment chains reaching from the central offices, where the desired levels of specialization are determined, to branch offices where the labor force is selected and where

private training courses are organized” (p. 63). Many port cities feature informal job markets for seamen, the largest being that of Rizal Park in Manila. As a Philippino seaman interviewed by Sacchetto explains: “In Manila to find work on a ship you go to the main square. There you can find work based on your experience and rank. It’s a place where seamen’s labor is bought and sold” (ibid.). For most seamen, the age of 40 marks a threshold beyond which they encounter major difficulties in securing a contract (officers, however, are often able to work until they are about 60). Some seamen’s careers end prematurely when their perceived or actual misbehavior, participation in a strike, or unionization efforts lead to their name appearing on one of the blacklists that circulate among employers and recruitment agencies.

Seamen’s wages vary dramatically, with wage levels in a seaman’s country of origin determining what he will earn at sea. In 1992, the average monthly wage of a specialized German seaman was 5,768 US dollars, or 19 times that of a similarly qualified seaman from Bangladesh (305 US dollars). Moreover, seamen from low-wage countries tend to work for more months at a time than seamen from high-wage countries, sacrificing time with their family and friends for relative income security. Norwegian, British, and Japanese seamen tend to be at sea for relatively brief periods of time compared to those from Indonesia, South Korea, the Philippines, and China; Nigerian crews have been known to remain at sea for as many as five years at a time. Work hours also vary considerably depending on the crew’s nationality. While a contract signed by the International Transport Federation (ITF) stipulates a 40-hour work week, national contracts depart from this standard, with Sri Lankan seamen working 44 and Philippino seamen 56 hours a week. Working hours are on the rise for seamen of all nationalities, with some two thirds of the world’s seamen working more than eight hours a day, often seven days a week. This trend is closely related, as Sacchetto points out, to drastic reductions in the sizes of most crews, with ships once manned by 25 seamen or more now manned by only a dozen.

Improvements in communication technology such as the development of the fax, the cell phone, and the satellite phone have allowed seamen to maintain better contact with their families and home communities, but they have also been a factor in augmenting the control shipping companies are able to exercise over their crews. The fact that shipping companies can now contact captains and officers more easily has contributed to increasing the workload on most ships. It has also effectively dissolved the boundary between working and resting times, with captains being called by their employers at all hours. Security protocols developed in the wake of the September 11, 2001 attacks have similarly increased both the degree of surveillance to which crews are subject and their workload. Ships registered in countries that have ratified the International Ship and Port Facility Security Code (ISPS) are now equipped with the so-called Automatic Information System (AIS), essentially a device that continuously transmits information on the ship, its route, and its cargo to other ships and nearby ports; in addition, ships with displacement in excess of 500 tons now feature a so-called Ship Security Officer (SSO). Crews affected by the ISPS Code have experienced a significant increase in bureaucratic work, with additional forms and documents needing to be filled out prior to arrival in port. The broad range of security measures that port authorities have been constrained to introduce, from the employment of private security firms to the introduction of new technologies such as scanner systems, have entailed rising costs for these authorities. These costs are passed on to shipping companies, and the latter tend to compensate for their additional expenses by saving elsewhere, and in particular on wages. Another effect of the stringent security measures introduced in many ports has been the elimination of the small, informal trade activities still to be found there only a few years ago.

Measures to combat piracy have recently become an important element of worldwide 'antiterrorism' operations; for those keen to learn more about the realities of piracy and its relationship to the world economy, chapter five of Sacchetto's book offers a useful starting point. Sacchetto distinguishes between the small-scale piracy practiced in or

near major ports, as well as along certain coastlines, and the large-scale operations of paramilitary groups with capacities sufficient for operating on the open seas. The operations of impoverished fishermen in the so-called ‘pirate triangle’ between Hong Kong, China, and the Philippines are an example of the former type of piracy. The varying intensity of piracy in the ‘triangle’ appears to be linked to the general economic conditions in the region; thus, pirate attacks increased rapidly in number following the onset of the Asian financial crisis in 1997. Piracy off the coast of Somalia is perhaps the best-known example of the second kind of piracy; while it clearly also has economic causes, it differs from that in the ‘triangle’ in so far as it is practiced by groups well enough equipped to stage quasi-military operations.

Yet most seamen, especially those employed by small or medium-sized shipping companies, have less to fear from piracy than from the bankruptcy of their employers. Sacchetto narrates the fate suffered by the crews of bulk carrier and general cargo ships that remained stranded in port, sometimes for years, after learning the shipping company had accumulated more debt than it could pay. One Ukrainian seaman describes how his crew, stranded in Genoa with its wages extant, was reduced to accepting Red Cross charity while waiting for its employer to resolve his financial and legal conundrums. Some seamen will simply abandon ship under such circumstances, but the decision to do so does not come easy. By abandoning ship, a seaman renounces his legal claim to all extant wages; he is also likely to be blacklisted, such that he will probably not find work as a merchant seaman again. Furthermore, his choice to jump ship may make him an illegal immigrant. This explains why most seamen prefer to remain on board and wait for their predicament to resolve itself. Taking legal action is an option for some, especially if there is a trade union to support them. But even then, considerable time may pass before the crew receives even a portion of the wages owed. Of course, this is often a problem not only for the crew members themselves, but also for their families.

The final chapter of *Fabbriche galleggianti* is largely devoted to the transformations the port of Venice has undergone following the intro-

duction of container shipment, mechanized cargo-processing, and heightened security measures. Cargo processing has gone from a low-skill and labor-intensive task to one largely executed from behind the control panel of a crane, and the port itself has changed from a workplace affording numerous opportunities for informal exchanges between workers from different regions of the world to one where surveillance cameras, security agents, and police officers are employed to counteract not only 'terrorism', but also clandestine immigration. The port's workforce is both a shrunken and a highly segmented one, its workers being employed by a range of firms and on the basis of diverse contracts. Traditions of worker solidarity seem to have been eroded no less effectively than labor and wage standards.

Notwithstanding this bleak diagnosis, Sacchetto ends on a carefully optimistic note, pointing out that the bargaining power of maritime workers (and of transport workers in general) remains greater than that of workers employed in most other sectors of the economy. This is both because the fixed capital employed in the transport sector – ports, railways, airports, and so on – is difficult and sometimes impossible to relocate and because the diffusion of the just-in-time paradigm has made supply lines the Achilles' heel of most industrial giants. As pointed out by Sacchetto in his discussion of port security, the intensification of US border controls in the aftermath of the September 11, 2001 attacks on the Pentagon and the World Trade Center caused delays in container shipment that cost General Motors some 650,000 US dollars a minute. Potentially, the world's seamen wield a similar power to disrupt the commodity flows structuring the world economy, and as long as they preserve this power, attempts to curb their basic rights and stall their aspirations to a life in dignity will never see them wholly defenceless.

Max Henninger

Steve Early, Embedded with Organized Labor: Journalistic Reflections on the Class War at Home, Monthly Review Press: New York 2009. 17,95 USD

Ruth Milkman, L.A. Story. Immigrant Workers and the Future of the US Labor Movement, Russell Sage Foundation: New York 2006. 24,95 USD

In der US-amerikanischen Gewerkschaftsdebatte werden seit den 1990er Jahren Fragen behandelt, die auch anderswo zunehmend an Bedeutung gewinnen. Vor kurzem erschien in New York eine Sammlung von Aufsätzen des Gewerkschaftsaktivisten und Journalisten Steve Early, der sich seit den frühen 1970er Jahren der teilnehmenden Beobachtung der US-ArbeiterInnenbewegung widmet. Die Sammlung seiner Aufsätze, Rezensionen und Essays, die vorwiegend in der linken US-Presse erschienen sind, gibt einen guten Überblick über die Kämpfe der auch dort existierenden oppositionellen ArbeiterInnenbewegung seit dieser Zeit.

Die US-Gewerkschaften sind in der Krise. In der privaten Industrie organisieren sie aktuell nur noch rund acht Prozent der registrierten Beschäftigten. Gleichzeitig haben sich seit den frühen 1980er Jahren dezentrale migrantische Organisationen gebildet, die, als *Worker Centers* zusammengefasst, die Millionen Newcomers im Niedriglohnbereich zumindest punktuell erfolgreich ansprechen. Earlys Buch widmet sich beiden Phänomenen: Der Organisationsdebatte innerhalb der Gewerkschaften *und* den Organisationsversuchen jenseits des gewerkschaftlichen Mainstreams. Dabei plädiert der Autor für eine offene Diskussion innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, wie sie vor allem in den zahlreichen Initiativen für eine Demokratisierung der Gewerkschaften, an denen Early selbst teilgenommen hat, zum Ausdruck gekommen ist. Ein Bruch mit den bürokratischen Traditionen, inklusive des Bruchs mit der Einbindung in Unternehmenspolitik, staatliche Politik und sogar die Politik der Geheimdienste, ist aus seiner Sicht Voraussetzung für eine Erneuerung der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung (S. 10).

Dabei wird auch darauf hingewiesen, dass die neuen Ansätze in den USA eine lange Tradition haben, vor allem, wenn es um die Frage der *One Big Union* geht, die die Hierarchien auf den Arbeitsmärkten, ihre Abgeschlossenheit und ihre rassistische Figuration überwinden soll. In der Konsequenz muss man nicht nur die Geschichte der *Knights of Labor* oder der *IWW* zwischen 1880 und 1920 betrachten, sondern auch den Zusammenhang zwischen ArbeiterInnenbewegung und dem *civil rights movement* seit den 1960er Jahren.

Was die aktuelle Entwicklung der *Worker Centers* betrifft, die in engem Zusammenhang mit der massenhaften Migration vor allem aus Lateinamerika seit ca. 1990 steht, so sieht Early eine problematische Beziehung. Einerseits existiert nach seiner Auffassung ein Spannungsfeld zwischen Gewerkschaften und Zentren, das nicht einseitig konzeptionell oder institutionell aufgelöst werden kann, andererseits befürchtet er eine Tendenz zur Umwandlung dieser mehr oder weniger selbstorganisierten Zusammenhänge in „Serviceagenturen“, die damit letztlich weniger als gedacht zur Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der ArbeiterInnen beitragen (S. 197 f.). Eine kleine Schwäche des Buches ist, dass die Schwerpunktsetzung auf die gewerkschaftsoppositionellen Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte mitunter zu einer mangelnden Offenheit gegenüber organisationspolitischen Versuchen führt, die sich nicht im Nexus dieser „alten“ Gewerkschaftsopposition bewegen.

Ein großer Teil des Bandes ist schließlich der Organizing-Debatte in den USA gewidmet, in der seit ca. 1990 versucht wird, neue gewerkschaftliche Praxen zu entwickeln, die nicht zuletzt die Welt der migrantisch geprägten Sektoren der stark differenzierten US-ArbeiterInnenklasse integrieren sollen. Dabei greift Early die mittlerweile etablierte technokratische Verselbstständigung dieser Politik vehement an, die das Mitgliedswachstum der Gewerkschaften mit von den Zentralen verordneten *sweetheart deals* antreiben wollen: Die Folge sind wie anderswo auch der Verzicht auf das Streikrecht, Lohnzugeständnisse sowie die Missachtung der gewerkschaftlichen Demokratie. Es ist ein Konflikt, der sich in den USA aktuell am deut-

lichsten in der Auseinandersetzung zwischen der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU und der oppositionellen Gewerkschaft der GesundheitsarbeiterInnen in Kalifornien NUHW zeigt (S. 251 ff.).

In seiner Kritik an diesen Tendenzen bezieht sich Early direkt auf einen Text von Ruth Milkman, eine Art Standardwerk der neuesten US-Gewerkschaftsforschung. Milkman hat über fast zehn Jahre hinweg die Geschichte und Gegenwart der Organizing-Versuche in Los Angeles untersucht. Grundlage ihres Textes sind systematisch ausgewertete Interviews, die sie mit AktivistInnen und Gewerkschaftsfunktionären in dieser Zeit geführt hat. Der Titel des Buches deutet eine Setzung an, die sehr interessant ist: Denn es ist nicht die Geschichte der Arbeitenden und der Fabrik, die hier verhandelt wird, sondern eine L. A. Story, eine Erzählung über einen auch in der Stadtforschung immer wieder als exemplarisch angesehenen Ort des Neoliberalismus. Und in der Tat existiert, wie Milkman sehr anschaulich darlegt, ein Zusammenhang zwischen der in L. A. überdurchschnittlich ansteigenden prekären Beschäftigung im Dienstleistungssektor und der globalen Ökonomie, die einige Großstädte in Schaltzentralen der in diesem Sektor weltweit tätigen Konzerne verwandelt hat. Milkman bezieht sich positiv auf einen Text von Beverly Silver, die davon ausgeht, dass die Verschiebung der Arbeitskämpfe im transnationalen Maßstab, wie sie anhand der Konflikte in Brasilien, Südafrika oder Südkorea beobachtet werden kann, sich innerhalb der Global Cities reproduziere (S. 6). Milkmans Buch illustriert insofern einen wichtigen Aspekt, der sich in den neuen Raumkonstellationen verbirgt, von denen sowohl die Organizing-Projekte als auch die Worker Centers seit Ende der 1980er Jahre auszugehen hatten. Tatsächlich handelt es sich um nichts Geringeres als eine Debatte um die topografische Diffusion und das mit dieser verbundene Potenzial einer neuen Vergesellschaftung sozialer Kämpfe. Zentral erscheinen in diesem Zusammenhang Aktionen der früher als „atypisch“ bezeichneten Gruppen: Reinigungskräfte, Beschäftigte in der ambulanten Pflege, formal

selbstständige LKW-Fahrer, Menschen, die in Hotels und Gaststätten arbeiten.

Milkmans im US-Kontext viel diskutierte These ist, dass es gerade die traditionell nicht als „progressiv“ geltenden und auf einem Modell der Berufsgewerkschaften basierenden AFL-Gewerkschaften seien, die im Gegensatz zu der auf dem industriellen Organisationsprinzip beruhenden CIO-Tradition augenblicklich die Speerspitze der „revitalization of the US labor movement“ bilden (S. 21). Mehr noch: Historisch sei der „business unionism the handmaid of social movement unionism“ (ebd.). Im ersten Teil des Buches führt Milkman diese These anhand von Beispielen aus vier Arbeitsfeldern (Bekleidungsindustrie, Baugewerbe, Gebäudedienstleistungen, LKW-Fahrer) und vier Einzelgewerkschaften aus. Sie betont, dass die spezifische Entwicklung von Los Angeles berücksichtigt werden müsse, einer Stadt, in der der Mainstream der lokalen Elite immer für den gewerkschaftsfreien Open Shop eingetreten ist und in der zugleich die neoliberale Restrukturierung ebenso früh wie exemplarisch eingesetzt hat. Die lokal bezogene, einzelne Beschäftigte eher als ein abstraktes Kollektiv der Arbeitenden ansprechende Politik des Organizing habe auch hier ihre Wurzeln. Milkman weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Dominanz von Kleinbetrieben und der damit verknüpfte „Individualismus“ der Arbeitenden zudem eine wichtige Rolle spielte und spielt, zumal in der jüngsten Zeit etwa bei den LKW-Fahrern die Grenze zwischen der Rolle des Unternehmers und der des Angestellten zunehmend verschwimmt (S. 33 f.).

Letztlich geht es also um die Veränderung der composition of the workforce in der „neoliberalen Phase“: Während in the wicked city früher Kleinbetriebe und eine mehrheitlich „weiße Migration“ prägend gewesen seien, sei dieses Muster einerseits durch die Masseneinwanderung der letzten zwei Jahrzehnte, andererseits durch die Zunahme ungarantierter Beschäftigung durchbrochen worden. Die AFL-Tradition habe in der Tendenz eine größere Offenheit gegenüber dieser Entwicklung ermöglicht. Grundlage sei, dass die Begrenzung des Zugangs zu betrieblichen und sektoralen Arbeitsmärkten

ten in der AFL-Tradition keine große Rolle gespielt habe, und zwar nicht aus politisch-ideologischen Gründen, sondern einfach aufgrund der Untauglichkeit einer solchen Strategie. Es folgt eine instruktive und kenntnisreiche Darstellung der auch in Europa verhältnismäßig bekannten Justice for Janitors-Kampagne.

Die Bilanz, die Milkman zieht, ist umstritten. Milkman formuliert, sehr zugespitzt: „[If] there is any hope [...] for a major upsurge of labor movement activities, it is likely to come from the former AFL unions. Among them, the by far most promising organizing model is that of the giant SEIU“ (S. 190). Die oben skizzierte Position von Steve Early steht solchen Überlegungen diametral entgegen. Auch allgemein wird in der US-Gewerkschaftsopposition die Einschätzung, dass die SEIU, die große Dienstleistungsgewerkschaft, ein Modell für die Erneuerung der Gewerkschaften abgeben könne, immer weniger geteilt. Dabei waren die oben erwähnten Konflikte mit der NUHW nur der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Early erklärt, bereits die Justice for Janitors-Kampagne sei keineswegs frei von Ambivalenzen gewesen. So kam es bereits 1995 in diesem Sektor zum innergewerkschaftlichen Protest gegen die Unterrepräsentation der MigrantInnen in der lokalen Gewerkschaftsleitung in L. A. Während Milkman die Proteste der Multiracial Alliance als „Ausbruch des Fraktionalismus“ qualifiziert, sehen Early und andere Autoren aus der linken Gewerkschaftsszene wie Kim Moody die Sache ganz anders. Die Abwehr des Konflikts durch die SEIU-Spitze erscheint aus ihrer Sicht lediglich als Vorbote eines technokratischen und auf einen neuen business oder sogar corporate unionism orientierten Stils (S. 244). Early zitiert einen Text von Moody, in dem konstatiert wird, dass die sinkende Handlungsmacht der lokalen betrieblichen Basis zudem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu signifikant schlechteren Verhandlungsergebnissen beigetragen habe.

Beide Texte eint die Annahme, dass eine Erneuerung der US-ArbeiterInnenbewegung notwendig und möglich sei, sowie dass die 1990er Jahre gezeigt hätten, wie dies praktisch und vor Ort im Rah-

men einer „aktivierenden“ Politik umgesetzt werden kann. Abgesehen davon ist allerdings nur Uneinigkeit zu konstatieren: Das von Milkman geprägte Gewerkschaftsverständnis, das den Mainstream der derzeit, jedenfalls im Vergleich zu vielen europäischen Ländern, blühenden US-Gewerkschaftsforschung repräsentiert, wird von dem oppositionellen Gewerkschaftsjournalisten Early scharf kritisiert. Es sei entscheidend, meint Early, ob Organisation „from above“ oder „from below“ geschehe, und dies zeige sich langfristig auch in den konkreten Resultaten der Gewerkschaftspolitik. Beide Texte teilen jedoch die Schwäche, dass sie zwar eine ungeheure Fülle an konkretem historischem und aktuellem Wissen zu Tage bringen, zugleich aber Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung in der Tendenz als identisch setzen. Zu einfach ist jedoch die Vorstellung, dass Gewerkschaften, ob im Guten oder im Schlechten, mehr oder weniger kontinuierlich die wie auch immer definierte „Klasse“ repräsentieren.

Peter Birke

Robert Sommer, Das KZ-Bordell. Sexuelle Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Ferdinand Schöningh Verlag: Paderborn u. a. 2009. 445 Seiten. 38,00 €

Mit seiner Dissertation „Das KZ-Bordell“ präsentiert der Kulturwissenschaftler Robert Sommer erstmals eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Bordelle in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Das KZ-Bordell stehe dabei als ein besonders perfides Kapitel der NS-Geschichte exemplarisch für die Enthumanisierung im KZ-System und kollidiere zugleich mit „tradierten Erinnerungsbildern der KZ“ (S. 15).

In den ersten Kapiteln präsentiert Sommer eine faktenreiche Ereignisgeschichte der KZ-Bordelle. 1943 befahl Heinrich Himmler die Einführung eines Prämiensystems, das die Produktivität in der Baustoff-, Rüstungs- und Chemieindustrie steigern sollte, indem es

den männlichen Häftlingen bei guter Arbeit Vergünstigungen wie zusätzliche Essensrationen, „Freizeit“ und Bordellbesuche in Aussicht stellte. Die für diesen Zweck in fast allen KZ eingerichteten Lagerbordelle beherbergten meist auch Bordelle für ukrainische SS-Wachmannschaften. Sommer verdeutlicht, dass die sogenannten „Häftlings-Sonderbauten B“, deren Sex-Zwangsarbeiterinnen vor allem in den Frauenkonzentrationslagern Ravensbrück und Auschwitz-Birkenau unter Zwang und falschen Versprechungen rekrutiert wurden, aus den ökonomischen Interessen des SS-Wirtschaftskomplexes hervorgegangen waren. Dabei knüpfte die SS an die bisherige NS-Politik der staatlich kontrollierten Prostitution an. Aus Aussagen Himmlers und auffälligen Ähnlichkeiten schließt der Autor, dass sich die SS bei der Einführung der Prämien ferner das GULag-System zum Vorbild nahm.

Leider konzentriert sich Sommer in der Frage der Nutznießer der Sex-Zwangsarbeit fast ausschließlich auf die SS, vernachlässigt aber andere Profiteure wie die IG-Farben, Heinkel oder Junkers und führt das Leistungsprämienystem für KZ-Häftlinge zu monokausal auf das stalinistische Lagersystem zurück. Tatsächlich vereinigten sich im KZ-Bordell deutsche und internationale Erfahrungen der modernen Zwangsarbeit sowie die hauseigenen „Modelle der staatlich institutionalisierten und regulierten Prostitution des ‚Dritten Reiches‘“ mit den „Techniken der totalen Unterwerfung und Ausbeutung der Konzentrationslager“ (S. 271).

Das KZ-Bordell erscheint bei Sommer nicht nur im Kontext wirtschaftlicher Interessen, sondern wird auch überzeugend in die Ideologieggeschichte der NS-Rassenpolitik eingeordnet. So blieb etwa jüdischen und sowjetischen Häftlingen die Möglichkeit eines Bordellbesuchs verwehrt. Mit bürokratischer Präzision hatte die SS darauf zu achten, dass im Bordell die NS-Rassengesetze ausnahmslos eingehalten wurden. Der jeweilige SS-Lager-Arzt trug dabei die Verantwortung, dass es weder zu Schwangerschaften noch zur Verbreitung von Geschlechtskrankheiten kommen konnte. Penibel und ohne Gewährung von Privatsphäre wurden der Sexualverkehr und der

medizinische Zustand der Frauen überwacht und dokumentiert. Die gründliche NS-Bürokratie ermöglichte es dem Autor, viele der Sex-Zwangsarbeiterinnen namentlich zu erfassen und ihre Gesamtzahl auf 190 bis 210 zu schätzen.

Sommer fügt seiner Untersuchung weitere methodische Perspektiven hinzu: Er analysiert das KZ-Bordell als Teil des geschlossenen, sozial und lokal gegliederten Raums KZ, in dem das SS-Gewaltregime eine hierarchische Häftlingsgesellschaft erzeugte, deren Struktur auch durch die Lagertopographie und die bauliche Beschaffenheit der „Häftlings-Sonderbauten“ erzwungen wurde. Damit eröffnet der Autor auf sehr fruchtbare Weise eine interessante Forschungsperspektive auf den Kosmos KZ. Anhand von Lagerplänen, Fotos und Berichten konnte er die unterschiedliche Verortung der Bordelle in der Lagertopographie rekonstruieren und mit der sozialen Realität verknüpfen. Das Handeln der Menschen im KZ war „an räumliche Konstruktionen“ (S. 161) gekettet, die der SS eine bessere Kontrolle sozialer Kontakte ermöglichten und die Enthumanisierung der Häftlinge etwa durch die strikte Geschlechtertrennung verstärken sollten. Das Bordell war gewissermaßen ein Fremdkörper innerhalb dieses Prinzips, da es nicht nur zwischenmenschliche Kontakte ermöglichte, sondern – wenn auch wenigen – so etwas wie Identität durch Sexualität zurückgeben konnte. Daher verlegte die SS die Bordelle zunehmend in die Peripherie und verbannte sie aus der Lebenswelt der meisten Häftlinge.

Auch anhand der Grundrisse der Bordellbaracken, die zunehmend standardisiert wurden, leitet Sommer den Grundcharakter aller KZ-Bordelle her. Die architektonischen Grundelemente – ein zentraler Gang, die angegliederten kleinen Bordellkabinen und die Schlafräume der Insassen – sollten die lückenlose Kontrolle eines industriell standardisierten „Bordellbetriebs wie am Fließband und unter permanentem Zeitdruck“ (S. 177) ermöglichen. Der Bordellbetrieb lasse sich charakterisieren als „eine Institution der bürokratisierten sexuellen Ausbeutung, wie sie in dieser Form historisch einmalig ist“ (S. 271). Im KZ-Bordell zeige sich der grundlegende

Charakter des KZ-Systems als rationalisierte Ausbeutungs- und „Dehumanisierungs-Maschinerie“ (S. 216).

Zudem untersucht Sommer die Bedeutung des Körperlichen im KZ und revidiert dabei das Bild vom KZ als Welt ohne Sexualität. Zwar rückte mit zunehmender physischer Schwächung der Überlebenskampf für die meisten Häftlinge ins Zentrum des Bewusstseins, was mit einer Entsexualisierung einherging. Dennoch hat es sexuelle Beziehungen gegeben, die sich sowohl im Bordell als auch außerhalb des „Häftlings-Sonderbaus“ abspielten, nicht selten aber Zwangs- oder Zweckbeziehungen waren. Auch wenn „normale“ gesellschaftliche Geschlechterkonstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit bisweilen etwas holzschnittartig dargestellt werden, scheint insgesamt die analytische Betrachtung der Kategorien Sexualität und Körper methodisch viel versprechend. Sommer zeigt nämlich wie Körper und Sexualität von einigen Häftlingen im Überlebenskampf als sexuelles Kapital eingesetzt – etwa im Tausch gegen Nahrung – und bei besserem physischen Zustand „auch ein Statussymbol und Zeichen von Macht“ (S. 207) innerhalb der Häftlingsgesellschaft wurden. Moralische Bedenken konnten in der ständigen Lebensbedrohung zum Nachteil werden. So wird klar, dass jede moralische Verurteilung der Sex-Zwangsarbeiterinnen ungerechtfertigt ist. Mit seiner differenzierten Beschreibung wirkt Sommer der nach dem Krieg vielerorts einsetzenden Stigmatisierung der Sex-Zwangsarbeiterinnen als Kollaborateure oder Nutznießerinnen entgegen.

Der Autor zeigt, wie die unter Zwang zugewiesene soziale Stellung in der Häftlingshierarchie NS-Opfer dazu brachte, Mithäftlinge auszubeuten, und verdeutlicht damit die Perfidität des Systems, in dem entmenschlichte Menschen gezwungen wurden, jede Möglichkeit zu nutzen, der ständigen Todesdrohung zu entgehen. Sommer hebt aber auch hervor, dass einige den Bordellbesuch nur zum privaten Gespräch nutzten und viele die sexuelle Ausbeutung boykottierten.

Kleinere Ungereimtheiten, einige vermeidbare Redundanzen, die zu kurz betrachtete Rolle anderer Nutznießer der sexuellen Ausbeu-

tung sowie die z. T. etwas zu monokausal dargestellte Vorgeschichte des KZ-Prämiensystems schmälern nicht, dass Sommer ein methodisch inspirierendes, gründlich recherchiertes sowie mit hoher Sensibilität verfasstes Standardwerk vorgelegt hat. Er widerlegt damit nicht nur die These, dass der Nationalsozialismus ausgeforscht sei, sondern zeigt auch, dass neuere kulturwissenschaftliche Methoden den Blick auf die bürokratisch-militärisch organisierte Total-Enthumanisierung der NS-Politik bereichern.

Raiko Hannemann

Morten Reitmayer, Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik, Oldenbourg-Verlag: München 2009. 628 Seiten. 74,80 €

Nicht wenige Kritiker eines normativen Elite-Konzeptes – darunter vor einigen Jahren auch ich – behaupteten, der Begriff wäre auch durch seine Verwendung im Nationalsozialismus unbrauchbar geworden. Die Verteidiger des Begriffs argumentierten dagegen, dass man die Idee vom Nationalsozialismus lösen müsse und es doch heutzutage um eine demokratische Elite ginge. Beide Parteien saßen jedoch einem historischen Fehlurteil auf, wie jetzt eine Studie von Morten Reitmayer zeigt. Die Nationalsozialisten nutzten entgegen der weit verbreiteten Meinung den Elite-Begriff kaum. So gebrauchte etwa Himmler für die Selbstbeschreibung der SS die Begriffe „Adel“ und „Orden“, die an ältere, konservative deutsche Diskurse anknüpften.

Die herausragende Studie von Reitmayer leistet jedoch erheblich mehr als die Aufklärung dieses Irrtums. Sie verfolgt minutiös, wie konservative Denker im Gefolge der deutschen Kriegsniederlage 1945 die Begriffe „Adel“ und „Orden“ aufgaben und sich zunehmend um den „Elite“-Begriff sammelten. Dem Begriff kam erst in der jungen Bundesrepublik eine bedeutende Rolle zu. Sein Siegeszug war dadurch eng verknüpft mit der Durchsetzung von Demokratie und

Parlamentarismus. Aus Reitmayers Sicht stellt die Referenznahme auf das Elite-Konzept ein zentrales Vehikel dar, das es den deutschen Konservativen ermöglichte, sich auf die Demokratie einzulassen.

Dies wurde möglich, weil die bisherigen Konzepte des deutschen Konservatismus durch das Dritte Reich diskreditiert waren. Zumindest für die Konservativen stellte das Jahr 1945 eine scharfe ideengeschichtliche Zäsur dar. Die folgenden zehn Jahre waren durch eine intensive Suche nach neuen Denkmustern gekennzeichnet. Reitmayer zeichnet diese Suchbewegung durch eine Analyse der wichtigsten Kulturzeitschriften sowie der Tagungsprotokolle der evangelischen Akademien und Publikationen, die sich explizit mit dem Thema „Elite“ beschäftigen, nach. Der Autor verfolgt dabei einen ideengeschichtlichen Ansatz, der sich durch seine Anlehnung an Pierre Bourdieu von einer älteren Ideengeschichte abhebt. Ideen werden als gedachte Ordnung verstanden und akteurszentriert untersucht.

Die Studie belegt, dass der Elite-Diskurs in der Bundesrepublik Anfang der 1950er Jahre an Schwung gewann. Besonders groß war der Diskussionsbedarf bei der evangelischen Kirche und den Unternehmern, während sich große Teile der katholischen Kirche länger an älteren ständischen und korporatistischen Entwürfen orientierten (S. 63–68). Für die Durchsetzung des Elite-Begriffs war es zentral, dass Anfang der 1950er Jahre ein relativ homogenes literarisch-politisches Feld existierte, das durch konservative Denker geprägt wurde. Kennzeichnend für das Feld war eine scharfe Ablehnung des Begriffs der „Klasse“ und der Vorstellung, dass es unüberbrückbare Differenzen innerhalb der Nation gab, die zwangsläufig zu Konflikten oder Kämpfen führen müssten. Stattdessen herrschte eine sozialharmonische Grundhaltung vor, die durchaus Verbindungen zur „Volksgemeinschafts“-Ideologie aufwies (S. 90–99).

Reitmayer führt aus, dass in den fünfziger Jahren das Verständnis als Wert- und Charakter-Elite vorherrschend war (S. 133–190). Dieses war durch drei Elemente geprägt: erstens durch die Idee eines

scharfen Gegensatzes zwischen Elite und Masse, zweitens durch eine sehr unscharfe Definition des Elite-Begriffs und drittens durch eine fast universelle Anwendbarkeit des Begriffs. Lag die Betonung auf der Wert-Elite, war das Konzept tendenziell offener, während von einer Charakter-Elite nur auf einen kleinen Kreis bezogen gesprochen wurde. Insbesondere die Unternehmer verstanden sich als Charakter-Elite. Als die zwei zentralen Charakterqualitäten, die für die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe als notwendig erachtet wurden, galten Unabhängigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Da ersteres auch finanzielle Unabhängigkeit erforderte, war von vornherein gesichert, dass nur wenige zur Elite gehören konnten. Die Vorstellung, zur Charakter-Elite zu gehören, verstärkte bei den Unternehmern noch den Unwillen, Aufgaben zu delegieren, denn bei den Untergebenen fehlte ja die charakterliche Eignung zur Führung. Reitmayer konstatiert darum für die frühe Bundesrepublik sogar eine Verhärtung des autoritären Führungsstils in den Unternehmen.

Erst in den 1960er Jahren wandelte sich mit dem gesamtgesellschaftlichen Klima auch der Elite-Begriff. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und der Wunsch nach der Möglichkeit des amerikanischen Traums, vom Tellerwäscher zum Millionär, führten auch in Deutschland zu einer diskursiven Öffnung des Begriffs der Elite. Vorherrschend wurde nun die Vorstellung von einer Funktionselite (S. 491–560). Die Zugehörigkeit zur Elite sollte nun vor allem auf Leistung beruhen und nicht mehr auf quasi-angeborenen Charakter-Eigenschaften. Die Botschaft lautete: Durch harte Arbeit kann jeder Teil der Elite werden. Vor allem Michael Hartmann hat mit seinen Studien gezeigt, dass diese diskursive Öffnung kaum dazu geführt hat, dass die deutschen Führungsspitzen und insbesondere die Unternehmensleitungen in größerem Umfang Menschen aus anderen Schichten für Spitzenpositionen rekrutiert haben. Nach wie vor entscheidet im Wesentlichen die Geburt darüber, ob man eine Chance hat, Spitzenmanager zu werden.

Dies ist nun aber nicht die Frage des besprochenen Buches, das sich ganz auf die diskursive Formierung des Elite-Begriffes beschränkt.

Reitmayer zeigt, dass die deutsche Elite-Diskussion bislang stark national geprägt war und fast keinerlei Anleihen bei US-amerikanischen Autoren gemacht wurden. Deswegen setzt er aus ideengeschichtlicher Perspektive auch ein dickes Fragezeichen hinter die häufig behauptete starke „Amerikanisierung“ der Bundesrepublik.

Reitmayers detaillierte Untersuchung des Elite-Diskurses endet in den 1960er Jahren. Der Autor vertritt die These, dass zu diesem Zeitpunkt alle Elemente entfaltet sind und bis heute im Wesentlichen eine Wiederholung des Immergleichen zu beobachten ist. Ebenfalls seit den 1960er Jahren existiert auch der zentrale Gegenspieler: das Partizipations-Doxa. Nach diesem muss es das Ziel einer Demokratie sein, dass sich alle gleichermaßen beteiligen können und keiner per se über einen privilegierten Standpunkt verfügt. Reitmayer behauptet, dass in der deutschen Oberklasse noch heute das Partizipations-Doxa eine absolute Minderheitenposition darstellt und das Elite-Doxa klar vorherrschend ist. Bereits in der Mittelschicht verfügt das Partizipations-Doxa jedoch über eine große Zahl von Anhängern, so dass diskursive Kämpfe weiterhin vorprogrammiert sind.

Aus meiner Sicht ist das Buch die bisher beste und eindrucksvollste Arbeit zur Ideengeschichte der frühen Bundesrepublik. Sie ist methodisch innovativ, gut geschrieben und scheut nicht vor klaren Thesen zurück. Die Studie kann allen an den diversen Elite-Diskussionen Interessierten nur wärmstens ans Herz gelegt werden.

Marc Buggeln

Anita Fabig / Kathrin Otte (Hg.), Umwelt, Macht und Medizin – Zur Würdigung des Lebenswerkes von Karl-Rainer Fabig, Verlag Winfried Jenior: Kassel 2007. 325 Seiten, 18,00 €

Es fällt schwer, diesem Buch in einer kleinen Besprechung gerecht zu werden, und dies umso mehr, als der Rezensent fast von Beginn an in genau die gesundheits- und umweltpolitischen Auseinandersetzungen involviert war, in denen der Wissenschaftler und Arzt Karl-

Rainer (Kalle) Fabig eine bedeutsame Rolle spielte. Dem Rezensenten war er immer ein Vorbild für ein wissenschaftlich wie ethisch fundiertes Eintreten gegen Ursachen menschliches Leides. Die Auseinandersetzungen, von denen in diesem Buch die Rede ist, waren immer zugleich auch gesundheits- und umweltwissenschaftliche, sie gingen gleichsam „ins Herz“ herrschaftswissenschaftlicher Systemlegitimation und Systemsteuerung. An all diesen Fragen war Karl-Rainer Fabig forschend und kämpfend beteiligt. Der vorliegende Sammelband lässt, neben wichtigen Originalbeiträgen von Fabig selbst, Wegbegleiter/innen und Mitstreiter/innen zu Wort kommen, wobei die Beiträge auf ganz unterschiedlichen Ebenen liegen, ganz so, wie es dem Leben und Wirken des Gewürdigten entspricht. Der Germanist Günther Giesenfeld, ein Mitstreiter gegen den US-amerikanischen Vietnamkrieg, fasst die Lebensdaten des 1943 Geborenen und 2005 viel zu früh Verstorbenen zusammen. Es folgt, neben Berichten von und Interviews mit Betroffenen, eine Vielzahl von wissenschaftlich, medizinisch, juristisch und politisch motivierten oder erfahrungsgeleiteten Aufsätzen.

Fabig war einer der ersten, wenn nicht gar der erste Wissenschaftler überhaupt, der auf die entsetzlichen Folgen des mit chemischen Kampfstoffen geführten US-Einsatzes über Vietnam aufmerksam machte. Das Ausmaß der durch das stark dioxinhaltige „Agent Orange“ verursachten Massenvergiftung zeigt sich heute, nach 40 Jahren, in voller Schärfe: Drei Millionen Vietnamesen und Vietnamesinnen sind betroffen, darunter mittlerweile hauptsächlich genetisch geschädigte Menschen mit schweren Missbildungen und schweren körperlichen und geistigen Behinderungen. Fabig war schon 1968 monatelang vor Ort, untersuchte Menschen und berichtete hierzu davon. In vorliegendem Sammelband werden der Einsatz des „Agent Orange“ und seine Folgen von Stephan Kühner, Vo Quy und Werner Gallo dargestellt.

Dioxin, ein unvermeidliches Nebenprodukt der Chlorchemie, sollte das Leben und Wirken Fabigs weiter begleiten. Denn auch in der Bundesrepublik gab es arbeits- und produktionsbedingte Dioxinver-

seuchungen, so beispielsweise bei einem Störfall, der sich 1953 in Ludwigshafen zutrug. Dieser Störfall, im Gefolge dessen alle etwa 100 hochexponierten Arbeiter an Krebs starben, wurde seitens der verantwortlichen BASF jahrzehntelang verschwiegen. Fabig hat Betroffene vor Gericht vertreten und Wesentliches dazu beigetragen, dass die Vertuschung nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Er hat auch dioxinvergiftete Arbeiter des Hamburger Boehringer-Werks, das 1984 wegen nachhaltiger Umweltverseuchung geschlossen wurde, als betreuender Arzt und Gutachter begleitet. Auch im Frankfurter Holzschutzmittelprozess spielten dioxinhaltige Chlororganika eine Rolle, und auch hier stand Fabig den Erkrankten zur Seite. Nicht zuletzt hat Fabig – im Sammelband ist das den Beiträgen von Kathrin Otte und Ingrid Scheermann zu entnehmen – Entscheidendes dazu beigetragen, dass die multiple Chemikalienempfindlichkeit (MCS) in der deutschen Medizinlandschaft wahr- und ernstgenommen wurde. Im vorliegenden Band kommen Dioxinforscher, Erkrankte, Juristen und Mediziner – hier beispielsweise der Umweltmediziner Kurt Müller, der Trierer Neurologe Peter Binz, der Hamburger Arbeitsmediziner Alfred Manz und der Bremer Epidemiologe Rainer Frentzel-Beyme – zu Wort. Es sind Menschen, die jahrelang an der Seite von Kalle Fabig standen und mit ihm gemeinsam kämpften, vor allem gegen die Berufsgenossenschaften. Letztere erwiesen sich in all den Auseinandersetzungen als Statthalter des chemisch-industriellen Komplexes, als Staat im Staate, der sich dem demokratischen Diskurs – in der Wissenschaft wie in der Politik – weitgehend entzieht.

Fabig weitete sein Denken auch auf philosophische Fragen aus, auf die ihn seine Arbeit und sein Mitgefühl mit den Betroffenen brachten. Diese unsere Welt ist überschüttet von einem giftigen Schleier der Monetarisierung alles Lebendigen. Die Herrschaft des Tauschwertes überdeckt und unterdrückt das stoffliche, materielle und materiell-lebendige Sein des Lebens. Die Stofflichkeit, die Leiblichkeit rebelliert und wehrt sich, so gut sie kann und auf Arten und Weisen, in denen sowohl Authentizität wie Ver- oder gar Zerstö-

zung zutage treten. Die stoffliche und geistige Vergiftung evoziert eine vielfältige Dialektik, die verstehend, analysierend und handelnd zu bearbeiten eine gewaltige theoretische und praktische Herausforderung der Zukunft sein wird. Fabig war der Auffassung, dass wir möglicherweise das Marx-Engels'sche Diktum von der Menschwerdung durch Arbeit umschreiben müssen, weil insgesamt der Stoffwechsel des Menschen mit der Natur komplexer und von mehr Eigendynamik des Stofflichen selbst getrieben und gebrochen ist als wir bisher annehmen konnten. Neben Fabig selbst – zu Beginn des Bandes – gehen Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl-Hermann Tjaden am Ende auf diese Fragen genauer ein.

Fabig stieß immer wieder auf die Problematik, dass bei gleichen äußeren Belastungen Menschen sehr unterschiedlich reagieren, gerade auch bei der multipeln chemischen Empfindlichkeit. Er untersuchte Enzymaktivitäten und war, wie der Radiologe Ernst-Ulrich Bieler im Sammelband berichtet, auch wesentlich beteiligt an der Entwicklung der nuklearmedizinischen Analyse neurotoxisch verursachter Gehirnschäden. Der Molekulargenetiker Eckart Schnakenberg berichtet über genetisch bedingte Krankheitsempfänglichkeiten, an deren wissenschaftlicher Erforschung Fabig ebenfalls beteiligt war. An dieser Stelle zeigte sich der wissenschaftlich tabulose Geist Fabigs, denn mit seinem Eintauchen in die Molekulargenetik hatten so manche Mitstreiter, so auch der Rezensent, ihre Schwierigkeiten. Doch Fabig verteidigte seine Forschung, unter anderem mit dem völlig richtigen Argument, dass es alle Menschen, auch die Empfindlichen und Empfänglichen („die Suszeptiblen“) gegen die Chemisierung zu schützen gelte. Die evolutionär bewährte Vielgestaltigkeit der Individuen und ihrer Entgiftungskapazitäten wird durch die massive Chemisierung der Welt überfordert. Und das führt Fabig zu der Folgerung: „Im engeren wissenschaftlichen Bereich zeigt sich die Unsinnigkeit von Grenzwerten oder Richtwerten, die sich um die Unterschiedlichkeiten der Individuen nicht kümmert“ (S. 16).

Der Band enthält viele weitere lesenswerte Beiträge. Der Toxikologe Gunnar Heuser berichtet über „Clinical Neurotoxicology“.

Die Juristen Erich Schöndorf, Norman Paech und Wilhelm Krahn-Zembol berichten vom Holzschutzmittelprozess und weiteren juristischen Auseinandersetzungsfeldern mit der chemischen Industrie und ihren Vasallen. Horst Peter, der lange dem Petitionsausschuss des Bundestages angehörte, berichtet über den langen und nicht sehr erfolgreichen Kampf in der Legislative, die Praxis der Berufsgenossenschaften unter die Lupe zu nehmen und den Geschädigten endlich mehr Recht (im juristischen wie moralischen Sinne) zukommen zu lassen. Die Journalistin Antje Bultmann plädiert für eine transparente, lebensfreundliche und von Verantwortungsethik geleitete Wissenschaft. Der Epidemiologe Wilfried Karmaus bezeichnet die Arbeit des Arztes Fabig als die eines medizinischen Detektivs. Der Band enthält auch ein ausführliches Gespräch mit zwei ehemaligen Boehringer-Arbeitern, das dank seines exemplarischen Charakters für die sozialhistorische Aufarbeitung der Arbeiterschutzgeschichte in Deutschland von hohem Wert sein wird. Wer die Schilderungen der Betroffenen liest, merkt sofort die Ähnlichkeiten mit anderen, möglicherweise sogar eigenen Erfahrungen: Allzu oft versuchen wir, Belastungen nicht wahrzunehmen und Beeinträchtigungen zu verdrängen. Allzu oft warten wir, bis ein äußerer Zusammenbruch Auslöser des inneren Zusammenbruchs wird. Allzu oft nehmen wir unsere eigene leibliche Existenz und die ihr innewohnende Rebellion gegen den zerstörenden Zugriff des Kapitals nicht wahr oder nicht ernst. Aus solchen Krisen wie bei Boehringer in Hamburg oder bei Vulkan in Bremen muss gelernt werden: Nach der Schließung der Vulkan-Großwerft in Bremen brach gleichsam auch die Gesundheit der dort ehemals Beschäftigten zusammen. Mit inzwischen mehr als 100 Toten pro Jahr kommt nunmehr das furchtbare Ausmaß der Asbestose-Erkrankungen und des Asbestkrebses, der hauptsächlich in den bremischen Werften entstand, an das Tageslicht.

Wissenschaftspolitisch wie persönlich aufregend ist der Beitrag des Politikwissenschaftlers und umweltpolitischen Aktivisten Rolf Czeskleba-Dupont. Er berichtet über die jahrelangen Versuche Fa-

big's, seine Forschungsergebnisse im skandinavischen Raum zu Gehör zu bringen. Angesichts der dortigen Entdeckung der „Malerkrankheit“ Anfang der 1980er Jahre sowie der Thematisierung vieler anderer Chemieschäden war dies eine völlig nachvollziehbare Erwartung. Doch dieses Ansinnen blieb, weil Fabig nicht dem „normalwissenschaftlichen Modell“ entsprach, lange erfolglos. Czeskleba-Dupont rekurriert auf den Wissenschaftshistoriker Thomas S. Kuhn, der die Erkenntnispraxis des real existierenden Wissenschaftsbetriebes eingezwängt in den Rahmen bestimmter Konventionen, Abhängigkeiten und Denkbeschränkungen sieht (S. 308). Kuhns Analysen gehen auf den polnischen Biologen und Erkenntnistheoretiker Ludwik Fleck zurück, der von „Denkkollektiven“ und „Denkstilen“ spricht, außerhalb derer ein wissenschaftlicher Gedanke oder gar eine wissenschaftliche Beobachtung nicht oder kaum wahrgenommen wird. Czeskleba-Dupont plädiert daher für ein „postnormales“ Modell wissenschaftlichen Arbeitens und Diskutierens. Dies bedeute nicht nur eine erweiterte „peer community“, sondern auch ein Aufnehmen bislang – im traditionellen Betrieb – „ungewöhnlicher“ Verfahren der Faktengewinnung und Faktenbewertung in den wissenschaftlichen Prozess, insbesondere bei Fragen, welche die Gesundheit und Umwelt in drängender Weise betreffen. Es geht, so der Autor dieses Beitrages, um eine „problemorientierte Demokratisierung des Expertentums“ (S. 310). Es ist beschämend, dass ausgerechnet die gesundheitswissenschaftlichen Abteilungen unserer Universitäten so wenig von diesem Postulat begriffen haben. Weder werden dort – wie den Curricula der an deutschen Universitäten stattfindenden „Public Health“-Studiengänge zu entnehmen ist – inhaltlich Fragen der chemiebelasteten Arbeits- und Lebenswelt bearbeitet, noch werden hier neue methodische und wissenschaftspraktische Zugänge im Sinne einer postnormalen Wissenschaft erprobt.

Wolfgang Hien

Eingegangene Bücher / Received Books

Jens Adamski, *Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969*, Essen 2009. (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen – Schriftenreihe A, 41)

Ursula Backhaus, *A History of German and Austrian Economic Thought on Health Issues*, Frankfurt am Main 2007. (Frankfurter Abhandlungen zu den gesamten Staatswissenschaften, 6)

Günter Benser / Michael Günter, „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. *Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung*, Bonn / Bad Godesberg 2009.

Agnes Bluhm / Svenja Ludwig / Johanna Bleker, *Emanzipation und Eugenik. Die Briefe der Frauenrechtlerin, Rassenhygienikerin und Genetikerin Agnes Bluhm an den Studienfreund Alfred Ploetz aus den Jahren 1901–1938*, Husum 2007. (Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 100)

José Brunner, *Mütterliche Macht und väterliche Autorität. Elternbilder im deutschen Diskurs*, Göttingen 2008. (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 36)

José Brunner / Shai Lavi, *Juden und Muslime in Deutschland. Recht, Religion, Identität*, Göttingen 2009. (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 37)

Bernd Buchner / Michael Schultheiß / Julia Roßberg, *Weimar und die Republik. Geburtsstunde eines demokratischen Deutschland*, Weimar 2009.

Paul Ciupke, „Die Erziehung zum deutschen Menschen“. *Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik*, Essen 2007. (Geschichte und Erwachsenenbildung, 23)

Eingegangene Bücher / Received Books

Saskia Drude, *Hundert Wochen Kosovo. Alltag in einem unfreien Land*. Mit einem Geleitwort von Joachim Rücker, Aachen 2008.

Dietrich Eichholtz, *Die Bagdadbahn, Mesopotamien und die deutsche Ölpolitik bis 1918. Aufhaltsamer Übergang ins Erdölzeitalter*. Mit Dokumenten, Leipzig 2007.

Dietrich Eichholtz / Titus Kockel, *Von Krieg zu Krieg. Zwei Studien zur deutschen Erdölpolitik in der Zwischenkriegszeit*, Leipzig 2009.

Torben Fischer / Matthias N. Lorenz, *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*, Bielefeld 2007.

Alexander Flores, *Der Palästinakonflikt. Wissen, was stimmt*, Freiburg im Breisgau 2009.

Regina Fritz / Carola Sachse / Edgar Wolfrum, *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008.

Simon Geissbühler, Babuschka Anna. *Das Leben einer ukrainischen Bäuerin im 20. Jahrhundert*, Wien 2007.

Matthias Georgi, *Heuschrecken, Erdbeben und Kometen. Naturkatastrophen und Naturwissenschaft in der englischen Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts*, München 2009.

Magali Gravier, *Good bye Honecker! Identité et loyauté dans les administrations est-allemandes (1990–1999)*, Paris 2007.

Horst-Alfred Heinrich / Michael Kohlstruck, *Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie*, Stuttgart 2008.

Bruno Kartheuser, *Die Erhängungen von Tulle. Ein ungesühntes Verbrechen*, Neundorf 2008.

Richard H. King / Dan Stone, *Hannah Arendt and the Uses of History. Imperialism, Nation, Race, and Genocide*, New York 2008.

Manuel Kiper, *Ökologie im Gesundheitswesen*, Frankfurt am Main 1994.

Carsten Krinn, *Zwischen Emanzipation und Edukationismus. Anspruch und Wirklichkeit der Schulungsarbeit der Weimarer KPD*, Essen 2007. (Geschichte und Erwachsenenbildung, 22)

Karl Lauschke, *Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989*, Essen 2007.

Christof Mauch / Thomas Zeller, *Rivers in History. Perspectives on Waterways in Europe and North America*, Pittsburgh 2008.

Bernd Steger / Peter Wald, *Hinter der grünen Pappe. Orli Wald im Schatten von Auschwitz – Leben und Erinnerungen*, Hamburg 2008.

Christian Stifter, *Hinter den Mauern des Vergessens... Erinnerungskulturen und Gedenkprojekte in Österreich*, Wien 2009. (Spurensuche, Bd. 18)

Jens-Christian Wagner / Johanna Grützbauch, *Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943–1945. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora*, Göttingen 2007.

Jörg Zägel / Reiner Steinweg, *Auseinandersetzungen in den nordischen Staaten über Krieg, Völkermord, Diktatur, Besatzung und Vertreibung*, Berlin 2007. (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 14)

Jörg Zägel / Reiner Steinweg, *Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord, Besatzung und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten*, Berlin 2007. (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 15)

Abstracts

Detlef Siegfried: „1968“ – eine Kulturrevolution?

Focusing mainly on West Germany, this article proposes analyzing “1968” as a “cultural revolution”. “1968” is considered as the culmination and radicalization of developments characteristic of the “long 1960s”. While the long term consequences of “1968” – material prosperity, mass consumption and individualization – were ambivalent, the positive effects – improved living conditions, greater spare time and superior education, as well as politicization – prevailed and contributed to West German society overcoming many of its more problematic traditions. Activities from below, particularly those of students and youth subcultures, played an important role in this. “1968” should therefore be defended. Attempts to transform the economic and political system failed, but the cultural revolution realized many of the ideas associated with “1968”.

Stephan Moebius: Intellektuellensoziologie – Skizze zu einer Methodologie

The article presents a systematic sociological methodology for the analysis of intellectuals and / or intellectual groups, discussing the main issues in classic and contemporary scientific research into intellectuals. The methodology is grounded on the distinction between social and cognitive dimensions and focuses on the analysis of discourse, as well as on the historical analysis of social, political and cultural legacies.

Laurent Mucchielli: Urbane Aufstände im heutigen Frankreich

The phenomenon of urban rioting reappeared in France during the late 1970s. It became a recurring phenomenon during the 1990s and proliferated in an unprecedented manner in the fall of 2005. Urban riots have consistently been triggered by the death of one or more young men in the course of a police operation. The article proposes a synthesis of recent French research into the phenomenon and attempts to formulate an overarching interpretation that integrates economic, social and political aspects. The article emphasizes the processes of ghettoization evident in France, the failures of state regulation and the absence of any organization or other political body that adequately represents France's urban poor. The French riots are interpreted as an "elementary form of political contestation".

Robert Foltin: Die Proteste der Studierenden in Österreich

In October 2009 Austria experienced the rather surprising appearance of a movement of university students. The movement had a number of predecessors, ranging from an expansive squatters' movement to earlier forms of unrest throughout the educational sector, from nurseries to universities. Student occupations of university rooms and buildings spread rapidly following the occupation of the Academy of Fine Arts; within only a few days, the University of Vienna and several other Austrian universities had also been occupied. The movement is characterized by an anti-institutional impetus and the rejection of the politics of representation, as well as by its criticism of sexist tendencies (both within the movement itself and throughout society). In November of 2009, the movement triggered university occupations in Germany and other countries.

Karl Heinz Roth: Die globale Krise: Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten von unten

This article is the written version of a series of public statements by the author concerning the recent global economic crisis. Following a short summary of crucial events during the first period of this crisis, the author examines its likely further development, focusing in particular on the possibility that the crisis may lead into a protracted economic depression. The third section of the article considers the crisis “from below” and reflects on how the global working class might respond to the challenge. Local and global self-determination is discussed as a strategic option for the transformation of the capitalist world system.

Peter Birke / Max Henninger: Continuum of Struggle – Continuum of Defeat? Six Questions Concerning the Methodology of Peter Linebaugh’s and Marcus Rediker’s Study *The Many-Headed Hydra*

This paper proposes using the next issue of *Social History Online* as a platform for discussing certain aspects of Peter Linebaugh’s and Marcus Rediker’s book *The Many-Headed Hydra: Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic* (2000). Linebaugh’s and Rediker’s study, which builds on a quarter century of research into the origins of global capitalism and the history of insurrection in the north Atlantic region, has received an overwhelmingly positive response. Debate on the methodological issues raised by the study has, however, been slow to develop. Questions concerning the identification of historical subjects, the relationship between collective and individual action and the nature of historical continuity and / or rupture merit further discussion.

Autorinnen und Autoren / Contributors

Peter Birke, Dr. phil., Hamburg University, Rosa Luxemburg Stiftung / Rosa Luxemburg Foundation (freelance associate).

Robert Foltin, independent author and editor of the journal *grundrisse.zeitschrift für linke theorie und debatte*, Vienna, [www.grundrisse.net].

Raiko Hannemann, M. A., Institut für Geschichtswissenschaften – Lehrstuhl für Zeitgeschichte / Historical Institute – Contemporary History Chair, Humboldt University, Berlin.

Max Henninger, M.A., Ph.D., freelance translator, Berlin.

Wolfgang Hien, Dr. rer. pol., visiting lecturer for Public Health at Bremen University.

Stephan Moebius, Prof. Dr. habil., teaches theory of sociology and history of ideas at Graz University, [www.stephanmoebius.de].

Laurent Mucchielli, Centre national de la recherche scientifique / French National Center for Scientific Research (CNRS), Centre de Recherches Sociologiques sur le Droit et les Institutions Pénales / Center for Sociological Research into Law and Penal Institutions (CESDIP).

Karl Heinz Roth, Dr. med. Dr. phil., Stiftung für Sozialgeschichte / Foundation for Social History, Bremen.

Detlef Siegfried, Dr. phil. habil., historian, Department of English, Germanic and Romance Studies, University of Copenhagen.